

## C. Die Beziehungen auf politischer Ebene

Auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene können die Gründe für ein französisches Interesse an der DDR und den sich daraus entwickelnden Beziehungen relativ einfach bestimmt werden. Die Beantwortung der Frage nach dem politischen Interesse, das man in Frankreich mit der DDR verband, und nach den politischen Beziehungen ist hingegen wesentlich komplizierter. Hier lassen sich sehr unterschiedliche, ja zum Teil sogar widersprüchliche Motivationen erkennen: Dazu zählen das Bedürfnis nach Versöhnung oder nach Entspannung ebenso wie ganz handfeste wirtschaftliche Interessen. Nicht ganz auszuschließen ist auch das Interesse an einer Aufrechterhaltung der deutschen Teilung. Tatsächlich finden sich dafür jedoch nur äußerst wenige Belege. Wenn französische Präsidenten gegenüber sowjetischen Machthabern ein derartiges Interesse bejahten, so hatte dies eher rhetorischen Charakter.<sup>1</sup> Zwar kann das Bedürfnis nach Sicherheit gegenüber dem deutschen Nachbarn als eine Konstante der französischen Außenpolitik im 20. Jahrhundert angesehen werden, die Teilung Deutschlands wurde jedoch nur in den ersten Nachkriegsjahren als eine realistische Option verfolgt.<sup>2</sup> Und auch in den parlamentarischen Debatten wurde eine derartige Position nur von sehr wenigen Abgeordneten vertreten. Die Auseinandersetzung mit der Haltung gegenüber der DDR auf politischer Ebene vermittelt vielmehr den Eindruck, dass die Teilung seit dem Ende der 1940er Jahre in erster Linie als eine potenzielle Bedrohung aufgefasst wurde.<sup>3</sup>

Vor der Frage nach dem Beginn der Beziehungen in diesem Bereich stellt sich die Frage, ob man überhaupt von politischen Beziehungen sprechen kann. Aus rein diplomatischer Sicht begannen die politischen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR am 9. Februar 1973, dem Tag der diplomatischen Anerkennung der DDR durch die Französische Republik. Als unmittelbare Folge der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages im Dezember 1972 spielte dieses Ereignis auf französischer Seite für die Beziehungen mit der DDR jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Die Aufnahme diplomatischer Beziehun-

<sup>1</sup> Als Beispiel dafür ließe sich etwa das Gespräch von Valéry Giscard d'Estaing mit Leonid Breschnew und Edward Gierek in Wilanow im Mai 1980 anführen, bei dem er von der Notwendigkeit sprach, die Existenz von zwei deutschen Staaten aufrechtzuerhalten. Tatsächlich kann diese Äußerung jedoch nur situationsgebunden verstanden werden, handelte es sich doch bei diesem Treffen um einen letzten Versuch von Giscard, die sich verschärfende Krise in den Ost-West-Beziehungen zu befrieden. Ihm musste es deshalb darum gehen, beruhigend auf den sowjetischen Staatschef einzuwirken, cf. ANF, 5 AG 3, 1095: Protokoll des Gesprächs von Giscard mit Breschnew und Gierek vom 18. 5. 1980; cf. dazu auch Vaïsse, *Le chemin de Varsovie*. Demgegenüber bewertet Georges-Henri Soutou die Äußerungen von Giscard in einem vergleichbaren Zusammenhang ein Jahr zuvor als eindeutige Stellungnahme, cf. Soutou, *Mitläufer der Allianz?*, S. 370.

<sup>2</sup> Zur Deutschlandpolitik der Nachkriegsjahre cf. Maelstaf, *Que faire de l'Allemagne?*, S. 26–32; sowie Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 33–48.

<sup>3</sup> Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zum parlamentarischen Diskurs sowie das Kapitel zur Definition der französischen Haltung gegenüber der DDR durch Charles de Gaulle (Zweiter Teil, C., I., 1., und III., 1.).

gen zwischen Frankreich und der DDR hatte keine direkten Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen, und auch auf politischer Ebene blieb sie lange Zeit folgenlos. Erst 1980, also sieben Jahre später, wurde ein Konsularabkommen unterzeichnet. Bis zum ersten Staatsbesuch vergingen weitere acht Jahre. Dieser Staatsbesuch von Erich Honecker 1988 in Paris ist zweifellos Ausdruck einer besonders in den 1980er Jahren betriebenen Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Allerdings erlangten die politischen Beziehungen nie einen eigenständigen Charakter. Sie befanden sich im Prinzip bis zum Ende der DDR in direkter Abhängigkeit zur französischen Europapolitik, den französisch-westdeutschen und den französisch-sowjetischen Beziehungen. Da die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR nicht dem entsprachen, was man üblicherweise unter politischen Beziehungen versteht, erscheint es folglich sinnvoller, nur von Beziehungen auf politischer Ebene zu sprechen.

Weil diese Ebene diplomatisch gesehen ein äußerst schwieriges Feld war, wick man von französischer Seite gerne auf andere Felder aus, die dann eine Ersatzfunktion übernahmen. In den 1950er und 1960er Jahren traf dies auf die Wirtschaftsbeziehungen zu, seit Ende der 1960er Jahre verstärkt auch auf die Kulturbeziehungen. Betrachtet man diese beiden Ersatzebenen, so fällt auf, dass die entscheidende qualitative Verbesserung der Wirtschafts- und Kulturbeziehungen nicht 1973, sondern bereits einige Jahre zuvor stattfand. Es bietet sich also eine ganze Reihe von Ereignissen an, den Beginn der Beziehungen auf politischer Ebene zu definieren, wobei ein ganz entscheidender Bereich noch gar nicht erwähnt wurde – die Kontakte und Beziehungen auf parlamentarischer Ebene.

# I. Beziehungen auf parlamentarischer Ebene

Das Fehlen politischer Beziehungen bis 1973 und darüber hinaus ist indessen nicht gleichbedeutend mit einem mangelnden Interesse französischer Politiker für die DDR oder für Beziehungen mit diesem Staat. Ein zentraler Bestandteil der Beziehungen auf politischer Ebene waren die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene, die sich lange vor der diplomatischen Anerkennung entwickelten. Die Vorrangstellung der parlamentarischen Beziehungen auf politischer Ebene bestand bis in die 1980er Jahre.

Den Beginn dieser parlamentarischen Beziehungen zu datieren, ist wesentlich unproblematischer. Infolge des Scheiterns der auf französischer Seite mit dem Élysée-Vertrag verbundenen Absichten hinsichtlich einer stärker auf Europa ausgerichteten Zusammenarbeit kam es zu einer deutlichen Abkühlung in den französisch-westdeutschen und in den französisch-amerikanischen Beziehungen. Stattdessen rückte die Reaktivierung der französisch-sowjetischen Beziehungen in den Vordergrund, begleitet von zahlreichen anderen politischen Initiativen im Bereich der Ostpolitik wie zum Beispiel der Anerkennung Chinas im Januar 1964.<sup>4</sup> Unabhängig von den Initiativen der französischen Diplomatie, ja sogar konträr zu ihrem deutschlandpolitischen Interesse, aber dennoch demselben entspannungspolitischen Impuls folgend, manifestierte sich ein fraktionsübergreifendes Interesse für die DDR. Es fand seinen Niederschlag in den Reisen zahlreicher Delegationen.

Es ist sicherlich kein Zufall, dass die Reisen französischer Parlamentarier in die DDR Ende 1963 beziehungsweise Anfang 1964 quantitativ und qualitativ eine neue Stufe erreichten. Zwar hatte es auch zuvor bereits derartige Reisen gegeben, aber erst mit den jetzt in einem Zeitraum weniger Monate stattfindenden Besuchen, an denen namhafte Abgeordnete aller Fraktionen teilnahmen, wurde eine regelrechte Bewegung ins Rollen gebracht. Für die Bewertung dieses „parlamentarischen Tourismus“ ist es wichtig zu berücksichtigen, dass der Auslöser dabei nicht die Einladungen und Initiativen der DDR waren, denn die gab es auch schon in den 1950er Jahren, sondern vielmehr die eigene Wahrnehmung der politischen Großwetterlage und die damit verbundene Einsicht in die Notwendigkeit von Entspannungspolitik. Das Interesse an der DDR nahm in den folgenden Monaten und Jahren zu und führte schließlich Ende der 1960er Jahre zur Schaffung von entsprechenden Freundschaftsgesellschaften in der Nationalversammlung und im Senat.

<sup>4</sup> Cf. Vaisse, *La grandeur*, S. 255–262; zum Élysée-Vertrag cf. Defrance/Pfeil (Hrsg.), *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen*; sowie Bange, *English, American, and German Interests behind the Preamble to the Franco-German Treaty 1963*.

## 1. Parlamentarischer Diskurs: die Auswärtigen Ausschüsse der französischen Nationalversammlung und des Senats als Ort der Auseinandersetzung mit der DDR

Dem parlamentarischen Tourismus in die DDR ging im Plenum und insbesondere in den Auswärtigen Ausschüssen beider Kammern eine Auseinandersetzung mit dem zweiten deutschen Staat voraus, bei der das größte Problem unzureichende Informationen über die DDR waren.<sup>5</sup> Die unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagenden Ausschüsse boten den geeigneten Rahmen für eine offene Auseinandersetzung mit politisch sensiblen Themen wie der DDR und den Beziehungen zu diesem Staat, entsprachen diese Themen doch nicht der binären Logik des Kalten Krieges und den privilegierten Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik.

Der Auswärtige Ausschuss der französischen Nationalversammlung war im Untersuchungszeitraum wie alle großen parlamentarischen Ausschüsse paritätisch mit 44 Abgeordneten sämtlicher im Parlament vertretenen Fraktionen besetzt. Die von den Fraktionen bestimmten Vertreter sind in der Regel hochkarätige Spezialisten der französischen Außenpolitik. Im Laufe der Jahrzehnte fanden sich unter ihnen zahlreiche ehemalige und zukünftige Außenminister, wie Georges Bidault, Robert Schuman, Maurice Schumann oder Maurice Couve de Murville. Jedes Jahr wählt der Ausschuss einen Präsidenten aus seinen Reihen, der Zugang hat zu den Depeschen des *Quai d'Orsay* und sich außerdem in direktem Kontakt mit dem französischen Außenminister befindet.<sup>6</sup>

### *Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung*

1948–1952	Édouard Bonnefous	UDSR	Seine-et-Oise
1952–Jan. 1953	Jacques Bardoux	RI	Puy-de-Dôme
Jan. 1953–Juni 1953	Edgar Faure	rad.-soc.	Jura
Juli 1953–1957	Daniel Mayer	SFIO	Seine
1957–1967	Maurice Schumann	MRP (RPCD)	Nord
1967–1969	Jacques Vendroux	UDR	Pas-de-Calais
1969–1973	Jean de Broglie	RI	Eure
1973–1978	Maurice Couve de Murville	UDR	Paris

An den während der Sitzungsperioden der Nationalversammlung wöchentlich stattfindenden Sitzungen des Ausschusses nahmen im Untersuchungszeitraum je nach Thema zwanzig bis vierzig Mitglieder teil; in Zeiten großer Arbeitsintensität

<sup>5</sup> So beklagte sich beispielsweise Salomon Grumbach, Präsident des Auswärtigen Ausschusses des Senats, bereits in der Sitzung vom 18. 8. 1948 über unzureichende Informationen zu Ostdeutschland („Allemagne orientale“), cf. AP, Sénat, 19 S 4.

<sup>6</sup> Zur Rolle des Parlaments in der Außenpolitik der Vierten Republik cf. Grosser, *La IV<sup>e</sup> République et sa politique extérieure*, S. 79–101; zur Funktion des Auswärtigen Ausschusses während der Vierten Republik cf. Williams, *La vie politique sous la 4<sup>e</sup> République*, S. 408–425; zur Funktion des Ausschusses während der Fünften Republik cf. Kimmel, *L'Assemblée nationale sous la Cinquième République*, S. 141f. und 239–243.

erhöhte sich der Arbeitsrhythmus auf mehrere Sitzungen pro Woche. Bei internationalen Ereignissen mit großer Bedeutung für die Französische Republik versammelt sich der Ausschuss auch außerhalb der Sitzungsperioden. Besonders zahlreich erscheinen die Mitglieder bei einer Anhörung des Außenministers oder anderen mit Fragen der Außenpolitik befassten Vertretern der Regierung, wie dem Verteidigungsminister oder einem Staatssekretär für Auswärtiges. Daneben trifft sich der Ausschuss, um über Berichte zu einzelnen Themen oder Gesetzesentwürfen zu debattieren, die von Mitgliedern erarbeitet werden, oder um an die französische Regierung adressierte Anträge beziehungsweise Protestnoten („motions“) zu verabschieden. Im Gegensatz zu den öffentlichen Debatten im Plenum der Nationalversammlung bietet der geschützte Rahmen bei den Anhörungen des Außenministers im Ausschuss die Möglichkeit zu einem sehr offenen Dialog. Der Minister kann die Gelegenheit nutzen, um die strategischen Gründe einer Regierungsentscheidung etwas ausführlicher zu erklären. Und auch wenn der Minister nicht alle Hintergründe einer Entscheidung beleuchten kann, so sind seine Erläuterungen doch mehr als nur eine offizielle Darstellung der gehobenen Art, was, bezogen auf den Untersuchungszeitraum, der Umstand verdeutlicht, dass hier die ansonsten in offiziellen Stellungnahmen tabuisierte DDR zum Thema wurde. Der Ausschuss ist somit Schnittstelle zwischen den verschiedenen Strömungen der öffentlichen Meinung und der offiziellen französischen Außenpolitik. Zwar verlor der Ausschuss seit der Dritten Republik kontinuierlich an Bedeutung und Einfluss auf die französische Außenpolitik, dennoch sind die hier geführten Debatten ein interessantes Beobachtungsfeld für die Wahrnehmung von Problemen internationaler Politik durch die wichtigsten Strömungen der öffentlichen Meinung in Frankreich.

Die Wortprotokolle des Ausschusses erlauben es in nuce, das Entstehen französischer DDR-Perzeptionen über einen längeren Zeitraum nachzuvollziehen – bedingt jedoch vor allem durch die Wahrnehmung, die man von der Rolle Frankreichs in Europa während des Kalten Krieges hatte. Auch ermöglicht diese sehr spezifische Quelle, das Interesse der französischen Parlamentarier an der DDR zu verstehen, wie es sich in den 1960er Jahren manifestierte. Grundlage für Perzeption und Interesse waren selten konkrete Informationen über die DDR. Meinungsbildend waren stattdessen häufig Informationen über die Bundesrepublik sowie Ängste und Befürchtungen gegenüber ihrer wirtschaftlichen und politischen Dominanz. Der Einfluss der sowjetischen und ostdeutschen Propaganda auf die französischen Parlamentarier kann dabei zwar nicht gänzlich außer Acht gelassen werden. Er bestand jedoch jenseits der kommunistischen Fraktion (wo die sowjetische Ideologie geteilt wurde) nur dann, wenn die Propaganda auf bestehende Argumentations- und Wahrnehmungsmuster aufbauen konnte. Wo die kommunistische Argumentation übernommen wurde – etwa im Rahmen der EVG-Debatte –, geschah dies aus ideologiefernen, zumeist nationalen Interessen geschuldeten Gründen.

Die DDR war im Nachkriegsjahrzehnt zunächst ein Teilaspekt des Deutschlandthemas, von dem die Debatten des Ausschusses beherrscht wurden. Zu diesem Themenfeld gehörten außerdem die Entnazifizierung, die Reparationsfrage, die deutsche Einheit, die Wiederbewaffnung, die Grenzen, das Saarland, das Ruhr-

gebiet, die europäische Integration und anderes mehr. Erst im Zuge der zweiten Berlin-Krise und verstärkt nach dem Bau der Mauer kristallisierte sich der zweite deutsche Staat allmählich als eigenständiges Thema heraus.

Ergänzend werden die Wortprotokolle des entsprechenden Ausschusses des französischen Senats hinzugezogen, wo die DDR-Problematik jedoch sehr viel seltener zur Sprache kam. Dem lagen vor allem strukturelle Unterschiede zugrunde: Im Ausschuss des Senats gab es weniger Sitzungen und kaum Anhörungen des Außenministers während der De-Gaulle-Ära – stattdessen wurde fast jede Sitzung vom Präsidenten mit einer kurzen Zusammenfassung zu den wichtigsten außenpolitischen Ereignissen eingeleitet. Die Wortprotokolle vermitteln außerdem den Eindruck, dass es in diesem Gremium weitaus weniger Diskussionen gab. Hinzu kommen die Zusammenlegung von Auswärtigem Ausschuss und verteidigungspolitischen Ausschuss 1958 sowie ganz allgemein die Stellung des Senats im politischen System Frankreichs. So bedauerte André Monteil (RPCD, Finistère) als Alterspräsident bei der Neukonstituierung des Präsidiums des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses im Jahr 1963, dass nicht nur die Bedeutung des Parlaments in Fragen der internationalen Politik stark zurückgegangen sei, sondern dass auch die Arbeitsbilanz dieses Ausschusses im Vergleich mit dem Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung sehr viel dürftiger ausgefallen sei.<sup>7</sup>

*Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses des französischen Senats*

1947–1948	Salomon Grumbach	SFIO	Tarn
1948–1958	Marcel Plaisant	GD	Cher
1958–1968	Vincent Rotinat	GD	Indre
1968–1971	André Monteil	UCDP	Finistère
1971–1973	Jean Lecanuet	UCDP	Seine-Maritime
1973–1978	André Colin	UCDP	Finistère
1979–1988	Jean Lecanuet	UCDP/UC	Seine-Maritime

## Die Nachkriegszeit bis zur Entstehung der beiden deutschen Staaten

In der unmittelbaren Nachkriegszeit interessierte man sich im Wesentlichen für die eigene Besatzungszone.<sup>8</sup> Das stand gleichwohl nicht im Widerspruch zu einem frühzeitigen Interesse für die Oder-Neiße-Grenze, die als Symbol aller in Potsdam 1945 festgelegten Grenzen schnell zu einer der zentralen Konstanten in der französischen Sicht auf das Deutschlandthema wurde. 1947 rückte Deutschland dann zunehmend als Ganzes in den Blick des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung und man begann damit, sich für die Wiederherstellung der deutschen Einheit („unification“) zu interessieren.<sup>9</sup> Hinzu kamen Themen wie das Saarland,

<sup>7</sup> AP, Sénat, 48 S 6: Protokoll der Sitzung vom 3. 10. 1963.

<sup>8</sup> ANF, C 15308.

<sup>9</sup> ANF, C 15332; in der Sitzung vom 22. 1. 1947 erstellte der Ausschuss ein Arbeitsprogramm zu den genannten Themen.

das Ruhrgebiet, die Entnazifizierung und die Demokratisierung Deutschlands. Die Anhörungen des Ministers ausgenommen nahm vor allem das Problem der Demokratisierung einen zentralen Platz in den Diskussionen des Ausschusses ein. Nicht weniger als drei Sitzungen widmete man einem Bericht von Alfred Biscarlet (PCF, Haute-Loire) zu diesem Problem.<sup>10</sup> Zu Beginn des Jahres 1947 hatte Georges Bidault Deutschland in einer Sitzung als „kranke Nation“ bezeichnet, als ein Problem, für das es keine Ideallösung gebe.<sup>11</sup> Dieses Motiv wurde von Biscarlet aufgenommen, wenn er von einer durch den Faschismus geprägten Mentalität in Deutschland sprach, die es auszutreiben gelte.<sup>12</sup> Im Zusammenhang mit der „Behandlung“ dieser „mentalenen Krankheit“ wurde den Agrar- und Wirtschaftsreformen in der sowjetischen Besatzungszone große Bedeutung beigemessen. Biscarlet nutzte die Beschreibung der Situation in der sowjetischen Besatzungszone vor allem, um die Situation in den anderen Zonen, insbesondere in der britisch-amerikanischen Bizone, zu kritisieren. Die Frage nach der richtigen Methode wurde intensiv im Ausschuss diskutiert, allerdings war die Zugehörigkeit zu einem bestimmten politischen Lager dabei nicht immer ausschlaggebend für die Haltung gegenüber den Reformen in der SBZ: Jacques Bardoux (RI, Puy de Dôme) kritisierte zwar den Optimismus Biscarlets, nach dessen Ansicht es ausreichen würde, eine kommunistische Partei zu installieren, um die Entnazifizierung zu gewährleisten<sup>13</sup>, zeigte sich aber ebenso wie der Vizepräsident des Ausschusses, Paul Rivet (SFIO, Seine), vom Nutzen der Agrarreform überzeugt.<sup>14</sup> Jean le Bail (SFIO, Haute-Vienne), für den die deutsche Einheit nur eine Frage der Zeit war und der in einem föderalistischen Übergangsstadium eine Chance sah, weil es den Deutschen Bedenkzeit einräume, betonte demgegenüber, dass die richtigen Methoden nicht nur auf einer Seite zu finden seien.<sup>15</sup>

Auch im Senat waren zahlreiche Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses dem „deutschen Problem“ gewidmet. Bei der Frage nach Mitteln und Wegen der Demokratisierung Deutschlands kam man auch hier auf die Reformen in der sowjetischen Besatzungszone zu sprechen. Zwischen Salomon Grumbach (SFIO, Tarn), Präsident des Ausschusses, und Jean-Richard Bloch (PCF, Paris) herrschte dabei Einigkeit über die Notwendigkeit, die Sozialstrukturen in Deutschland zu verändern, und darüber, dass die Entwicklung in der sowjetischen Zone in diesem Bereich am fortgeschrittensten sei.<sup>16</sup> Barthélemy Ott (MRP, Loire) forderte gar,

<sup>10</sup> Ibid.: Protokolle der Sitzungen vom 12. 3., 19. 3. und 30. 4. 1947.

<sup>11</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 29. 1. 1947, S. 7: „Il n'existe pas de solution idéale et durable en histoire. Il y a toujours un coefficient d'insécurité redoutable, surtout lorsqu'il s'agit d'une nation comme la nation allemande, dans laquelle la maladie s'est installée depuis longtemps. Soyez assuré qu'aucune solution ne peut recueillir l'assentiment allemand.“

<sup>12</sup> Ibid., S. 5: „Le fascisme a imposé en Allemagne une mentalité qu'il faut extirper dans l'intérêt de notre pays et de la paix, en s'attaquant à ses racines, c'est-à-dire dans le domaine économique aux trusts et à la grande propriété terrienne. Il faut également éliminer les nazis de toutes les activités, pour développer la démocratie.“

<sup>13</sup> ANF, C 15332: Protokoll der Sitzung vom 19. 3. 1947, S. 8.

<sup>14</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 30. 4. 1947.

<sup>15</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 19. 3. 1947, S. 10.

<sup>16</sup> AP, Sénat, 19 S 1: Protokoll der Sitzung vom 5. 2. 1947, S. 7: Jean-Richard Bloch: „[...] pour lui la question de la dénazification est la question capitale. Il se demande si la struc-

die im Osten des Landes („Prusse“) erprobten Strukturveränderungen auf Westdeutschland („Ruhr“) zu übertragen.<sup>17</sup> Und Salomon Grumbach sprach sich anlässlich einer Anhörung von Georges Bidault für eine Ausweitung der in der sowjetischen Besatzungszone praktizierten Agrarreform aus.<sup>18</sup> Bidault ging auf diesen Vorschlag nicht ein, kritisierte aber an anderer Stelle, ohne konkrete Angaben zu machen, die Beschwerden französischer Parlamentarier in Bezug auf die Entnazifizierung in Deutschland, die ihren Weg bis in ostdeutsche Tageszeitungen gefunden hätten.<sup>19</sup> Die Zustimmung für die Reformen in der SBZ korrespondierte dabei nicht selten mit der Kritik an der Haltung der USA.<sup>20</sup>

Die Diskussion über die Demokratisierung Deutschlands bot den Parlamentariern auch Gelegenheit, sich über die unterschiedliche Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands zu verständigen und das Problem einer Zweiteilung Deutschlands zur Sprache zu bringen. Sorge bestand nicht nur hinsichtlich einer „paix déchirée“<sup>21</sup> (Jacques Bardoux). Die sich abzeichnende Blockbildung weckte auch Befürchtungen in wirtschaftlicher Hinsicht.<sup>22</sup> Die von Biscarlet in diesem Zusammenhang bereits 1947 apostrophierte „Hinterland-Theorie“, also die Reduzierung Frankreichs auf die Funktion als agrarisches Hinterland eines industrialisierten Deutschlands, spielte aber vor allem in den Diskussionen um die EGKS eine wichtige Rolle.

ture mentale des Allemands ne dépend pas, en grande partie, de la structure sociale qui leur est appliquée; il faut remarquer que c'est seulement dans la zone russe que le problème de la dénazification a été abordé avec courage et réalisme.“ Cf. auch die Antwort von Salomon Grumbach: „[...] il est convaincu aussi que la structure sociale joue un grand rôle pour la dénazification; les changements de structure économique ont été les plus poussés en zone russe.“

<sup>17</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 19. 2. 1947, S. 3: „Il y a en zone soviétique un changement de structure qui modifie les données du problème. On devra détruire la classe des magnats de la Ruhr comme on a exterminé la classe des junkers en Prusse.“

<sup>18</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 26. 2. 1947, S. 3: „La réforme agraire est aussi bien avancée là où elle était le plus nécessaire, en Prusse orientale; mais pour qu'elle atteigne son plein effet il faut qu'elle soit généralisée [sic].“

<sup>19</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 26. 2. 1947, S. 17: „Mais je voudrais mentionner à ce sujet que s'il y a des choses à dire – et il y en a – dans les diverses zones, il sera sans doute agréable à votre commission d'apprendre que certains griefs dont, parfois, les parlementaires français se sont fait l'écho, d'ailleurs écouté, que ces griefs ne doivent pas être pris au-delà d'un certain point, car dans l'aventure humaine tout est question de comparaison.“ Die Kritik bezog sich auf einen in der Berliner Zeitung erschienenen Artikel.

<sup>20</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 5. 3. 1947, S. 3: „[Jean-Richard Bloch] croit que fédérale ou centraliste, l'Allemagne sera également belliqueuse si, au préalable, il n'y a pas transformation économique et sociale profonde. Il ne faut pas être trop pessimiste sur la démocratisation; en socialisant, comme cela a été fait en zone soviétique, la propriété au profit de syndicats ouvriers ou de l'État, il est certain que les dangers de guerre diminueront. L'Allemagne ne sera arrachée à son idéal de guerre que si on s'appuie sur les éléments qui, sans être démocrates, sont les seuls qui peuvent le devenir.“

<sup>21</sup> ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 21. 5. 1947.

<sup>22</sup> ANF, C 15332: Protokoll der Sitzung vom 30. 4. 1947, S. 6: „Actuellement, on cherche à faire deux Allemagnes, celle de l'Est et celle de l'Ouest. Êtes-vous partisans de deux blocs, et voulez-vous que la France prenne partie pour un bloc contre l'autre? Ne vaudrait-il pas mieux faire une Allemagne unifiée économiquement?“

Der Senator und Sozialdemokrat deutscher Herkunft Salomon Grumbach erklärte im Februar 1947, dass die Idee einer Zerstückelung Deutschlands kein Thema mehr sei, da die von Bismarck realisierte Einheit schwerlich rückgängig gemacht werden könne. Während die Einheit auf wirtschaftlicher Ebene unumgänglich sei, plädierte er jedoch für ein föderales System auf politischer Ebene.<sup>23</sup> Angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Blockkonfrontation gab er im November desselben Jahres seiner Hoffnung Ausdruck, Frankreich möge in der Lage sein, die als künstlich angesehene Spaltung zu verhindern.<sup>24</sup>

1948 rückte zunächst die politische Organisation Deutschlands in den Mittelpunkt, bis dann im Sommer dieses Jahres die Berlin-Krise zum alles dominierenden Thema wurde. Außer für die Versorgung West-Berlins, insbesondere des französischen Sektors, interessierte man sich speziell für die Währungsreform in der sowjetisch besetzten Zone. Im Zuge der Debatten über die Berlin-Krise war erstmalig auch die Rede von einer „Allemagne orientale“.<sup>25</sup>

Sowohl Georges Bidault wie auch wenig später sein Nachfolger, Robert Schuman, mussten sich im Zusammenhang mit der Berlin-Krise gegenüber dem Ausschuss der Nationalversammlung wegen einer als zurückhaltend bewerteten Position Frankreichs verteidigen.<sup>26</sup> Die diesen Sitzungen beiwohnenden Parlamentarier forderten von ihrem Außenminister wiederholt, Frankreich müsse die Initiative ergreifen, den Frieden in Europa zu verteidigen. Von André Mutter (PRL, Aube) wurde auch die Interpretation der Berlin-Krise durch die französische Regierung sowie die Fokussierung auf das Berlin-Problem kritisiert, womit man der Stadt indirekt den Status einer Hauptstadt zuerkenne.<sup>27</sup> Zusammen mit Jacques Bardoux unternahm André Mutter noch im selben Jahr eine Reise nach Deutschland, um sich im Namen des Ausschusses vor Ort über die Situation zu informieren.

1949 sah das Arbeitsprogramm des parlamentarischen Ausschusses unter anderem die Integration Deutschlands in Europa und die Reparationsfrage vor. Mit dem zweiten Thema wurde Alfred Biscarlet betraut.<sup>28</sup> Die Diskussion über den von ihm erstellten Bericht verdeutlicht die allgemein negative Sicht auf das Ergebnis der Reparationsleistungen, für das nicht nur Bardoux die Teilung verantwortlich machte. Die Diskussion über die Frage, ob die Teilung in zwei Blöcke als unumstößliche Tatsache zu betrachten sei, oder ob man noch in der Lage sei, diese Teilung zu vermeiden, bestimmte auch weiterhin die Tagesordnung.<sup>29</sup>

Demgegenüber löste der Bericht von Henri Teitgen (MRP, Gironde) über die europäische Integration Deutschlands eine heftige Debatte aus. In der Kritik standen vor allem die personelle Kontinuität in der westdeutschen Industrie, ihr

<sup>23</sup> AP, Sénat, 19 S 1: Protokoll der Sitzung vom 5. 2. 1947, S. 5.

<sup>24</sup> AP, Sénat, 19 S 2: Protokoll der Sitzung vom 20. 11. 1947, S. 3f.

<sup>25</sup> ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 23. 8. 1948, S. 3.

<sup>26</sup> Ibid.: Protokolle der Sitzungen vom 26. 6. und 11. 8. 1948.

<sup>27</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 11. 8. 1948; siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur Pressekonferenz von Charles de Gaulle am 25. 3. 1959 (Zweiter Teil, C., III., 1.).

<sup>28</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 2. 2. 1949.

<sup>29</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 2. 3. 1949; zu den Überlegungen französischer Diplomaten im selben Zeitraum cf. Maelstaf, *Que faire de l'Allemagne?*, S. 198–233.

schnelles Wiedererstarben zu Ungunsten der französischen Wirtschaft und der gestiegene amerikanische Einfluss in Deutschland. Nicht nur Pierre Cot (URR, Savoie) fürchtete deshalb, dass Deutschland der eigentliche Gewinner der Blockkonfrontation und Gegnerschaft von USA und UdSSR sei.<sup>30</sup>

### Von der Gründung der DDR bis zu den Pariser Verträgen

Nach einer langen Sitzungspause des Auswärtigen Ausschusses der *Assemblée nationale* von Juli bis Mitte Oktober 1949, einer für die Gründung beider deutscher Staaten wichtigen Periode, forderten seine Mitglieder umgehend eine Diskussion über die Deutschlandpolitik der französischen Regierung.<sup>31</sup> Der Nachdruck, mit dem diese Anfrage gestellt wurde, vermittelt ein Bild von der befürchteten Machtlosigkeit des Parlaments in deutschlandspezifischen Fragen, die sich wie ein roter Faden durch die Debatten der folgenden Jahre ziehen sollte. Die aus den wiederholten Aufrufen an die Regierung sprechende Ohnmacht war zugleich das Ergebnis der Deutschland-Perzeption in parlamentarischen Kreisen wie auch eine Determinante dieser Perzeption.

Eine andere entscheidende Determinante war die Überlagerung von Erfahrungen aus zwei Nachkriegszeiten. Für einen Großteil der Ausschussmitglieder – davon zeugen zahlreiche historische Anspielungen und Vergleiche – stellte die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, der Versailler Vertrag mitsamt der Vorgeschichte seit dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 den Bezugsrahmen der deutschlandpolitischen Debatten in den 1950er Jahren dar. Eine Perspektive, aus der auch die Festigung der deutschen Teilung als Gefahr für die französische Sicherheit wahrgenommen wurde.<sup>32</sup>

Bis zur Ratifizierung der Pariser Verträge blieb Deutschland das beherrschende Thema in den Debatten des Ausschusses.<sup>33</sup> Die Auseinandersetzung mit der DDR war dabei nicht von der mit Deutschland insgesamt zu trennen. Selbst in den Debatten über die Westintegration der Bundesrepublik war die DDR-Problematik allgegenwärtig.

Die Anhörung Robert Schumans durch den Ausschuss am 8. November 1949 war die erste seit knapp einem Jahr und damit nach einer ganzen Reihe von Er-

<sup>30</sup> ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 6. 4. 1949, Henri Teitgen: „Quant à la rivalité entre l’Est et l’Ouest, qu’elle fasse le jeu de l’Allemagne, c’est évident.“

<sup>31</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 26. 10. 1949; Antrag („motion“) von Adolphe Aumeran (einstimmig angenommen): „Considérant que l’Assemblée nationale n’a pas discuté de la politique générale à suivre en Allemagne depuis les réserves sur les recommandations de Londres qu’elle vota le 16 juin 1948, considérant que la situation en Allemagne a sensiblement évolué, notamment depuis les accords de Washington du 8 avril 1949 sur lesquels l’Assemblée n’a pas été consultée, la commission des Affaires étrangères demande qu’un débat intervienne sur la politique que compte suivre le gouvernement, en Allemagne, dans la quinzaine qui suivra la constitution de celui-ci.“ Ihm folgte ein zweiter ähnlich lautender Antrag, der in der Sitzung vom 4. 11. 1949 mit einer Enthaltung angenommen wurde.

<sup>32</sup> Cf. dazu Wenkel, *Inquiétudes parlementaires*, S. 85–102.

<sup>33</sup> ANF, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 2. 2. 1951; diese Sitzung ist ein gutes Beispiel für das im Laufe einer Sitzung immer wiederkehrende Deutschland-Thema.

eignissen, die die deutsche Teilung konsolidiert hatten, bis hin zur Gründung der DDR am 7. Oktober 1949. In seinem einleitenden Vortrag definierte Schuman nicht nur die aktuelle Position der französischen Regierung, sondern in Ansätzen auch die Richtung für kommende Entscheidungen. Von der Notwendigkeit pragmatischen Handelns überzeugt, sah er nun in einer „Einrahmung“ („encadrement“) Deutschlands die einzige Möglichkeit, unter den veränderten Bedingungen die Interessen Frankreichs zu verfolgen.<sup>34</sup> François Billoux (PCF, Bouches-du-Rhône) nutzte die Gelegenheit, um Schuman auch nach der Haltung der französischen Regierung gegenüber der DDR zu befragen. Der Minister antwortete mit einem Hinweis auf die Logik des Kalten Krieges und die Haltung der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik. Frankreich werde seine Haltung gegenüber der DDR in Abhängigkeit dazu definieren. Die derart postulierte Parallelität wurde von Schuman auf sprachlicher Ebene bekräftigt, indem er in Analogie zur „République démocratique allemande“ von der „République occidentale allemande“ sprach.<sup>35</sup> Daran anschließend entwickelte sich ein Dialog zwischen Schuman und Billoux über die von ihnen vertretenen unterschiedlichen Deutschlandkonzeptionen sowie über die Ursachen der deutschen Teilung. Schuman verwies auf die diametral gegeneinander stehenden Konzeptionen (sowjetische Konzeption versus Konzeption der Westalliierten) und stellte die Frage in den Raum, wer wohl als Erster bereit sei, nachzugeben.<sup>36</sup> Zusammenfassend konstatierte er, dass es sich um eine aus der aktuellen Perspektive unveränderliche Situation handele, ohne dabei auf die Kritik von Billoux einzugehen, der die französische Regierung für ebendiese Situation verantwortlich gemacht hatte.<sup>37</sup>

<sup>34</sup> ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949, S. 44: „Notre politique à l'égard de l'Allemagne est que nous ne pouvons pas indéfiniment maintenir ce pays à l'écart et le mater par des injonctions ou des interdictions. Cette politique, nous l'avons vu, a échoué après la Première Guerre mondiale. C'est pourquoi la tentative que nous devons faire, qui est peut-être la seule chance d'aboutir, consiste à encadrer l'Allemagne, à lui marquer sa place et à la maintenir à cette place. Nous commençons du point de vue économique.“

<sup>35</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949, S. 54: „Notre attitude à l'égard de la République démocratique allemande sera celle qui a été adoptée par la Russie à l'égard de la République occidentale allemande [sic]. Je crois que c'est logique.“

<sup>36</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949, S. 55: „Vous connaissez trop bien la situation pour ignorer que ce qui a révélé l'impossibilité, non seulement de faire un traité de paix, mais même de faire un raccordement entre les deux Allemagnes, c'est la différence profonde et essentielle dans la conception économique et politique entre les deux moitiés d'Allemagne. Qui voudra céder, abandonner ses conceptions au profit de l'autre? Chacun maintient ses positions, et en Allemagne il n'y a pas que les puissances occupantes. C'est là le mur devant lequel nous nous trouvons. Nous sommes de deux côtés différents du mur, mais c'est le même mur. Qui voudra ou pourra sauter, ou qui fera une brèche?“

<sup>37</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949, S. 55: „Vous voyez l'ampleur du débat et je ne serais pas fâché de pouvoir confronter un jour ces idées en détail, mais pour le moment nous ne pouvons qu'enregistrer. Je suis heureux de constater votre accord sur le point qu'actuellement une situation est créée contre laquelle personne ne peut plus rien. Il y aura peut-être des faits nouveaux qui permettront de reprendre la question dans un proche avenir.“

Im Senat konstatierte Marcel Plaisant als Präsident des Auswärtigen Ausschusses dagegen lediglich die Entstehung eines neuen Satelliten im Sowjetuniversum; Fragen nach möglichen Beziehungen zum zweiten deutschen Staat blieben aus.<sup>38</sup>

Die Debatten über Deutschland waren insbesondere bis 1954 gekennzeichnet von den Ängsten und Befürchtungen der französischen Parlamentarier gegenüber einer wirtschaftlich schnell erstarkenden Bundesrepublik. Diese Befürchtungen wurden noch verstärkt durch personelle Kontinuitäten in der deutschen Wirtschaft. So entzündete sich beispielsweise heftige Kritik an der Freilassung von Alfred Krupp. Florimond Bonte (PCF, Seine), dessen Familie sich aktiv am Widerstand beteiligt hatte, bezeichnete dies als eine Beleidigung des französischen Widerstandes.<sup>39</sup> Einem Antrag von Paul Viard (MRP, Alger) folgend, forderte der Ausschuss die französische Regierung einstimmig dazu auf, die Alliierten von der Kritik der französischen Abgeordneten in Kenntnis zu setzen.<sup>40</sup>

Es waren die scheinbar unbedeutenden Zwischenfälle, die das Deutschlandbild der französischen Parlamentarier nachhaltig prägten. Dazu zählte beispielsweise ein Artikel über die Ereignisse von Oradour-sur-Glane im Juni 1944, der 1950 in einer pfälzischen Zeitschrift, der Talpost, veröffentlicht wurde. In dem Artikel war die These vertreten worden, dass es sich dabei nicht um ein Verbrechen, sondern um eine normale Repressionsmaßnahme gehandelt habe; gleichzeitig wurde der Vorwurf erhoben, Frankreich verwende seine Sicht als politisches Argument gegen Deutschland. Der Ausschuss verabschiedete daraufhin einstimmig einen Antrag an die französische Regierung, diesbezüglich in Bonn zu intervenieren.<sup>41</sup>

<sup>38</sup> AP, Sénat, 19 S 5: Protokoll der Sitzung vom 19. 10. 1949, S. 3: „Un gouvernement a été constitué en Allemagne orientale et a reçu aussitôt un certain nombre de protestations d’amitié du gouvernement soviétique. L’Allemagne orientale semble être un nouveau satellite de l’orbite soviétique.“

<sup>39</sup> ANF, C 15334, Protokoll der Sitzung vom 2. 2. 1951: „La nation française estime que ces décisions sont une sorte de défi à la mémoire du plus douloureux et du plus sacré, et je demande au gouvernement et au ministre des Affaires étrangères s’ils ont l’intention de se dresser avec vigueur contre une décision qui est un outrage intolérable à la mémoire des héros de la Résistance et des martyrs de la cause française.“

<sup>40</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzungen vom 7. 3. und 9. 3. 1951: „La commission des Affaires étrangères, interprète de l’émotion soulevée en France par la grâce accordée à M. Alfred Krupp von Bohlen, demande au gouvernement français de porter à la connaissance des autorités alliées l’expression de cette émotion [bis hier einstimmig angenommen, der Rest mit ausreichender Mehrheit – Ch. W.] et d’élever la plus vive protestation contre la décision prise, prend acte que M. Mac Cloy affirme que la décision ne porte pas atteinte aux principes posés sur la non-restitution de la propriété des biens de la Ruhr, constate que les lois du commandement interallié et des autorités d’occupation comme les ordres généraux d’application et les accords internationaux non seulement s’opposent à la restitution à Alfred Krupp des droits et biens lui ayant appartenu dans la firme Krupp, mais ont entraîné, en fait, la dépossession tant d’Alfred Krupp lui-même que de la firme Krupp, et demande au gouvernement français de veiller à l’application des clauses du statut international de la Ruhr dans l’esprit des ordres du jour adoptés par l’Assemblée nationale et des votes émis par elle.“

<sup>41</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 3. 5. 1950.

Die Reaktion des Ausschusses auf die Bekanntgabe des Schuman-Plans<sup>42</sup> wenige Tage später, am 9. Mai 1950, verdeutlicht zweierlei: einerseits die Angst vor einer Abhängigkeit gegenüber Deutschland infolge zu enger wirtschaftlicher Kooperation und andererseits den Wunsch der Parlamentarier, an deutschlandpolitischen Entscheidungen beteiligt zu werden. Im Fall des Schuman-Plans war der Präsident des Ausschusses, Édouard Bonnefous (UDSR, Seine-et-Oise), zwar am 8. Mai ganz allgemein über dessen Veröffentlichung am folgenden Tag informiert worden. Über das Projekt selbst konnten sich die Mitglieder des Ausschusses jedoch erst am Tag der Veröffentlichung und zunächst nur durch die Presse informieren. Die äußerst kritische Aufnahme des Projektes im Ausschuss war somit nicht zuletzt eine Folge der Umgehung des Parlaments in dieser Angelegenheit.<sup>43</sup> Auf inhaltlicher Ebene dominierten zwei Kritikpunkte: Vonseiten des Präsidenten Bonnefous und des Berichterstatters André Philip (SFIO, Rhône) wurde die Vernachlässigung der europäischen Zusammenarbeit zugunsten einer deutsch-französischen Kooperation betont; fraktionsübergreifend störten sich Pierre Cot (URR, Savoie), Jacques Bardoux (CNI, Puy-de-Dôme), Maurice Schumann (MRP, Nord) und mit ihnen zahlreiche weitere Parlamentarier am Fehlen eines Interessenabgleichs mit Großbritannien als Gegengewicht zur deutsch-französischen Kooperation. Hinzu kam bei linken Abgeordneten wie Pierre Cot<sup>44</sup> die Forderung, anstelle der ungeliebten Kooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik die Ost-West-Beziehungen vor allem auf wirtschaftlicher Ebene<sup>45</sup> auszubauen.<sup>46</sup> Die Kommunisten forderten ihrerseits, bei der Ausrichtung der französischen Außenpolitik die Interessen des einstigen sowjetischen Bündnispartners nicht zu kompromittieren, ohne dafür jedoch die Zustimmung des Ausschusses zu erhalten.<sup>47</sup>

Die wiederholt vorgetragenen Befürchtungen Cots bezüglich einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Ost und West mit negativen Folgen für die Regelung des „deutschen Problems“ wurden von Robert Schuman verneint; für den Außenminister war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl eher ein Mittel, um bestehende Spannungen in den Ost-West-Beziehungen abzubauen.<sup>48</sup>

<sup>42</sup> Zum Schuman-Plan cf. Gerbet, *La construction de l'Europe*, S. 89–120; sowie Wilkens (Hrsg.), *Le plan Schuman dans l'histoire*.

<sup>43</sup> Cf. Bonnefous, *Avant l'oubli*, Bd. 2, S. 194–196; cf. dazu Marès, *Un siècle à travers trois républiques*, S. 188; zur Auseinandersetzung im Plenum der Nationalversammlung cf. Dulphy/Manigand, *Du plan Schuman à la CECA*.

<sup>44</sup> Cf. auch Jansen, *Pierre Cot*, S. 486–506.

<sup>45</sup> ANE, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 25. 5. 1950: „M. Cot souligne que la seule voie ouverte est l'Est, mais si le gouvernement en a conscience, pourquoi a-t-il exposé sa proposition devant les représentants de l'Europe occidentale et non devant la communauté internationale? Le fait d'avoir déposé ce projet à la veille de la conférence de Londres ne rendra-t-il pas plus difficile la reprise des négociations commerciales avec l'Est? Si l'on croit à la possibilité de la coexistence de deux régimes dans le monde, il faut l'organiser, et l'Ouest ayant plus d'intérêt que l'Est à cette entente, c'est à ses représentants à y consacrer le maximum des efforts.“

<sup>46</sup> *Ibid.*: Protokoll der Sitzung vom 17. 5. 1950: „M. Pierre Cot conclut qu'il faut s'engager dans une voie différente: négocier entre l'Est et l'Ouest. Et tout de suite, car ces négociations deviendront de jour en jour plus difficiles, parce que l'Est s'organise et se développe.“

<sup>47</sup> *Ibid.*: Protokoll der Sitzung vom 3. 2. 1950; Antrag von Madeleine Braun (PCF, Seine).

<sup>48</sup> ANE, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 29. 11. 1951.

Hintergrund dieser Kontroverse war eine unterschiedliche Interpretation der Folgen der deutschen Teilung für Frankreich: Bei einer ganzen Reihe von Parlamentariern nährte die Schaffung der EGKS im Kontext der deutschen Teilung Ängste vor einer wirtschaftlichen Dominanz der Bundesrepublik innerhalb einer solchen Gemeinschaft. So befürchtete Jacques Bardoux, dass das Fehlen von Absatzmärkten im Osten Deutschlands für die Industrie des Ruhrgebietes eine unmittelbare Gefahr für die französische Wirtschaft darstelle, weil die überschüssige Produktion folglich den französischen Markt überschwemmen werde.<sup>49</sup> Von Pierre Cot wurde die Frage, was Frankreich einer sich nach dem Krieg schnell erholenden westdeutschen Wirtschaft entgegenzusetzen habe, noch sehr viel pointierter beantwortet – er fürchtete, dass Frankreich zum agrarischen „Hinterland“ für die deutsche Industrie degradiert werde, da diese sich infolge der Teilung nicht mehr in Richtung Osten entwickeln könne.<sup>50</sup> Die Frage nach dem Schicksal der EGKS im Falle einer deutschen Vereinigung führte aufgrund der sich damit zusätzlich öffnenden Absatzmärkte dementsprechend zu keiner weiteren Diskussion.<sup>51</sup>

Mit der Verkündung des Plevin-Plans im Oktober 1950 wurde das Projekt einer europäischen Armee und damit der deutschen Wiederbewaffnung zu einem der wichtigsten Aspekte der deutschlandpolitischen Debatten des Auswärtigen Ausschusses.<sup>52</sup> In einer der ersten Sitzungen dazu erklärte Jacques Bardoux das psychologische Grundproblem: Es sei für die französische Mentalität schlicht nicht nachvollziehbar, eine europäische Armee mit deutscher Beteiligung zu schaffen, solange noch kein Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet worden sei – stelle sich doch die Frage, inwieweit die mit der Hälfte eines geteilten Staates geschlossenen Verträge auch nach dessen Wiedervereinigung noch bindende Wirkung haben würden.<sup>53</sup> Für zahlreiche Parlamentarier war dieses Vorhaben ebenso wie die EGKS nicht oder nur schwer mit der deutschen Teilung vereinbar.<sup>54</sup> Im

<sup>49</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 26. 11. 1951: „En effet, l'Allemagne orientale représentait, pour l'industrie de la Ruhr, une puissance de consommation importante. Or, si la situation actuelle se prolonge, si les efforts faits pour rattacher l'Allemagne orientale à d'autres centres de production métallurgique et houillère se continuent, la Ruhr sera privée d'un débouché qui lui était nécessaire lorsqu'elle tournait à plein. Alors, privés de ce débouché, les produits fer et acier de la Ruhr reflueront vers l'Ouest avec une force qui peut être dangereuse pour les concurrents moins bien outillés et moins organisés que les industries de la Ruhr.“

<sup>50</sup> Ibid.

<sup>51</sup> ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 29. 11. 1951; wenige Monate später, in der Anhörung vom 30. 4. 1952, sprach sich Schuman dann aber doch für eine Neuverhandlung der EGKS im Fall einer deutschen Vereinigung aus. Die ostdeutsche Stahl- und Kohleindustrie könne nicht ohne Neuverhandlungen in den Gültigkeitsbereich der EGKS einbezogen werden.

<sup>52</sup> Zur EVG-Debatte cf. Aron/Lerner, *La querelle de la CED* und Rioux, *L'opinion publique française et la Communauté européenne de défense*; zur Auseinandersetzung über die EVG im Kontext der deutsch-französischen Beziehungen, cf. Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 638–757.

<sup>53</sup> ANF, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 15. 11. 1950: „Je vous assure que c'est incompréhensible pour une pensée française.“

<sup>54</sup> Dazu Michel Debré (RPF, Indre-et-Loire) in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Senats im Februar 1954: „Passer un traité avec une partie de l'Allemagne est une né-

Rahmen der sich daran anschließenden Auseinandersetzung über die Ursprünge der deutschen Teilung verteidigte Schuman die westlichen Maßnahmen als pragmatische Reaktion auf die Entwicklungen jenseits des Eisernen Vorhangs. Die deutsche Wiederbewaffnung sei mithin keine Erfindung der Alliierten, sondern eine Reaktion auf die Militarisierung der DDR.<sup>55</sup> Jacques Bardoux bezeichnete die DDR in diesem Kontext gar als „Prusse orientale“<sup>56</sup> – eine Bezeichnung, die sich in der weiteren Diskussion jedoch nicht durchsetzen sollte.

Die Angst vor einem Wiederaufleben des deutschen Militarismus beherrschte zu Beginn der 1950er Jahre zahlreiche parlamentarische Debatten. Die Frage, wie mit der deutschen Wiederbewaffnung umzugehen sei, wurde deshalb zu einem der zentralen Punkte in den Debatten des Ausschusses. Insbesondere galt es zu klären, in welchem Rahmen sie zugelassen werden könnte und welche Reaktionen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs zu erwarten wären.

Auch die Frage nach dem größeren Risiko wurde gestellt. Je nach Blickwinkel schien Frankreichs Sicherheit nicht nur von deutscher („danger allemand“), sondern auch von sowjetischer Seite („péril soviétique“) bedroht.<sup>57</sup> Die Antwort auf diese Frage ergab sich nicht zuletzt aus der Parteizugehörigkeit: Während für kommunistische Abgeordnete Deutschland die zentrale Gefahr darstellte, sahen insbesondere Abgeordnete der Regierungsmehrheit, wie Alfred Coste-Floret (MRP, Haute-Garonne), die eigentliche Gefahr weiter östlich.<sup>58</sup> Insgesamt trat die Angst vor der „deutschen Gefahr“ in den Debatten des Ausschusses dieser Jahre jedoch wesentlich häufiger zutage. Besondere Ereignisse, wie die um den 17. Juni 1953 in der DDR in Kombination mit den Vorschlägen einer Neutralisierung Deutschlands, ließen die „sowjetische Gefahr“ allerdings zeitweilig wieder an Bedeutung gewinnen: Yvon Delbos (rad.-soc., Dordogne) befürchtete sogar, dass eine Neutralisierung Deutschlands aus dem Rhein quasi eine Grenze zwischen Frankreich und der Sowjetunion machen würde.<sup>59</sup> Der Volksaufstand selbst fand in den Auswärtigen Ausschüssen beider Kammern hingegen kaum Beachtung.<sup>60</sup>

Unabhängige Republikaner wie Jacques Bardoux (RI, Puy-de-Dôme) und Guy La Chambre (RI, Ille-et-Vilaine) befürchteten, dass die Alternative zu einer euro-

cessité qui comporte des risques [...] il y a une inégalité au profit de l'Allemagne et au détriment de la France.“ In: AP, Sénat, 19 S 9: Protokoll der Sitzung vom 10. 2. 1954, S. 8.

<sup>55</sup> ANF, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 15. 11. 1950: „Bien, et alors, permettez-moi l'expression, chacune des deux parties a dû se débrouiller dans son secteur, dans sa zone. Le gouvernement soviétique avait déjà pris les devants, avait créé un régime politique spécial à son image dans la zone orientale.“

<sup>56</sup> Ibid.: „J'entends bien que nous considérons que les unités allemandes qui ont été constituées dans la Prusse orientale [sic] sont une violation de cet accord [Potsdamer Abkommen – Ch. W.], mais encore est-il qu'il y aurait eu diplomatiquement un intérêt extrême à faire constater juridiquement cette violation.“ (Jacques Bardoux).

<sup>57</sup> Auch wenn beide Begriffe mit „Gefahr“ zu übersetzen sind, wird die sowjetische Gefahr rein auf der sprachlichen Ebene als die größere Gefahr wahrgenommen.

<sup>58</sup> ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 10. 8. 1951.

<sup>59</sup> ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 22. 7. 1953.

<sup>60</sup> Im Ausschuss des Senats forderte Léo Hamon (MRP, Seine) einen Bericht zu diesem Thema, ohne jedoch dafür die Zustimmung seiner Kollegen zu erhalten; cf. AP, Sénat, 19 S 8: Protokoll der Sitzung vom 1. 7. 1953.

päischen Armee eine von den USA geschaffene deutsche Armee wäre und man in diesem Fall mit einer Reaktion des Ostens, genauer mit der Schaffung einer ost-deutschen Armee rechnen müsse.<sup>61</sup> Ein solches Risiko diene selbst Maurice Schumann (MRP, Nord) als zentrales Argument, um die Schaffung einer europäischen Armee zu verteidigen – Frankreich könne keine deutsche Armee befürworten, gleichwohl aber auch keine rein negative Haltung einnehmen.<sup>62</sup> Das Projekt einer europäischen Armee wurde somit als eine Möglichkeit verstanden, die unerwünschten Nebeneffekte einer deutschen Wiederbewaffnung kontrollieren zu können. Dass eine parallele Entwicklung beider deutscher Staaten auf diesem Gebiet von Schumann nicht nur befürchtet, sondern als gegeben angenommen wurde, lässt sich auch der parallelen Verwendung der Bezeichnungen „Allemagne occidentale“ und „Allemagne orientale“ in seinen Ausführungen entnehmen. Der kommunistische Abgeordnete Marcel Rosenblatt kritisierte demgegenüber, die Schaffung einer europäischen Armee als Waffe gegen die UdSSR sei die Fortsetzung eines nationalsozialistischen Projektes, und bezeichnete als einzig möglichen Ausweg die Schaffung einer „Allemagne démocratique“.<sup>63</sup>

Die eigentliche Debatte über das aus dem Plevan-Plan hervorgegangene Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft begann im Februar 1952 parallel im Auswärtigen Ausschuss und im Plenum der Nationalversammlung. Die Lektüre der Wortprotokolle des Ausschusses vom Frühjahr 1952 vermittelt den Eindruck, dass eine Kriegsgefahr für die französischen Parlamentarier unmittelbar greifbar gewesen sein muss, traten doch zu dieser Zeit die Befürchtungen gegenüber Deutschland mit besonderer Intensität zutage. Neuer Präsident des Ausschusses war seit Februar 1952 Jacques Bardoux, der sich entsprechend seinem bisherigen Engagement als prominenter Gegner der EVG profilierte und schließlich nach nur einjähriger Amtszeit durch Edgar Faure (rad.-soc., Jura), einen Befürworter der EVG, ersetzt wurde.

In der ersten Sitzung des Ausschusses zur EVG stellte Pierre Billotte (UDR, Val-de-Marne) einmal mehr die Frage nach der Deutschlandkonzeption der französischen Regierung und in Verbindung damit nach dem Verhältnis zwischen einer

<sup>61</sup> ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 10. 8. 1951: „M. Guy La Chambre a posé le dilemme: ou créer une armée européenne, ou les États-Unis feront une armée allemande. L'orateur écarte cette seconde solution, qui serait inefficace car elle provoquerait la constitution d'une armée orientale allemande qui compenserait l'armée occidentale ou même se superposerait à elle.“

<sup>62</sup> Ibid.: „Quelles garanties nous sont offertes? S'il n'y a pas d'armée européenne, il est évident que la remilitarisation de l'Allemagne orientale [sic] appellera la remilitarisation de l'Allemagne occidentale et l'on assistera à la mise sur pied d'une armée allemande qui sera l'instrument d'une politique dont personne n'est en mesure de définir les objectifs dans les années à venir: défense de l'Europe? Reconquête des marches orientales? Jeu d'équilibre entre l'Est et l'Ouest?“

<sup>63</sup> Ibid.: „Où et quand la France a-t-elle été menacée? En réalité, il s'agit de préparer la guerre contre l'Union soviétique. La lutte contre l'URSS c'est la thèse nazie qu'on reprend aujourd'hui. Que penser de l'armée européenne? Pour se faire une opinion, il suffit de lire les articles de Guderian, les déclarations du leader socialiste Schumacher qui accepte la reconstitution de l'armée allemande à condition que les alliés fournissent des troupes pour la reconquête des marches de l'Est. Déjà les généraux allemands sont à Washington. Il n'y a qu'une issue: faire une Allemagne démocratique et démilitarisée.“

eventuellen deutschen Vereinigung und dem europäischen Integrationsprozess. Gaston Palewski (RPF, Seine) zeigte sich zudem verunsichert bezüglich der Regelung politischer Differenzen wie der Oder-Neiße-Grenze nach Schaffung der EVG. Ein in diesen Auseinandersetzungen ebenfalls verbreitetes Motiv war die von Philippe Barrès (RPF, Meurthe-et-Moselle) geäußerte Befürchtung, Deutschland werde von seiner militärischen Stärke profitieren, wenn es darum ginge, sich 1945 verloren gegangene Ostgebiete zurückzuerobern. In einem früheren Stadium der Diskussion hatte Alfred Biscarlet (PCF, Haute-Loire) bereits Adenauer zitiert, um nachzuweisen, dass die Wiederbewaffnung auch im Rahmen einer europäischen Verteidigung von deutscher Seite als Mittel angesehen werde, die deutsche Vereinigung zu realisieren.<sup>64</sup> Robert Schuman teilte die Befürchtungen der Ausschussmitglieder im Einzelnen nicht. Seine Skepsis gegenüber Deutschland trat dennoch zutage, etwa wenn er betonte, dass Texte und Abkommen keinesfalls ausreichend seien, sondern eine Situation geschaffen werden müsse, in der die deutschen Interessen mit denen der Gemeinschaft übereinstimmen.<sup>65</sup> Die deutsche Teilung wurde zu dieser Zeit zumeist als Provisorium wahrgenommen, welches sich nicht unbegrenzt verlängern lassen werde.

Dass in diesem Zusammenhang die Rede auch auf die Oder-Neiße-Grenze kam, war kein Zufall. Am Verhältnis zu dieser Grenze wurde von vielen französischen Parlamentariern die politische Einstellung der Bundesrepublik festgemacht. Sie wurde in diesen Jahren in Frankreich zu einem Symbol für Deutschlands Verhältnis zu seinen Grenzen insgesamt, also auch zur Grenze mit Frankreich, mehr noch, sie wurde zu einem Symbol für die Nachkriegsordnung in Europa. Ihre Anerkennung war gleichbedeutend mit der Anerkennung der Nachkriegsordnung.<sup>66</sup> Durch die Presse verzerrte Bemerkungen des Hohen Kommissars Frankreichs in Bonn, André François-Poncet, zur Oder-Neiße-Grenze nahm Jean Bouhey (SFIO, Côte-d'Or) zum Anlass, die französische Regierung zu besonderer Vorsicht in dieser Angelegenheit zu mahnen. Bis zu seiner endgültigen Klärung 1990 auf politischer Ebene blieb dieses für französische Politiker hochsensible Thema eine entscheidende Determinante ihrer Deutschland-Perzeption. Es ist deshalb auch anzunehmen, dass das zwischen der DDR und Polen 1950 geschlossene Görlitzer Abkommen dem zweiten deutschen Staat bei französischen Politikern ein nicht zu unterschätzendes Prestige verschafft hat.

<sup>64</sup> ANF, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 20. 12. 1950: „Du fait que vous allez discuter avec Adenauer de ces conditions, l'Allemagne est déjà sur un pied d'égalité. Et dans ces conditions, du fait que l'Allemagne aura une armée, en plus de la guerre antisoviétique, est-ce que cela ne peut pas conduire demain à une nouvelle invasion de la France par une Allemagne revancharde?“

<sup>65</sup> ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 8. 2. 1952.

<sup>66</sup> ANF, C 15334: Protokoll der Sitzung vom 2. 2. 1951: „Nous savons donc qu'il y a en Allemagne occidentale 9 millions de réfugiés, et qu'il peut y avoir du côté de la frontière Oder-Neisse un certain nombre de corridors de Dantzig et même d'histoires de l'Alsace-Lorraine. [...] Nous ne croyons pas aux lignes de démarcation. [...] Ces lignes de démarcation ne tiendront pas; il n'y a pas deux Allemagnes, il n'y en a qu'une, et un jour ou l'autre, nous serons obligés d'envisager un traité. Il me semble que la France ne doit pas s'aventurer la première; elle doit être dans cette affaire très prudente et très réservée.“

Weiteren Zündstoff erhielt die intensive EVG-Debatte durch den Notenwechsel zwischen den Alliierten. Die Stalin-Note vom 10. März 1952<sup>67</sup> bot zudem Anlass, das Thema DDR erneut zur Sprache zu bringen. Aus Sicht des französischen Außenministers blieb die Note vor allem hinsichtlich der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung zu unpräzise – aus westlicher Sicht war genau dieser Punkt aber die entscheidende Voraussetzung für den Abschluss eines Friedensvertrages. Die Vereinigung sei, so Schuman, indes nicht möglich, solange zwischen den Alliierten Uneinigkeit herrsche. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf das Problem bestehender vertraglicher Verpflichtungen der beiden deutschen Teilstaaten und erwähnte im Falle der DDR als Beispiel das Görlitzer Abkommen über die Oder-Neiße-Grenze.<sup>68</sup> Er befürchtete jedoch, dass die Bundesrepublik dieses Abkommen nicht akzeptieren werde<sup>69</sup> – die Reaktion der Parlamentarier macht deutlich, dass dies für die öffentliche Meinung in Frankreich inakzeptabel war. Die von Robert Schuman geäußerte Vermutung brachte Gaston Palewski überdies zu der Frage, ob denn die Handlungsfreiheit der französischen Regierung in Verhandlungen mit der UdSSR bezüglich der Bundesrepublik unter diesen Umständen grundsätzlich gewahrt bleibe.<sup>70</sup> Auch wenn der Minister die Note nicht als reines Propagandamanöver betrachtete – Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Inhalt der Note bezeichnete er als problematisch, da hiermit die gemeinsame westliche Verteidigung hinfällig werden würde. Die Art, in der Schuman die Parallelität der Geschehnisse auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs beschrieb, deutet daraufhin, dass die Teilung nunmehr als längerfristige Gegebenheit wahrgenommen wurde.<sup>71</sup> Im Laufe der Diskussion forderte Florimond Bonte (PCF, Seine) den Minister auf, auch zu einem Brief von Otto Grotewohl an die Alliierten Stellung zu beziehen<sup>72</sup>; die Einstellung gegenüber der Oder-Neiße-Grenze bezeichnete er als das entscheidende Kriterium der beiden möglichen deutschlandpolitischen Ausrichtungen. Wenn sich die deutsche Einheit nicht in

<sup>67</sup> Zur Stalin-Note vom 10. 3. 1952 cf. Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952; sowie Castin-Chaparro, *Puissance de l'URSS, misères de l'Allemagne*, S. 351–354.

<sup>68</sup> ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 18. 3. 1952: „[...] le gouvernement de Bonn a contracté des engagements depuis qu'il existe. Il y a des accords en dehors de l'Allemagne. L'autre gouvernement en a en ce qui concerne la frontière Oder-Neisse, et a certainement des accords sur d'autres points. [...] Une fusion de deux gouvernements peut se concevoir lorsqu'il n'y a pas une hypothèque venant du dehors, de la part des puissances occupantes qui sont en désaccord entre elles, qui l'ont été jusqu'ici tout au moins.“

<sup>69</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 4. 6. 1952.

<sup>70</sup> Ibid., S. 22: „Vous avez bien votre liberté d'action complète à l'égard de la République fédérale de Bonn dans cette négociation?“

<sup>71</sup> ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 18. 3. 1952: „[...] deux gouvernements qui ne sont pas reconnus par l'ensemble des 4 puissances. La Russie ignore le gouvernement de Bonn, et nous, nous ignorons le gouvernement de l'Allemagne orientale.“

<sup>72</sup> Ibid.: „Le 13 février [1952 – Ch. W.], le gouvernement de la République démocratique allemande sous la signature de son président M. Grotewohl a envoyé une lettre aux quatre puissances demandant la conclusion immédiate d'un traité de paix avec l'Allemagne. Cette note indiquait que le traité de paix avec l'Allemagne était nécessaire pour éviter le danger que représente la renaissance du militarisme allemand et annihiler les tendances de ce militarisme de se lancer dans de nouvelles agressions. Pourquoi le gouvernement français est-il resté silencieux sur cette lettre?“

den von der UdSSR vorgezeichneten Bahnen vollziehe, so Bonte, werde Frankreich in einen Krieg für „Großdeutschland“ hineingezogen.<sup>73</sup> Yvon Delbos (rad.-soc., Dordogne) drängte Schuman hingegen, die sowjetische Regierung darauf hinzuweisen, dass erst eine andere Haltung hinsichtlich der DDR den mit der Note gemachten Vorschlag ermöglichen würde. Auch bei der Diskussion über die Antwortnote der Alliierten kam das Problem der Grenzen im Ausschuss erneut zur Sprache. Gilbert de Chambrun (rép. prog., Lozère) bezeichnete den entsprechenden Passus als unvorsichtig, sah er hier doch ein potenzielles Einfallstor für weitergehende territoriale Ansprüche.<sup>74</sup>

Im Auswärtigen Ausschuss des Senats bot ein Bericht von Léo Hamon (MRP, Seine) über die öffentliche Meinung in Deutschland in der Frage der EVG Gelegenheit, sich mit dem „deutschen Problem“ auseinanderzusetzen. Wenn in diesem Zusammenhang von Deutschland die Rede war, bezog sich das auch auf die DDR. Gleichzeitig kündigt sich hier ein Wandel in der Wahrnehmung an, da nunmehr die Situation in der DDR mit derjenigen in den anderen Ostblockstaaten verglichen wurde. Die deutsche Teilung wurde als zunehmend real und der Eiserne Vorhang als zunehmend hermetisch beschrieben. Hamon erwartete die Schaffung eines zur NATO analogen Systems im Osten und kritisierte, dass die West-Alliierten ihre Bereitschaft zu Verhandlungen an freie Wahlen knüpften. Die Oder-Neiße-Grenze wurde von ihm als Schutz vor der sowjetischen Gefahr angesehen, ihre Anerkennung dementsprechend als vitales Sicherheitsinteresse Frankreichs. Außerdem könne man als Gegenleistung für diese Anerkennung noch die „Befreiung“ Ostdeutschlands aushandeln.<sup>75</sup> Äußerungen von bundesdeutscher Seite über die Ostgrenzen wurden entsprechend kritisch gesehen.<sup>76</sup>

Dominierte im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung zu Beginn der 1950er Jahre das „deutsche Problem“ die Wahrnehmung des Kalten Krieges und die Haltung zur französischen Außenpolitik, so stellte sich im Laufe der Entwicklung immer mehr die Frage, welcher Stellenwert dem „deutschen Problem“ beizumessen sei. Im Zusammenhang mit dem Notenwechsel von 1952 äußerte Robert Schuman selbst Bedenken: Je mehr Deutschland im Mittelpunkt interna-

<sup>73</sup> Ibid.: „[...] et nous serons entraînés à faire la guerre pour la Grande Allemagne.“

<sup>74</sup> ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 30. 4. 1952.

<sup>75</sup> AP, Sénat, 19 S 8: Protokoll der Sitzung vom 16. 7. 1952, S. 5: „Les plus intelligents pensent à une reconnaissance internationale de la ligne Oder-Neisse contre la libération de l'Allemagne orientale.“ Cf. auch S. 11: „Nous Français, d'ailleurs, avons les plus grands périls à redouter dans une politique russe consistant à se lancer à la recherche des faveurs de l'Allemagne, car de notre côté on fera la surenchère; je craindrais pour la paix du monde l'hypothèse d'un abandon russe de la ligne Oder-Neisse, car il s'agirait de leur part de conquérir l'influence en Allemagne jusqu'au Rhin.“

<sup>76</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 4. 3. 1953, S. 44, Frage von Léo Hamon an den Außenminister Georges Bidault: „Je voudrais vous demander si le gouvernement français a fait connaître de telle ou telle autre manière qu'il ne reprenait pas à son compte les revendications de révision des frontières orientales, les revendications formellement émises par le Bundestag.“ Bidault antwortete, dass diese Entscheidungen (es handelt sich vermutlich um das Bundesvertriebenengesetz und das Flüchtlings-Notleistungsgesetz) ohne Frankreich getroffen wurden und Frankreich deshalb auch nicht dafür verantwortlich sei.

tionaler Angelegenheiten stehe, desto mehr werde es versuchen, eigene Interessen durchzusetzen.<sup>77</sup> Auch wenn das selbstbewusste Auftreten Adenauers in internationalen Angelegenheiten häufig Kritik im Ausschuss auslöste<sup>78</sup>, so fand doch diese Bemerkung Schumans kein unmittelbares Echo bei den Parlamentariern. Erst im Frühjahr 1953 beschäftigte sich der Ausschuss mit der Frage, ob das „deutsche Problem“ Konsequenz oder Ursache aller anderen internationalen Probleme sei und ob es sich von diesen losgelöst regeln lasse. Welche Priorität dem „deutschen Problem“ in der Wahrnehmung der internationalen Situation eingeräumt wurde, war nicht zuletzt abhängig von der jeweiligen Generation. So verdeutlicht ein Wortwechsel zwischen Jacques Bardoux (RI, Puy-de-Dôme) und Maurice Faure (rad.-soc., Lot), dass das Deutschlandbild des 1874 geborenen Jacques Bardoux erheblich stärker mit Erinnerungen belastet war als dasjenige seines 1922 geborenen Kollegen: Während für Bardoux prägende Erinnerungen seine Sicht auf das „deutsche Problem“ als Ursache aller internationalen Probleme bestimmten, hatte der jüngere Faure die gesamte internationale Situation im Blick, was ihn im „deutschen Problem“ (hier eher mit der deutschen Frage synonym) eine Konsequenz der internationalen Entwicklung sehen ließ.<sup>79</sup> Unabhängig von diesen generationsspezifischen Unterschieden lässt sich anhand der Debatten des Ausschusses im Laufe des Jahres 1953 eine grundsätzliche Veränderung der französischen Wahrnehmung des „deutschen Problems“ im Verhältnis zur Wahrnehmung des Kalten Krieges konstatieren – eine Veränderung, die selbst Außenminister Georges Bidault bestätigte.<sup>80</sup> Ausdruck der derart veränderten Wahrnehmung war schließlich auch eine entsprechend veränderte Deutschlandpolitik. Bereits im Juli 1953 kündigte Bidault einen Paradigmenwechsel an: Aus der Absicht, einen Friedensvertrag über Deutschland abzuschließen, war die Absicht geworden, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen.<sup>81</sup>

Der Wandel der Deutschland-Perzeption verstärkte wiederum die Wahrnehmung der deutschen Teilung als einer gegebenen Situation und führte damit indirekt zu einer geschärften Wahrnehmung der DDR. Bidault unterschied in diesem Zusammenhang, anders als noch sein Vorgänger Schuman, sehr viel stärker zwi-

<sup>77</sup> ANF, C 15591: Protokoll der Sitzung vom 30. 4. 1952: „Il est certain que nous sommes très préoccupés par certaines manifestations officielles ou officieuses, ou même privées, auxquelles nous avons assisté ces dernier temps en Allemagne. Plus l'Allemagne est sollicitée, plus l'Allemagne est flattée, plus elle prend notion de son importance et veut nous tenir la dragée haute, c'est certain.“

<sup>78</sup> So hatte sich beispielsweise Adolphe Aumeran (RI, Alger) bereits im November 1949 sehr beunruhigt über das Auftreten Adenauers gezeigt und kritisiert, dass dessen Kontakte sich nicht auf die Hohen Kommissare beschränkten, er sogar mit westlichen Staatschefs verkehrte; cf. ANF, C 15333: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949.

<sup>79</sup> ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 25. 3. 1953; von den 44 Ausschussmitgliedern gehörten zu diesem Zeitpunkt 19 zu den vor 1900 Geborenen und 22 zu den zwischen 1900 und 1914 Geborenen, nur 3 Ausschussmitglieder waren nach 1914 geboren worden.

<sup>80</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 14. 10. 1953: „J'avais dit autrefois: ‚Si on s'entend sur l'Allemagne, on s'entendra sur tout.‘ J'indique maintenant: ‚Si on s'entend sur l'Allemagne, cela ne signifie pas qu'on s'entendra sur tout et si on s'entend sur le désarmement on s'entendra sur tout.‘ Malheureusement il y a des ‚si.‘“

<sup>81</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 23. 7. 1953.

schen Westdeutschland als dem Partner Frankreichs und damit als dem für ihn wesentlichen Teil Deutschlands sowie einem anderen Deutschland, das man bewusst ignorierte. Auch wenn die Verwendung des Begriffs „anderes Deutschland“ durch Bidault nur dem Zweck der Abgrenzung diene, so kann dies gleichermaßen als Beleg für seine Etablierung als synonyme Bezeichnung für die DDR im politischen Diskurs angenommen werden.<sup>82</sup> Unmittelbares Interesse für die DDR selbst bestand zu dieser Zeit eigentlich nur hinsichtlich ihres Militarisierungsgrades; Bidault zitierte aus britischem Material und bedauerte mehrfach das Defizit an Informationen über den zweiten deutschen Staat.<sup>83</sup>

Nach dem Tode Stalins forderte der Ausschuss die französische Regierung in einem Antrag erneut dazu auf, die Initiative zu einer Gipfelkonferenz der vier Alliierten zu ergreifen, um das „deutsche Problem“ endlich zu regeln. Jacques Bardoux, der eine „Koreanisierung“ Deutschlands befürchtete, zeigte sich von den wochenlangen Diskussionen über die europäische Armee schockiert, bei denen man völlig außer Acht lasse, dass demnächst eine westdeutsche Armee einer bereits existierenden ostdeutschen Armee gegenüberstehen werde. Die Entwicklung in beiden deutschen Teilstaaten betrachtete er sehr kritisch – auf der einen Seite sah er nur Elend und Propaganda, auf der anderen schien ihm eine von der Industrie finanzierte neue „nationalsozialistische“ Bewegung am Werk zu sein – und fürchtete, dass sich daraus ein deutsch-deutscher Bürgerkrieg entwickeln könne, der nicht ohne Auswirkungen auf internationaler Ebene bleiben werde.<sup>84</sup> Die ostdeutsche Seite wurde von Maurice Kriegel-Valrimont (PCF, Meurthe-et-Moselle) verteidigt, der Bardoux vorwarf, die Anstrengungen der DDR-Regierung zur Schaffung eines entmilitarisierten Deutschlands zu verkennen.<sup>85</sup>

Während sich die Entwicklung in der DDR weitgehend außerhalb des Blickfeldes der französischen Parlamentarier abspielte, nährten das Wiedererstarren der westdeutschen Industrie, insbesondere im Ruhrgebiet, sowie die Wiederbewaffnung der Bonner Republik in Verbindung mit öffentlich geäußerten Gebietsansprüchen jenseits der nach dem Krieg festgelegten Grenzen ihre Bedenken ge-

<sup>82</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 22.7.1953: „Que dirons-nous d'autre de l'Allemagne occidentale et de l'autre Allemagne jusqu'à présent considérée comme durablement séparée de l'Allemagne occidentale et qui peuvent se réunir? Il va de soi que le problème de la réunion de l'Allemagne orientale à l'Allemagne occidentale est un problème européen et mondial et qu'on ne tranchera pas comme cela, sous prétexte qu'il y aura un petit accord entre les uns et les autres.“

<sup>83</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 18.2.1953: „[...] cela est emprunté à la notoriété publique séparée simplement de votre connaissance par les difficultés de rassembler les documents et par l'éloignement.“ Cf. auch ibid.: Protokoll der Sitzung vom 29.10.1952.

<sup>84</sup> ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 25.3.1953: „En effet, la propagande est systématiquement organisée en Allemagne orientale dont la population vit dans un état de misère. De son côté, un mouvement néonazi se développe en Allemagne occidentale; il est largement ramifié; son financement est assuré par des groupes d'industriels ainsi que par des subsides en provenance de l'Est.“

<sup>85</sup> Ibid.: „Pendant des années, le gouvernement de la République démocratique allemande a formulé des propositions dans le sens d'une Allemagne désarmée. Le président du Conseil lui-même a affirmé qu'il était disposé à réduire les effectifs de la police populaire. Mais en Allemagne fédérale on a opposé un refus persistant à ces propositions de règlement pacifique.“

genüber der Bundesrepublik.<sup>86</sup> Angesichts der sich insgesamt gravierend verschlechternden Ost-West-Beziehungen forderten sie die französische Regierung im Mai 1953 ein weiteres Mal dazu auf, den Impuls zu einer Konferenz der vier Alliierten zu geben.<sup>87</sup>

Die Berliner Außenministerkonferenz zu Beginn des Jahres 1954 machte allerdings auch den französischen Parlamentariern die Unvereinbarkeit der sich gegenüberstehenden Deutschlandkonzeptionen deutlich.<sup>88</sup> Maurice Schumann erklärte als Staatssekretär die Haltung Molotows mit der unsicheren Situation in der DDR und der Schwäche der ostdeutschen Regierung. Freie Wahlen würden unweigerlich zu einem Scheitern des sowjetischen Engagements in Deutschland führen und deshalb nicht ohne Rückwirkungen auf den gesamten Ostblock bleiben. Um den Unterschied zwischen der Situation in Ost- und in Westdeutschland zu unterstreichen, sprach Schumann von einer westdeutschen Regierung, aber lediglich von ostdeutschen Behörden.<sup>89</sup> Bidault betonte bei einer späteren Anhörung, dass man auf der Berliner Konferenz große Klarheit über die Situation erlangt habe – auf den Kalten Krieg folge eine wechselseitige Anerkennung des Status quo.<sup>90</sup> Die sich abzeichnende längerfristige Teilung und das vorläufige Ausbleiben

<sup>86</sup> Ibid.: „La situation en Allemagne est incontestablement très grave: on se trouve à la porte de l’aventure.“ (Gilbert de Chambrun).

<sup>87</sup> ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 13. 5. 1953: „La commission des Affaires étrangères souhaite que le gouvernement français proclame de nouveau, comme l’avait fait M. le président de la République française en novembre 1951, son désir de voir se réunir au plus tôt une conférence à quatre, à l’échelon le plus élevé, et fasse dans ce sens une proposition précise pour entreprendre la préparation.“ (Text von Edmond Naegelen).

<sup>88</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 11. 2. 1954, S. 11; als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten fasste Maurice Schumann bei einer Anhörung durch den Ausschuss die Haltung Frankreichs gegenüber der DDR und der deutschen Einheit zusammen: „L’hypothèse de base, sur laquelle certains procès de la politique européenne ont été bâtis, c’est que la Russie serait prête, dans certaines circonstances et sous certaines conditions, à envisager l’unification de l’Allemagne par l’évacuation de la DTR [sic], par l’abandon de l’Allemagne orientale. Je constate, avant de vous le démontrer, textes en mains, que l’action fondamentale sur laquelle M. Molotov a construit son discours du 1<sup>er</sup> février, c’est que l’unification de l’Allemagne n’est concevable que d’abord par le maintien de la DTR, (République démocratique allemande), et ensuite, par l’extension du régime de l’Allemagne orientale à l’ensemble du territoire allemand.“

<sup>89</sup> Ibid.: „En bref, pourquoi M. Molotov est-il demeuré sur le terrain allemand, strictement semblable à lui-même? La réponse n’est pas mystérieuse. Les discours de M. Molotov nous la fournissent dans la mesure où ils s’adressent généralement moins à ses trois collègues qu’à l’opinion. La situation dans la zone orientale est beaucoup trop incertaine. Le gouvernement d’Allemagne orientale est beaucoup trop faible pour que M. Molotov puisse affronter un scrutin qui confirmerait l’échec de l’action soviétique en Allemagne, et dont les conséquences pourraient éventuellement s’étendre, comme ce fut le cas au mois de juin dernier, à d’autres États du bloc oriental. Et particulièrement significative à cet égard fut l’attaque lancée contre la partie de notre projet qui a trait à la liberté dont doit disposer le futur gouvernement provisoire allemand pour faire le choix des obligations antérieures assumées par le gouvernement de la République fédérale et par les autorités allemandes de l’Allemagne orientale.“

<sup>90</sup> ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 24. 2. 1954, S. 68: „Nous avons obtenu à Berlin une clarté plus grande: à la guerre froide se substitue une sorte de reconnaissance mutuelle du statu quo. Il est possible que ce soit vers une sorte de conclusion de ce genre

eines umfassenden Friedensvertrages nahm Adolphe Aumeran (RI, Alger) zum Anlass, die Bedenken der Parlamentarier hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze erneut vorzutragen.<sup>91</sup>

Parallel zu der sich im Ausschuss noch bis Juni 1954 erstreckenden EVG-Debatte begann im März desselben Jahres die Auseinandersetzung mit dem Deutschlandvertrag (*accord de Bonn*). Die DDR wurde in dieser Debatte vor allem zu einem diskursiven Element. So befürwortete der Berichterstatter des Ausschusses für die Bonner Verträge, Roger Gaborit (rad.-soc., Charente-Maritime), deren Unterzeichnung unter anderem mit dem Hinweis auf die Entwicklung des unter sowjetischem Einfluss stehenden Teil Deutschlands.<sup>92</sup> Ziel müsse es deshalb sein, sowohl die Neutralisierung Deutschlands als auch seine Integration in den Ostblock zu verhindern.

Mit der Intensivierung der Debatten über die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und seiner Westintegration 1954 wurde der Verweis auf die DDR immer öfter zu einem Argument, welches sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern der EVG genutzt wurde. Während Félix Gouin (SFIO, Bouches-du-Rhône) unterstrich, dass es sich bei der EVG nur um eine Verteidigungsmaßnahme handele, da der Osten Deutschlands bewaffnet worden sei, lange bevor man die EVG überhaupt geplant habe<sup>93</sup>, lehnte sein Fraktionskollege Jules Moch (SFIO, Hérault) sie ab, weil er befürchtete, dass eine Bewaffnung Westdeutschlands eine Bewaffnung Ostdeutschlands nach sich ziehe.<sup>94</sup> Moch wurde zwar von Robert Schuman (MRP, Moselle), inzwischen Mitglied des Ausschusses, korrigiert, der in der EVG die Wiederherstellung eines Kräftegleichgewichts sah. Dennoch war es die Sicht von Jules Moch, die am Ende der Diskussion mehrheitsfähig blieb. Und es war sein Bericht für den Ausschuss, der schließlich auch zur Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 führte.

que, d'étape en étape, on aboutisse. J'ai dit qu'il me paraissait que la division de l'Allemagne était son terme prévisible.“

<sup>91</sup> Ibid.: „Il était question de la frontière Oder-Neisse. Ce qui gêne le plus l'établissement du traité de paix, c'est justement l'établissement de cette frontière, et la plus grande crainte qu'ont quelques Français au sujet de la renaissance d'une armée allemande, c'est qu'elle pourrait servir à la reconquête de cette frontière.“

<sup>92</sup> ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 11. 3. 1954, S. 3: „Il considère qu'il était impossible que le régime d'occupation se maintint indéfiniment, une évolution inéluctable s'est produite, dont l'URSS a d'ailleurs accéléré le processus dans sa zone.“

<sup>93</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 25. 3. 1954: „[...] qu'il ne s'agisse que de défense cela ressort du fait que l'Allemagne orientale fut réarmée bien avant que la CED n'eût été envisagée. Celle-ci n'est donc que le dernier maillon d'une politique à laquelle la France n'a cessé depuis 1944 de se montrer fidèle.“

<sup>94</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 7. 4. 1954, S. 8: „Dans son rapport, M. Jules Moch exprime la crainte que le réarmement de l'Allemagne occidentale n'entraîne celui de l'Allemagne orientale. À cela l'orateur répond que l'Allemagne orientale a déjà commencé à réarmer. Au surplus, l'argument serait valable contre toute forme de renforcement de la défense occidentale. Or, ce renforcement est indispensable pour rétablir l'équilibre des forces, condition préalable indispensable de la négociation générale, par le désarmement que tout le monde réclame.“

Die Kritik zahlreicher linker Abgeordneter an der Verwendung des „sowjetischen Arguments“ zur Befürwortung der EVG war zwar am stärksten bei den Kommunisten ausgeprägt, für die ja auch die DDR jenes Deutschland war, das den französischen Interessen am ehesten entsprach.<sup>95</sup> Doch auch der Sozialist Jules Moch teilte diese Einschätzung, wenn er vorrechnete, dass die UdSSR und mit ihr die DDR zwar stärker bewaffnet seien, ihre Bewaffnungsstärke sich seit 1950 gleichwohl nicht verändert habe<sup>96</sup>; die Diskussion über die sowjetische Bedrohung führe seiner Ansicht nach zu einem Angriffskrieg.

Auch in Bezug auf die Souveränität Westdeutschlands diene die sowjetische Politik in Ostdeutschland als Argument. Maurice Schumann bestätigte als Staatssekretär, dass die Aufrechterhaltung des Besatzungsstatus in Westdeutschland nicht länger möglich sei, weil die Sowjetunion ihrer Besatzungszone bereits im März 1954 in gewissem Umfang Souveränität gewährt habe.<sup>97</sup> Außenminister Pierre Mendès-France stützte seine Zustimmung zur inneren Souveränität der Bundesrepublik ebenfalls mit einem Verweis auf die Situation in der DDR.<sup>98</sup> Im Bericht für den Ausschuss über die Souveränität der Bundesrepublik von Jacques Isorni (CRAPS, Seine) wurde die Situation der DDR gar zum „bindenden Maßstab“, hinter dem man nicht zurückstehen könne.<sup>99</sup> Dass Deutschland trotz Westintegration der Bundesrepublik in der französischen Wahrnehmung vielfach noch eine Einheit darstellte, wurde deutlich, als Mendès-France im Zusammenhang mit der von der Bundesrepublik geforderten Souveränität und der Absicht, ganz

<sup>95</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 12. 5. 1954, S. 10, François Billoux (PCF, Bouches-du-Rhône): „La CED [...] entraînerait selon ses partisans une réconciliation franco-allemande. On ne peut pas penser [...] que les communistes soient contre une telle réconciliation qui s'inscrit dans le cadre d'une Internationale ouvrière. Mais [...] une telle réconciliation ne peut s'opérer que par une reconnaissance par le peuple allemand des responsabilités qu'il porte pour avoir accepté une direction fasciste. Dans la République démocratique allemande il a fallu d'immenses efforts pour faire comprendre au peuple qu'il n'y avait pas d'autres voies [...]. M. Billoux note la différence de ton existant entre les déclarations des dirigeants allemands occidentaux et celles des dirigeants de la République démocratique allemande selon lesquels ce pays ne se permettra jamais de faire la guerre au peuple français.“

<sup>96</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 12. 5. 1954, S. 12.

<sup>97</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 19. 5. 1954.

<sup>98</sup> ANF, C 15593: Protokoll der Sitzung vom 25. 8. 1954, S. 65: „Je dois dire très franchement que cette initiative anglaise et américaine me paraît fondée. Lorsque un pays a été battu dans une guerre, quelle que soit la portée des dispositions qui lui sont imposées à la suite de sa défaite, on ne peut pas penser que ce pays restera indéfiniment un pays sous tutelle dont la souveraineté n'existerait plus. Dix ans après les hostilités, il semble raisonnable, si nous parlons d'une manière réaliste, compte tenu de l'évolution du monde dans cette période de dix ans, de restituer à ce pays sa souveraineté politique, réserve faite, je le répète encore une fois, des aspects militaires [...]. J'ajoute d'ailleurs que, sur ce point, nous avons été précédés, puisque vous savez que l'Union soviétique a reconnu la souveraineté pleine et entière de l'Allemagne de l'Est. Par conséquent, je crois que nous ne pouvons pas raisonnablement nous opposer [dem anglo-amerikanischen Vorschlag – Ch. W].“

<sup>99</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 1. 12. 1954, S. 4: „Il s'agit d'une question de présentation. Il ne pouvait en effet être question de rester en-deçà des formules utilisées par l'Union soviétique à l'égard de la République démocratique allemande.“

Deutschland repräsentieren zu wollen, Probleme im Zusammenhang mit der DDR, Berlin und dem Saarland auf eine Ebene stellte.<sup>100</sup>

Die zentrale Ursache für die Ablehnung der EVG durch die französischen Parlamentarier im August 1954 war ihr Deutschlandbild.<sup>101</sup> Es scheint mithin paradox, dass eine im Wesentlichen unveränderte Perzeption wenige Monate später, im Dezember 1954, nicht auch die Zustimmung zu den Pariser Verträgen<sup>102</sup> und die damit verbundene Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO verhindert hat. Zwar gab es bei der Abstimmung im Dezember zahlreiche Gegner, gleichzeitig aber wurden zahlreiche EVG-Gegner zu Befürwortern der Pariser Verträge. Dies lässt sich am Beispiel von Jacques Bardoux zeigen, der in beiden Fällen seine Entscheidung von der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland abhängig machte. Die Unterzeichnung separater Verträge der Westalliierten beziehungsweise der Sowjetunion mit dem jeweiligen Teil Deutschlands sah er als eine Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit an – zunächst in wirtschaftlicher, später in politischer Hinsicht.<sup>103</sup>

Die mit der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO verbundene Wiederbewaffnung verschaffte auch der DDR – gewissermaßen als Gegenargument – erneut Eingang in die Debatten. So befürchtete Raymond Guyot (PCF, Seine), dass die Entscheidungen der Londoner Neunmächtekonferenz vom Oktober 1954 ein Bedrohungsszenarium für die DDR heraufbeschwören könnten.<sup>104</sup> Und Gilbert de Chambrun (rep. prog., Lozère) wollte von Mendès-France wissen, ob die Aufstellung von zwölf militärischen Einheiten im Westen Deutschlands nicht die Aufstellung von zwölf weiteren Einheiten im Osten zur Folge haben werde. Mendès-France antwortete wie bereits zuvor mit dem Hinweis, dass man im Osten schon vor langer Zeit mit der Wiederbewaffnung begonnen habe.<sup>105</sup> Dagegen zeigte sich Maurice Schumann, inzwischen wieder Mitglied des Ausschusses, beunruhigt über die direkte Verbindung zwischen einer „future Wehrmacht“ und dem Pentagon, die aus seiner Sicht einer De-facto-Vormachtstellung deutscher Einheiten in Westeuropa gleichkomme.<sup>106</sup>

<sup>100</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 6. 10. 1954, S. 25 f.: „Les Allemands auraient souhaité se voir reconnaître une vocation à représenter l'ensemble du territoire allemand. Ceci provoquait naturellement des difficultés vis-à-vis de la partie orientale du territoire qu'est la zone d'occupation soviétique, et ceci faisait également entrer en ligne de compte le problème de Berlin et celui de la Sarre.“

<sup>101</sup> Cf. dazu Girard/Stoetzel, *L'opinion publique devant la CED*.

<sup>102</sup> Zu den Pariser Verträgen cf. Soutou, *La France, l'Allemagne et les accords de Paris*; sowie Miard-Delacroix/Hudemann (Hrsg.), *Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre*.

<sup>103</sup> ANF, C 15593, Protokoll der Sitzung vom 4. 8. 1954, S. 8.

<sup>104</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 6. 10. 1954, S. 162 f.: „Les accords de Londres et les réactions de Bonn prouvent qu'il a été décidé de réarmer les Allemands les plus chauvins et les plus militaristes d'Allemagne [...]. Ne pensez-vous pas en conséquence que la République démocratique d'Allemagne [sic] se sente menacée? Avez-vous tenu compte de cette éventualité?“ Pierre Mendès-France antwortete mit einem Hinweis auf die nach britischen Informationen in der DDR bereits konstituierten militärischen Kräfte.

<sup>105</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 2. 12. 1954.

<sup>106</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 6. 10. 1954.

Ein weiteres zentrales Problem in den Debatten des Ausschusses zu den Pariser Verträgen war die Frage nach der Gültigkeit der mit der Bundesrepublik geschlossenen internationalen Abkommen nach Wiederherstellung der deutschen Einheit: Wohin würde ein vereintes Deutschland tendieren und was würde aus den Allianzen, insbesondere der NATO, werden? Sehr intensiv wurde auch die Frage nach dem Modus der Vereinigung diskutiert: War dies Sache der Deutschen<sup>107</sup>, der Alliierten oder sollte sie gemeinsam mit den Alliierten und den beiden deutschen Regierungen ausgehandelt werden?<sup>108</sup> In sicherheitspolitischer Hinsicht wurde das Problem der Einheit in dieser Situation auch als Gefahr für Frankreich wahrgenommen. So befürchtete Jacques Bardoux, dass die Sowjetunion den Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung instrumentalisieren könnte, um alle bisherigen Anstrengungen zur Schaffung einer europäischen Gemeinschaft zunichtezumachen. Um der von sowjetischer Seite vorgeschlagenen Neutralisierung Deutschlands aus dem Weg zu gehen – was von vielen französischen Parlamentariern als die größtmögliche Gefahr angesehen wurde – sprach sich Bardoux dennoch für eine Vermeidung der deutschen Einheit in der aktuellen Situation aus.<sup>109</sup>

Während unmittelbar nach Gründung der DDR das Verhältnis Frankreichs zum zweiten deutschen Staat vor allem die Kommunisten beschäftigt hatte, interessierten sich im Zusammenhang mit der Diskussion über die westdeutsche Souveränität nun auch Abgeordnete anderer Fraktionen für dieses Thema.<sup>110</sup> Auf eine entsprechende Frage Gaston Palewskis (RPF, Seine) antwortete der Berichterstatter Jacques Isorni, dass die ostdeutsche Regierung vom juristischen Standpunkt über keinerlei Legitimierung verfüge, Frankreich mithin die einzige demokratische Regierung in Deutschland anerkenne. Deren Souveränität bleibe jedoch eingeschränkt, weil sich die Westalliierten damit die Möglichkeit direkter Verhandlungen mit der UdSSR offenhielten.<sup>111</sup> Die Einschränkung der Souveränität bezog er auch auf deren Geltungsbereich: Nachdem die „Teilung von Potsdam“ bestätigt worden sei, könne man vonseiten der Westalliierten nicht sagen, dass die bundes-

<sup>107</sup> Diese Position wurde u. a. von René Mayer und Gaston Palewski vertreten, siehe ANF, C 15593: Protokolle der Sitzungen vom 3. 12. 1954 und 8. 12. 1954.

<sup>108</sup> Diese Position wurde u. a. von Jules Moch vertreten, siehe *ibid.*: Protokoll der Sitzung vom 8. 12. 1954.

<sup>109</sup> *Ibid.*: Protokoll der Sitzung vom 3. 11. 1954, S. 46: „Il est certain que c'est là l'arme dont la Russie entend se servir pour faire sauter cette construction que nous jugeons quant à nous nécessaire, non pas pour une garantie contre une invasion russe qui nous paraît chimérique, mais comme une garantie de la modération allemande, la limitation de ses forces et le contrôle de ses forces. Croyez-vous possible d'éviter cette réalisation immédiate ou prochaine de l'unité allemande?“

<sup>110</sup> *Ibid.*: Protokoll der Sitzung vom 8. 12. 1954, S. 10: „Gaston Palewski [...] demande quel sera le comportement éventuel de la France vis-à-vis de l'Allemagne de l'Est.“

<sup>111</sup> *Ibid.*, S. 4: „Il [Jacques Isorni – Ch. W.] expose que les alliés ne peuvent reconnaître d'autre gouvernement, celui-ci étant le seul démocratique; mais ce gouvernement est provisoire et limité dans sa compétence territoriale. En droit, le gouvernement de l'Est ne représente rien, mais la France peut engager des conversations avec l'URSS sans avoir besoin pour cela de l'autorisation de l'Allemagne fédérale. Il estime qu'il faut éviter que les deux Allemagnes discutent entre elles en dehors des signataires des accords.“

deutsche Regierung auch Ostdeutschland vertrete.<sup>112</sup> Hinter der Frage Palewskis nach dem Verhalten Frankreichs gegenüber der DDR verbirgt sich auch die Sorge um die Handlungsfreiheit Frankreichs. Einen Tag vor der entscheidenden Abstimmung des Ausschusses über die Pariser Verträge kam es erneut zu einer Anhörung von Pierre Mendès-France infolge eines von Palewski eingereichten Änderungsantrages, der die Verschiebung der Ratifizierung um drei Monate vorsah. Wie auch Gilbert de Chambrun (rép. prog., Lozère) hielt Palewski den Dialog mit dem Osten für sehr viel wichtiger und befürchtete, dass dieser durch die Ratifizierung behindert werde; man müsse sich im nationalen Interesse die Freiheit der Wahl lassen und dürfe sich nicht auf unabsehbare Zeit festlegen. Um seine Argumentation zu stützen, berief er sich auf nicht näher spezifizierte Äußerungen Konrad Adenauers bezüglich deutscher Territorialansprüche, die von ihm in eine direkte Kontinuitätslinie zum Dritten Reich gestellt wurden und damit eine feste Bindung an Deutschland umso kritikwürdiger erscheinen ließen.<sup>113</sup>

In dieser Phase der Diskussion sorgte sich vor allem Gilbert de Chambrun mehrfach um die Zukunft des französisch-sowjetischen Abkommens von 1944, welches, so Chambrun, von vielen Franzosen als Sicherheitsgarantie gegenüber Deutschland angesehen werde.<sup>114</sup> Auch Jacques Bardoux bezeichnete die Überinkunft der drei Westalliierten, wonach die Bundesrepublik als der einzig legitime Vertreter des deutschen Volkes anerkannt wurde, vor dem Hintergrund eines als notwendig erachteten guten Verhältnisses mit der UdSSR als äußerst unvorsichtig.<sup>115</sup> 1955 rief dann die Moskau-Reise Konrad Adenauers erneut die Kritiker der deutschen Souveränität auf den Plan. Und wenn der Kommunist François Billoux befürchtete, dass die Verhandlungsposition Frankreichs geschwächt werde, weil Moskau nunmehr in der Lage sei, beide deutsche Regierungen zu konsultieren, so wurde unausgesprochen auch an Rapallo erinnert.<sup>116</sup>

Mit den Abstimmungen über die Souveränität der Bundesrepublik und ihren NATO-Beitritt am 10. Dezember 1954 endete ein fast vier Jahre währender Verhandlungsmarathon des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung über die Frage nach dem Umgang mit dem „deutschen Problem“. Die Intensität, mit der diese Debatte geführt wurde – in den letzten Wochen vor der Abstimmung mit bis zu zwei Sitzungen pro Tag –, verdeutlicht den Stellenwert, den diese Frage für französische Parlamentarier hatte. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten blieb die deutsche Frage ein wichtiges Thema, in den Mittelpunkt traten nun jedoch andere Probleme: Abrüstung und Entspannung, vor allem aber die

<sup>112</sup> Ibid., S. 5: „Après avoir entériné cette coupure de Potsdam, les alliés occidentaux ne peuvent pas dire que le gouvernement de l'Allemagne occidentale incarne l'Allemagne de l'Est.“

<sup>113</sup> ANF, C 15593: Protokoll der Sitzung vom 9. 12. 1954.

<sup>114</sup> Ibid.: Protokolle der Sitzungen vom 6. 10. und 3. 11. 1954.

<sup>115</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 9. 12. 1954, S. 7f.: „Il [Jacques Bardoux – Ch. W.] trouve très imprudent que les trois puissances aient déclaré qu'elles considéraient le gouvernement de la République fédérale comme le seul légitimement constitué et habilité à représenter le peuple allemand dans les négociations internationales.“ Im Gegensatz zu Palewski und de Chambrun stimmte Bardoux jedoch in beiden Fällen dafür.

<sup>116</sup> ANF, C 15594: Protokoll der Sitzung vom 27. 7. 1955.

Dekolonisation und der Algerienkrieg. Waren die Debatten im ersten Nachkriegsjahrzehnt gekennzeichnet von einer sehr leidenschaftlichen, häufig von persönlichen Erinnerungen und Erfahrungen durchzogenen Auseinandersetzung mit Deutschland – viele der hier zitierten Parlamentarier waren bereits während der Zwischenkriegszeit politisch aktiv und außerdem am Widerstand beteiligt –, so setzte ab 1954 ganz allmählich ein Prozess der Versachlichung der deutschlandpolitischen Debatten ein.

Im Auswärtigen Ausschuss des Senats war es vor allem Léo Hamon (IOM, Seine), der scharfe Kritik an der Politik der Bundesregierung und an Adenauer selbst übte. Noch in der Diskussion über die Pariser Verträge nahm er Äußerungen Adenauers zum Anlass, um den Bonner Alleinvertretungsanspruch zu kritisieren, der den Weg zu weiteren Verhandlungen mit der Sowjetunion versperre. Er wollte zudem durch Außenminister Antoine Pinay bestätigt wissen, dass es sich im Falle der Bundesrepublik nicht um eine Anerkennung de jure handele.<sup>117</sup> Wie Michel Debré befürchtete auch Hamon, dass die Ratifizierung der Pariser Verträge, aufgrund der von westdeutscher Seite geforderten Aufhebung des Status quo, den Ost-West-Dialog künftig von vornherein behindern, wenn nicht ganz und gar unmöglich machen werde.<sup>118</sup> Edgar Faure forderte als Ministerpräsident – wie zuvor Pinay –, diese Fragen mit dem nötigen Realismus zu betrachten. Man müsse eine Position vertreten, die es Frankreich auch künftig ermögliche, seinen Einfluss geltend zu machen. Der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch wurde jedoch auch von Faure zurückgewiesen, selbst wenn die Bonner Regierung die einzige deutsche Regierung sei, die man anerkennen könne.<sup>119</sup> Zwei Jahre später, in Vorbereitung der Römischen Verträge, tauchte dann erneut die Frage nach dem Gültigkeitsbereich der bundesrepublikanischen Souveränität auf. Und wieder war es Hamon, der diese Frage stellte. In seiner Antwort unterschied Christian Pineau, Amtsnachfolger von Pinay, zwischen der Vertretung Deutschlands durch die Bonner Regierung („représenter l'Allemagne“) und der Verantwortung für ganz Deutschland („engager toute l'Allemagne“), die bei den Alliierten liege. Die Aner-

<sup>117</sup> AP, Sénat, 19 S 9: Protokoll der Sitzung vom 10. 3. 1955, S. 52.

<sup>118</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 15. 3. 1955, S. 29ff.: „[...] la résolution terminale du débat du Bundestag montre avec une netteté absolue que nos contractants allemands se considèrent comme ayant des créances sur les trois pays occidentaux, et singulièrement sur la France, pour la réunification de l'Allemagne, c'est-à-dire pour la modification du statu quo. M. le président du Conseil n'ignore certainement pas la déclaration du chancelier Adenauer selon laquelle le gouvernement allemand ne saurait en aucun cas accepter un accord entérinant explicitement ou implicitement [...] la division de l'Allemagne. Par conséquent, si la négociation de demain devait être abordée avec la condition sine qua non d'une libération de l'Allemagne orientale, les chances de réussite de la négociation s'en trouveraient quelque peu réduites pour ne pas dire davantage.“

<sup>119</sup> Ibid., S. 44: „Nous considérons, et c'est là thèse officielle française, que le gouvernement de Bonn est le seul gouvernement allemand que nous reconnaissons. Nous n'avons pas dit par là qu'il a le droit de régenter la partie orientale, ce qui n'est pas vrai, ni qu'il resterait le maître si l'Allemagne venait à être réunifiée dans des conditions que nous approuverions, mais dont nous ne pouvons pas déduire les conséquences à l'égard de l'autorité, s'il en conservait, du gouvernement de Bonn.“

kennung eines der beiden deutschen Teilstaaten bezeichnete er in diesem Zusammenhang als eine bewusste politische Entscheidung.<sup>120</sup>

### Von der Gipfelkonferenz in Genf zur zweiten Berlin-Krise

Mit den beiden großen internationalen Verhandlungen des Jahres 1955 in Genf, der Gipfelkonferenz im Sommer (18.–23. 7.) und der Außenministerkonferenz im Herbst (27. 10.–16. 11.), verlagerte sich der Schwerpunkt des Interesses von der Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands hin zum Umgang mit dieser Teilung. Analog zu den Genfer Konferenzen wurde das Deutschland-Thema auch in den Debatten des Ausschusses dem Thema der Sicherheit in Europa untergeordnet. Die Normalisierung der Ost-West-Kontakte stand nun im Mittelpunkt; die Regelung der deutschen Frage wurde zu einem sekundären Problem.

Als Regierungschef hob Edgar Faure im Ausschuss die Vorreiterrolle Frankreichs in Genf hervor, wie sie von den Parlamentariern nur wenige Monate zuvor gefordert worden war, und bezeichnete sich selbst als Anhänger einer Entspannungspolitik, die über eine rein materielle Koexistenz hinausgehe.<sup>121</sup> Ein Dialog zwischen dem ehemaligen Außenminister Georges Bidault und dem französischen Verhandlungsführer in Genf Edgar Faure über die Frage, wie weit man im Bereich der Koexistenz gehen solle, offenbart einen Wandel in der außenpolitischen Konzeption Frankreichs. Während Bidault um eine Bestätigung bat, dass die französische Regierung nicht so weit gehen werde, die „régimes démocratiques“ der Ostblockstaaten zu billigen, hielt Faure dagegen, dass derartige ideologische Einschränkungen von vornherein zu einem Scheitern der Verhandlungen führen würden. Offen zeigte sich Faure auch bei der Frage der Anerkennung Chinas, die er bereits zu diesem Zeitpunkt als notwendig erachtete.<sup>122</sup>

Der Grad an Offenheit war auch Thema einer Sitzung, in der Faure zur Gipfelkonferenz in Genf gehört wurde. Auf das in Genf verabschiedete Schlusskommuni-

<sup>120</sup> AP, Sénat, 19 S 11: Protokoll der Sitzung vom 16. 7. 1957, S. 32: „M. Hamon dit que Bonn représente l'Allemagne. C'est la thèse de la France sur le plan politique, mais nous n'avons jamais dit que le gouvernement de Bonn engageait toute l'Allemagne, c'est-à-dire qu'il engageait, pour demain, l'Allemagne réunifiée. En réalité, nous avons voulu choisir entre les deux Allemagnes. Nous en avons reconnu une, mais pas l'autre. C'est un acte purement politique.“

<sup>121</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 12. 5. 1955, S. 76; ein halbes Jahr zuvor, am 30. 12. 1954, war im Ausschuss noch über einen Resolutionsvorschlag von Gaston Palewski und Georges Loustaunau-Lacau (Ind., Basses-Pyrénées) diskutiert worden, mit dem die französische Regierung aufgefordert werden sollte, diplomatische Verhandlungen mit den drei anderen Alliierten zugunsten von Entspannung in Europa aufzunehmen, cf. ANF, C 15593: Protokoll der Sitzung vom 30. 12. 1954, S. 6f.

<sup>122</sup> ANF, C 15594: Protokoll der Sitzung vom 26. 5. 1955, S. 73f., Georges Bidault: „Je souhaiterais pour mon compte, étant entendu qu'il vaut mieux coexister dans la vie que coexister dans la mort, que le gouvernement français voudût bien dire aussi cependant que la coexistence ne signifie à aucun moment et à aucun degré pour lui-même qu'en ce qui le concerne le régime démocratique institué dans un certain nombre de pays, qui le supportent faute de pouvoir faire autrement, n'est pas [sic] à ses yeux un élément fondamental de la coexistence, qu'il est à l'extrême rigueur, par amour de la paix, capable de le supporter, mais que, naturellement, il ne l'entérine pas.“

niqué Bezug nehmend, erkundigte sich Maurice Schumann (MRP, Nord), ob die angemahnte Offenheit denn auch gegenüber einer Beteiligung der DDR an zukünftigen Verhandlungen über Deutschland gelte. Der Außenminister späterer Jahre sprach sich dafür aus, dass grundsätzlich jedes Mittel legitim sein sollte, um die internationale Entspannung zu befördern.<sup>123</sup>

Nach der Genfer Außenministerkonferenz wurde immer deutlicher, dass vorerst keine Veränderung der dort vertretenen Positionen zu erwarten war. Dennoch blieb die deutsche Einheit ein Thema in den Debatten des Ausschusses. So wunderte sich Jacques Bardoux wenige Wochen später, warum man auf freien Wahlen bestehe und nicht die unterschiedlichen Auffassungen von Demokratie akzeptieren könne. Ein neues Element in der Diskussion war jetzt das Problem einer von sowjetischer Seite geforderten internationalen Anerkennung der DDR. Auf die Frage von Pierre de Gaulle (RPF, Seine), ob denn eine Fortsetzung der Vierer-Konferenz geplant sei, antwortete Antoine Pinay, dass dies aufgrund der Anerkennungsproblematik vorerst nicht mehr möglich sei.<sup>124</sup>

Die Zeit zwischen den Genfer Konferenzen von 1955 und der 1958 beginnenden Berlin-Krise war geprägt von einer relativen Öffnung und dem Willen zur Koexistenz. So verwies Außenminister Christian Pineau in einer Anhörung auf den XX. Parteitag der KPdSU und sprach sich für eine Überwindung des Eisernen Vorhangs durch den Austausch von Personen und Ideen aus.<sup>125</sup> Hier wurde eine Vorstellung von Entspannung beschrieben, die sich zur selben Zeit auch bei den Gründungsmitgliedern der *Échanges franco-allemands* wie Henri Laugier wiederfindet.

In dieser Phase relativer Entspannung diskutierte der Ausschuss auf der Grundlage eines von Raymond Dronne (RPF, Sarthe) unterbreiteten Resolutionsvorschlages auch über die diplomatische Anerkennung Chinas. Dronne begründete dies mit dem französischen Interesse am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und sah sich darin unterstützt von breiten Kreisen der öffentlichen Meinung in Frankreich. Er forderte, von der Politik der chinesischen Regierung abzusehen, und verwies zum Vergleich auf die „normalen Beziehungen“ zur UdSSR und den anderen Ostblockstaaten.<sup>126</sup> Christian Pineau bekräftigte demgegenüber die notwendige

<sup>123</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 27. 7. 1955, S. 37: „Ce texte signifie-t-il bien que la participation de l'Allemagne de l'Est aux futures discussions sur l'Allemagne est envisagée, ou, au moins, n'est pas exclue? Je souligne qu'en ce qui me concerne tous les moyens d'accentuer la détente internationale sont valables. Je n'exclus pas moins [sic] cette procédure qu'aucune autre, a priori.“

<sup>124</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 24. 11. 1955.

<sup>125</sup> ANF, C 15749: Protokoll der Sitzung vom 22. 3. 1956, S. 4: „J'ai défendu une idée qui m'est très chère et qui est celle du nécessaire échange des idées et des personnes entre les nations. Je voudrais que la France fasse un effort considérable pour la suppression de ce que l'on appelle dans le monde le ‚rideau de fer‘ ou le ‚rideau de bambou‘, qui font que les hommes n'échangent pas leurs idées, que les personnes ne circulent pas librement d'un territoire à un autre. Je suis convaincu que les idées de liberté, de dignité de la personne humaine sont des idées qui peuvent avoir une grande influence quel que soit le pays où elles s'exercent, à condition qu'elles puissent s'exercer.“

<sup>126</sup> ANF, C 15750: Protokoll der Sitzung vom 10. 7. 1957: „Certes une reconnaissance de la Chine populaire par la France soulève un certain nombre d'objections. Mais une telle reconnaissance n'impliquerait pas l'adhésion au principe du nouveau régime de la Chine. La France n'entretient-elle pas d'ailleurs des relations normales avec l'URSS et

Unterscheidung von Wirtschaft und Politik im Falle bilateraler Beziehungen, jedoch nur um zu zeigen, dass Handels- und Wirtschaftsbeziehungen grundsätzlich nicht an die Existenz politischer Beziehungen geknüpft sind. Gleichzeitig warnte er den Ausschuss eindringlich davor, sich für die Anerkennung Chinas durch die französische Regierung einzusetzen, da das Problem einer diplomatischen Anerkennung allein in den Bereich der Exekutive gehöre. Seine eigene Politik in dieser Frage beschrieb Pineau als pragmatisch und keiner prinzipiellen Position folgend; sie war vielmehr abhängig von den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen. Dronne beharrte dennoch auf seiner Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit allen Staaten, unabhängig vom jeweiligen politischen Regime.<sup>127</sup> Im Ausschuss einigte man sich schließlich auf eine Verschiebung der Angelegenheit bis zum Beginn der nächsten Sitzungsperiode, wo sie jedoch von anderen Problemen verdrängt wurde.

Auch im Senat beriet der Auswärtige Ausschuss über einen entsprechenden Resolutionsvorschlag, mit dem die französische Regierung aufgefordert werden sollte, die Volksrepublik China anzuerkennen. Berichterstatter war hier der Gaullist und stete Befürworter einer französisch-sowjetischen Annäherung, Léo Hamon (IOM, Seine).<sup>128</sup> Im Rahmen einer Anhörung, bei der es hauptsächlich um die Neuauflage einer Gipfelkonferenz ging, diskutierte der Ausschuss mit Pineau die Frage, eventuell eine Parlamentarierdelegation nach China zu entsenden. Um das Problem der Anerkennung Chinas zu verdeutlichen, zog Pineau eine Parallele zur Situation in Deutschland, wo ebenfalls nur die Anerkennung eines der beiden Staaten möglich sei.<sup>129</sup> Die Ausführungen von Pineau angesichts der auf parlamentarischer Ebene geforderten Anerkennung Chinas erlauben, weitere Parallelen zur Haltung der französischen Regierung gegenüber der DDR zu erkennen: In beiden Fällen wurden die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu dieser Zeit ausgebaut, ohne politisches Terrain zu betreten. Und auch im Fall der DDR gab es politische Rahmenbedingungen, die eine Anerkennung Ende der 1950er Jahre unmöglich machten, wozu an erster Stelle die europäische Integration der Bundesrepublik gezählt wurde.

Mit dem Übergang von der Vierten zur Fünften Republik verlor das Parlament erneut an Bedeutung in außenpolitischen Angelegenheiten; eine Tendenz, die sich seit dem Ende der Dritten Republik verstärkt hatte.<sup>130</sup> Die erste Sitzung des Aus-

les autres pays du bloc communiste? Dès lors il n'y a aucune raison à ce qu'elle n'adopte pas la même attitude en ce qui concerne la Chine.“

<sup>127</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 18. 7. 1957: „M. Dronne répète que la France a intérêt à nouer des relations diplomatiques avec tous les États quel que soit leur régime.“

<sup>128</sup> AP, Sénat, 19 S 12: Protokoll der Sitzung vom 5. 3. 1958.

<sup>129</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 26. 3. 1958, S. 46: „Vis-à-vis de la Chine communiste, le problème n'est pas tellement celui de la reconnaissance ou de la non-reconnaissance. Le problème est subordonné aux conditions posées par la Chine communiste pour sa propre reconnaissance, car s'il s'agissait uniquement de la reconnaissance, nous pourrions trouver un certain accord international. Mais le problème se pose dans les mêmes termes que pour les deux Allemagnes. La Chine communiste ne peut pas admettre que l'on ait des relations diplomatiques à la fois avec elle et avec Formose, à l'exception de ceux qui, comme l'Angleterre, avaient dans le passé déjà reconnu les deux Chines.“

<sup>130</sup> Cf. Grosser, La 4<sup>e</sup> République et sa politique extérieure.

wärtigen Ausschusses der Nationalversammlung nach Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Charles de Gaulle war in erster Linie diesem Problem gewidmet. Und obwohl ein Antrag mit der Forderung verabschiedet wurde, den Ausschuss auch weiterhin durch den Minister persönlich über die französische Außenpolitik zu informieren, war es in den folgenden Monaten nur der neu gewählte Präsident des Ausschusses, Maurice Schumann, der diese Funktion nach persönlichen Gesprächen mit dem Außenminister übernahm.<sup>131</sup>

Bei der ersten Anhörung des neuen Ministers, Maurice Couve de Murville, im Februar 1959 stand auch Deutschland wieder im Mittelpunkt des Interesses, ausgelöst durch die sowjetische Note vom 27. November des Vorjahres. Couve de Murville warnte die Mitglieder des Ausschusses eindringlich, die Bedeutung der durch diese Note ausgelösten Krise nicht zu unterschätzen.<sup>132</sup> Sprach er im Kontext der heraufziehenden Berlin-Krise von der DDR, verwendete er regelmäßig die Bezeichnung „République orientale communiste“, was sich wohl am ehesten mit dem Bedürfnis nach einer stärkeren Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik erklären lässt.<sup>133</sup> Man dürfe sich, so der Minister, keine Illusionen über eventuelle Gespräche mit der Sowjetunion machen und müsse ein Abkommen mit den bestmöglichen Konditionen erwirken. Was man jedoch in keinem Falle akzeptieren könne, sei eine Anerkennung der DDR. Sie widerspreche den französischen Sicherheitsinteressen.<sup>134</sup> Dem Abgeordneten Henri Caillemer (CNI, Vendée) ging diese Aussage jedoch nicht weit genug. Er forderte von Couve de Murville eine Versicherung, dass auch jede nur mögliche Form indirekter Anerkennung ausgeschlossen werde.<sup>135</sup> Hintergrund dafür war eine Diskussion über die Frage, ob freie Wahlen einer Wiedervereinigung vorausgehen oder folgen soll-

<sup>131</sup> ANF, C 15750: Protokoll der Sitzung vom 20. 6. 1958: „La commission des Affaires étrangères rappelle que l'une de ses traditions les plus constantes est d'entendre les exposés qui lui sont faits par le gouvernement sur les sujets de sa compétence. Elle rappelle également que c'est grâce à ces auditions et aux discussions qui les accompagnent que s'est toujours exercé le nécessaire contrôle des élus du peuple sur la politique internationale du pays. En l'état de ces faits, la commission regrette l'interdiction faite au ministre des Affaires étrangères de se présenter devant elle.“

<sup>132</sup> ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 13. 2. 1959, S. 43: „[...] la crise de l'année dont je souhaite qu'aucun d'entre vous ne sous-estime l'importance et peut-être la gravité.“

<sup>133</sup> Zum Beispiel: Ibid., S. 45.

<sup>134</sup> Ibid., S. 62: „Je puis vous dire que quoi que nous entreprenions, il est un certain nombre de choses qu'il ne faut pas faire. Il ne faut pas accepter ce qui serait contraire soit à nos principes, soit aux intérêts essentiels de notre sécurité. Je donne des exemples. Il serait contraire à nos principes de reconnaître la République démocratique allemande qui n'est pas un véritable gouvernement. Il serait contraire aux intérêts essentiels de notre sécurité d'accepter des dispositions qui créeraient une inégalité [womit u. a. Abrüstungsfragen gemeint waren – Ch. W.].“

<sup>135</sup> Ibid., S. 70: „Il n'est pas question pour nous [...] de reconnaître l'Allemagne de l'Est, mais sans envisager une reconnaissance officielle et directe, je voudrais que vous nous donniez si possible toutes certitudes et tous apaisements sur le fait que sera exclue toute reconnaissance indirecte de l'Allemagne de l'Est.“ Cf. auch S. 104: „Je voulais dire simplement que je concevais mal comment il serait possible de renoncer au préalable des élections libres sans qu'il y ait une reconnaissance indirecte du gouvernement de l'Allemagne de l'Est.“

ten. Robert Schuman bezeichnete die französische Position in diesem Punkt als zu stark vereinfachend und forderte im Gegensatz zu Caillemer mehr Flexibilität bei den Vorbedingungen. Couve de Murville stimmte dem Ansinnen von Schuman zu, während Caillemer ohne eine direkte Antwort blieb.

Im Frühjahr 1959 teilte Raymond Mondon (CNI, Moselle), regelmäßiger Berichterstatter des Ausschusses für die deutsche Frage, seinen Kollegen bei einer Sitzung seine Eindrücke von einer Reise nach Berlin mit. Er verglich die demokratische Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands und kam zu dem Schluss, dass West-Berlin unter keinen Umständen in die DDR integriert werden dürfe. An dieser Frage hingen, so Mondon, die europäische und die französische Sicherheit.<sup>136</sup> In der sich anschließenden Diskussion pflichtete Guy Jarrosson (CNI, Rhône) dem bei und sprach von einer verlogenen Atmosphäre in der DDR.<sup>137</sup> Jarrosson hatte die DDR im Rahmen einer Reise zur Leipziger Herbstmesse 1956 als Leiter einer von der DDR-Außenhandelskammer eingeladenen Delegation besucht.<sup>138</sup> Ein weiteres Thema war der Flüchtlingsstrom aus der DDR; was Robert Schuman (RPCD, Moselle) zu der Frage brachte, wie man den weiteren Verfall in Ostdeutschland aufhalten könne.

Die Frage, an welchem Punkt eigentlich die Anerkennung der DDR beginne, beschäftigte den Ausschuss erneut nach der Teilnahme der beiden deutschen Außenminister als Berater an der Vier-Mächte-Außenministerkonferenz in Genf (11. 5.–20. 6. und 13. 7.–5. 8. 1959). Der Ausschuss nutzte die Unterbrechung der Konferenz zu einer Anhörung des Ministers, Couve de Murville, der jedoch lediglich die weiterhin unveränderten Positionen darlegen konnte. Während die sowjetische Seite versuche, die DDR zu stabilisieren, verfolge man aufseiten der Westalliierten drei Prinzipien: die Nichtanerkennung der DDR sowie die Aufrechterhaltung der alliierten Präsenz in West-Berlin und des besonderen Status von West-Berlin. Während die Nichtanerkennung der DDR in den Augen der Parlamentarier ein klar definiertes Anliegen der französischen Außenpolitik darstellte, provozierte der Verdacht einer indirekten Anerkennung eine lebhaftere Diskussion im Ausschuss. Georges Bidault (n.i., Loire) beschwerte sich über die Anwesenheit von Vertretern eines „Sklavenstaates“ in Genf<sup>139</sup>, Henri Caillemer erinnerte an die

<sup>136</sup> ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 6. 5. 1959, S. 5: „L'évolution démocratique en Allemagne occidentale n'est pas niable, alors que l'Allemagne orientale ne connaît qu'une parodie de démocratie. Il importe donc d'empêcher Berlin-Ouest d'être intégré à la République démocratique. De notre fermeté dépendent la sécurité européenne et notre avenir même.“

<sup>137</sup> Ibid., S. 9: „Il a été notamment frappé par la place bien particulière des fonctionnaires du parti, qui vivent séparés d'avec la population. Il a pu, également, se rendre compte de l'atmosphère de mensonges dans laquelle celle-ci est amenée à vivre. [Il] se déclare cependant convaincu que dans ces populations malheureuses l'âme tôt ou tard prendra sa revanche.“

<sup>138</sup> PA/AA, MfAA, A 17668, f. 007ff.: Schreiben vom 20. 8. 1956.

<sup>139</sup> ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1959, S. 32: „[...] il n'y a pas l'ombre d'un doute que nous nous trouvons en présence d'un État qui est un État serviteur et d'un État libre. Et il est contraire à tous les principes de la nation française et à tous les principes de la politique française depuis les origines de faire en sorte qu'on puisse reconnaître comme autre chose que comme des esclaves des Soviets ceux qui représentent la République de Pankow.“

zu Beginn des Jahres geäußerten Bedenken<sup>140</sup> und Alain Peyrefitte (UNR, Seine-et-Marne) wollte wissen, wie man es verhindern könne, dass der im Ansatz vorhandene internationale Status der DDR festgeschrieben werde<sup>141</sup>. Couve de Murville berichtete daraufhin, dass die Situation auch für ihn äußerst unangenehm gewesen sei, insbesondere weil die französische Presse den Vertreter der DDR gleichberechtigt zitiert habe. Die Verantwortung für diese Situation gab er aber dem Bundestag, dessen Antrag die Westalliierten erst dazu veranlasst habe, der sowjetischen Regierung die Anwesenheit von Vertretern beider deutschen Teilstaaten vorzuschlagen.<sup>142</sup> In keinem Falle werde man jedoch – weder zum gegenwärtigen noch zu einem späteren Zeitpunkt – eine von außen gestützte Regierung ohne demokratische Legitimation anerkennen.<sup>143</sup> Um der ausführlichen Darstellung der sowjetischen Position in der französischen Presse zu begegnen, schlug Maurice Schumann vor, den 20. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Paktes von 1939 entsprechend herauszustellen, damit die französische Öffentlichkeit in der Lage sei, die aktuellen sowjetischen Intentionen richtig einzuordnen. Dass die Furcht vor einem neuen Rapallo durchaus präsent war, verdeutlicht auch eine Bemerkung des Ministers während einer späteren Anhörung, wonach Deutschland an sich keine Gefahr mehr darstelle, sondern nur noch „in Verbindung mit Russland“ zu fürchten sei.<sup>144</sup>

Im Auswärtigen Ausschuss des Senats äußerte Couve de Murville die Vermutung, dass die Sowjetunion gar nicht auf einer Anerkennung de jure bestehe, son-

<sup>140</sup> Ibid., S. 40: „La reconnaissance directe ou indirecte de la DDR domine toute la conférence. Nous nous étions permis d’attirer respectueusement sur ce point l’attention de M. le ministre des Affaires étrangères avant la conférence. Nous avons eu le sentiment que la diplomatie française a été amenée à prendre des positions ou à s’engager sur un terrain qu’elle voulait éviter. Nous désirerions maintenant avoir du moins l’assurance absolue qu’aucun nouveau pas ne sera fait dans une direction que pour ma part j’estime fort dangereuse.“

<sup>141</sup> Ibid., S. 41: „[...] je souhaiterais savoir si le gouvernement français est prêt à admettre à nouveau des représentants de la DDR et par conséquent à aggraver le précédent. Comment fera-t-on alors pour éviter de consacrer définitivement l’embryon de statut international qui a été ainsi donné à la DDR?“

<sup>142</sup> Ibid., S. 45: „Un fait m’a frappé encore davantage et peiné: c’est le relief que la presse française a souvent donné aux déclarations de M. Polz, représentant à Genève de la soi-disant République démocratique allemande. Il n’est pas très agréable d’avoir vu les propos tenus par ce porte-parole généralement placés sur le même pied que ceux des ministres des Affaires étrangères représentant leur gouvernement. La commission a été frappée de la place qui a été faite non pas autour mais tout près de la table de la conférence aux délégués de la soi-disant République démocratique allemande. J’utilise cette expression parce que c’est celle que nous employions à Genève et qu’elle correspond assez à la réalité.“

<sup>143</sup> Ibid., S. 46: „Je suis d’accord avec tous les commissaires pour reconnaître qu’un tel état de chose n’est pas agréable et par conséquent pas satisfaisant, mais je tiens à marquer en même temps que les Français aussi bien que les Britanniques et les Américains ont toujours pris sans aucune équivoque, en séance et hors de séance et à tout propos, l’attitude qu’il n’était pas question que ce fait change notre position à l’égard de la DDR; et qu’il n’était en particulier pas question ni dans le présent ni pour l’avenir que nous acceptions de reconnaître une autorité qui n’a aucun mandat des populations de l’Allemagne orientale mais qui est imposée de l’extérieur.“

<sup>144</sup> ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 9. 9. 1959.

dern nur an einer gewissen Erhöhung des internationalen Ansehens der DDR interessiert sei.<sup>145</sup> Eugène Motte (UNR, Nord) forderte ihn bei dieser Gelegenheit auf, die Begegnungen mit Vertretern der DDR in Genf zu nutzen, um dem französischen Besitz in Ostdeutschland nachzugehen.<sup>146</sup> Dass Couve de Murville auf diese Frage nicht zu antworten vermochte, verdeutlicht, dass es sich dabei um ein für die französische Außenpolitik irrelevantes Thema handelte, der *Quai d'Orsay* davon ausging, dass es auf absehbare Zeit keinen kompetenten Ansprechpartner für diese Frage geben werde.

An gleicher Stelle betonte er zwei Wochen nach dem Mauerbau im August 1961, dass der Vorschlag eines Friedensvertrages nur eine List sei, weil es zwischen den westlichen Alliierten und der DDR nichts zu regeln gebe.<sup>147</sup> Um dies zu unterstreichen, bezeichnete er die Ulbricht-Regierung in diesem Zusammenhang bewusst als „les Russes“.

Im Senat wurde die Deutschlandpolitik der französischen Regierung seit 1959 sehr viel kritischer bewertet als in der Nationalversammlung, was nicht zuletzt an der größeren institutionellen Distanz zwischen Regierung und Senat lag. So übte Raymond Guyot (PCF, Seine) scharfe Kritik an der „Akrobatik“ der französischen Außenpolitik, um den Status quo aufrechtzuerhalten.<sup>148</sup> Auch die Frage von Marius Moutet (SFIO, Drôme), ob die Oder-Neiße-Grenze fünfzehn Jahre nach ihrer Festlegung noch als Argument für die Aufrechterhaltung des besonderen Status von West-Berlin geeignet sei, verdeutlicht die zunehmende Akzeptanz der durch den Kalten Krieg geschaffenen Situation.<sup>149</sup> Der Berichterstatter des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses des Senats für das Deutschlandproblem im Rahmen der Gipfelkonferenz 1960, Philippe d'Argenlieu (UNR, Sarthe), kritisierte seinerseits das Festhalten am Status quo und bezeichnete die Situation in Berlin als „gefährliches Paradox“ und „permanentes Risiko“.<sup>150</sup>

Die Zuspitzung der Situation infolge der gescheiterten Gipfelkonferenz im Mai 1960 in Paris weckte Erinnerungen an die erste Berlin-Krise. Couve de Murville befürchtete eine erneute Sperrung der Verbindungswege zwischen West-Berlin

<sup>145</sup> AP, Sénat, 48 S 1: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1959.

<sup>146</sup> Ibid., S. 22: „Je voudrais vous voir prendre à Genève une position de demandeur. Que sont devenus en effet les biens français en Allemagne de l'Est qui ne devaient pas être nationalisés? Ces biens ont disparu. Ils n'ont été ni nationalisés, ni indemnisés, ni loués.“

<sup>147</sup> AP, Sénat, 48 S 3: Protokoll der Sitzung vom 29. 8. 1961, S. 15f.: „Je crois que nous pouvons dire que le traité de paix, en l'occurrence, est un artifice, car il n'y a rien à régler entre la République démocratique allemande et les Alliés. Les Russes ont créé cette République démocratique allemande en lui donnant sa souveraineté à la suite d'un échange de lettres entre M. Holst, ministre des Affaires étrangères de l'Allemagne orientale et M. Zorine.“

<sup>148</sup> AP, Sénat, 48 S 1: Protokoll der Sitzung vom 15. 9. 1959, S. 31: „En ce qui concerne les rapports Est-Ouest, croyez-vous que la situation anachronique de Berlin, ou plutôt la situation paradoxale de l'Allemagne coupée en deux, puisse se prolonger longtemps, malgré les acrobaties que nous faisons pour maintenir le statu quo?“

<sup>149</sup> AP, Sénat, 48 S 2: Protokoll der Sitzung vom 5. 11. 1959, S. 14f.

<sup>150</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 4. 5. 1960, S. 4.

und der Bundesrepublik.<sup>151</sup> Trotz naheliegender Anspielungen auf die erste Berlin-Krise – nicht nur die politische Situation war eine andere, auch die Wahrnehmung Deutschlands im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung hatte sich gewandelt. Hatte infolge der ersten Berlin-Krise und zu Beginn der 1950er Jahre das „deutsche Problem“ die Debatten des Auswärtigen Ausschusses dominiert, so war die „deutsche Frage“ um 1960 zu einem Thema neben anderen geworden. Es waren auch nicht mehr die Mitglieder des Ausschusses, die darauf bestanden, dem Minister ihre Befürchtungen gegenüber Deutschland mitzuteilen, es war nun der Minister selbst, der die Parlamentarier auf den Ernst der Situation hinwies. So wurde entgegen dem üblichen Prozedere eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses drei Tage vor dem Mauerbau in Berlin auf ausdrücklichen Wunsch von Couve de Murville einberufen. Aber selbst in dieser Sitzung wurde das Berlin-Problem nicht vorrangig behandelt. Symptomatisch für die allgemeine Verdrängung der Deutschland-Problematik durch die Dekolonisation in Nordafrika war, dass die militärische Auseinandersetzung um den französischen Stützpunkt im tunesischen Bizerte die Tagesordnung im Ausschuss beherrschte. Eine der wenigen Fragen zum Berlin-Komplex wurde von Edmond Borroco (UNR, Haut-Rhin) gestellt, der sich nach der Rückkehr von einer Deutschlandreise fragte, ob Frankreich das Problem der Wiedervereinigung nicht ernster nehmen würde als Deutschland selbst. Die Antwort von Couve de Murville, dass die französische Politik ausschließlich französische Interessen verfolge, das Engagement für Berlin mithin keinem Altruismus entspringe, erntete im Ausschuss allgemeine Zustimmung.<sup>152</sup> Das Motiv des „plus royaliste que le roi“ tauchte in den Debatten der 1960er Jahre häufig im Zusammenhang mit der Haltung Frankreichs gegenüber der DDR auf, vor allem wenn es um die mit der Hallstein-Doktrin verbundenen bundesrepublikanischen Erwartungen an die französische Außenpolitik ging.

Die Sitzungen des Ausschusses zur Berlin-Krise verdeutlichen, dass die deutsche Teilung von der Mehrheit der Parlamentarier zu diesem Zeitpunkt weder kurz- noch mittelfristig als revidierbar angesehen wurde, was in der Folge die Wahrnehmung der DDR als separater zweiter deutscher Staat verstärkte. Ebenfalls von entscheidender Bedeutung für die Perzeption der DDR war der Bau der Mauer – durch die Betonung der Grenzen verschärfte sich die Wahrnehmung der DDR als eines abgeschlossenen politisch-geografischen Gebildes noch zusätzlich. Erst nach 1961 wurde die DDR allmählich zu einem eigenständigen Thema im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung.

<sup>151</sup> ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 25. 7. 1960, S. 6.

<sup>152</sup> ANF, 20060132/5: Protokoll der Sitzung vom 10. 8. 1961, S. 101: „Nous savons très bien ce que pense le gouvernement allemand, mais ce que je veux également dire, c'est que lorsque nous parlons de la crise de Berlin, des droits des Alliés, de la liberté des Berlinoises, etc. nous ne le faisons pas par altruisme, mais pour des raisons qui sont proprement françaises.“ Auf die Ausführungen des Ministers folgt im Protokoll eine äußerst seltene Information über die Reaktionen der Ausschussmitglieder: „Voix diverses: ;Très bien! Très bien!“

## Vom Mauerbau zu den Auseinandersetzungen der 1960er Jahre

In der ersten Anhörung Couve de Murville nach dem Mauerbau im Oktober 1961<sup>153</sup> wurden die Auswirkungen dieses Geschehens nur beiläufig vom Minister erwähnt; weit mehr Bedeutung erhielten die französisch-tunesischen Beziehungen, die Folgen des Staatsstreiches in Syrien und die Verhandlungen zwischen der EWG und Großbritannien; auch gab es kaum Fragen zum Berlin-Problem. Couve de Murville skizzierte den Zusammenhang zwischen Mauerbau und bundesdeutschen Wahlen und wunderte sich über das Ausbleiben von Reaktionen in Ostdeutschland, die mit denen im Juni 1953 vergleichbar gewesen wären. Um einer Anerkennung der DDR auch weiterhin aus dem Weg gehen zu können, sah er es als notwendig an, Berlin künftig als ein eigenständiges Problem zu behandeln.<sup>154</sup> Während das Interesse der Parlamentarier an Berlin und der deutschen Frage in den folgenden Monaten zu schwinden schien, insistierte Couve de Murville regelmäßig auf der weltpolitischen Bedeutung des Berlin-Problems.<sup>155</sup>

Infolge der im Mai 1962 in Athen abgehaltenen NATO-Ministerratssitzung gelangte die Berlin-Problematik erneut auf die Tagesordnung des Ausschusses. In Athen hatte man sich mit dem Zugang zu West-Berlin und der Organisation von Koexistenz zwischen NATO und Warschauer Pakt beschäftigt.<sup>156</sup> Und in beiden Fällen war das zentrale Problem die Anerkennung der DDR, genau die galt es aber aus französischer Sicht ebenso wie eine Neutralisierung Deutschlands zu verhindern.<sup>157</sup> Der vom amerikanischen Außenminister Dean Rusk befürwortete Modus vivendi wurde von Couve de Murville scharf kritisiert; sicherlich nicht zuletzt deshalb, weil sich der Dialog zwischen Ost und West zunehmend auf zwei Partner beschränkte. Jacques Douzans (ED, Haute-Garonne) wollte daraufhin wissen, ob die Festschreibung der deutschen Teilung durch die Gespräche zwischen Moskau und Washington auch eine Veränderung der französischen Haltung zur Wiedervereinigung nach sich ziehe. Für den französischen Außenminister gab es keinen Grund, die französische Position in dieser Frage zu modifizieren, die Teilung bleibe aus französischer Sicht unnatürlich. Unabhängig von der eindeutigen Position des Ministers formierte sich die DDR in der Wahrnehmung der Parlamentarier

<sup>153</sup> Eine im August für September angekündigte Anhörung zusammen mit dem Verteidigungsausschuss der Nationalversammlung ist nicht dokumentiert und hat vermutlich auch nicht stattgefunden.

<sup>154</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 5. 10. 1961, S. 31 f.

<sup>155</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 28. 3. 1962, S. 81: „[...] c'est là vraiment que se joue actuellement, comme toujours dans le passé, la paix ou la guerre.“

<sup>156</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 10. 5. 1962, S. 4: „Ces deux questions posaient celle de la reconnaissance directe ou indirecte de la République démocratique allemande puisque, pour ce qui concerne l'autorité internationale, les Américains proposaient de mettre les deux Allemagnes dans cette autorité et que d'autre part le pacte de non-agression entre les deux organisations de l'Est et de l'Ouest implicitement aussi reconnaissait l'Allemagne communiste, puisqu'elle fait partie du pacte de Varsovie.“

<sup>157</sup> Ibid., S. 8: „Ce sont les problèmes fondamentaux qui nous préoccupent dans la mesure où la base de notre politique extérieure est de garder l'Allemagne occidentale du côté de l'Ouest, et particulièrement en association étroite avec la France.“

zunehmend als eigenständiger Staat. Im „Bulletin des commissions“, einer Zusammenfassung von allen Sitzungen sämtlicher Fachausschüsse der Nationalversammlung, war diese Sitzung – keine neun Monate nach dem Mauerbau – die erste, anlässlich derer die DDR namentlich auch in der Zusammenfassung erwähnt wurde.<sup>158</sup>

Der im Januar 1963 unterzeichnete Élysée-Vertrag<sup>159</sup>, insbesondere die vom Bundestag hinzugefügte Präambel, rief in beiden Auswärtigen Ausschüssen viel Kritik hervor. So äußerte beispielsweise André Monteil (RPCD, Finistère), einer der wenigen EVG-Gegner vom MRP, im Senat sein großes Unbehagen gegenüber einem Vertrag, gegen den man nicht stimmen könne, der aber gleichzeitig als Vertrag keinerlei Wert mehr habe, weil beide Parteien etwas anderes damit verbänden.<sup>160</sup> Die Intensivierung der Beziehungen Frankreichs mit der Bundesrepublik war zudem Anlass einer erneuten Auseinandersetzung mit der Oder-Neiße-Grenze.<sup>161</sup>

Zwei Monate nach der Billigung des Élysée-Vertrages durch die französische Nationalversammlung und nur zehn Tage nach der Paraphierung des Vertrages über das Verbot von Atomwaffentests durch die USA, Großbritannien und die Sowjetunion waren die in Moskau geführten Verhandlungen auch Thema einer Anhörung des Außenministers durch den Ausschuss der Nationalversammlung. Couve de Murville konstatierte zu Beginn, dass sich die Welt in einer großen Veränderung befinde, die deutsche Frage jedoch unverändert im Mittelpunkt stehe. Jules Moch (SFIO, Hérault), der in diesem Punkt mit dem Minister übereinstimmte, erkundigte sich deshalb, ob denn der Frieden aller Völker weiterhin zugunsten [sic] eines einzigen Volkes verhandelbar sei.<sup>162</sup> Unterstützt wurde Moch von Léon Feix (PCF, Yvelines), der in Bezug auf die Gespräche in Moskau von der französischen Regierung forderte, ihre Haltung der Situation anzupassen.<sup>163</sup>

<sup>158</sup> Bulletin des commissions, 1962.

<sup>159</sup> Zum Élysée-Vertrag cf. Baumann, *Begegnung der Völker?*; sowie Defrance/Pfeil (Hrsg.), *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen*.

<sup>160</sup> AP, Sénat, 48 S 5: Protokoll der Sitzung 18.6.1963, S.5: „Je me sens très gêné pour prendre position: voter contre le traité, c'est risquer de mécontenter l'opinion allemande, mais ce qui est pire que de ne pas être d'accord c'est de faire croire à un accord sur des mots qui n'ont pas la même acception chez chaque partenaire. Si on n'est pas d'accord au fond, pourquoi cette solennité et toute cette propagande?“

<sup>161</sup> Entsprechende Fragen wurden von François Billoux (PCF, Bouches-du-Rhône) und Jules Moch (SFIO, Hérault) gestellt; cf. ANF, 20060133/3: Protokoll der Sitzung vom 10.1.1963.

<sup>162</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 25.7.1963, S.25: „[...] s'il était démontré un jour qu'il y a, d'un côté, l'intérêt de la paix, bien commun de tous les peuples, et de l'autre l'intérêt d'un seul peuple, sacrifierions-nous les chances de la paix au maintien du statu quo en faveur de ce peuple ou accepterions-nous de négocier une modification de statu quo acceptable par lui pour assurer cette paix? C'est la question fondamentale que pose le problème allemand.“ Couve de Murville bezeichnete diese Anmerkung als eine gefährliche Hypothese.

<sup>163</sup> Ibid., S.26f.: „Nous pensons qu'il est impossible que le gouvernement s'en tienne à une position absolument figée qui a été la sienne depuis 1958, position qui demande maintenant à être révisée, parce que cette situation, de l'avis même de M. le ministre, n'est plus la même. [...] Nous estimons que l'intérêt de la France n'est pas dans le maintien d'une prétendue position de prestige qui n'en est pas [une] en réalité. L'intérêt de la France ne réside pas dans la poursuite d'une abstention qui lui est préjudiciable.“

Eine für September 1963 geplante Versammlung von ehemaligen SS-Mitgliedern in Hameln brachte das Deutschlandthema im Laufe derselben Sitzung erneut auf die Tagesordnung. Die von Théo Vial-Massat (PCF, Loire) formulierte Kritik an der Haltung der westdeutschen Regierung in dieser Angelegenheit wies Couve de Murville zurück und nutzte die Gelegenheit zu einem Vergleich zwischen den beiden deutschen Staaten, um anhand von geleisteten Entschädigungszahlungen die Überlegenheit der westdeutschen Vergangenheitspolitik herauszustellen. Vial-Massat, selbst ehemaliger *Macquisard*, entgegnete dem Minister, dass für ehemalige Deportierte und Internierte moralische Aspekte von weit größerer Bedeutung seien, und forderte die französische Regierung zu entsprechenden Schritten gegenüber der bundesdeutschen Regierung auf.<sup>164</sup> Unterstützt wurde er bei seinem Protest durch den ehemaligen Deportierten Edmond Borocco (UNR, Haut-Rhin). Ohne dass Vial-Massat und Borocco tatsächlich über die Vergangenheitspolitik der DDR sprachen, entstand in dieser Situation auf der von ihnen gezeichneten bundesdeutschen Negativfolie ein mehr oder weniger positives Bild von der DDR. Dass sich Borocco dieses Mechanismus bewusst war, wurde ein Jahr später deutlich, als er Couve de Murville aufforderte, etwas gegen die in der Bundesrepublik geplante Amnestie für ehemalige Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher zu unternehmen, damit dies nicht zugunsten des offiziellen DDR-Bildes instrumentalisiert werden könne.<sup>165</sup>

Ein Jahr nach der Ratifizierung des Élysée-Vertrages war die DDR im Juni 1964 zum ersten Mal Hauptthema einer Arbeitssitzung des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung. Anlass bot ein Bericht von Aymard Achille-Fould über seine Reise mit einer von Jacqueline Thome-Patenôtre angeführten Parlamentarierdelegation in die DDR. Zwischen der ersten Berlin-Krise und den frühen 1960er Jahren wurde in den deutschlandpolitischen Debatten der beiden Auswärtigen Ausschüsse zwar nur selten direkt über die DDR gesprochen. Dennoch war der zweite deutsche Staat als Problem im Hintergrund und als Argument ständig präsent. Gleichzeitig blieb die DDR für die französischen Parlamentarier – bis in die 1970er Jahre – eine „terra incognita“, die es nun zu erkunden galt.

<sup>164</sup> Ibid., S. 84: „Je désire répondre à M. le ministre qu'en ce qui concerne l'indemnisation des victimes du nazisme par la RDA encore faudrait-il que celle-ci fût reconnue par le gouvernement français pour que des contacts puissent être pris régulièrement à cet effet. Mais j'ajoute que si les anciens déportés et internés sont attachés aux questions matérielles, ils sont surtout sensibles à l'aspect moral de la question. Ils n'oublient pas, en effet, pourquoi leurs camarades sont morts et je n'en veux pour témoignage que la protestation unanime de toutes les organisations d'anciens déportés et de résistants contre le scandale que constitue l'organisation du rassemblement prévu à Hameln les 21 et 22 septembre prochains.“

<sup>165</sup> ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 18. 12. 1964: „[...] l'opinion allemande ne le [die Amnestie – Ch. W.] veut pas, elle ne le veut pas surtout vis-à-vis de l'Allemagne orientale qui laisse entendre que l'autre partie est bourrée de nazis, alors que nous savons pertinemment qu'il y en a dans l'Allemagne de l'Est – nous avons les listes, les photographies de ceux qui ont été kapos dans les camps et qui ont été réhabilités, qui siègent comme députés.“

## 2. „Parlamentarischer Tourismus“: die Reisen französischer Parlamentarier in die DDR im Zeichen französischer Entspannungspolitik

Als herausragender Nutzen der Gipfelkonferenz im Jahr 1955 in Genf war von Edgar Faure und Antoine Pinay wiederholt das Knüpfen von Kontakten betont worden. Dementsprechend wurden bereits 1955 auch die Reisen von Parlamentariern als probates Mittel internationaler Entspannung angesehen und eingefordert.<sup>166</sup>

Keine zwei Jahre nach Gründung der *Échanges franco-allemands* waren deren Aktivitäten im Bereich der Vermittlung von Kontakten zwischen französischen und ostdeutschen Parlamentariern im Frühjahr 1960 Thema im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung. Maurice Couve de Murville warnte eindringlich vor den Bemühungen der DDR, auf diesem Wege in Kontakt mit französischen Parlamentariern zu treten. Zudem riet er ebenso dringend davon ab, Einladungen für Reisen in die DDR anzunehmen, in der Annahme, dass dies – etwa in der Bundesrepublik – zu Missverständnissen bezüglich der offiziellen Haltung Frankreichs führen könne.<sup>167</sup> Auslöser für diese Bemerkungen des Ministers war die Kritik von René Ribière (UNR, Seine-et-Oise) an einer Van-Gogh-Ausstellung im *Musée Jacquemart-André*, bei der ein aus der Dresdner Gemäldegalerie entliehenes Bild mit der Unterschrift „tableau prêté à la République démocratique allemande“ gezeigt worden war.<sup>168</sup>

### Die erste Reisewelle 1959/60

Seit 1950 konstatierte das französische Außenministerium, dass kommunistische Politiker und Gewerkschafter aus Frankreich in wachsender Zahl nach Ost-Berlin

<sup>166</sup> Auf die Bemerkung von Ernest Pezet (MRP, Français résidant à l'étranger): „Je sais qu'il faut multiplier les contacts entre l'Est et l'Ouest et j'en suis partisan. Je souhaiterais des échanges d'ouvriers, d'hommes des professions libérales“, antwortete Edgar Faure: „Nous commençons déjà avec des parlementaires!“ In: AP, Sénat, 19 S 10: Protokoll der Sitzung vom 4. 8. 1955 (2<sup>e</sup> séance), S. 24.

<sup>167</sup> ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 18. 2. 1960, S. 61 f.: „En réalité, la RDA fait un effort pour s'introduire en France, en particulier au Parlement. Il existe à Paris une association qui semble avoir, non pas une physionomie gouvernementale, mais un caractère privé; je ne sais pas quel est son nom, mais cette association multiplie les démarches et les invitations, en particulier auprès des parlementaires. [...] À ce propos, je vous mets en garde contre ces invitations. Je crois qu'il est mauvais que des parlementaires, officiellement, en tant que parlementaires, aillent dans ce pays avec lequel nous n'avons pas de relations diplomatiques et que nous n'avons pas le désir de reconnaître, car cela peut prêter à confusion sur la position de la France.“

<sup>168</sup> Während Ribière von mehreren Bildern sprach, handelte es sich tatsächlich nur um ein einziges Gemälde (Stilleben mit Birnen, 1888) von insgesamt 70, darunter einige aus der Bundesrepublik. Im Gegensatz zu seinen westdeutschen Kollegen war der Leiter der Dresdner Gemäldegalerie nicht Mitglied des Comité d'honneur der Ausstellung, cf. Tralbaut (Hrsg.), Vincent van Gogh 1853–1890.

gereist waren, um die SED zu unterstützen.<sup>169</sup> Auf die DDR-Reisen kommunistischer Parlamentarier im Rahmen von Delegationen des PCF soll hier jedoch nicht näher eingegangen werden.

Reiseprojekte und Reisen von nicht kommunistischen Parlamentariern sind erst für die zweite Hälfte der 1950er Jahre belegt. Besonders auffällig ist dabei der hohe Anteil radikalsozialistischer Politiker. Kein Geringerer als der Präsident der radikalsozialistischen Partei, der Bürgermeister von Lyon, Édouard Herriot, war der erste bedeutende nicht kommunistische französische Politiker, der 1957 eine Reise in die DDR plante.<sup>170</sup> Zwei Vertreter des Stadtrates von Lyon hatten 1955 an einer „Pilgerfahrt“ nach Buchenwald teilgenommen und waren dabei vom Oberbürgermeister der Stadt Weimar empfangen worden. Sie hatten Herriot nach ihrer Rückkehr gebeten, den ostdeutschen Bürgermeister einzuladen. Nachdem dieser daraufhin geplant hatte, die Messe in Lyon zu besuchen – eine Reise, die offensichtlich nie zustande kam –, wurde Herriot schließlich selbst in die DDR eingeladen. Er nahm die Einladung zunächst an, weil er in diesem Besuch eine Möglichkeit der Annäherung zwischen den Völkern sah.<sup>171</sup> Da einige Mitglieder des Stadtrates von Lyon jedoch befürchteten, diese Reise könne wegen der Nichtanerkennung der DDR durch Frankreich einen diplomatischen Zwischenfall verursachen, bat Herriot den Minister um eine Stellungnahme. Für Herriot selbst stellte die Reise einen Höflichkeitsbesuch dar. Er fürchtete, dem Ansehen der Stadt Lyon und dem Ansehen Frankreichs Schaden zuzufügen, würde er die Reise ohne schwerwiegende Motive absagen.<sup>172</sup> Das Ministerium trug drei Gründe für eine Ablehnung vor: die Nichtanerkennung und das Fehlen diplomatischer Beziehungen, die politische Inanspruchnahme dieser Reise durch die DDR aufgrund des Ranges seiner Person in Frankreich und schließlich die feindliche Haltung der DDR-Führung gegenüber der französischen Politik im Nahen und Mittleren Osten – die Suez-Krise lag nur wenige Monate zurück und die Beziehungen zwischen der DDR-Führung und der kommunistischen Partei Algeriens waren nicht weniger problematisch.<sup>173</sup>

<sup>169</sup> AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l’Est, 685, f.012: Telegramm aus Berlin, Ganeval, vom 12. 8. 1950; darunter Jacques Duclos, François Billoux, Benoît Frachon, André Le Leap, Livio Mascarello, Louis Saillant, le colonel Henri Manhès etc.

<sup>170</sup> Als Präsident der französischen Nationalversammlung hatte Herriot im Dezember 1953 ein Schreiben des Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann erhalten. Geantwortet hatte darauf einen Monat später sein Amtsnachfolger André Le Troquer, cf. *ibid.*, f. 129: Schreiben der franz. Botschaft, Berard, vom 8. 12. 1953 an das MAE, Kabinett, und *ibid.*, f. 154: Telegramm aus Berlin, de Margerie, vom 21. 1. 1954.

<sup>171</sup> AMAE, Cabinet, Pineau, 50: Schreiben von Édouard Herriot vom 11. 1. 1957 an das MAE: „C’est très volontiers que je lui [Oberbürgermeister Wiedemann, Weimar – Ch. W.] avais donné mon accord à ce sujet, car je considère que ces visites de courtoisie, en permettant de se mieux connaître, contribuent d’une manière certaine au rapprochement entre les peuples quelle que soit d’ailleurs leur idéologie.“

<sup>172</sup> *Ibid.*: „Je ne pense pas que cette visite puisse créer un incident diplomatique, et que les craintes de certains conseillers municipaux lyonnais soient justifiées. Je pense au contraire qu’une rétraction sans motifs très graves, alors que j’avais donné mon accord personnel, produirait un effet déplorable vis-à-vis de la ville de Lyon et de notre pays.“

<sup>173</sup> AMAE, Cabinet, Pineau, 50: Schreiben von Christian Pineau vom 4. 2. 1957 an Édouard Herriot: „Je ne méconnais pas l’intérêt de certains échanges culturels, économiques, techniques entre notre pays et les démocraties populaires. Les circonstances présentes

Ebenfalls nicht realisiert wurde die für 1957 geplante Reise von Édouard Ramonet, Radikalsozialist und Präsident des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Nationalversammlung. Ramonet hatte wie auch Herriot die Absicht, zur Leipziger Messe zu reisen. Die Europa-Abteilung des Außenministeriums machte auf die mit einer solchen Reise verbundenen Probleme aufmerksam und schlug dem Kabinett vor, Ramonet entsprechend zu orientieren.<sup>174</sup> Im folgenden Jahr wurde das Kabinett des Ministers von ähnlichen Reiseabsichten Jean Massons unterrichtet, des ehemaligen radikalsozialistischen Ministers für Kriegsveteranen und -opfer der Regierung Mendès-France.<sup>175</sup>

Der erste radikalsozialistische Politiker, der die DDR im April 1959 tatsächlich bereiste, war – soweit aus den Quellen ersichtlich<sup>176</sup> – Pierre Souquès, ehemaliger Mitarbeiter von Édouard Herriot und von 1951 bis Dezember 1958 Abgeordneter in der Nationalversammlung. Zusammen mit dem radikalsozialistisch geprägten Journalisten Jean-Pierre Prouteau wurde er bei dieser Gelegenheit durch den Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann empfangen.<sup>177</sup> Ein weiterer illustrierter DDR-Besucher aus Frankreich im Frühjahr 1959 war Jean Pierre-Bloch, Abgeordneter der SFIO vor und nach dem Krieg, Jude, seit November 1943 an der Organisation des Widerstandes in Algier beteiligt sowie zwischen 1963 und 1970 Mitglied im EFA-Präsidium.<sup>178</sup>

1959 reisten auch die ersten nicht kommunistischen Parlamentariergruppen in die DDR. Dabei handelte es sich zunächst ausschließlich um Senatoren, von denen ein erheblicher Anteil dem radikalsozialistischen Umfeld zuzurechnen ist.

doivent, toutefois, nous inciter à éviter soigneusement toute manifestation qui pourrait être utilisée à des fins politiques par les dirigeants communistes. Votre prestige moral et politique est trop grand, Monsieur le président, pour que votre voyage à Weimar revête le caractère d'une simple visite de courtoisie.“ Cf. auch die dazu angefertigte Note der Europa-Abteilung: AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 003ff.: Note der DEU, Jürgensen, vom 30. 1. 1957 an das Kabinett des Ministers; neben kleineren Korrekturen wurde im Schreiben des Ministers vor allem auf einen Passus über den geplanten Besuch Herriots auf der Leipziger Messe und die damit verbundenen Probleme verzichtet. Cf. dazu auch Taubert, *La guerre d'Algérie et la République démocratique allemande*.

<sup>174</sup> AMAE, Cabinet, Couve de Murville, 359: Note der DEU vom 2. 3. 1957 an das Kabinett des Ministers: „Il y aurait intérêt à examiner la possibilité d'appeler l'attention de M. Ramonet sur cet aspect de son éventuel voyage. Sans doute pourrait-il être indiqué au président de la commission des Affaires économiques de l'Assemblée nationale et à ses éventuels compagnons de voyage que le département serait à leur disposition s'ils désiraient obtenir des indications sur la conduite à tenir vis-à-vis de la DDR.“ Cf. auch PA/AA, MfAA, A 17668.

<sup>175</sup> AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 015f.: Note der DEU, Jürgensen, vom 21. 2. 1958 an das Kabinett des Ministers.

<sup>176</sup> Nach unbestätigten Informationen der französischen Botschaft in Bonn hielten sich bereits im Sommer 1954 fünf Personen aus dem Umfeld von Édouard Daladier in Ost-Berlin auf; cf. AMAE, Europe 1945–1955, *Allemagne de l'Est*, 685, f. 174: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, François-Poncet, vom 27. 8. 1954 an das MAE; es gibt jedoch keinerlei Anhaltspunkte für eine derartige Reise.

<sup>177</sup> AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 034: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 24. 4. 1959.

<sup>178</sup> *Ibid.*, f. 050: Schreiben des franz. Botschafters in Berlin, Dennery, vom 6. 10. 1959 an das MAE; Dennery berief sich auf den Berlin-Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung.

Es fällt zudem auf, dass unabhängig von Größe und Zusammensetzung der Delegationen bis 1962 immer genau ein Kommunist mitreiste.<sup>179</sup> Im September 1959 befanden sich fast zeitgleich zwei Delegationen auf Einladung der interparlamentarischen Gruppe der Volkskammer in der DDR.<sup>180</sup> Vor allem die um André Maroselli und Marcel Pellenc weckte das Interesse und die Besorgnis des französischen Außenministeriums.<sup>181</sup> Maroselli war während der Vierten Republik mehrfach Minister und Staatssekretär sowie zeitweilig Vizepräsident der radikal-sozialistischen Partei gewesen. Der mit ihm eng verbundene Pellenc war zum Zeitpunkt der Reise Hauptberichterstatler („rapporteur général“) des Finanzausschusses im Senat. Unter den Mitreisenden befand sich auch Jean Périquier, der in den 1970er Jahren als Präsident des *Groupe d'amitié France-RDA* im Senat beim Ausbau der parlamentarischen Beziehungen zur DDR noch eine wichtige Rolle spielen sollte. Eine weitere Gruppe von Senatoren reiste im November 1959 in die DDR; unter ihnen Auguste Pinton, ehemals Stellvertreter von Herriot in seiner Funktion als Bürgermeister der Stadt Lyon.<sup>182</sup>

Für fast alle 1959 in die DDR reisenden Senatoren hatte André Armengaud (RI, Français hors de France) bereits im Juni desselben Jahres eine Einladung von offizieller Seite erhalten. Armengaud, Spezialist für die staatliche Industrie in Frankreich und Verfechter einer staatlich gelenkten Wirtschaft, der sich aus diesem Grund auch für die ostdeutsche Industrie und Wirtschaftspolitik interessierte, hatte daraufhin Kontakt mit dem *Quai d'Orsay* aufgenommen, um zu erfahren, unter welchen Bedingungen eine solche Reise stattfinden könne.<sup>183</sup> Eine erneute Einladung nur einen Monat später lehnte Armengaud – der 1966 Mitglied im Nationalkomitee der EFA werden sollte – mit dem Hinweis auf seine Verpflichtungen ab und übertrug die Angelegenheit seinem Kollegen Marius Moutet (SFIO, Drôme),

<sup>179</sup> In der Reihenfolge ihrer Teilnahme an französischen Parlamentarierdelegationen: Adolphe Dutoit, Camille Vallin, Renée Dervaux, Jean Bardol, Léon David, Robert Ballanger, Paul Cermolacce und Fernand Grenier.

<sup>180</sup> Teilnehmer der ersten Gruppe: Auguste Billièmaz (GD, Ain), Jean-Baptiste Dufeu (GD, Isère), Joseph Brayard (GD, Ain) und Adolphe Dutoit (PCF, Nord), cf. *ibid.*, f. 044: Telegramm aus Berlin, Guenyveau, vom 12. 9. 1959; Teilnehmer der zweiten Gruppe: Maurice Vérillon (SFIO, Drôme), Marcel Boulangé (SFIO, Pas-de-Calais), Jean Périquier (SFIO, Hérault), Charles Naveau (SFIO, Nord), André Maroselli (rad.-soc., Haute-Saône), Marcel Pellenc (GD, Vaucluse) und Camille Vallin (PCF, Rhône), cf. *ibid.*, f. 047: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 29. 9. 1959 an das MAE; cf. auch SAPMO, DY 30/IV A 2/20/236.

<sup>181</sup> AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 048: Note der DEU vom 1. 10. 1959 an das Kabinett des Ministers: „Sans doute le Parlement est-il libre d'organiser ses propres déplacements. Cependant, de pareilles visites paraissent peu opportunes, particulièrement au moment où nous faisons des efforts pour empêcher le développement par la Grande-Bretagne d'une politique systématique de contacts officiels avec la DDR.“

<sup>182</sup> Teilnehmer: Auguste Pinton (GD, Rhône), Paul Chevallier (GD, Savoie), Jean-Louis Fournier (SFIO, Landes) und Renée Dervaux (PCF, Seine), cf. *ibid.*, f. 059f.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, Seydoux, vom 26. 11. 1959 an das MAE.

<sup>183</sup> AMAE, Cabinet, Couve de Murville, 357: Brief von André Armengaud vom 19. 6. 1959 an Maurice Couve de Murville: „Ce voyage est peut-être intéressant, surtout lorsque l'on connaît fort bien l'industrie d'Allemagne occidentale. Je serais donc heureux de me mettre en rapport avec vous sur les conditions dans lesquelles vous estimeriez opportun que ce voyage se fit.“ Im Original wurde „extrêmement“ durch „peut-être“ ersetzt.

einem Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.<sup>184</sup> Welchen Einfluss die ablehnende Haltung des Ministeriums auf seine Entscheidung hatte, ist unklar. Auch Moutet trat diese Reise genauso wenig an wie andere, ebenfalls eingeladene Senatoren: darunter Vincent Rotinat (GD, Isère), der Präsident des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses, Philippe d'Argenlieu (UNR, Sarthe), der Berichterstatter für die deutsche Frage im selben Ausschuss und François Mitterrand (GD, Nièvre).

Im Frühjahr 1960 setzte sich die Serie von in die DDR reisenden Senatorengruppen fort. Davon unterrichtet, bat Maurice Couve de Murville den Präsidenten des Senats, die Mitglieder seines Hauses über die Nachteile solcher Reisen zu informieren.<sup>185</sup> Dessen ungeachtet trat im Februar eine größere Delegation um den radikalsozialistischen Bildungsminister der Regierung Pflimlin, Jacques Bordeneuve, ihre Reise an.<sup>186</sup> Bordeneuve, der wie Pinton und Maroselli auch der Regierung von Guy Mollet angehört hatte, suchte bei dieser Gelegenheit unter anderem Kontakt zum Atomphysiker Manfred von Ardenne. Der politische Berater des GMFB, Bernard de Chalvron, betonte in seinem Schreiben an das Ministerium über den Aufenthalt dieser Gruppe, dass die französischen Parlamentarier sich wesentlich vorsichtiger geäußert hätten als ihre britischen oder italienischen Kollegen. Daneben reisten zwei Mitglieder des wirtschaftspolitischen Ausschusses auf Einladung der Kammer für Außenhandel<sup>187</sup> und einen Monat später der Präsident des Ausschusses für Agrarpolitik im Senat, Étienne Restat, in die DDR.<sup>188</sup> Restat war ebenfalls Radikalsozialist und sollte 1970 Gründungspräsident der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat werden.

<sup>184</sup> Ibid., 362: Brief von André Armengaud vom 11. 8. 1959 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Rühle, und Brief von André Armengaud vom 11. 8. 1959 an Marius Moutet: „A priori, en raison des diverses rencontres de septembre, une visite ‚en force‘ de la RDA n'est peut-être pas opportune, quoi que nous pensions les uns et les autres de l'unification ou de la non-unification allemande. Le Quai d'Orsay, qui m'avait reçu lors de la première invitation du professeur Rühle, pensait qu'il fallait attendre un peu avant de faire la visite et qu'il valait mieux la faire en groupe réduit.“

<sup>185</sup> Ibid., 357: Brief von Maurice Couve de Murville vom 29. 1. 1960 an Gaston Monnerville: „Cette nouvelle initiative des autorités de Pankow fait suite à d'autres du même genre, prises durant l'année 1959. Chaque fois que j'ai été informé de telles invitations par ceux qui en étaient l'objet, j'ai fait connaître aux intéressés les raisons pour lesquelles il m'apparaissait peu opportun d'y donner suite. Il convient, en effet, d'éviter, dans toute la mesure du possible, de fournir, par la venue en RDA de personnalités françaises, et notamment de parlementaires, des arguments de propagande à un gouvernement que la France ne reconnaît pas, et des motifs légitimes de préoccupation aux autorités de l'Allemagne fédérale. Je vous serais très reconnaissant de tout ce que vous croirez pouvoir faire pour que l'attention des sénateurs soit appelée sur ces inconvénients.“

<sup>186</sup> Teilnehmer: Jacques Bordeneuve (GD, Lot-et-Garonne), Roger Carcassonne (SFIO, Bouches-du-Rhône), Jean Errecart (RPCD, Basses-Pyrénées), Jean Bardol (PCF, Pas-de-Calais), Fernand Verdeille (SFIO, Tarn), Octave Bajoux (RPCD, Nord) und Abel Sempé (RDE, Gers), cf. AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 078ff.: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 7. 3. 1960 an das MAE.

<sup>187</sup> Henri Claireaux (rép. pop., Saint-Pierre-et-Miquelon) und Jacques Gadoin (GD, Nièvre), cf. ibid.

<sup>188</sup> AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 090: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 12. 4. 1960; es ist von insgesamt drei Senatoren die Rede, die beiden anderen werden jedoch nicht namentlich erwähnt.

Im August 1960 beteiligten sich erstmals auch Abgeordnete der Nationalversammlung an einer Reise von Senatoren in die DDR. Angeführt wurde die Delegation von der Vizepräsidentin der radikalsozialistischen Partei, Suzanne Crémieux.<sup>189</sup> Bemerkenswert sind aber vor allem die Äußerungen von Charles Suran, einem der teilnehmenden SFIO-Mitglieder, der anlässlich eines Interviews während dieser Reise die Freizügigkeit lobte, mit der man sich habe informieren können, und sich von den wirtschaftlichen Erfolgen der DDR beeindruckt zeigte.<sup>190</sup>

Das Bedürfnis, sich über den zweiten deutschen Staat zu informieren, war sicherlich das Hauptmotiv aller Senatoren, die Ende der 1950er beziehungsweise Anfang der 1960er Jahre in die DDR reisten. Ihr zentrales Augenmerk galt der ostdeutschen Wirtschaft und Industrie. Eine im Mai 1960 in der Verantwortung von Marcel Pellenc als Hauptberichterstatter des Finanzausschusses entstandene Note erörtert die Frage, ob sich Ostdeutschland an der Schwelle einer industriellen Revolution befinde. Im Zentrum steht der Bericht über eine Ausstellung zur Standardisierung, die in Leipzig stattgefunden hatte. Man nahm an, dass dies einen rasanten Zuwachs der Industrie im Ostblock und insbesondere in der DDR zur Folge haben würde, weshalb die dringende Empfehlung ausgesprochen wurde, den Handel mit der DDR auszubauen.<sup>191</sup> In seinem Kommentar zu diesem Bericht befürchtete Pellenc, dass die ostdeutschen Wachstumsraten diejenigen westlicher Staaten bald überflügeln könnten, der möglicherweise verpasste Anschluss an diese Entwicklung nicht ohne politische Konsequenzen für den Westen

<sup>189</sup> Teilnehmende Senatoren: Suzanne Crémieux (GD, Gard), Jacques Verneuil (GD, Charente-Maritime), Jean Geoffroy (SFIO, Vaucluse), Charles Suran (SFIO, Haute-Garonne) und Léon David (PCF, Bouches-du-Rhône) sowie Abgeordnete der Nationalversammlung: André Diligent (RPCD, Nord), Nestor Rombeaut (RPCD, Loire-Atlantique) und Jacques Douzans (ED, Haute-Garonne), cf. *ibid.*, f. 115f. und 127f.: Schreiben des GMFB, Guenyveau, vom 30.8.1960 und 16.9.1960 an das MAE sowie f. 119: Note der DEU vom 3.9.1960; cf. dazu den Reisebericht von Suzanne Crémieux in: *Rencontres* 7 (Nov. 1960), S. 8.

<sup>190</sup> AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 127f.: Schreiben des GMFB, Guenyveau, vom 16.9.1960 an das MAE.

<sup>191</sup> AMAE, RDA 1956–1960, 32, f. 106ff.: Note d'information budgétaire, financière et économique vom 25.5.1960 des Hauptberichterstatters des Finanzausschusses im Senat, Marcel Pellenc (unterzeichnet von Henri Jannès): „Force est bien à quiconque à la moindre expérience industrielle de reconnaître que les 3 principes – standardisation, spécialisation, automatisation – dont la mise en application sur une vaste échelle vient d'être décidée par l'Allemagne de l'Est en 1959, première année de son plan septennal, et aussi en même temps par l'URSS dans le même temps, sont des principes techniques extrêmement raisonnables, dont l'efficacité considérable ne fait pas l'ombre d'un doute, car nous en avons l'expérience. Dès lors, à moins que par hasard ils ne soient mis en œuvre dans des conditions inadéquates – ce que rien ne permet de supposer – il est évident qu'ils vont entraîner une accélération de l'expansion industrielle des pays du camp socialiste. Or, dès maintenant, les experts occidentaux les plus qualifiés estiment que depuis 1950 la progression des économies dites socialistes a été plus de deux fois plus rapide que celle des économies dites libérales. Et ceci avant la mise en œuvre de cette doctrine technique qui constitue une véritable révolution par son efficacité évidente. La conclusion la plus modérée que l'on puisse tirer de cette double observation, est que, loin de s'essouffler, les économies de l'Est vont, selon toute vraisemblance, continuer à progresser rapidement.“

bleibe.<sup>192</sup> Außerdem bedauerte er, selbst viel beachteter Spezialist für staatliche Betriebe, dass die Empfehlungen von André Armengaud, mit dem er bereits 1951 ein Buch über den Staatskapitalismus verfasst hatte, bislang nicht berücksichtigt worden seien.

Im *Quai d'Orsay* bedauerte man demgegenüber vor allem das fehlende Bewusstsein der Informationswilligen für die politischen Konsequenzen ihrer DDR-Reisen.<sup>193</sup> In der Regel erfuhr man von diesen Reisen erst durch die Presse oder durch das Auswärtige Amt in Bonn und auch meist erst, während sie stattfanden. Außer den an die Präsidenten beider Kammern gerichteten allgemeinen Warnungen bestand kaum eine Möglichkeit, die betreffenden Parlamentarier gezielt von ihrem Vorhaben abzubringen. Anders war dies im Fall von Jean-Louis Vigier (RPR, Seine), einem Mitglied des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses des Senats. Er hatte bereits im Vorfeld mit dem westdeutschen Botschafter Herbert Blankenhorn über eine Informationsreise gesprochen, die ihn in die DDR führen sollte. Die durch Blankenhorn umgehend in Kenntnis gesetzte Europa-Abteilung konnte das Kabinett des Ministers rechtzeitig dazu auffordern, Vigier von dieser der französischen Politik gegenüber der DDR widersprechenden Reise abzuraten.<sup>194</sup> Auch eine Reise von Michel Colinet (CNIP, Ardennes) konnte verhindert werden. Er war einer der wenigen Abgeordneten, die das Außenministerium über die Einladung durch die EFA informiert und um eine Stellungnahme gebeten hatten.<sup>195</sup>

Nicht verhindern konnte das französische Außenministerium hingegen kurze Zeit später, im Januar 1961, eine Reise von sieben Abgeordneten. Sie hatten während einer zehntägigen Reise durch die DDR Industrieanlagen und LPGs besichtigt und sich zu Gesprächen mit einem stellvertretenden DDR-Außenminister, dem Staatssekretär für Kirchenfragen und dem Ost-Berliner Bürgermeister getroffen.<sup>196</sup> Die ostdeutsche Presseagentur ADN veröffentlichte die Erklärungen

<sup>192</sup> Ibid., f. 120f.: *Remarques et conclusions du rapporteur général* (ohne Datum): „Il s'agit donc là d'un problème primordial à l'égard duquel on ne saurait rester indifférent. Sans doute les conceptions politiques du monde occidental divergent-elles beaucoup de celles qui ont cours dans les pays situés de l'autre côté du rideau de fer. Il n'en reste pas moins que pour soutenir la concurrence économique que ceux-ci, grâce à des procédés industriels révolutionnaires, ne manqueront pas de leur faire, dans un avenir plus ou moins proche, nos vieilles nations devraient songer à adapter sans retard à leurs structures propres les techniques et méthodes nouvelles.“

<sup>193</sup> AMAE, RDA 1956–1960, 32, f. 096ff.: Note der DEU vom 16. 9. 1960 an das Kabinett des Ministers: „Sur le plan parlementaire, un certain nombre de sénateurs et de députés, soucieux d'information, se rendent en DDR sans se préoccuper suffisamment des conséquences politiques de leur visite. Il y aurait donc lieu, sous une forme à définir, de prévenir les assemblées contre les inconvénients de ces voyages.“

<sup>194</sup> AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 135: Note der DEU vom 2. 12. 1960 an das Kabinett des Ministers, de Beaumarchais.

<sup>195</sup> AMAE, Cabinet, Couve de Murville, 357: Brief von Michel Collinet vom 3. 1. 1961: „Désireux de donner suite à cette invitation, je vous serais reconnaissant selon les recommandations de Monsieur le président de l'Assemblée nationale, de bien vouloir me faire part de vos observations à ce sujet.“

<sup>196</sup> Teilnehmer: Pierre Baudis (CNIP, Haute-Garonne), Jean Delachenal (CNIP, Savoie), René Mocquiaux (UNR, Seine-et-Marne), Pierre Bourdellès (ED, Côtes-du-Nord), Robert Ballanger (PCF, Seine-et-Oise), Louis Le Montagnier (CNIP, Morbihan) und Ber-

von zwei Abgeordneten der Regierungsmehrheit, darunter auch ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung, die sich genötigt sahen, am Ende ihrer Reise bestehende Urteile über die DDR für sich zu revidieren. Im GMFB befürchtete man, dass derartige Äußerungen zu einer Infragestellung der offiziellen Haltung Frankreichs führen könnten, da Beobachter über die tatsächlichen Hintergründe dieser Reisen im Unklaren gelassen wurden.<sup>197</sup>

Trotz des Mauerbaus zog auch die Leipziger Messe im Herbst 1961 wieder eine Gruppe von Parlamentariern an. Die mitreisenden Abgeordneten der gaullistischen UNR waren jedoch allesamt Hinterbänkler, weswegen die Reise weniger Beachtung fand.<sup>198</sup> Noch im selben Jahr beteiligten sich französische Parlamentarier zudem an einer von der DDR ausgerichteten internationalen Parlamentarier-Konferenz in Weimar zum Thema „Abrüstung in Europa“, zu der auch britische, italienische und belgische Abgeordnete angereist waren.<sup>199</sup> Die französische Delegation wurde angeführt von Charles Dutheil (RPCD, Aveyron), der als Präsident der FMVJ auch an der Entstehung von französisch-ostdeutschen Städtepartnerschaften beteiligt war.<sup>200</sup>

Insgesamt nahmen die Reiseaktivitäten zwischen 1961 und 1963 jedoch ab: Gegenüber 32 Senatoren und 3 Abgeordneten zwischen September 1959 und August 1960 reisten 1961 – soweit aus den Archiven ersichtlich – nur noch 15 Abgeordnete in die DDR, wobei 2 Abgeordnete an jeweils zwei Reisen teilnahmen. 1962 verzeichnete das französische Außenministerium überhaupt nur eine Gruppe französischer Parlamentarier, die in der DDR unter anderem die Leipziger Messe und das KZ Sachsenhausen besucht hatte und von Willi Stoph empfangen worden war.<sup>201</sup> Dennoch telegrafierte ein Mitarbeiter des GMFB anlässlich des Besuchs

nard Lambert (RPCD, Loire-Atlantique), cf. *ibid.*: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 20. 1. 1961.

<sup>197</sup> *Ibid.*: Schreiben des GMFB, de Chalvron, an das MAE: „Le ton de ces remarques faites par nos parlementaires n’a rien de surprenant car des ‘invités’ auxquels le gouvernement de Pankow offre la possibilité d’entreprendre un voyage d’études, ne peuvent pas moins faire que de reconnaître la valeur de certains efforts évidents dans la reconstruction ou dans le domaine social. Ce genre de témoignage, qui nous paraît inévitable, risque cependant d’amener certains observateurs étrangers à s’interroger sur le sens et la portée réelle des entretiens et des contacts que notre délégation de parlementaires vient d’avoir en DDR.“

<sup>198</sup> Teilnehmer: Paul Cermolacce (PCF, Bouches-du-Rhône), Henri Fabre (UNR, Var), Jean Garnier (UNR, Saône-et-Loire) und Bernard Le Douarec (UNR, Loire-Atlantique), cf. AMAE, RDA 1961–1970, 189: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 13. 9. 1961 an das MAE.

<sup>199</sup> Cf. Hoff, Großbritannien und die DDR, S. 272.

<sup>200</sup> Teilnehmer: Charles Dutheil (RPCD, Aveyron), Bernard Le Douarec (UNR, Loire-Atlantique), Bernard Lambert (RPCD, Loire-Atlantique), Armand Barniaudy (RPCD, Hautes-Alpes), Georges Juskiwenski (ED, Lot) und Jean Bardol (PCF, Pas-de-Calais), cf. AMAE, RDA 1961–1970, 189: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 6. 12. 1961 an das MAE.

<sup>201</sup> Teilnehmer (insgesamt ist von 12 Teilnehmern die Rede, davon wurden allerdings nur neun namentlich erwähnt): Joseph Pinvidic (CNIP, Finistère), Gérard Deliaune (UNR, Gironde), Jean Delrez (RPCD, Moselle), Fernand Grenier (PCF, Seine), Georges Lombard (CNIP, Finistère), Louis Jaillon (RPCD, Jura), Henri Ulrich (RPCD, Haut-Rhin) und Pierre de Montesquiou (ED, Gers), cf. *ibid.*: Telegramm aus Berlin, Le Roy, vom 5. 9. 1962 und Schreiben des GMFB, Le Roy, vom 14. 9. 1962 an das MAE.

einer Delegation im März 1963 nach Paris, dass es sich bei den Parlamentarierreisen um ein gängiges Phänomen handle.<sup>202</sup> Diese Delegation war vom Ost-Berliner Bürgermeister empfangen worden und hatte unter anderem eine LPG sowie die Wache vor dem Brandenburger Tor besichtigt. Bei einem Opernbesuch war sie zufällig in Berlin stationierten französischen Offizieren begegnet und hatte diesen von ihren negativen Eindrücken berichtet.<sup>203</sup> Mit insgesamt 17 beziehungsweise 18 Abgeordneten handelte es sich nicht nur um die bislang mit Abstand größte Parlamentariergruppe aus Frankreich, sondern auch um diejenige mit der bis dahin höchsten Beteiligung von gaullistischen Abgeordneten.<sup>204</sup> Im selben Monat weilte auch Henri Caillavet – ehemals radikalsozialistischer Staatssekretär in der Regierung von Pierre Mendès-France – als Vertreter der französischen Friedensbewegung in der DDR.<sup>205</sup> Caillavet war nicht nur Vizepräsident der radikalsozialistischen Partei, er war bis 1958 zudem einer der wichtigsten Repräsentanten der Freimaurer im Parlament. Als Spezialist für finanzpolitische Fragen, zwischen 1956 und 1958 in der Funktion als Berichterstatter für das Budget des Außenministeriums, vertrat er Frankreich zur selben Zeit auch in der EGKS-Versammlung.

Anlässlich der Reisen im Frühjahr 1963 erstellte das GMFB eine Hierarchie der französischen DDR-Besucher mit politischem Hintergrund: Solange es sich um Kommunalpolitiker, ehemalige Deportierte oder Zwangsarbeiter handele, solle diesen Reisen keine große Bedeutung beigemessen werden; ernster sei hingegen

<sup>202</sup> Ibid.: Telegramm aus Berlin, Le Roy, vom 1. 3. 1963; Le Roy sprach zwar im Zusammenhang mit den Parlamentarierreisen von einer „chose fréquente“, wies aber gleichzeitig daraufhin, dass die letzte Gruppe diejenige sei, die 1962 zur Herbstmesse in die DDR gereist war.

<sup>203</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 187: Telegramm aus Berlin, Le Roy, vom 6. 3. 1963: „Ils ont semblé inconscient, des inconvénients politiques de leur visite [...]. Leurs deux premières journées en DDR leur avaient, au demeurant, fait la plus mauvaise impression: bien qu'ils aient averti les officiers de la présence à leurs côtés de deux policiers en civil, ils se sont répandus pendant l'entracte en critiques de toute sorte. La LPG modèle, a déclaré en particulier l'un d'eux, n'est guère plus moderne que la ferme la plus arriérée de la Creuse.“

<sup>204</sup> Namentlich erwähnte Teilnehmer (wenn die von den französischen Abgeordneten gemachten Angaben stimmen, fehlen die Namen von 10 UNR-Abgeordneten und 1 PCF-Abgeordneten): François Le Douarec (UNR-UDT, Ille-et-Villaine), Édouard Charret (UNR-UDT, Rhône), Pierre Bourdellès (CD, Côtes-du-Nord), André Brugerolle (CD, Charente-Maritime), Georges Juskiewski (RD, Lot), Fernand Berthouin (RD, Indre-et-Loire), André Gauthier (RD, Isère) und Robert Ballanger (PCF, Seine-St-Denis), cf. AMAE, RDA 1961–1970, 189: Telegramm aus Berlin, Le Roy, vom 1. 3. 1963; cf. auch SAPMO, DY 30/IV A 2/20/468: Brief von Wolter vom 26. 2. 1963 an Florin, in diesem Schreiben wurden zwei Tage vor Beginn der Reise, zusätzlich zu den in der französischen Quelle erwähnten Abgeordneten, folgende weitere Teilnehmer aufgelistet: Henri Guillermin (UNR-UDT, Rhône), Gabriel Péronnet (RD, Allier), Jean Le Lann (CD, Ille-et-Villaine), René Caille (UNR-UDT, Rhône), Émile Bizet (UNR-UDT, Manche), Robert Morlevat (RD, Côte-d'Or), Henri Gorce-Franklin (UNR-UDT, Rhône), Jean Moulin (CD, Ardèche), Edmond Garcin (PCF, Bouches-du-Rhône) und Isidore Renouard (RI, Ille-et-Villaine).

<sup>205</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 189: Schreiben des GMFB, Le Roy, vom 18. 3. 1963 an das MAE.

die Reise eines ehemaligen Ministers zu nehmen – gemeint war Henri Caillavet; ein richtiges Problem sei es jedoch, wenn es sich bei den Besuchern um aktive Parlamentarier handele.<sup>206</sup> Konkret bezog sich dieses Urteil auf eine weitere Gruppe linker Senatoren, die unter Jacques Bordeneuve im April 1963 in die DDR reisten – die erste Senatorengruppe seit der Reisewelle von 1959/60. Dass der Kreis der Senatoren, die an der DDR interessiert waren, bis dahin noch relativ überschaubar blieb, zeigt die Zusammensetzung der Gruppe: Mit Ausnahme von Louis Martin, Radikalsozialist und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, waren sämtliche Teilnehmer bereits 1959/60 in der DDR gewesen.<sup>207</sup> Im Gegensatz zu früheren Reisen wurden von den Teilnehmern nicht mehr nur die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Errungenschaften der DDR hervorgehoben; sie sprachen nun verstärkt auch von der DDR als einer Realität, die es anzuerkennen gelte.<sup>208</sup>

### Die zweite Reisewelle 1963/64–1966

Im Laufe des Jahres 1963 nahmen Anzahl und auch Prestige der Delegationen allmählich zu. Die dritte Delegation dieses Jahres wurde angeführt von Louis Deschizeaux (SFIO, Indre). 1944 wegen seiner Zustimmung für die unbeschränkten Vollmachten Pétains von Wahlen zu öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, kehrte er erst 1958 in die französische Politik zurück und konnte nach seiner Wiederwahl im selben Jahr auch seinen Platz im Auswärtigen Ausschuss wieder einnehmen. Er absolvierte während seiner Reise einen mittlerweile fast klassischen Parcours: Zusätzlich zu einem Besuch der Leipziger Messe und der Besichtigung von Industrieanlagen und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden Deschizeaux und seine Kollegen von Willi Stoph empfangen.<sup>209</sup> Daneben war die Studienreise der Untersuchung von Wahlen in der DDR gewidmet.

<sup>206</sup> Ibid.: Schreiben des GMFB, Le Nail, vom 26. 4. 1963 an das MAE: „Tant qu’il ne s’agit que de délégations d’élus communaux ou d’anciens déportés du STO, l’affaire ne présente que peu d’importance. Le cas devient plus sérieux lorsque les voyageurs sont des hommes politiques et qu’ils se prêtent à des déclarations comme l’ancien ministre M. Cavaillat. Mais là où ces déplacements posent véritablement un problème, c’est lorsqu’ils concernent des parlementaires.“

<sup>207</sup> Teilnehmer: Jacques Bordeneuve (GD, Lot-et-Garonne), Louis Martin (RI, Loire), Jean-Louis Fournier (SFIO, Landes), Fernand Verdeille (SFIO, Tarn), Jean Bardol (PCF, Pas-de-Calais) und Adolphe Dutoit (PCF, Nord), cf. *ibid.*

<sup>208</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 189: Schreiben des GMFB, Le Roy, vom 4. 5. 1963 an das MAE: „Nos compatriotes se sont déclarés très impressionnés par les réalisations sociales, économiques et culturelles du gouvernement communiste; de fait, la visite de fermes modèles, d’usines pilotes ou d’établissements scolaires d’avant-garde pouvait justifier les déclarations élogieuses décernées par les voyageurs. Il eût été heureux que les appréciations de nos parlementaires se limitent à ces sujets: mais, emportés par l’enthousiasme, certains membres de la délégation n’ont pas craint de donner un tour politique à leur voyage.“

<sup>209</sup> Namentlich erwähnte Teilnehmer: Louis Deschizeaux (SFIO, Indre), Pierre Godefroy (UNR-UDT, Manche), André Gauthier (RD, Isère), Paul Seramy (RD, Seine-et-Marne), Marcel Massot (RD, Basses-Alpes), René Lamps (PCF, Somme), Waldeck L’Huillier (PCF, Hauts-de-Seine) und Émile Dubuis (CD, Ain), cf. *ibid.*: Telegramme aus Berlin, Le Nail, vom 3. 9. 1963 und 9. 9. 1963.

Louis Deschizeaux wurde aus Interesse für Deutschland und die deutsch-französischen Beziehungen im selben Jahr Mitglied im Nationalkomitee der EFA. Vermutlich aufgrund seiner direkte Verbindungen zu den EFA stellte das Außenministerium anlässlich dieser Reise eine direkte Verbindung zwischen den EFA und den DDR-Reisen französischer Parlamentarierreisen her.<sup>210</sup> Ein Schreiben an den Innenminister Roger Frey mit der Bitte, diese Praxis durch entsprechende Maßnahmen zu unterbinden, erwies sich jedoch offensichtlich als wirkungslos. Bereits im Oktober befand sich erneut eine Delegation französischer Senatoren in der DDR, unter ihnen vier Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses.<sup>211</sup> Aber nicht die Reise selbst wurde als problematisch eingeschätzt, sondern die politischen Äußerungen eines der vier Ausschussmitglieder: Édouard Soldani (SFIO, Var) hatte während dieser Reise nicht nur das antifaschistische Selbstbild der DDR und dessen Verankerung in der ostdeutschen Gesellschaft bestätigt, sondern auch die Anerkennung der DDR gefordert.<sup>212</sup> Roger Carcassonne (SFIO, Bouches-du-Rhône), ebenfalls Ausschussmitglied, hatte seinerseits geäußert, nur zufriedene Arbeiter getroffen zu haben, und hervorgehoben, dass selbst religiöse Überzeugungen überall akzeptiert würden. Im Außenministerium riefen diese Bemerkungen Entsetzen und Verwunderung hervor – man war sich nicht sicher, ob man sie als naiv oder als bewusst irreführend bewerten sollte, wandte sich jedoch unmittelbar an den SFIO-Generalsekretär Guy Mollet, mit der Bitte, er möge bei seinen Kollegen intervenieren, um eine Wiederholung derartiger Reisen zu verhindern.<sup>213</sup>

Im Herbst 1963 konstatierte das GMFB eine stetig steigende Anzahl von französischen Delegationen in der DDR, die die Zahl von Delegation aus Großbritannien und den USA bei Weitem überstieg. Gegenüber 31 französischen Delegationen zwischen Ende April und Ende September wurden im gleichen Zeitraum nur 10 britische und 3 amerikanische Delegationen erfasst. Zwar handele es sich im Wesentlichen um Kommunisten, so das GMFB, dennoch hätten diese Reisen verheerende Auswirkungen: Damit würden vor allem den Kritikern des Élysée-Vertrages in West-Berlin und in der Bundesrepublik zusätzliche Argumente geliefert. Außerdem würden Persönlichkeiten aus dem frankophonen Afrika ermutigt, Ein-

<sup>210</sup> Ibid.: Note der DEU, Toffin, vom 16. 9. 1963 für das Kabinett des Ministers.

<sup>211</sup> Teilnehmer (die vier erstgenannten Senatoren waren Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses): Roger Carcassonne (SFIO, Bouches-du-Rhône), Édouard Soldani (SFIO, Var), Daniel Benoist (SFIO, Nièvre), Henri Parisot (RI, Vosges), Roger Delagnes (SFIO, Bouches-du-Rhône), Paul Mistral (SFIO, Isère), Charles Suran (SFIO, Haute-Garonne), Suzanne Crémieux (GD, Gard), Marcel Audy (GD, Corrèze), Jean Bardol (PCF, Bouches-du-Rhône) und Léon David (PCF, Pas-de-Calais), cf. *ibid.*: Schreiben des GMFB vom 4. 10. 1963 an das MAE.

<sup>212</sup> Ibid.: Schreiben des GMFB vom 14. 10. 1963 an das MAE: „Même si l'on n'est pas d'accord avec la DDR, il faut cependant reconnaître son existence. J'ai appris à connaître et à respecter la volonté de la population de la DDR et de ses dirigeants, de combattre le fascisme, et de lutter en commun avec les autres peuples pour la paix, ainsi que l'ardeur infatigable, admirable, qu'ils témoignent à cet effet.“

<sup>213</sup> Ibid.: Note vom 14. 10. 1963 an Guy Mollet: „Le compte rendu du ‚Neues Deutschland‘, même si les faits sont inexacts, tend à faire croire que les sénateurs français ont adhéré très largement aux vues d'Ulbricht ou qu'ils se sont laissé abuser. [...] On a l'impression, si les faits ne sont pas rétablis, qu'il y a eu d'un côté une grande rouerie et de l'autre une grande naïveté.“

ladungen in die DDR anzunehmen – man fürchtete einen Dominoeffekt. Da man eine Zunahme der auf Frankreich ausgerichteten Propagandabemühungen der DDR in den nächsten Monaten vermutete und gleichzeitig über keinerlei institutionelle Handhabe verfügte, um diese Reisen zu verhindern, forderte man die Europa-Abteilung des Ministeriums erneut auf, Reisewillige wirksamer über die politische Inanspruchnahme ihres DDR-Aufenthaltes zu informieren.<sup>214</sup>

Im Verhältnis zur ersten Reisewelle 1959/60 hatte sich nicht nur die Anzahl der Parlamentarier mehr als verdoppelt: Die Reisen dieser zweiten Welle zwischen März 1963 und Februar 1964 hatten vor allem eine wesentlich größere Wirkung. Und dies nicht allein vor dem Hintergrund der sich nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrages abkühlenden französisch-westdeutschen Beziehungen und der politischen Inanspruchnahme dieser Reisen durch die DDR-Regierung, sondern vor allem infolge der Sogwirkung, die diese zweite Reisewelle auf französische Regional- und Kommunalpolitiker ausübte. Sie war in Frankreich der Auslöser für einen umfangreichen politischen Tourismus in die DDR. Auf die Bugwelle von insgesamt sechs Parlamentarierdelegationen folgten ab der zweiten Jahreshälfte 1963 unzählige kleinere, für sich genommen unbedeutende Delegationen von Regional- und Kommunalpolitikern.<sup>215</sup> Namentlich seit 1964 gewann diese Bewegung dann kontinuierlich an Breite. Um dem der französischen Diplomatie daraus erwachsenden Problem zu begegnen, wandte sich das Außenministerium nun nicht mehr an die Präsidenten der beiden Kammern, sondern direkt an die Generalsekretäre beziehungsweise Präsidenten der betroffenen Parteien, wie Guy Mollet, Jacques Baumel<sup>216</sup> oder Jean Lecanuet<sup>217</sup>. Parallel dazu lässt sich auch ein Wandel in der Wahrnehmung durch den *Quai d'Orsay* ausmachen: Hatte man bislang von Parlamentariergruppen gesprochen, so war nun – wesentlich offizieller – von Parlamentarierdelegationen die Rede. Dies lag sicherlich nicht zuletzt am zunehmenden Prestige der Delegationsteilnehmer, unter denen sich im Januar 1964 erstmals auch eine Vizepräsidentin der französischen Nationalversammlung befand.

Nur drei Tage nach der offiziellen Anerkennung Chinas durch Frankreich und einen Tag vor der dazu von Staatspräsident Charles de Gaulle abgehaltenen Pressekonferenz gaben sich am 30. Januar 1964 zwei französische Parlamentarierdelegationen in Ost-Berlin die Klinke in die Hand.<sup>218</sup> In beiden Fällen standen erneut radikalsozialistische Politiker an der Spitze. Die erste Delegation um Marcel Pellenc, der bereits mehrfach Reisen in die DDR geleitet hatte, wurde von

<sup>214</sup> Ibid.: Schreiben des GMFB vom 8. 10. 1963 an das MAE: „Sans doute, nos institutions ne nous permettent-elles pas d'intervenir de manière radicale en ces matières. Il demeure souhaitable, en tout cas, que les milieux français qui se réclament de l'amitié franco-allemande soient mis en garde de manière plus efficace contre les approches du gouvernement de Pankow et les manifestations, parfois odieuses, où l'on cherche à les entraîner.“

<sup>215</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 189–191, passim.

<sup>216</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 189: Telegramm aus Berlin, Le Nail, vom 3. 9. 1963.

<sup>217</sup> AMAE, Cabinet, Couve de Murville, 362: Brief von L.-B. Ges vom 5. 2. 1964 an Jean Lecanuet.

<sup>218</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 190: Telegramm aus Berlin, Winckler, vom 31. 1. 1964.

AFP als offizielle Delegation des Senats präsentiert.<sup>219</sup> Es war aber vor allem die zweite Delegation unter der Leitung von Jacqueline Thome-Patenôtre (RD, Seine-et-Oise), die erhebliches Aufsehen erregte.<sup>220</sup> Thome-Patenôtre war nicht nur Vizepräsidentin der französischen Nationalversammlung und eine radikalsozialistische Persönlichkeit, als überzeugte Europäerin war sie auch Mitglied der *Commission des échanges internationaux dans le domaine communal*. Dieses Engagement kann gleichsam als Indiz für ihr Interesse an den Beziehungen mit der DDR gewertet werden – zu einer Zeit, in der offizielle französisch-ostdeutsche Städtepartnerschaften noch mit großem Aufwand durch das französische Außenministerium verhindert wurden. Das GMFB sprach von der bislang bedeutendsten Parlamentarierdelegation, was nicht nur an ihrer Zusammensetzung, sondern auch an ihrem Auftreten gelegen habe.<sup>221</sup> Es sei der Eindruck einer offiziellen „mission“ entstanden – problematisch insbesondere deshalb, weil dieser Eindruck den Vergleich mit der „mission“ von Edgar Faure nur wenige Monate zuvor in China nahelege. Die zeitliche Koinzidenz mit der Anerkennung Chinas führte schließlich dazu, dass die Delegation nicht nur wie geplant auf ein Mitglied des Zentralkomitees der SED (Hermann Axen), den Vizepräsidenten des Staatsrates der DDR (Manfred Gerlach), den Minister für Außenhandel (Julius Balkow) und einen Staatssekretär des MfAA (Otto Winzer) traf<sup>222</sup>, sondern dass sie als erste französische Parlamentarierdelegation auch vom Staatsoberhaupt persönlich empfangen wurde. Nach Einschätzung des GMFB hatte das Treffen mit Walter Ulbricht allerdings eher den Charakter einer Pressekonferenz des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED.<sup>223</sup> In der ostdeutschen Presse wurde sehr ausführlich über den Aufenthalt dieser Delegation berichtet, auch scheute man sich nicht, ihn für die innerdeutschen Auseinandersetzungen zu nutzen, was wiederum zu einem beachtlichen Echo in der westdeutschen Presse führte.<sup>224</sup> Und obwohl Aymar Achille-Fould (RD, Gironde) während des Gesprächs mit Ulbricht betont hatte,

<sup>219</sup> Teilnehmer: Marcel Pellenc (GD, Vaucluse), Robert Burret (RI, Hautes-Pyrénées), Louis Guillou (RPCD, Finistère), Yves Hamon (RPCD, Finistère), Jean Noury (RPCD, Ille-et-Villaine), René Tinant (RPCD, Ardennes), Gustave Héon (GD, Eure), Louis Talamoni (PCF, Val-de-Marne) sowie der ehemalige MRP-Abgeordnete Emmanuel Fouyet, cf. AMAE, Cabinet, Couve de Murville, 362: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 25. 1. 1964 an das MAE.

<sup>220</sup> Teilnehmer: Jacqueline Thome-Patenôtre (RD, Seine-et-Oise), Aymar Achille-Fould (RD, Gironde), Noël Chapuis (CD, Isère), Gérard Deliaune (UNR-UDT, Gironde), Jacques Fouchier (CD, Deux-Sèvres), Albert Fouet (RD, Sarthe), Robert Hauret (UNR-UDT, Maine-et-Loire), Jacques Hébert (UNR-UDT, Manche), Constant Lepourry (UNR-UDT, Manche), René Lamps (PCF, Somme), Paul Pillet (CD, Loire), Jeanette Prin (PCF, Pas-de-Calais), André-Georges Voisin (UNR-UDT, Indre-et-Loire), cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 8. 2. 1964 an das MAE.

<sup>221</sup> Ibid.: „Mais rarement un groupement de parlementaires n’avait donné autant l’impression d’effectuer une ‚mission‘ que celui qui vient de regagner notre capitale.“

<sup>222</sup> AMAE, Bonn, Ambassade, 217: Anlage zum Schreiben des GMFB vom 11. 2. 1964 an das MAE.

<sup>223</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 8. 2. 1964 an das MAE.

<sup>224</sup> Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Margerie, vom 5. 2. 1964.

dass er und seine Kollegen nur als Touristen in die DDR gereist seien<sup>225</sup>, sah sich der *Quai d'Orsay* genötigt, nach Bonn und Berlin zu telegrafieren, dass diese Reise nicht mit seiner Zustimmung stattgefunden habe.<sup>226</sup> Die Aufforderung des UNR-Generalsekretärs an seine fünf der Delegation angehörenden Parteigenossen, umgehend zurückzukehren, blieb jedoch ungehört.<sup>227</sup>

Nicht zum ersten Mal befanden sich unter den Mitreisenden Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung. Im April 1964 wurde jedoch zum ersten Mal ein Bericht über eine solche Reise auf die Tagesordnung gesetzt, obwohl hier üblicherweise nur über jene Reisen berichtet und debattiert wurde, die auch von diesem Gremium beschlossen und von einer offiziellen Delegation durchgeführt worden waren.<sup>228</sup> Der dieses Vorhaben unterstützende Präsident des Ausschusses, Maurice Schumann (CD, Nord), hatte sich anlässlich einer offiziellen Reise durch verschiedene osteuropäische Länder ganz allgemein von der Wirkung derartiger Parlamentarierreisen, insbesondere ihrer Bedeutung für die Entspannung innerhalb bilateraler Beziehungen, überzeugt gezeigt.<sup>229</sup>

Die zweistündige Sitzung am 25. Juni 1964, an der insgesamt 20 Parlamentarier teilnahmen<sup>230</sup>, wurde eingeleitet mit einem allgemeinen Vortrag von Jacques Mer (rép. soc., Paris) über die Situation in den Ostblockstaaten. Den Vortrag über Ostdeutschland („Allemagne orientale“) und über die Reise der Delegation von Parlamentsvizepräsidentin Thome-Patenôtre hielt Aymar Achille-Fould, der als einziges Ausschussmitglied teilgenommen hatte. Achille-Fould entstammte zwar einer bedeutenden französischen Politikerfamilie, war aber als ehemaliger Marineoffizier und Freiwilliger im Algerienkrieg selbst ein Neuling im Parlament. Außerdem war er, Jahrgang 1925, einer der bis dahin jüngsten Delegationsteilnehmer – die überwiegende Mehrheit gehörte einer zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg geborenen Generation an. Achille-Fould bedankte sich zunächst bei Schumann, die Auseinandersetzung mit einem tabuisierten Thema akzeptiert zu haben. Die Reise habe auf Initiative einer privaten Organisation<sup>231</sup> stattgefunden und fast alle Fraktionen der Nationalversammlung seien vertreten gewesen. Gleichzeitig bedauerte er, dass die Reise aufgrund ihres ungünstigen Zeitpunktes (gemeint war die Anerkennung Chinas) zu einiger Verwirrung ge-

<sup>225</sup> Ibid.: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 8. 2. 1964 an das MAE: „[...] après avoir rendu le traditionnel hommage ‚à la volonté de paix de la RDA‘ et exprimé le souhait que les relations entre la France et l'Allemagne orientale aillent en se développant, M. Achille-Fould avait tenu à préciser que ses collègues et lui n'étaient venus qu'en touristes dans ce pays.“

<sup>226</sup> Ibid.: Telegramm der DEU, de Beaumarchais, vom 6. 2. 1964 an die Botschaft in Bonn und das GMFB.

<sup>227</sup> ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 25. 6. 1964.

<sup>228</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 30. 4. 1964.

<sup>229</sup> ANF, 20060133/5: Protokoll der Sitzung vom 28. 10. 1965; als Beispiel zitierte Maurice Schumann bei dieser Gelegenheit die Beziehungen zwischen Frankreich und Kenia.

<sup>230</sup> Zum Vergleich: bei einer Anhörung des Außenministers Couve de Murville zur internationalen Situation drei Wochen zuvor hatten 30 Ausschussmitglieder teilgenommen. Für reine Arbeitssitzungen des Ausschusses, d. h. ohne Anhörung eines Ministers oder Staatssekretärs, waren 20 Teilnehmer ein durchschnittlicher Wert.

<sup>231</sup> Ohne die EFA zu benennen.

führt habe, man infolgedessen zwischen die Fronten der ost- und der westdeutschen Presse geraten sei. Als private Motivation für seine Teilnahme an der Reise gab Achille-Fould das Bedürfnis an, die ostdeutschen Verhältnisse verstehen zu wollen. Es scheint, dass sich dieses Interesse insbesondere auf das Leben der Ostdeutschen hinter der Mauer bezog.<sup>232</sup> Zentrales Thema seines Vortrages waren die ostdeutsche Wirtschaft und die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR. In diesem Zusammenhang berichtete er ausführlich von einem Gespräch mit dem Minister für Außenhandel, dessen Forderungen nach Ausbau der Handelsbeziehungen er übernahm.<sup>233</sup> Zum Schluss fragte er sich, ob eine Lockerung im kommunistischen System der DDR und eine Annäherung der Wirtschaftssysteme in Ost und West zu erwarten seien. Und ohne von diplomatischer Anerkennung zu sprechen, forderte er, dass Frankreich die sich abzeichnende Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen nicht verpassen dürfe.<sup>234</sup>

In der sich anschließenden Diskussion ging es zunächst um die Kritik von Achille-Fould an der restriktiven Praxis des *Allied Travel Office* (kurz ATO), als dessen adäquate Gegenmaßnahme er den Bau der Mauer bezeichnete, um das Gespräch mit Ulbricht, von dem er sich sichtlich beeindruckt zeigte, sowie um seine positive Einschätzung der Situation der ostdeutschen Jugend.<sup>235</sup> Jacques Vendroux (UNR-UDT, Pas-de-Calais) bezweifelste jedoch, dass ein einfacher Reisebericht als Grundlage für eine ernsthafte Diskussion dienen könne. Unterstützung erhielt Achille-Fould von Marie-Claude Vaillant-Couturier (PCF, Seine), die die französische Haltung im Bereich der Handelsbeziehungen als besonders starr bezeichnete. Maurice Schumann, der den Reisebericht aufgrund der damit verbundenen politischen Forderungen kritisierte, sah hier allerdings keine politischen Motive und verwies auf das Problem der Kreditlaufzeiten – tatsächlich hatte aber auch dieses Problem einen politischen Hintergrund, und erst der Außenminister Schumann sollte an der geltenden Praxis in den französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen etwas ändern können. Als Präsident des Ausschusses nutzte er die Gelegenheit, um dessen Mitgliedern die mit der französischen Haltung gegenüber der

<sup>232</sup> ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 25. 6. 1964, S. 4: „Bien qu’il soit venu à Berlin-Est avec le désir de comprendre et non de juger, M. Achille-Fould déclare avoir été choqué par l’insistance et la lourdeur de la propagande est-allemande sur le problème de Berlin.“

<sup>233</sup> Ibid., S. 5: „Le niveau de ces échanges reste insuffisant. La RDA voudrait les accroître et les équilibrer entre l’Est et l’Ouest.“

<sup>234</sup> Ibid., S. 6: „Il ne faut pas se dissimuler que des conversations, plus ou moins clandestines, et à des niveaux très divers, ont lieu entre la RDA et la RFA. Quand le moment sera venu d’un tournant décisif, la France ne pourra se permettre de manquer le virage, compte tenu de l’aspect très évolutif de sa politique extérieure.“

<sup>235</sup> Ibid., S. 5: „[Walter Ulbricht – Ch. W.] leur a donné une grande impression d’intelligence et d’habileté. [...] M. Achille-Fould note ensuite que le régime a fait un effort considérable en faveur de la jeunesse. Cette jeunesse se sent bien dans sa peau, et à l’aise dans le régime. Il est vrai qu’on ne lui donne pas l’occasion d’en connaître d’autres. Il se pourrait donc que le temps joue contre l’Occident. Quant au Mur, ce sont certes les Soviétiques et les Allemands de l’Est qui l’ont construit, mais il ne faut pas omettre de signaler le rôle négatif joué par le bureau des visas de Berlin-Ouest, systématiquement hostile à l’octroi des visas aux Allemands de l’Est.“

DDR verbundenen französischen Sicherheitsinteressen zu erklären.<sup>236</sup> Außerdem wies er leicht ironisch darauf hin, dass das Pressecommuniqué zu dieser Sitzung aufgrund der Komplexität des in der französischen Öffentlichkeit tabuisierten Themas nur sehr knapp ausfallen könne.<sup>237</sup>

Aufgrund seiner Reise blieb Achille-Fould auch in den folgenden Jahren Experte des Ausschusses in DDR-spezifischen Fragen. Bei einer Anhörung von Couve de Murville im Dezember 1964 konfrontierte er den Minister – ohne seine Reise zu erwähnen – mit der in Ost-Berlin gewonnenen Einsicht, dass Frankreich auf wirtschaftlicher Ebene gegenüber einer deutsch-deutschen Annäherung nicht indifferent bleiben könne.<sup>238</sup> Couve de Murville sah seinerseits, trotz des Machtwechsels in Moskau, keinerlei Veränderung in der sowjetischen Deutschlandpolitik und daher auch kein Erfordernis, die französische Politik zu modifizieren. Bemerkenswert ist immerhin, dass der Minister keinerlei Kritik an der Reise übte und auch keinerlei Anstrengungen unternahm, die Anwesenden von derartigen Reisevorhaben abzubringen. Zwei Jahre später, im Dezember 1966, kam Achille-Fould gegenüber dem Minister erneut auf seine DDR-Reise und insbesondere auf eine Unterredung mit dem ostdeutschen Außenhandelsminister, Julius Balkow, zu sprechen. Wieder ging es um die Handelsbeziehungen mit der DDR, speziell um die Privilegierung der Bundesrepublik im Handel mit der DDR gegenüber den anderen EWG-Staaten. Unterstützt wurde Achille-Fould dabei vor allem von Georges Gosnat (PCF, Paris).<sup>239</sup> Couve de Murville bezeichnete diese Kritik im Unterschied zu seiner Reaktion zwei Jahre zuvor als gerechtfertigt und übte nun selbst Kritik am Auftreten der Bundesrepublik gegenüber anderen EWG-Staaten und ihren Handelsbeziehungen mit der DDR.<sup>240</sup>

<sup>236</sup> Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur offiziellen Haltung Frankreichs gegenüber der DDR (Zweiter Teil, C., III., 1.).

<sup>237</sup> ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 25. 6. 1964, S. 11: „[M. Schumann – Ch. W.] souligne que le communiqué remis à la presse en raison de la complexité du sujet traité sera très succinct.“

<sup>238</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 10. 12. 1964, S. 30: „Je ne faisais pas allusion à M. Khrouchtchev, mais à un certain rapprochement entre l'URSS et Bonn, avec un certain accord de l'Allemagne de l'Est, d'une part, et à des rapprochements indiscutables sur le plan économique, un accroissement de plus en plus grand des relations économiques entre l'Allemagne de l'Ouest et l'Allemagne de l'Est qui pouvaient nous faire penser, en usant des choses telles qu'elles sont, je vous le disais tout à l'heure à propos de l'Europe, que ces rapprochements économiques étaient peut-être à la veille de produire un certain nombre d'incidences politiques entre les deux Allemagnes. C'est dans cette optique-là que je demande la position de la France.“

<sup>239</sup> ANF, 20060133/5: Protokoll der Sitzung vom 13. 12. 1966, S. 43.

<sup>240</sup> Ibid., S. 44f.: „M. Gosnat et M. Achille-Fould ont parlé avec précision du problème des autorisations données aux Allemands de l'Est pour venir en France en rapport avec ce que M. Gosnat appelle le ‚Travel Office‘ et ce que j'appelle bureau de circulation de Berlin, qui est en quelque sorte une survivance de l'époque maintenant très ancienne où il y avait un régime interallié d'occupation de Berlin et où les quatre puissances exerçaient ensemble le contrôle et même le gouvernement de cette zone. Je ne veux nullement dire que certaines des critiques qui ont été formulées et par M. Gosnat et par M. Achille-Fould ne sont pas justifiées. [...] Il est certain ou du moins il est possible que des problèmes d'ordre commercial – je dirais même de compétition commerciale – puissent être soulevés à cette occasion [bezieht sich auf die französische Präsenz in

Anlässlich einer Anhörung des Ministers zur Entwicklung des Ostblocks, insbesondere auf wirtschaftlicher Ebene, kam Achille-Fould (PDM, Gironde) im April 1968 ein weiteres Mal auf die DDR zu sprechen. Sein Interesse galt der Entwicklung des Kapitalmarktes in Jugoslawien; die DDR, wo er eine Firma mit gemischtem Kapital besucht hatte, zitierte er als Vergleichsobjekt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass die DDR von den Parlamentariern verstärkt als osteuropäisches Land betrachtet wurde, indes Couve de Murville daran erinnerte, dass es sich bei den Ostdeutschen eigentlich um Preußen handele.<sup>241</sup>

Während sich Parlamentarier verschiedener Fraktionen im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung regelmäßig für den Ausbau der französisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen, später dann auch für den Ausbau der Kulturbeziehungen einsetzten, insistierte die kommunistischen Ausschussmitglieder zusätzlich auf der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Frankreich. Im Laufe der 1960er Jahre entwickelte sich daraus ein Ritual mit eindeutiger Rollenverteilung, das von den Beteiligten ohne Erwartung an eine Veränderung der Positionen regelmäßig durchgespielt wurde.<sup>242</sup>

Berlin bzw. die nach dem Krieg geschlossenen Abkommen – Ch. W.] Personne ne peut contester qu'en effet les relations entre l'Allemagne fédérale et l'Allemagne de l'Est sont très différentes en pratique de ce que sont les relations entre l'Allemagne de l'Est et les pays occidentaux en général – en dehors de la République fédérale – et plus précisément la France. Il est certain que les Allemands ont tendance à considérer que les relations entre les deux Allemagnes sont leur affaire beaucoup plus que celle de leurs alliés. Je ne dissimule nullement que nous avons très souvent des problèmes avec l'Allemagne fédérale du fait que celle-ci estime que le commerce entre les deux Allemagnes devrait se développer davantage que le commerce entre l'Allemagne de l'Est et la France, ou l'Angleterre, ou l'Italie ou d'autres pays. Il y a là un ensemble de complexes que l'on peut s'expliquer même si on ne peut pas en accepter les conséquences car nous avons toujours considéré que le commerce entre la France et l'Allemagne orientale n'était pas, après tout, d'une matière différente de celle du commerce entre l'Allemagne orientale et l'Allemagne occidentale.“ Siehe dazu in dieser Arbeit auch das Kapitel über die beginnende Normalisierung der Beziehungen (Zweiter Teil, C., II., 1.).

<sup>241</sup> ANF, 20060134/2: Protokoll der Sitzung vom 18. 4. 1968, S. 36: „Qu'il y ait de l'amour chez les Slaves pour les Allemands de l'Est plus que pour les Allemands de l'Ouest, c'est une question à laquelle je ne me hasarderai pas à répondre! Observons seulement que, du côté des Allemands de l'Est, il y a une circonstance aggravante du fait qu'il s'agit de Prussiens!“ Die Antwort bezog sich auf eine Frage von Claude Delorme (FGDS, Basses-Alpes), ob aufgrund der aktuellen Ereignisse eine Veränderung der Haltung der osteuropäischen Regierungen gegenüber der deutschen Wiedervereinigung zu erwarten sei.

<sup>242</sup> Zwei Beispiele: ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 20. 5. 1965, S. 80f.: „M. Feix m'a posé la question, je dirais traditionnelle ou rituelle, sur l'intérêt qu'il y aurait à améliorer, à avaliser nos relations commerciales, culturelles et humaines avec la République démocratique allemande. Je répondrai, rituellement aussi, que je ne crois pas que la France doive en aucune façon changer sa position concernant les autorités de Pankow.“ Cf. auch ANF, 20060133/5: Protokoll der Sitzung vom 13. 12. 1966, S. 24: „M. Gosnat pose, en fait, la vieille question des rapports de la France avec la République démocratique d'Allemagne [sic]. Je ne l'étonnerai certainement pas si je dis que le gouvernement n'a pas l'intention de modifier la politique qu'il a poursuivie jusqu'à maintenant; il n'a pas l'intention de reconnaître le gouvernement de la République démocratique ni d'établir des relations avec lui.“

Nach der Delegation um Thome-Patenôtre und Achille-Fould nahm die Zahl der in die DDR reisenden Abgeordneten der Nationalversammlung und Senatoren ab. Gleichzeitig entwickelte sich der politische Tourismus in die DDR immer mehr zu einem Massenphänomen. Ein Phänomen, das sich gleichsam in der Berichterstattung des GMFB widerspiegelt. Bis 1963 wurde das Ministerium in Paris über fast jede Delegation einzeln informiert. Seit Oktober 1963<sup>243</sup> schickte das GMFB regelmäßig, zunächst monatlich, später zeitweilig sogar zweiwöchentlich, umfangreiche Listen sämtlicher französischer Delegationen, über deren Anwesenheit die ostdeutsche Presse berichtet hatte. Allein im Mai 1964 berichtete das GMFB von 25 französischen Delegationen – angesichts einer Zahl von insgesamt 170 internationalen Delegationen bestand jedoch Unsicherheit über die genaue Anzahl – fügte dem aber hinzu, dass die Delegationen zwar zahlreich, dafür aber wenig repräsentativ gewesen seien.<sup>244</sup>

Unter der Vielzahl der Delegationen fallen in politischer Hinsicht diejenigen verschiedener Bezirksparlamente auf („conseils généraux“). Zwischen Februar 1964 und Oktober 1966 sind zehn derartige Reisegruppen belegt. Hinzu kommt eine etwas verspätete Delegation im Jahr 1970. Den Auftakt bildete die Delegation des Départements *Seine* im Februar 1964 unter der Leitung von Georges Dardel (n.i., Seine).<sup>245</sup> An der Reisewelle der Bezirksparlamente, die ihren Höhepunkt im Sommer 1965 erreichte, wird auch die Ausweitung des parlamentarischen Tourismus deutlich.<sup>246</sup> So wurden beispielsweise die Delegationen aus den Départements *Seine-et-Marne*, *Haute-Savoie* und *Eure* von Paul Seramy (RPCD, Seine-et-Marne), Arthur Lavy (RI, Haute-Savoie) und Gustave Héon (GD, Eure) geleitet – Senatoren, die ihrerseits bereits an Reisen in die DDR teilgenommen hatten.<sup>247</sup>

An diesen Reisen hatten die EFA als Koordinationsstelle und als eine Art Reisebüro ebenfalls einen erheblichen Anteil. Und wie bereits bei früheren Parlamentarierdelegationen wandte sich die westdeutsche Botschaft an das französische Außenministerium mit der Bitte, derartige Reisen künftig zu verhindern.<sup>248</sup> Man habe beobachtet, dass die EFA in den letzten Monaten besonders aktiv gewesen seien, und bat vor allem, die einzelnen Bezirksparlamente von den Präfekten über die wahren Ziele dieser Gesellschaft unterrichten zu lassen. Hatten die EFA bis 1963 weitestgehend diskret im Hintergrund agiert, so traten sie nun sehr viel offener als Veranstalter dieser Reisen auf. Auch wurde eine Delegation radikalsocialistischer Abgeordneter der französischen Nationalversammlung im Juli 1964 von

<sup>243</sup> Die erste dieser Listen ist einem Schreiben des GMFB vom 8. 10. 1963 an das MAE beigefügt; cf. AMAE, RDA 1961–1970, 189.

<sup>244</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 5. 6. 1964 an das MAE: „Il semble en tout cas qu'ils aient été plus nombreux que représentatifs.“

<sup>245</sup> Ibid.: Telegramm aus Berlin, Winckler, vom 25. 2. 1964.

<sup>246</sup> 1964 reisten Delegationen aus den Bezirken Seine und Seine-et-Marne in die DDR, 1965 aus den Bezirken Haute-Savoie, Tarn, Eure, Hautes-Alpes, Hérault und Maine-et-Loire, 1966 aus den Bezirken Gard und Calvados sowie 1970 aus dem Bezirk Allier, cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190 und 191: passim.

<sup>247</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 6. 7. 1964, 17. 9. 1964 und 5. 7. 1965 an das MAE.

<sup>248</sup> Ibid.: Note der DEU vom 25. 2. 1964 für das Kabinett des Ministers (MAE) und das Schreiben des MAE, DEU, vom 29. 2. 1964 an das MinInt, Kabinett.

André Hauriou geleitet, Mitglied des PSU und des EFA-Präsidiums.<sup>249</sup> Seit 1964 informierten die EFA zudem regelmäßig die französische Presse über die Zusammensetzung der in die DDR reisenden Delegationen.<sup>250</sup> Ebenfalls im Juli dieses Jahres hielt sich eine Gruppe französischer Senatoren in der DDR auf, die neben Besuchen einer LPG, des Industriestandortes Schwarze Pumpe, der Dresdner Gemäldegalerie und des KZs Sachsenhausen sowie verschiedenen Treffen mit ostdeutschen Politikern (darunter mit dem Minister für Außenhandel und dem Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses der Volkskammer) auch an den von der DDR veranstalteten Feierlichkeiten zum französischen Nationalfeiertag teilgenommen hatte.<sup>251</sup> Die vom Leiter der Delegation, Pierre de La Gontrie (GD, Savoie), hervorgehobene Zugehörigkeit der Mitreisenden zu den verschiedenen wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschüssen des Senats kann als Indiz für deren spezifisches Interesse an der DDR gewertet werden.<sup>252</sup> Aufschluss über die Motivationen der Reisetilnehmer geben auch die im Programm der Delegation aufgeführten Diskussionen über demokratischen Sozialismus und über Kommunalwirtschaft. La Gontrie, der im übrigen Ehrenpräsident der Versammlung der Präsidenten der Bezirksparlamente war, betonte außerdem, dass die Reise von der Annäherung der beiden Staaten zeuge.

Der einzige mitreisende SFIO-Politiker, Georges Rougeron (SFIO, Allier), fasste seine während der Reise gewonnenen Eindrücke in einem ausführlichen Artikel zusammen, der nach seiner Rückkehr zunächst im *Journal du Centre* erschien und anschließend als eigenes Heft des EFA-Bulletins publiziert wurde.<sup>253</sup> Rougeron war nicht nur seit 1945 Präsident des *Conseil général* im Département *Allier*, sondern auch eine bedeutende Persönlichkeit innerhalb der SFIO. Seine Motivation, die Einladung der DDR-Regierung anzunehmen, erklärte er mit seiner Neugier, ein Land kennenzulernen, dessen Existenz negiert werde.<sup>254</sup> Neben der Reisebe-

<sup>249</sup> Teilnehmer: Daniel Daviaud (RD, Charente-Maritime), Robert Fabre (RD, Aveyron), Victor Sablé (RD, Martinique), Antonin Ver (RD, Tarn-et-Garonne) und Paul Cermolacce (PCF, Bouches-du-Rhône), cf. *ibid.*: Telegramm aus Berlin, Winckler, vom 3. 7. 1964.

<sup>250</sup> AEFA, Groupe parlementaire.

<sup>251</sup> Teilnehmer: Pierre de La Gontrie (GD, Savoie), Charles Laurent-Thouverey (GD, Jura), Robert Bouvard (RI, Haute-Loire), Marcel Lambert (RI, Morbihan), Paul Guillaumot (RI, Yonne), André Plait (RI, Yonne), Marcel Legros (RI, Saône-et-Loire), François Levacher (CRARS, Eure-et-Loire), Raymond Brun (GD/RPR, Gironde) und Georges Rougeron (SFIO, Allier), cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190: Telegramm aus Berlin, Le Nail, vom 10. 7. 1964 und ein Schreiben des GMFB, Winckler, vom 17. 7. 1964 an das MAE.

<sup>252</sup> Unter anderem drei Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses sowie zwei Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und volkswirtschaftliche Planung („planification“).

<sup>253</sup> Zitiert wird im Folgenden aus der erweiterten Fassung für *Rencontres franco-allemandes*, erschienen unter dem Titel „Regards sur l’Allemagne“.

<sup>254</sup> Rougeron, *Regards sur l’Allemagne*, S. 8: „C’est afin de découvrir de mon mieux ce pays qui n’existe pas, qu’après avoir demandé, sur le plan d’un scrupule de conscience socialiste, une explication qui m’est apparue satisfaisante j’ai accédé à l’invitation des autorités élues de la RDA, dans le cours de juillet 1964.“ Cf. auch S. 47: „Il existera, sans doute longtemps encore, deux Allemagnes. J’ai voulu voir, entendre, sentir celle que l’on nous cache.“

schreibung enthält das knapp fünfzigseitige Heftchen gleichsam eine Art Kompendium zum politischen System, zu historischen Aspekten sowie zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der DDR. Zentrales Thema seiner Ausführungen ist die Existenz zweier deutscher Staaten. Die DDR, das Deutschland mit Ähre und Zirkel im Wappen, stellte er dabei häufig in Abgrenzung zur Bundesrepublik, jenem Deutschland mit dem schwarzen germanischen Adler im Wappen, dar. Besonders beeindruckt zeigte sich Rougeron von der ostdeutschen Gesellschaft: etwa von der Masse einfacher Leute in der Dresdner Gemäldegalerie, von dem überall manifestierten Friedenswillen, dem Grad der Entnazifizierung und vor allem von der Ausrichtung der Gesellschaft auf das Gemeinwesen.<sup>255</sup> Seine Leser entließ er schließlich mit der suggestiv gestellten Frage, welchen Gewinn Frankreich aus einer deutschen Wiedervereinigung unter westdeutschen Vorzeichen ziehen könne.<sup>256</sup> Ergänzt wurde der Abdruck als eigenes Heft der Zeitschrift *Rencontres franco-allemandes* um eine Statistik der bis dahin von den EFA organisierten Parlamentarierreisen<sup>257</sup> und durch ein Vorwort von Rayond Brun (GD, Gironde). Brun war von 1963 bis zum Mauerfall Mitglied des Nationalkomitees der EFA und seit 1966 ihres Präsidiums.<sup>258</sup> Er betonte die Unparteilichkeit des Autors und teilte sein Bedürfnis, die DDR kennenlernen und verstehen zu wollen. Auch war er überzeugt, dass es sich bei dieser Publikation nicht um eine Propagandaschrift handele.<sup>259</sup>

Eine weitere Delegation aus dem Jahr 1964 umfasste neben zwei Senatoren die Sekretäre verschiedener Fraktionen im Senat. Besonders hervorgehoben wurde seitens der französischen Militärregierung in Berlin die Teilnahme des Sekretärs der radikalsozialistischen *Gauche démocratique*, deren Mitglieder weiterhin zu den aktivsten und einflussreichsten französischen DDR-Besuchern zählten.<sup>260</sup>

<sup>255</sup> Ibid., zum Beispiel S. 45: „Le sentiment de la communauté s’est substitué à celui de l’individualisme.“

<sup>256</sup> Ibid., S. 47: „Je me demande, d’ailleurs, si les Français, auxquels l’unité du Reich n’a point été véritablement, par deux fois, bénéfique, ont tellement intérêt à s’exciter pour la réunification allemande. Que certaines couches, par intérêt et solidarité de classe, souhaitent voir restaurer le capitalisme en Allemagne de l’Est, cela est parfaitement explicable. Mais, qu’aurait à y gagner le peuple de France?“

<sup>257</sup> Es ist die Rede von 16 Delegationen mit insgesamt 57 Abgeordneten der Nationalversammlung und 74 Senatoren. Nach Informationen des GMFB hatten sich zwischen 1959 und der Delegation, an der auch Rougeron teilgenommen hatte, je nach Zählung 18 bzw. 19 Delegationen in der DDR aufgehalten. Sollte dieser Unterschied nicht auf einem Rechenfehler seitens der EFA beruhen, wäre davon auszugehen, dass die EFA nicht an der Organisation aller Parlamentarierdelegationen beteiligt gewesen ist.

<sup>258</sup> Die westdeutsche Botschaft berichtete nur ein Jahr zuvor nach Bonn, Brun habe sich negativ über die DDR geäußert und sich gegen den Missbrauch seines Namens durch die EFA verwahrt. Dies kann als Beispiel für die westdeutsche Unkenntnis über Motive und Hintergründe des französischen Interesses für die DDR gewertet werden, cf. PA/AA, B 24, 625: Schreiben der westdt. Botschaft in Paris vom 3. 3. 1965 an das AA.

<sup>259</sup> Rougeron, *Regards sur l’Allemagne*, S. 5: „Il [die Arbeit von Georges Rougeron – Ch. W.] constituera, pour la plupart des lecteurs, un moyen de découverte; qui soient-ils, qu’ils acceptent de le lire attentivement; nul esprit objectif ne considérera cet ouvrage comme un vulgaire document de propagande.“

<sup>260</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 17. 9. 1964 an das MAE; bei den teilnehmenden Senatoren handelte es sich um Arthur Lavy (RI, Haute-Savoie) und Camille Vallin (PCF, Rhône).

Insgesamt kann das Jahr 1964 als ein Höhepunkt des politischen Tourismus von Franzosen in der DDR angesehen werden. Laut einer Statistik des Neuen Deutschlands, die vom GMFB übernommen wurde, war ein Achtel aller 2300 Delegationen, die bislang die DDR besucht hatten, französischer Herkunft.<sup>261</sup> Winckler kommentierte ironisch, dass Frankreich damit, trotz des im Dezember verzeichneten Rückgangs, seine „privilegierte“ Position vor Großbritannien, Finnland, Belgien und Italien habe halten können.<sup>262</sup> Im Sommer 1965 konstatierte das GMFB abermals eine Zunahme der Delegationen im Vergleich zum Vorjahr. Neben einer relativ unauffälligen Delegation, bestehend aus Abgeordneten der Nationalversammlung und des Senats – unter denen sich auch der spätere Präsident des *Groupe d'amitié France-RDA* der Nationalversammlung, Roger Fossé (UNR-UDT, Seine-Maritime) befand<sup>263</sup> –, waren es vor allem sechs Delegationen aus den französischen Bezirksparlamenten, die das Bild bestimmten. Ein Mitglied der Delegation aus dem Bezirk *Haute-Savoie*, Joseph Philippe (CD, Haute-Savoie), schilderte seine Eindrücke und seine mit der Reise verbundenen Absichten im *Dauphiné libéré*. Die Unterschiede im Politischen, so Philippe, seien zwar unüberschaubar gewesen, dennoch sei ihnen viel daran gelegen, ihre ostdeutschen Gesprächspartner, insbesondere in Bezug auf den von ostdeutscher Seite geäußerten Wunsch nach Anerkennung, vom Willen Frankreichs zur friedlichen Koexistenz zu überzeugen.<sup>264</sup>

Unter den zahlreichen Reisegruppen befanden sich zunehmend auch Journalisten. Zwar war bereits vor dem Mauerbau eine Delegation von Journalisten verschiedener großer französischer Tageszeitungen, darunter *Le Monde*, *L'Aurore* und *L'Humanité*, in die DDR gereist.<sup>265</sup> Es waren jedoch vor allem die Jahre 1964 und 1965, in denen französische Journalisten des gesamten publizistischen und politischen Spektrums begannen, die DDR zu erkunden.<sup>266</sup> Einer von ihnen war der

<sup>261</sup> Frankreich stand an erster Stelle mit 285 Delegationen, Großbritannien an zweiter Stelle mit 84, danach Finnland an dritter, Belgien an vierter und Italien an fünfter Stelle, cf. *ibid.*: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 7. 1. 1965 an das MAE.

<sup>262</sup> *Ibid.*: „C'est ainsi que la France, malgré le nombre réduit des visites en décembre, n'en a donc pas pour autant perdu la place ‚privilegiée‘ qu'elle occupe depuis déjà longtemps.“

<sup>263</sup> Darunter eine von Marcel Pellenc (GD, Gironde) geleitete Delegation im März 1965, cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 2. 4. 1965 an das MAE; eine Reise von drei Senatoren: Raymond Bossus (PCF, Paris), Michel Kauffmann (RPCD, Bas-Rhin), Jean Geoffrey (SFIO, Vaucluse), cf. *ibid.*: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 22. 7. 1965 an das MAE; sowie die Reise von Roger Fossé (UNR-UDT, Seine-Maritime) und René Rieubon (PCF, Bouches-du-Rhône), cf. *Rencontres* 38 (Nov. 1965), S. 9.

<sup>264</sup> *Le Dauphiné libéré* vom 16. 6. 1965: „En réponse aux souhaits qui nous furent exprimés tout au long de ce voyage, nous avons pour notre part fortement souligné que, malgré les régimes différents, la France était indéfectiblement attachée à la paix dans la liberté et qu'elle poursuivrait ses efforts en vue du maintien de la coexistence pacifique ainsi que le rétablissement et la consolidation de la paix mondiale.“ Cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190: Schreiben des Präfekten des Bezirks Haute-Savoie vom 23. 6. 1965 an das MAE, Kabinett.

<sup>265</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 189: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 30. 5. 1961 an das MAE.

<sup>266</sup> *Le Monde* im Mai 1964; *Paris-Match* im September 1964; *L'Éducation nationale*, AFP, *Libération*, *Combat*, *Figaro*, *L'Humanité*, *Le Monde*, *L'École et la Nation*, *L'Express* und *France-Soir* im November 1964; AFP, *Combat* und *La vie française* im November 1965; cf. AMAE, RDA 1961–1970, 190: *passim*.

Leiter der AFP-Agentur in West-Berlin, Vital Sacharenko, der eine Reise mit zwei Kollegen im November 1965 unternahm. Der dabei entstandene Bericht ist in Art und Umfang mit dem von Georges Rougeron vergleichbar, Stil und Botschaft sind hingegen verschieden. Sacharenko, selbst emigrierter Russe, kritisierte ganz im Gegensatz zu Rougeron die politische Instrumentalisierung ostdeutscher Konzentrationslager als eine Folge des Totalitarismus. Wie Rougeron bestätigte zwar auch Sacharenko die staatliche Existenz der DDR, kam aber zu dem Schluss, dass der DDR als Staat ein entscheidendes Element fehle: eine eigene Nationalität. Wie Rougeron interessierte sich Sacharenko für die ostdeutsche Wirtschaft und die ostdeutsche Gesellschaft. Er beschrieb vor allem eine Gesellschaft, die auf ihre Errungenschaften stolz war, und die von ihm außerhalb von Berlin vorgefundene „Normalität“. Überrascht zeigte er sich von der von Ostdeutschen offen geäußerten Kritik an den Verhältnissen in der DDR und vor allem von der auf allen Ebenen geäußerten Begeisterung für die Europakonzeption des französischen Staatschefs.<sup>267</sup> Es ist vor allem dieser letzte Punkt, der das Interesse des GMFB an diesem Reisebericht weckte, der als objektive Einschätzung der Situation sogar dem Ministerium in Paris übermittelt wurde.<sup>268</sup>

Neben zwei weiteren Bezirksparlamenten, die 1966 Delegationen in die DDR entsandten, ist die Reise des SFIO-Abgeordneten Louis Deschizeaux (SFIO, Indre) von besonderem Interesse. Deschizeaux, der im selben Jahr auch in das Präsidium der EFA gewählt wurde, hatte bereits 1963 eine Parlamentarierdelegation während ihrer Reise durch die DDR geleitet. Im Frühjahr 1966 kehrte er zurück als Präsident eines internationalen Komitees europäischer Stadträte, das in Dresden seine dritte Tagung abhielt. In seiner Eröffnungsrede betonte er, dass ein Besuch der DDR keinerlei politische Stellungnahme zum Ausdruck bringe. Vielmehr sei die Anwesenheit europäischer Stadträte und Bürgermeister aus Ost und West als Indiz für die Entstehung eines europäischen Bewusstseins zu verstehen. Zum ersten Mal war 1966 auch die Bundesrepublik mit einer Delegation vertreten. An seine Kollegen beider deutscher Staaten gewandt, bezeichnete er die deutsch-deutsche Versöhnung als entscheidende Grundlage der europäischen Einheit.<sup>269</sup> Die Abschlusserklärung enthielt neben verschiedenen konkreten Forderungen, unter anderem bezüglich der Annäherung zwischen europäischen Kommunen, auch einen Passus zur deutschen Wiedervereinigung, die auf dem Wege der Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen vorbereitet werden solle.<sup>270</sup> Auf Wunsch der Tagungsteilnehmer wandte sich Deschizeaux, der 1958 öffentlich seine Sympathien für de Gaulle bekundet hatte, nach seiner Rückkehr brieflich an den französischen Staatspräsidenten, um ihn über die Ergebnisse der Tagung zu informieren. In seinem Schreiben betonte er, dass der von ihm vorbereitete Text über die europäische Einheit für die Abschluss-

<sup>267</sup> Ibid.: Vital Sacharenko „Voyage dans un pays qui n'existe pas“, S. 22: „[...] on y note à tous les échelons un réel emballement pour les idées lancées par le général de Gaulle sur les conditions dans lesquelles la sécurité européenne devrait être réalisée et pour sa vision de l'Europe de l'Atlantique à l'Oural.“

<sup>268</sup> Ibid.: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 22. 11. 1965 an das MAE.

<sup>269</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 191: Discours inaugural prononcé par M. Louis Deschizeaux, président du 3<sup>e</sup> colloque de Dresde.

<sup>270</sup> Ibid.: Déclaration générale du 3<sup>e</sup> colloque de Dresde.

erklärung eine erstaunliche Einstimmigkeit erzielt habe, und vermittelte damit überdies den Eindruck, im Sinne de Gaulles gehandelt zu haben.<sup>271</sup>

Bereits im Laufe des Jahres 1966 ging der politische DDR-Tourismus französischer Abgeordneter stark zurück, bevor er 1967 und in den folgenden Jahren fast völlig zum Erliegen kam. Anlässlich einer im März 1970 in der DDR weilenden Gruppe französischer Parlamentarier wurde vom GMFB festgestellt, dass es sich hierbei um eine Praxis früherer Jahre handele.<sup>272</sup> Der Generalsekretär der EFA verwies in seinem Einladungsschreiben an die beteiligten Parlamentarier seinerseits auf eine in den letzten Jahren aufgrund innerfranzösischer und internationaler Entwicklungen nicht fortgeführte Tradition.<sup>273</sup> Die Reise dieser Gruppe, der das GMFB keine weitere Bedeutung beimaß, galt jedoch der Konstituierung der beiden Freundschaftsgesellschaften *France-RDA* in der französischen Nationalversammlung und im Senat.<sup>274</sup>

Eine weitere Delegation aus dem Jahr 1970 ist eigentlich der großen Reisewelle zwischen 1963 und 1966 zuzurechnen. Es handelt sich um die Delegation des *Conseil général* aus dem Département *Allier*, die noch zu Zeiten von Georges Rougeron beschlossen worden war. Er selbst hatte zwischen 1945 und 1970 dem Bezirksparlament als Präsident vorgestanden. Auf Intervention des Bezirkspräfekten hatte der neue Präsident, Jean Cluzel (UCDP, Allier), versucht, die Reise zu verhindern. Der neuen Mehrheit im Bezirksparlament war es aber nicht gelungen, die Reise gänzlich abzusagen, da die Kosten fast vollständig von der DDR getragen werden sollten. Zudem wollte man wegen der bevorstehenden Wahlen einerseits der Opposition keinen Grund für eine politische Inanspruchnahme der Reise in ihrem Sinne bieten und es ihr andererseits auch nicht überlassen, den Bezirk zu repräsentieren.<sup>275</sup>

<sup>271</sup> Ibid.: Brief von Louis Deschizeaux vom 24. 5. 1966 an Georges Galichon, Kabinettsleiter des Präsidenten: „M. le président de la République trouvera dans ce document [Abschlusserklärung – Ch. W.] l'idée d'une grande Europe réconciliée avec elle-même.“ Eine Übermittlung des Schreibens an Charles de Gaulle wurde nicht ausgeschlossen, cf. *ibid.*, handschriftl. Randglosse.

<sup>272</sup> Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 10. 3. 1970 an das MAE: „Reprenant une coutume fréquente au cours des années 1964–1966, mais qui paraissait s'être perdue depuis lors, une délégation de parlementaires français a séjourné en Allemagne de l'Est du 28 février au 3 mars sur l'invitation du groupe interparlementaire de la RDA.“

<sup>273</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Undatiertes Rundschreiben der EFA, Lenoir: „Pour les raisons intérieures et internationales que vous connaissez bien, nous avons interrompu depuis plusieurs années les voyages d'études en République démocratique allemande que nous organisons habituellement et auxquels vous avez participé. Le moment nous semble venu de renouer avec cette tradition, d'autant plus que la République démocratique allemande a beaucoup changé ces derniers temps et que, sans doute, vous serez surpris par ses progrès.“

<sup>274</sup> Teilnehmer waren Abgeordnete der Nationalversammlung: Fernand Berthouin (FGDS, Indre-et-Loire), Ernest Rouxel (PDM, Côtes-du-Nord) und Georges Bustin (PCF, Nord) sowie Senatoren: Yves Hamon (UCDP, Finistère), Louis Guillou (UCDP, Finistère) und Catherine Lagatu (PCF, Paris), cf. *ibid.*: Briefe von Lenoir vom 13. und 18. 2. 1970 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

<sup>275</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 191: Schreiben des Präfekten des Bezirks Allier vom 24. 8. 1970 an das MAE.

## Ein Erklärungsversuch

Es ist unübersehbar, dass alle hier aufgeführten Reisen die Folge eines von der DDR gemachten Angebotes waren und die meisten der hier genannten französischen Parlamentarier auf Einladung der Interparlamentarischen Gruppe der Volkskammer in die DDR gefahren sind. Dennoch kann dies nur als Auslöser, nicht jedoch als Ursache für die zahlreichen Reisen angenommen werden. Es stellt sich daher die Frage, was die weit über einhundert Parlamentarier beider Kammern zwischen 1959 und 1970 dazu gebracht hat, diese Einladungen anzunehmen, was sie an einer Reise in die DDR beziehungsweise an der DDR selbst interessiert hat. Als wichtiger Antrieb ist sicherlich eine gewisse Neugier gegenüber der DDR anzunehmen, die aufgrund mangelnder Informationen und einer Tabuisierung im öffentlichen politischen Diskurs bis in die 1970er Jahre hinein eine „terra incognita“ blieb.

Besonders auffallend ist der hohe Anteil radikalsozialistischer Politiker unter den in die DDR reisenden Parlamentariern. Das Interesse dieser Klientel für die DDR bietet gleichsam einen Ansatzpunkt, um die Motive des parlamentarischen Tourismus zu erhellen. Die in der Zwischenkriegszeit entwickelte Konzeption eines geeinten Europas auf der Basis einer deutsch-französischen Versöhnung ist ganz entscheidend radikalsozialistisch inspiriert und wurde insbesondere durch Aristide Briand und Édouard Herriot vertreten. Die veränderte Situation nach dem Zweiten Weltkrieg und der Kalte Krieg verhinderten in gewissem Grade die Umsetzung des von den Radikalsozialisten in der Zwischenkriegszeit entwickelten europäischen Ideals, da es mit der Teilung Europas nicht vereinbar war, und zwar vor allem wegen der infolgedessen unvollständigen deutsch-französischen Versöhnung. Die auf den Westen des Kontinents beschränkte Realisierung von europäischer Integration und westdeutsch-französischer Versöhnung traf deshalb bei den Radikalsozialisten der Vierten und Fünften Republik nicht nur auf Zustimmung.<sup>276</sup> Die Reisen in die DDR können somit quasi als ein offen zur Schau getragenes Bekenntnis zu radikalsozialistischen Europakonzeptionen gewertet werden.

Es ist anzunehmen, dass darüber hinaus zwei ostdeutsche Besonderheiten das Interesse der französischen Radikalsozialisten auf der Suche nach Anknüpfungspunkten mit dem Deutschland jenseits des Eisernen Vorhangs geweckt haben – zwei Parallelen, die zwischen Frankreich und der Bundesrepublik nicht bestanden: einerseits die Verstaatlichung großer Unternehmen und andererseits der Laizismus. Frankreich war bis in die 1970er Jahre das einzige laizistische Land in Westeuropa. Und es waren vor allem Radikalsozialisten – nicht selten gehörten sie außerdem bedeutenden Freimaurerlogen an –, die den Laizismus als eines der zentralen republikanischen Prinzipien und als Freimaurerideal verteidigten.<sup>277</sup> Einer der eifrigsten Verfechter des Laizismus im französischen Parlament war Henri Caillavet, Radikalsozialist und Freimaurer, der die DDR 1963 bereist hatte und 1970 zu den Gründungsmitgliedern der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat gehörte.

Das große Interesse an der ostdeutschen Wirtschaft – ein auffallend hoher Anteil der am DDR-Tourismus beteiligten französischen Parlamentarier war auf

<sup>276</sup> Cf. Manigand, *Les radicaux et l'Europe*, S. 258–266.

<sup>277</sup> Cf. Combes, *Radicalisme et franc-maçonnerie*, S. 75–78.

wirtschaftspolitische Fragen spezialisiert – hat zwei Gründe. Zum einen entsprach eine teilweise staatliche Kontrolle der Wirtschaft den Vorstellungen radikalsozialistischer Wirtschaftspolitik, deren Ziel es war, den Auswirkungen des Marktes auf die Gesellschaft entgegenzuwirken. Die Suche nach Alternativmodellen bei der Gestaltung einer sozial verträglichen Wirtschaft, auch wenn die Verhältnisse in beiden Staaten in der Realität grundverschieden waren, kann dementsprechend als eine der zentralen Motivationen für Reisen in die DDR gewertet werden. In diesem Zusammenhang ist das besondere Interesse an halbstaatlichen Betrieben in der DDR hervorzuheben. Zum anderen waren insbesondere die Radikalsozialisten von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit innerhalb Europas überzeugt, was sich nach 1945 etwa in ihrer einhelligen Zustimmung zum Schuman-Plan äußerte. Es ist anzunehmen, dass sich dieselbe Überzeugung auch in der Forderung nach einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR niederschlug. Europa wurde von den Radikalsozialisten unabhängig vom Kalten Krieg innerhalb seiner natürlichen Grenzen wahrgenommen. Daran gebunden war die Vorstellung eines den Kontinent umspannenden Kräftegleichgewichts, weswegen sich radikalsozialistische Politiker auch vehement für die Einbeziehung Großbritanniens in die EGKS oder die EWG einsetzten. Die Europapolitik Charles de Gaulles wurde von ihnen in dieser Hinsicht als unzureichend angesehen.<sup>278</sup> Es ist mithin nicht auszuschließen, dass der Gleichgewichtsgedanke auch im Engagement für den Ausbau der Beziehungen mit der DDR eine Rolle gespielt hat, da die innerdeutschen Handelsbeziehungen von französischer Seite häufig als zu exklusiv wahrgenommen wurden. Die Konzeption eines Europas auf der Basis wirtschaftlicher Kooperation und die Verknüpfung wirtschaftlicher Interessen zur Sicherung des Friedens in Europa findet sich auch bei dem radikalsozialistisch geprägten Edgar Faure, dessen Reise als Präsident der Nationalversammlung in die DDR 1974 den Höhepunkt des parlamentarischen Tourismus in die DDR bezeichnet.<sup>279</sup> Die von den Radikalsozialisten in der Zwischenkriegszeit betriebene europäische Versöhnung durch die Überwindung von Grenzen hatte zwei Generationen weiter kaum an Dringlichkeit eingebüßt.

### 3. Parlamentarische Diplomatie: von der Schaffung der *Groupes d'amitié* in der Nationalversammlung und im Senat bis zur DDR-Reise von Edgar Faure

Für das Jahr 1967 sind zwar keine Reisen französischer Parlamentarier in die DDR belegt, dafür versuchten die EFA in diesem Jahr den unverbindlichen parlamentarischen Tourismus in parlamentarische Diplomatie umzumünzen.<sup>280</sup> In einem wahrscheinlich an den Präsidenten der Nationalversammlung, Jacques Chaban-

<sup>278</sup> Cf. Manigand, *Les radicaux et l'Europe*, S. 260–266.

<sup>279</sup> Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur Reise von Edgar Faure (Zweiter Teil, C., I., 3.).

<sup>280</sup> Für einige methodische Überlegungen zum Konzept der parlamentarischen Diplomatie siehe die Einleitung von Émilie Robin-Hivert und Christian Wenkel zum Themenheft „La diplomatie parlementaire en France après 1945“, in: *Parlement[s]* 17 (2012).

Delmas, im Mai 1967 adressierten Brief forderte der EFA-Präsident André Hauriou eine realistische Politik Frankreichs gegenüber der DDR und bot gleichzeitig an, seinen Adressaten nicht nur mit Informationen über die DDR zu versorgen, sondern eine Informationsreise in die DDR für ihn zu organisieren.<sup>281</sup>

### Die Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* in der Nationalversammlung

Im Juni desselben Jahres veranstalteten die EFA ein Essen für Parlamentarier, die bereits an Reisen in die DDR teilgenommen hatten. Dem Essen folgte nur eine Woche später die konstituierende Sitzung der Vorläuferorganisation der späteren Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung. Weil das Fehlen diplomatischer Beziehungen die Gründung einer echten Freundschaftsgesellschaft verbot, fand diese Sitzung in den Räumen der EFA statt. In der Einladung an fünfzig Abgeordnete, die in den Jahren zuvor an Reisen teilgenommen hatten und zu diesem Zeitpunkt noch über ein Mandat verfügten, verwies Hauriou auf die Schaffung einer Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich in der Volkskammer und sah in der Gründung einer vergleichbaren Gesellschaft in Frankreich eine Möglichkeit, sich für den Empfang in der DDR zu bedanken und einen Rahmen zu schaffen, um das DDR-Problem künftig zu vertiefen.<sup>282</sup> Während des Essens einigte man sich, dass zukünftige Reisen von den Parlamentariern selbst und nicht mehr über den Generalsekretär der EFA organisiert werden sollten. An der Konstituierung dieser zunächst als Unterorganisation der EFA konzipierten Gesellschaft beteiligten sich 16 Parlamentarier, von denen 6 an der großen Delegation des Jahres 1962 teilgenommen hatten.<sup>283</sup> Die Mehrheit und auch der gewählte Präsident der Gesellschaft, Louis Périllier (FGDS), gehörten dem sozialistischen Lager an. Die Tätigkeit Périlliers als Abgeordneter war jedoch sehr begrenzt – sein Mandat konnte er nur ein Jahr lang ausüben. Bei dem ursprünglich hohen Staatsbeamten, der unter anderem von Juni 1944 bis 1947 als Präfekt in Algier gewirkt hatte, ist anzunehmen, dass sein Engagement zugunsten von Beziehungen mit der DDR nicht

<sup>281</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Hauriou, vom 4. 5. 1967 an Monsieur le président; theoretisch käme auch der Präsident des Auswärtigen Ausschusses als Adressat in Frage, die Bemühungen der EFA, eine Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung zu schaffen, lassen deren Präsidenten jedoch als sehr viel wahrscheinlicheren Adressaten erscheinen.

<sup>282</sup> Ibid.: Brief von EFA, Hauriou, vom 13. 6. 1967 an die Abgeordneten: „Vos collègues ont été d'accord pour dire que la constitution en France d'un groupe parlementaire similaire [zu der in der DDR geschaffenen Freundschaftsgesellschaft der Volkskammer – Ch. W.], quelle qu'en soit la dénomination, serait utile, non seulement parce qu'il serait une marque de reconnaissance pour l'accueil chaleureux qui a été réservé à tous et a vivement touché chacun sans que nous puissions le rendre, mais, surtout, pour étudier de temps en temps, de façon plus approfondie, un problème concernant la RDA.“

<sup>283</sup> Aymar Achille-Fould (PDM), Robert Ballanger (PCF), Fernand Berthouin (FGDS), Émile Bizet (UDR), Pierre Bourdellès (PDM), André Brugerolle (PDM), Paul Cermolacce (PCF), Paul Duraffour (FGDS), Robert Fabre (FGDS), Roger Fossé (UDR), René Lamps (PCF), Marcel Massot (FGDS), Louis Périllier (FGDS), Gabriel Péronnet (FGDS), René Rieubon (PCF) und Antonin Ver (FGDS), siehe auch die genaue Zusammensetzung der Freundschaftsgesellschaft im Anhang (CD-ROM).

zuletzt auf die Bekanntschaft mit dem EFA-Präsidenten Hauriou zurückzuführen ist, der 1944 als Vizepräsident des beratenden Parlaments ebenfalls in Algier politisch tätig gewesen war. Damit alle in der Nationalversammlung vertretenen Parteien auch in der Freundschaftsgesellschaft repräsentiert waren, wurden Vizepräsidenten für die drei anderen Fraktionen (PCF, PDM und UDR) bestimmt. Unter den weiteren Mitgliedern befanden sich mit Aymar Achille-Fould (PDM) und Gabriel Péronnet (FGDS) zudem zwei Vertreter des Auswärtigen Ausschusses.

Im Dezember 1967 wandte sich Périllier an Jacques Chaban-Delmas, den Präsidenten der Nationalversammlung, mit der Bitte um offizielle Genehmigung eines überparteilichen *Groupe parlementaire de liaison avec la République démocratique d'Allemagne* [sic], zu dessen Gründung er sich auf Anfrage verschiedener Kollegen entschieden habe. Die im Juni bestimmten Vizepräsidenten, Roger Fossé (UDR), René Lamps (PCF) und Pierre Bourdellès (PDM), bezeichnete er bei dieser Gelegenheit als provisorisches Präsidium.<sup>284</sup> Bereits am 13. Dezember 1967 unterbreitete daraufhin André Chandernagor, Vizepräsident der Nationalversammlung und Fraktionskollege von Périllier, dem Präsidium der Nationalversammlung den Vorschlag, bei der Konstituierung der Gruppe nach dem Modell eines im Juli 1963 geschaffenen *Groupe parlementaire de liaison et d'études des relations économiques et culturelles avec les pays asiatiques* zu verfahren. Dieser Name war ein halbes Jahr vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und China gewählt worden, um die Schaffung einer Freundschaftsgesellschaft Frankreich-China, trotz der zu diesem Zeitpunkt fehlenden Anerkennung, in der Nationalversammlung zu ermöglichen.<sup>285</sup> Nach längerer Beratung stimmte das Präsidium unter Vorsitz von Jacques Chaban-Delmas noch in derselben Sitzung der Schaffung eines *Groupe d'études des relations économiques et culturelles avec les pays de l'Est* zu.<sup>286</sup>

Weil dieser Name den Anschein erweckte, all jene Freundschaftsgesellschaften quasi zu umfassen, die bereits für die Pflege von Kontakten zu anderen osteuropäischen Staaten sowie der Sowjetunion bestanden, wurde die durch Chaban-Delmas erteilte Genehmigung von Périllier und seinen Kollegen jedoch als unbrauchbar verworfen.<sup>287</sup> Périllier wandte sich deshalb mit weiteren Namensvorschlägen

<sup>284</sup> AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief von Périllier vom 6. 12. 1967 an das Präsidium der Nationalversammlung, Chaban-Delmas.

<sup>285</sup> Ibid.: Note vom 7. 12. 1967 für André Chandernagor: „Il semble donc que de la même manière pourrait être autorisé un ‚Groupe parlementaire de liaison avec la République démocratique d'Allemagne‘ [sic], titre simplifié mais moins précis que le terme généralement admis de ‚groupe d'amitié‘.“

<sup>286</sup> AP, Assemblée, 8 P 310: Wortprotokoll der Sitzung vom 13. 12. 1967: „Un tel agrément n'est possible que dans la mesure où il n'est pas à craindre de difficultés diplomatiques. Or, accepter la création d'un groupe avec la République démocratique d'Allemagne [sic] risque d'entraîner des difficultés diplomatiques importantes. Dans ces conditions, il n'est pas possible de donner l'agrément à un ‚groupe d'amitié‘. Par contre, à l'image de ce qui s'est fait pour la Chine populaire, il serait possible d'envisager favorablement la création d'un ‚Groupe d'étude des relations économiques et culturelles avec les pays de l'Est‘.“ Cf. auch AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief von Chaban-Delmas vom 9. 1. 1968 an Périllier: „C'est donc sous cette forme et sous cette appellation que vous pourrez constituer le groupe qui vous intéresse.“

<sup>287</sup> AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief von Périllier vom 24. 4. 1968 an den Präsidenten der Nationalversammlung: „La plupart estiment qu'il est bien difficile de constituer un

für die von ihm geplante Freundschaftsgesellschaft erneut an Chaban-Delmas; unter anderem schlug er ihm vor, diese nach dem Vorbild der EFA als *Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands* zu genehmigen.<sup>288</sup> Gleichzeitig bat er seine Fraktionskollegen Jean Montalat, Marcel Massot und Roland Dumas, sein Anliegen zu verteidigen.<sup>289</sup> Vorgetragen wurde dieses Anliegen schließlich von Montalat in der Sitzung des Präsidiums der Nationalversammlung am 14. Mai 1968. Zu einer Zeit, in der die SDECE und das Innenministerium die Aktivitäten der EFA noch mit Argusaugen verfolgten und das Außenministerium keine Gelegenheit ausließ, um die Anstrengungen der EFA im Bereich der französisch-ost-deutschen Beziehungen zu unterbinden, genehmigte das Präsidium der Nationalversammlung unter dem Vorsitz von Chaban-Delmas die Schaffung einer parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft als Ergänzung zu den EFA.<sup>290</sup>

Offiziell wurde Louis Périllier von der Entscheidung des Präsidiums genau einen Tag vor Auflösung der Nationalversammlung am 30. Mai 1968 durch Charles de Gaulle informiert.<sup>291</sup> Périllier verlor bei den Neuwahlen sein Mandat und konnte deshalb auch seine Tätigkeit als Präsident der Freundschaftsgesellschaft nicht fortsetzen. Der bis dahin größte politische Erfolg der EFA, die bis dahin bedeutendste Anerkennung ihrer Arbeit in Frankreich fiel somit den Ereignissen des Mai '68 zum Opfer.<sup>292</sup>

Es vergingen zwei Jahre, bis der ehemalige Vizepräsident der Freundschaftsgesellschaft und Buchenwaldhäftling Roger Fossé (UDR) erneut eine Genehmigung beantragte.<sup>293</sup> Doch hinter dieser Initiative stand Louis Périllier. Nicht als Abgeordneter, sondern als Mitglied des EFA-Präsidiums hatte er im Dezember 1969

groupe qui paraîtrait superviser les groupes d'amitié existant avec l'URSS et avec les démocraties populaires [...], pays avec lesquels la France entretient des relations diplomatiques. C'est parce que de telles relations ne sont pas établies entre la France et la RDA que je m'étais abstenu de proposer la formation d'un groupe d'amitié.“

<sup>288</sup> Ibid.: „Au cas où il ne lui [das Präsidium – Ch. W.] paraîtrait pas possible de reconsidérer la position adoptée en décembre dernier, je souhaiterais obtenir l'agrément d'un ‚Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands‘. [...] La création d'un groupe parlementaire permettrait de renforcer l'action de rapprochement poursuivie par cette association [EFA – Ch. W.], mais la dénomination ‚Groupe parlementaire de liaison avec la RDA‘ ou encore ‚Groupe d'étude des relations avec la RDA‘ répondrait évidemment mieux à l'objet de l'initiative que je voudrais prendre.“

<sup>289</sup> AP, Assemblée, 2004-019/37: Schreiben von Périllier vom 30. 4. 1968 an das Secrétariat général de l'Assemblée nationale, Moynet.

<sup>290</sup> AP, Assemblée, 8 P 310: Wortprotokoll der Sitzung vom 14. 5. 1968.

<sup>291</sup> AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief der Nationalversammlung, Lyon, vom 29. 5. 1968 an Périllier.

<sup>292</sup> Der Erfolg der EFA blieb weitestgehend unbemerkt. Die westdeutsche Botschaft hatte von den ursprünglichen Planungen zwar erfahren, war aber ansonsten erstaunlich schlecht informiert; cf. PA/AA, B 24, 629: Schreiben der westdt. Botschaft in Paris vom 10. 7. 1969 an das AA; im selben Zusammenhang beschloss man künftig verstärkt Druck auf französische Parlamentarier auszuüben, die sich für Beziehungen mit der DDR engagierten. Es wurde u. a. angeregt, die Namen entsprechender Parlamentarier in den deutschen Medien negativ zu erwähnen, cf. *ibid.*: Schreiben der westdt. Botschaft in Paris vom 1. 8. 1969 an das AA.

<sup>293</sup> AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief von Fossé vom 22. 5. 1970 an den Präsidenten der Nationalversammlung, Peretti.

anlässlich des Gründungsjubiläums der gescheiterten Freundschaftsgesellschaft den Kontakt mit Bourdellès, Lamps und Fossé aufgefrischt sowie zu seinem ehemaligen Fraktionskollegen Daniel Benoist hergestellt.<sup>294</sup> Daraufhin waren Fossé und Lamps bereits im Januar 1970 in die DDR gereist, um ehemals bestehende Verbindungen zu reaktivieren.<sup>295</sup> Es war nach mehreren Jahren die erste derartige Reise französischer Parlamentarier. Wie bei früheren Reisen standen Besuche einer LPG und eines VEB sowie Treffen mit hochrangigen DDR-Politikern auf dem Programm, darunter Vertreter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und der Präsident der Volkskammer, Gerald Götting.

Für die Wiederbelebung der Freundschaftsgesellschaft war aber vor allem ein Gespräch mit Hans Seigewasser, dem Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich, und Vertretern der interparlamentarischen Gruppe der Volkskammer von Bedeutung, in dem es um die zukünftige Zusammenarbeit beider Freundschaftsgesellschaften und deren Inhalte ging. Übergeordnetes Ziel war die Normalisierung und Friedenssicherung in Europa.<sup>296</sup> Diese allgemeine Zielsetzung ließ jedoch zwei Lesarten zu: Stand für die ostdeutsche Seite die Anerkennung der DDR im Vordergrund, so weckte vor allem der Entspannungsgedanke das Interesse französischer Parlamentarier. Dass im Gesprächsprotokoll nur von Normalisierung und nicht von Anerkennung die Rede ist, lässt sich vermutlich mit der Teilnahme eines Vertreters der französischen Regierungspartei UDR an diesem Gespräch erklären. Stattdessen wurde als gemeinsames Ziel die Unterstützung der europäischen Sicherheit vereinbart<sup>297</sup> und, um dies zu erreichen, Informationsaustausch sowie Reisen von Delegationen beider Gesellschaften beschlossen. Von französischer Seite wurden dabei recht präzise all jene Themen benannt, über die man sich bei einer DDR-Reise zu informieren wünschte: Das Spektrum reichte von der wirtschaftlichen Entwicklung über das Bildungswesen bis hin zur Kommunalverwaltung.<sup>298</sup> Dafür übernahm man die Verpflichtung, für Erleichterungen von Reisen Ostdeutscher nach Frankreich einzutreten. Darüber hinaus wurde

<sup>294</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Périllier, vom 3.12.1969 an Benoist, Bourdellès, Lamps und Fossé.

<sup>295</sup> Ibid.: Briefe von EFA, Lenoir, vom 13. 1. 1970 an Lamps und Fossé.

<sup>296</sup> Ibid.: Protokoll des Gesprächs vom 22.1.1970: „Le groupe d’amitié parlementaire ‚DDR-Frankreich‘ et le ‚Groupe parlementaire d’étude des échanges franco-allemands‘ se fixent pour objectif, sur la base des principes de coexistence pacifique et d’amitié entre les peuples, de resserrer les liens politiques, économiques et culturels entre la RDA et la France afin de promouvoir des relations normales entre les deux États dans l’intérêt de la détente, de la sécurité et de la paix en Europe.“

<sup>297</sup> Ibid.: „Les deux groupes apporteront leur soutien à toute mesure propre à garantir la sécurité européenne.“

<sup>298</sup> Ibid.: „Le groupe d’amitié parlementaire ‚DDR-Frankreich‘ aménagera dans le cadre de l’échange de délégations toutes possibilités aux parlementaires français, qui puissent servir l’information de ces derniers sur l’évolution en RDA, les problèmes suivants étant mis en relief: étude du développement économique; questions touchant à la formation de la jeunesse; étude de l’instruction publique; problèmes culturels et sociaux; information sur l’exercice de la démocratie socialiste et sur le rôle, les compétences et le fonctionnement des assemblées élues locales.“

auch ein Gespräch von Fossé mit Maurice Schumann in Aussicht gestellt, um die Rahmenbedingungen für eine Einladung ostdeutscher Parlamentarier zu schaffen.

Parallel zur Reise von Fossé und Lamps verhandelten der EFA-Generalsekretär und der FGDS-Abgeordnete Daniel Benoist über die Reaktivierung der Freundschaftsgesellschaft. Ein von Lenoir, Périllier und Castellan ausgearbeiteter Vorschlag für einen Brief an interessierte Abgeordnete erinnerte an die Initiative von 1967, die aufgrund „nationaler und internationaler Ereignisse“ folgenlos geblieben war – eine Anspielung auf die Auflösung des Parlaments, vor allem aber auf den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei. Der von Benoist überarbeitete Entwurf unterstrich die Wirtschaftskraft der DDR sowie das sich daraus ergebende Interesse an Wirtschaftsbeziehungen und verwies auf die internationale Entwicklung und die Ostpolitik Willy Brandts. Die mit dem Austausch von Personen beider Länder verbundenen Probleme wurden als zentrales Anliegen der Gesellschaft formuliert. Sie sollten ebenso wie die verschiedenen Lösungsansätze in diesem Rahmen diskutiert werden. In Betracht gezogen wurden dabei insbesondere die Einrichtung einer offiziellen französischen Handelskammer in Ost-Berlin, die Begegnungen von Sportlern beider Länder und die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern.<sup>299</sup>

Noch vor der Reise von Roger Fossé und René Lamps bat der EFA-Generalsekretär Daniel Benoist darum, den Briefentwurf den drei Vizepräsidenten von 1967/68, Bourdellès, Lamps und Fossé, zu unterbreiten<sup>300</sup>; Benoist hatte zuvor der Bitte der EFA entsprochen, die Nachfolge von Périllier anzutreten.<sup>301</sup> Die inhaltliche Nähe zwischen Entwurf und Gesprächsprotokoll legt nahe, dass der Briefentwurf auch als Grundlage des Gesprächs von Fossé und Lamps mit Hans Seigewasser in Ost-Berlin gedient hat. Benoist, der die Einladung zu einer DDR-Reise im Januar 1970 abgelehnt hatte, legte den überarbeiteten Briefentwurf noch im selben Monat dem Präsidium seiner Partei, dem PS, mit der Bitte um Zustimmung vor.<sup>302</sup> Nach Rücksprache mit dem Präsidium informierte der Generalsekretär des PS, Alain Savary, den Präsidenten der sozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung, Gaston Defferre, dass man die Schaffung einer Freundschaftsgesellschaft für unpassend halte, da Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Verhandlungen zu befürchten seien, dass man aber die deutsche Schwesterpartei in ihren Bemühungen nicht behindern wolle.<sup>303</sup> Gleichzeitig wurde betont, dass man seit Oktober des vergangenen Jahres – also seit dem Regierungsantritt Brandts – keine Einwände mehr gegen die Reisen sozialistischer Parlamentarier in die DDR habe.

<sup>299</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Undatierter, handschriftlich überarbeiteter Briefentwurf; es ist anzunehmen, dass die Überarbeitungen größtenteils auf Benoist zurückzuführen sind, da sie im Wesentlichen den üblichen Diskurs der EFA entschärfen.

<sup>300</sup> Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 12. 1. 1970 an Benoist.

<sup>301</sup> Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 13. 1. 1970 an Fossé.

<sup>302</sup> Ibid.: Briefe von Benoist vom 16. 1. und 30. 1. 1970 an die EFA, Lenoir.

<sup>303</sup> Ibid.: Kopie eines Briefes von Savary vom 9.2.1970 an Defferre: „Nous devons être attentifs en effet à ne pas gêner nos camarades du SPD, surtout au moment où ils engagent une partie difficile en vue de négocier avec la RDA. Les mêmes considérations conduisent le Bureau à estimer que la constitution du groupe d'amitié France-Allemagne de l'Est ne serait pas opportune. Elle risquerait d'apparaître comme une première démarche vers une reconnaissance diplomatique.“

Umso erstaunlicher ist es, dass Savary Defferre aufforderte, sich die im Briefentwurf formulierten Vorschläge zu eigen zu machen und im Rahmen der Fraktion gegen die genannten Schwierigkeiten vorzugehen.<sup>304</sup>

Da Benoist als Präsident der Freundschaftsgesellschaft nach dem Votum seiner Partei nicht mehr infrage kam, trat Roger Fossé die Nachfolge von Périllier an. Gleichzeitig akzeptierte Fossé den Vorschlag des EFA-Generalsekretärs, Mitglied im Präsidium der EFA zu werden – damit sollte die Koordination zwischen beiden Gesellschaften gewährleistet werden.<sup>305</sup> Die Entscheidung für Fossé hatte der EFA-Generalsekretär zuvor mit dem kommunistischen Vizepräsidenten Lamps abgestimmt.<sup>306</sup>

Im Mai 1970 wandte sich Fossé schließlich mit der Bitte um Erneuerung der in der vorangegangenen Legislaturperiode erteilten Genehmigung an den Präsidenten der Nationalversammlung. Er begründete seine Anfrage mit der Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen und der Anpassung der französischen DDR-Politik an diese Entwicklung.<sup>307</sup> Der Antrag wurde von René La Combe (UDR, Indre-et-Loire) in der Sitzung des Präsidiums am 25. Juni 1970 vorgetragen. Der Einwand von Roland Nungesser (UDR, Val-de-Marne), man müsse zunächst das Außenministerium konsultieren, wurde vom Präsidenten der Nationalversammlung, Achille Peretti (UDR, Hauts-de-Seine), zurückgewiesen und die Genehmigung erteilt.<sup>308</sup>

Eine Woche zuvor hatte Fossé bereits ein provisorisches Präsidium, bestehend aus fünf Vizepräsidenten und fünf weiteren Mitgliedern, um sich vereint, von denen fast alle bereits an Reisen in die DDR teilgenommen hatten.<sup>309</sup> Anlässlich dieser Sitzung wurde die Einladung ostdeutscher Parlamentarier beschlossen. Außerdem wurde Édouard Charret (UDR) beauftragt, während seiner für Juli geplanten Reise die

<sup>304</sup> Ibid.: „D'autre part, le projet de circulaire rédigé par Benoist rappelle l'intérêt qu'il y aurait à développer les échanges de toute nature avec la RDA et à abattre les obstacles qui s'y opposent actuellement. En ce domaine, il serait sans doute préférable que le groupe, en tenant informé le secrétariat du parti, prit lui-même l'initiative de déposer des propositions pour lever ces difficultés.“

<sup>305</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 5. 3. 1970 an Fossé.

<sup>306</sup> Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 24. 2. 1970 an Lamps; zur Auswahl hatte Lenoir Lamps den Gaullisten Roger Fossé und den Radikalsozialisten Robert Fabre vorgeschlagen. Lenoir bezeichnete Fossé aufgrund seiner Bedeutung für die EFA als erste Wahl.

<sup>307</sup> AP, Assemblée, 2004-019/37: Brief von Fossé vom 22. 5. 1970 an den Präsidenten der Nationalversammlung, Peretti: „L'évolution des relations entre les deux Allemagnes, d'une part, et notre propre évolution à l'égard de la RDA, d'autre part, font que notre pays peut avoir, s'il le désire, un rôle important à jouer dans cet État tant sur le plan culturel que sur le plan économique. En conséquence, chargé par des collègues de toutes tendances politiques, je viens vous demander de m'autoriser à reconstituer le groupe dans les mêmes conditions que celui existant précédemment.“

<sup>308</sup> AP, Assemblée, 8 P 311: Wortprotokoll der Sitzung vom 25. 6. 1970: „M. le président répond [auf den Einwand von R. Nungesser – Ch. W.] qu'il s'agit là d'une affaire concernant l'Assemblée seule.“

<sup>309</sup> Vizepräsidenten: Pierre Bourdellès (PDM), Édouard Charret (UDR), Jacques Fouchier (PDM), René Lamps (PCF) und Jacqueline Thome-Patenôtre; Mitglieder des erweiterten Präsidiums (membres du bureau): Robert Ballanger (PCF), Daniel Benoist (FGDS), Jean-Yves Chapalain (n.i.), Georges Delatre (UDR), René Rieubon (PCF) und Louis Sallé (UDR).

Gesellschaft DDR-Frankreich der Volkskammer über die Neugründung der Freundschaftsgesellschaft in der französischen Nationalversammlung zu informieren.<sup>310</sup>

Die tatsächliche Konstituierung unter dem Namen *Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands* fand erst nach der Sommerpause am 21. Oktober 1970 statt. Mit Fossé wurde ein Vertreter der Mehrheit zum Präsidenten und mit ihm veränderte sich auch die politische Zusammensetzung des Präsidiums beziehungsweise der Gesellschaft: Zu Zeiten Périlliers zählten von insgesamt 16 Mitgliedern nur 2 zur Mehrheit des Parlaments und 7 zur sozialistischen Fraktion.<sup>311</sup> Dem im Oktober 1970 gewählten erweiterten Präsidium gehörten von insgesamt 14 Abgeordneten 9 der Mehrheit (davon 8 UDR-Mitglieder<sup>312</sup>) und je 3 der kommunistischen beziehungsweise der sozialistischen Fraktion an. Noch deutlicher zeigt sich die Veränderung, wenn man die Zusammensetzung der Gesellschaft zwischen 1970 und 1973 betrachtet: Nicht weniger als 40 UDR-Abgeordnete standen hier 7 Abgeordneten der sozialistischen Fraktion gegenüber. Im Präsidium war die FGDS prominent mit Jacqueline Thome-Patenôtre als Vizepräsidentin vertreten; außerdem gehörten Fernand Berthouin und Antonin Ver dem erweiterten Präsidium an.<sup>313</sup> Dagegen war die zentristische PDM-Fraktion nicht mehr im Präsidium vertreten. Pierre Bourdellès hatte sie seit 1967/68 repräsentiert, verlor aber bei der Wahl des Präsidiums im Oktober 1970 sein Amt. Während die Vertreter der Opposition bereits 1967/68 Mitglieder der Gesellschaft gewesen waren beziehungsweise dem im Juni 1970 gebildeten provisorischen Präsidium angehört hatten, waren es ausschließlich Abgeordnete der parlamentarischen Mehrheit, die im Oktober neu hinzukamen; Ausnahmen waren der im Juni 1970 als Vizepräsident berufene Édouard Charret (UDR) sowie ihr Präsident Roger Fossé (UDR). Ebenfalls bestätigt wurde René Lamps (PCF), der wie Fossé bereits 1967/68 der Gesellschaft als Vizepräsident angehört hatte.

Die Zahl von insgesamt 79 Mitgliedern<sup>314</sup> spricht für das große Interesse an diesem Projekt und für die Bedeutung, die die französischen Parlamentarier dem Problem der französisch-ostdeutschen Beziehungen beimaßen. Die Mitgliederstärke entsprach damit derjenigen anderer großer Freundschaftsgesellschaften der Nationalversammlung wie *France-RFA* und *France-États-Unis*. Dass zwischen 1970 und 1973 insgesamt 27 Abgeordnete beiden deutsch-französischen Freundschaftsgesellschaften angehörten – unter ihnen mit Ausnahme des Kommunisten alle Vizepräsidenten von *France-RDA*<sup>315</sup> – verdeutlicht, dass das spezifische Inter-

<sup>310</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Protokoll der Sitzung vom 17. 6. 1970.

<sup>311</sup> Hinzu kommen 4 Kommunisten und 3 PDM-Abgeordnete; siehe auch die genaue Zusammensetzung der Freundschaftsgesellschaft im Anhang (CD-ROM).

<sup>312</sup> Dazu gehörten neben Roger Fossé Édouard Charret und Lucien Neuwirth als Vizepräsidenten, Gérard Deliaune als Generalsekretär sowie Antoine Gissinger, Paul Mainguy und Michel Marquet als Mitglieder des erweiterten Präsidiums.

<sup>313</sup> Außerdem gehörten die folgenden FGDS-Abgeordneten der Freundschaftsgesellschaft als Mitglieder an: Daniel Benoist, Robert Fabre, Gabriel Péronnet und Édouard Schloessing.

<sup>314</sup> 11 PCF, 7 FGDS, 11 PDM, 1 non inscrit, 40 UDR und 9 RI.

<sup>315</sup> Dazu gehörten Pierre Bonnel (RI), Édouard Charret (UDR), Lucien Neuwirth (UDR), Jacqueline Thome-Patenôtre (FGDS) und aus dem erweiterten Präsidium Antoine Gissinger (UDR).

esse an der DDR nicht selten einem allgemeinen Interesse für Deutschland entsprang. Auch der Auswärtige Ausschuss war zahlreich vertreten: 1967/68 gehörten der Gesellschaft mit Aymar Achille-Fould (PDM) und Gabriel Péronnet (FGDS) bereits zwei Ausschussmitglieder an. Im Juni 1970 vertrat Georges Delatre (UDR) den Auswärtigen Ausschuss im provisorischen Präsidium. Zwar befand sich in dem im Oktober 1970 gewählten Präsidium kein Vertreter des Auswärtigen Ausschusses mehr, hatten Achille-Fould und Delatre die Gesellschaft wieder verlassen, dafür zählten neben Péronnet weitere acht Abgeordnete sowohl zum Auswärtigen Ausschuss als auch zur Freundschaftsgesellschaft, unter ihnen der Ausschussvizepräsident Xavier Deniau.<sup>316</sup>

Im Rahmen der konstituierenden Sitzung am 21. Oktober 1970 erstattete Édouard Charret Bericht über seine DDR-Reise und es wurde eine Reise der Freundschaftsgesellschaft für den Januar des folgenden Jahres vorbereitet.<sup>317</sup> Nur eine Woche nach ihrer Konstituierung empfing die Gesellschaft bereits eine SED-Delegation, der auch hochrangige Vertreter wie Hermann Axen oder Kurt Hager angehörten.<sup>318</sup> Es war die erste SED-Delegation, die sich mit Zustimmung der französischen Regierung in Frankreich aufhielt.<sup>319</sup> Zwar wurde offiziell von einer Delegation auf Einladung des PCF gesprochen, jedoch ist anzunehmen, dass diese Reise auf die Gespräche von Fossé und Lamps im Januar 1970 in Berlin zurückgeführt werden kann.<sup>320</sup> Ein wichtiges Mitglied der Delegation war der für Westeuropa zuständige ostdeutsche Staatssekretär für Außenhandel Gerhard Beil, der vom Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung, Jean de Broglie, für ein Gespräch empfangen wurde. Das Treffen mit de Broglie war jedoch nur Ersatz für ein nicht zustande gekommenes Treffen mit einem Verantwortlichen gleichen Ranges aus dem *Quai d'Orsay*. In der Annahme, dass die Äußerungen Beils eigentlich an die französische Regierung adressiert waren, übermittelte de Broglie sie in einem kurzen Bericht an den Premierminister.<sup>321</sup> Die DDR, so Beil

<sup>316</sup> Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und der Freundschaftsgesellschaft: Jean Coumaros (UDR), Charles Deprez (RI), Albert Ehm (UDR), André Glon (UDR), Louis Odru (PCF), Gabriel Péronnet (FGDS), Maurice Plantier (UDR) und Pierre Sudreau (PDM).

<sup>317</sup> AP, Assemblée, 2004-019/37: Einladungsschreiben zur Teilnahme an der konstituierenden Sitzung vom 13. 10. 1970 von Fossé.

<sup>318</sup> AMAE, RDA 1961–1970, 191: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 10. 11. 1970 an das MAE; es wird die Anwesenheit folgender Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft beim Empfang in der Nationalversammlung erwähnt: Robert Fabre, Roger Fossé, Lucien Neuwirth, Louis Sallé und Pierre Sudreau.

<sup>319</sup> Ibid.: Note des MAE, Kabinett, Chaussende, vom 10. 6. 1970 für die DEU: „Le cabinet du Premier ministre a donné son accord au ministère de l'Intérieur pour que les intéressés qui ne seront pas munis d'un visa puissent obtenir un permis de séjour.“

<sup>320</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Protokoll des Gesprächs vom 22. 1. 1970 (siehe Anm. 296); inwieweit die persönlichen Interventionen von Fossé bei Maurice Schumann das Zustandekommen dieser Delegation ermöglicht haben, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Sicher ist, dass Fossé als Präsident der Freundschaftsgesellschaft für Schumann im Prozess der Anerkennung ein wichtiger Ansprechpartner wurde; cf. auch AEFA, Groupe sénatorial: Brief von Lenoir vom 13. 5. 1970 an Wolter.

<sup>321</sup> ANF, 5 AG 2, 1009: Schreiben des diplomatischen Beraters des Premier ministre, de la Fournière, vom 21. 10. 1971 an Raimond, Berater im Élysee-Palast; von Jean-Bernard

gegenüber de Broglie, befürchte einen erheblichen Verlust an Einfluss aufgrund der Einigung zwischen Moskau und Bonn sowie eine damit verbundene Absorption der DDR-Wirtschaft durch die bundesrepublikanische Wirtschaft und biete Frankreich deshalb zugunsten eines entsprechenden Handelsabkommens an, alle laufenden Verhandlungen mit der Bundesrepublik auszusetzen.<sup>322</sup> Zwar enthielt der Bericht keinen direkten Verweis auf Rapallo, die Anspielung dürfte dem Autor und seinen Lesern vermutlich dennoch präsent gewesen sein. Über das Kabinett von Jacques Chaban-Delmas gelangte der Bericht auch in den Élysée-Palast und eine Zusammenfassung – unter Auslassung der gegen Willy Brandt gerichteten Hasstiraden Beils – erreichte schließlich selbst Georges Pompidou.<sup>323</sup>

Die erste Reise einer Delegation des *Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands* fand im Januar 1971 unter Leitung von Fossé statt.<sup>324</sup> Das Besondere an dieser Reise war, dass zum ersten Mal französische Parlamentarier mit Zustimmung des Außenministers und des Präsidiums der Nationalversammlung in die DDR reisten. Der *Quai d'Orsay* hatte Fossé empfohlen, jegliche Publizität auf ein Minimum zu reduzieren und sich auf wirtschaftliche und kulturelle Fragen zu beschränken.<sup>325</sup> Tatsächlich konstatierte das GMFB nach Abreise der Delegation, dass die ostdeutsche Presse dem Besuch nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet habe.<sup>326</sup> Ein von der Delegation angefertigter knapp vierzigseitiger Reisebericht, der sich zum Ziel gesetzt hatte, die französischen Abgeordneten über die DDR zu informieren, ermöglicht nicht nur Einblicke in den Ablauf der Reise, sondern er vermittelt auch etwas von der Atmosphäre, in der sie stattgefunden hatte.<sup>327</sup> Während der erste Teil eine allgemeine Darstellung der DDR, ihrer Geschichte seit 1945, ihrer geografischen Gegebenheiten, ihres politischen und am ausführlichsten ihres wirtschaftlichen Systems enthielt, war der zweite Teil – die

Raimond wurde der Bericht mit der Bemerkung empfangen: „C'est intéressant, à condition de se méfier.“ Dennoch bat Michel Jobert Jean-Louis Lucet um eine Zusammenfassung für Pompidou.

<sup>322</sup> Ibid.: Undatierter Bericht von de Broglie über das Gespräch mit Beil.

<sup>323</sup> Ibid.: Note von Lucet vom 4. 11. 1970 für Pompidou: „Celui-ci [Gerhard Beil – Ch. W.] a surtout insisté sur l'inquiétude éprouvée par la RDA devant le rapprochement entre la RFA et l'URSS. La RDA serait donc disposée à conclure un accord économique avec la France afin d'éviter l'insertion, qu'elle juge sinon inéluctable, de son économie dans celle de la RFA. M. Beil se plaint amèrement du traitement défavorable par la France de la RDA.“

<sup>324</sup> Teilnehmer: Franck Cazenave (PDM), Paul Cormier (PDM), Jean Coumaros (UDR), Gérard Deliaune (UDR), Franz Duboscq (UDR), Roger Fossé (UDR), Jean Lainé (RI), Jean-Louis Massoubre (UDR), Édouard Schloesing (FGDS), Edmond Thoraille (UDR) und Pierre Villon (PCF), cf. AEFA, Groupe parlementaire: Pressecommuniqué vom 22. 1. 1971.

<sup>325</sup> AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm der DEU, Arnaud, vom 20. 1. 1971 nach Bonn und Berlin.

<sup>326</sup> Ibid.: Telegramm aus Berlin, Toffin, vom 2. 2. 1971.

<sup>327</sup> AP, Assemblée, 2004–019/37: Bericht über die vom 25. 1. bis zum 1. 2. 1971 durchgeführte DDR-Reise, April 1971, S. 37: „Ce rapport a pour objectif de mieux faire connaître un pays géographiquement proche de nous, mais très éloigné quant à ses modes de vie et de pensée. Si ce but est atteint il aura apporté une modeste contribution au rapprochement entre deux peuples animés du même désir de paix.“

eigentliche Reisebeschreibung – im Wesentlichen eine Schilderung der von der Delegation besichtigten Institutionen: einer LPG, eines VEB, eines Betriebes mit gemischtem Kapital sowie der Lokalverwaltung in Dresden und der Volkskammer. Bemerkenswert sind dabei vor allem Analogien zu französischen Institutionen oder direkte Vergleiche, etwa hinsichtlich zentralistischer Strukturen in der Lokalverwaltung in Frankreich und der DDR. Die Beschreibung eines Besuches im Dresdner Hygienemuseum diente den Verfassern des Berichts sogar als Ausgangspunkt für einen Vergleich zwischen der Sozialpolitik in beiden Ländern.<sup>328</sup> Die besichtigten Städte, Dresden und Ost-Berlin, wurden vor allem unter dem Gesichtspunkt des erfolgreichen Wiederaufbaus beschrieben. Dadurch sollte nicht zuletzt die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Volkswirtschaft und das Interesse Frankreichs unterstrichen werden, mit der DDR als bedeutender Wirtschaftsmacht Beziehungen aufzubauen.<sup>329</sup> Ein weiteres wichtiges Thema des Berichts war die Begegnung der Delegationsteilnehmer mit ihrer Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit. Wie fast alle französischen Parlamentarierdelegationen zuvor hatte auch die Gruppe um Fossé ein Konzentrationslager besichtigt. Die Verstaatlichung von Betrieben wurde im Bericht demgegenüber als Beleg für eine erfolgreiche Entnazifizierung beschrieben. Der Höhepunkt der Reise in dieser Hinsicht war jedoch ein von der Delegation am letzten Tag organisiertes Essen mit aktiv am französischen Widerstand beteiligten Deutschen in Ost-Berlin zu Ehren der Delegation; eine Begegnung, die bei den französischen Parlamentariern einen großen Eindruck hinterließ und sie in ihrer Sicht auf die französisch-ostdeutschen Beziehungen bestärkte.<sup>330</sup>

In seinem Bericht für den Ministerpräsidenten Jacques Chaban-Delmas über die in der DDR geführten Gespräche unterstrich Roger Fossé den Willen der DDR zu friedlicher Koexistenz und machte Vorschläge für den Ausbau der französisch-ostdeutschen Beziehungen.<sup>331</sup> Die Frage der diplomatischen Anerkennung werde

<sup>328</sup> Ibid., S. 22: „La législation est très comparable à celle de la France en matière de protection maternelle et infantile et en ce qui concerne les allocations familiales, par exemple. Les réalisations nous ont paru très supérieures à celles de notre pays dans le domaine des crèches publiques qui accueillent les enfants des nombreuses femmes qui travaillent.“

<sup>329</sup> Ibid., S. 36: „Au terme de ce voyage d’une semaine, la délégation a pu se rendre compte de l’immense effort accompli par les dirigeants et les habitants de la RDA pour faire accéder leur pays au rang de grande puissance économique. Le développement des relations de toute sorte entre la France et la RDA semble en conséquence plus souhaitable que jamais.“

<sup>330</sup> Ibid., S. 35: „La conversation très amicale porta surtout sur la Résistance allemande car nos hôtes étaient tous d’anciens résistants et plusieurs d’entre eux avaient été officiers dans la Résistance française. [...] Au cours de ce dîner [Essen mit dem Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich der Volkskammer am Abend desselben Tages – Ch. W.], dans une ambiance très amicale, le désir de voir la France et la RDA entretenir des relations plus étroites fut affirmé de part et d’autre.“

<sup>331</sup> AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Schreiben von Fossé vom 3. 3. 1971 an den Premier ministre, Chaban-Delmas (Kopien an das Außenministerium und den Präsidenten der Nationalversammlung): „Le but principal des dirigeants de la RDA a consisté à créer un État souverain poursuivant une politique de paix. [...] Cet État indépendant entend poursuivre une politique de paix et de coexistence pacifique. D’abord parce que ses di-

von ostdeutscher Seite nicht als Vorbedingung angesehen und der von den Gesprächspartnern geäußerte Wunsch, kulturelle Beziehungen zu entwickeln, sei der französischen Delegation aufrichtig erschienen. Als die drei zentralen Themen der Gespräche benannte Fossé die Anerkennung ostdeutscher Pässe, die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene sowie die zwischenstaatlichen Beziehungen. Gleichzeitig übermittelte er die Forderungen des stellvertretenden Außenministers der DDR, Ernst Scholz, der die Umwandlung des in Ost-Berlin ansässigen Büros der französischen Industrie (BEIF) in eine offizielle Handelskammer ebenso anmahnte wie die Aufnahme konsularischer Beziehungen. Vor diesem Hintergrund forderte Fossé von der französischen Außenpolitik im Namen der Delegation, sich auf die DDR zuzubewegen und Gespräche aufzunehmen.<sup>332</sup> Dass sich bei den Gesprächen in Ost-Berlin auf beiden Seiten ehemalige KZ-Häftlinge und am Widerstand Beteiligte gegenüber gesessen hatten, erleichterte sichtlich die Verständigung über ideologische Differenzen hinweg und macht die aus dem Reisebericht und dem Schreiben an Chaban-Delmas sprechende Einigkeit zwischen französischen und ostdeutschen Abgeordneten bezüglich der zu realisierenden Beziehungen nachvollziehbar.<sup>333</sup> Es zeigt sich an diesem Beispiel einmal mehr, mit welcher Intensität die verbindenden Kriegserfahrungen von Franzosen und Deutschen in die Zeit nach dem Krieg hineinwirkten. Die Bemerkungen des stellvertretenden DDR-Außenministers hinsichtlich des vermeintlichen Interesses Frankreichs an einer Festschreibung der deutschen Teilung wurden zwar übermittelt, jedoch nicht aufgegriffen.<sup>334</sup> Um über die Reise zu berichten, lud die Freundschaftsgesellschaft ihre Mitglieder zum „dîner-débat“ ins Restaurant der Nationalversammlung ein. Unter den über diesen Teilnehmerkreis hinaus Eingeladenen mit Interesse am Problem der französisch-ostdeutschen Beziehungen befanden sich auch Edgar Faure und Georges Gorse.<sup>335</sup>

In seinem Schreiben an Chaban-Delmas hatte Fossé die offizielle Genehmigung für eine DDR-Reise französischer Parlamentarier als einen ersten Schritt beim Ausbau der parlamentarischen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR bezeichnet und gleichzeitig einen Gegenbesuch als weiteren notwendigen Schritt

rigeants ont la volonté de répudier définitivement les ‚démons du passé‘ et de ne pas permettre qu’une nouvelle guerre parte du sol allemand. Ensuite parce que cela est conforme à ses intérêts de petit pays au cœur de l’Europe. Dans ce cadre général l’ouverture vers la France est désirée.“

<sup>332</sup> Ibid.: „Ainsi, d’étape en étape, il serait possible de progresser sans porter préjudice aux intérêts et aux engagements antérieurs des deux partenaires, mais aussi sans attendre que le problème de la reconnaissance de la RDA par la France soit définitivement résolu. [...] Il convient d’ajouter qu’au terme de ce voyage la délégation unanime a recueilli la conviction que des discussions étaient dès maintenant possibles avec les dirigeants de la RDA. Elle estime de son devoir de le dire nettement aux autorités françaises qui détiennent les pouvoirs de décision.“

<sup>333</sup> AP, Assemblée, 2004-019/37: Bericht über die vom 25. 1. bis zum 1. 2. 1971 durchgeführte DDR-Reise, April 1971, S. 2: „Toutes les discussions se sont déroulées dans une ambiance empreinte d’amitié et de franchise quand bien même les points de vue de nos interlocuteurs ne recueillaient pas toujours notre adhésion.“

<sup>334</sup> Ibid., S. 31 f.

<sup>335</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Briefe von EFA, Périllier, vom 28. 4. 1971 an Faure und Gorse.

eingefordert.<sup>336</sup> Das in diesem Zusammenhang bestehende Visa-Problem – man hatte von ostdeutscher Seite darauf bestanden, die benötigten Visa unmittelbar von den französischen Behörden zu erhalten – konnte in den folgenden Monaten gelöst werden. Bereits im Juni 1971 empfing die Freundschaftsgesellschaft eine Delegation ostdeutscher Parlamentarier zu einem Gegenbesuch in Frankreich auf Kosten der Nationalversammlung. Stationen der Reise waren unter anderem die Rathäuser von Boulogne-Billancourt und von Blois, wo die Delegation von Georges Gorse und Pierre Sudreau empfangen wurde. Außerdem stand ein Treffen mit dem Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses, Jean de Broglie, auf dem Programm.<sup>337</sup> Was nicht zustande kam, war ein Empfang im *Quai d'Orsay*. Eine nicht näher gekennzeichnete Note aus den Archiven der EFA erklärt dies mit der ablehnenden Haltung der politischen Abteilung des Ministeriums. Maurice Schumann habe daraufhin entschieden, einen Vertreter der DREE zu entsenden – sehr zum Missfallen der Organisatoren, da man auf französischer Seite insbesondere über die kulturellen Beziehungen zu sprechen beabsichtigte. Der ursprünglich vorgesehene Vertreter Schumanns – wahrscheinlich André Spiral, im Kabinett des Ministers für die Beziehungen mit dem Parlament zuständig – war an dem entsprechenden Abend verhindert.<sup>338</sup> Der einzige anwesende Vertreter eines französischen Ministeriums war somit der für die Aushandlung der bilateralen Handelsabkommen zuständige DREE-Mitarbeiter, der die Aufgabe hatte, Schumann Bericht zu erstatten. Gewichtiger als das Fehlen eines geeigneten Gesprächspartners erscheint jedoch die Tatsache, dass die Teilnehmer der ostdeutschen Delegation selbst keinerlei Interesse an kulturellen Beziehungen zeigten und über aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich nicht informiert waren.<sup>339</sup>

Nur wenige Wochen später waren die französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen hingegen Thema einer Anhörung Schumanns durch den Auswärtigen Ausschuss. Der erste umfangreiche Meinungs austausch zu diesem Problem wurde angeregt durch eine Frage von Xavier Deniau (UDR, Loiret), der bereits im Oktober 1970 in seinem vom Ausschuss einstimmig angenommenen Bericht über das Budget des Außenministeriums die Aufnahme kultureller Beziehungen mit der

<sup>336</sup> AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Schreiben von Fossé vom 3. 3. 1971 an den Premier ministre, Chaban-Delmas (mit Kopien an das Außenministerium und den Präsidenten der Nationalversammlung): „Ceci pourrait incontestablement constituer un geste amical auquel nos hôtes éventuels seraient hautement sensibles, en même temps qu'un pas vers la solution du problème général de la reconnaissance des passeports.“

<sup>337</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Programme pour la visite en France d'une délégation de députés de la République démocratique allemande, 1.–7. 6. 1971.

<sup>338</sup> Ibid.

<sup>339</sup> Ibid.: Note concernant le séjour en France de la délégation des députés de la Chambre du peuple: „Or, dans l'intervention de Sieber, il y a eu exactement deux phrases sur les problèmes culturels. [...] le fait par exemple que la délégation n'ait pas été mise au courant avant son départ de la rencontre de Irène Gysi avec un représentant du ministère des Affaires culturelles et des résultats de cette rencontre, que Walkonski [sic] m'ait dit au cours du repas que les députés n'avaient pas à poser les problèmes culturels, me fait craindre que ces problèmes soient des soucis secondaires pour nos amis allemands.“ Die Note stammt vermutlich vom EFA-Generalsekretär, der sich an dieser Stelle auch darüber beschwerte, dass man ihn nicht stärker in den Aufenthalt der ostdeutschen Delegation mit einbezogen hatte.

DDR gefordert hatte.<sup>340</sup> Diese Sitzung hatte seinerzeit genau einen Tag nach der konstituierenden Sitzung der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft stattgefunden, der Deniau ebenfalls angehörte. Sein Bericht hatte den EFA zudem als Grundlage für das Gespräch mit einem Vertreter des französischen Ministeriums für Kultur gedient.<sup>341</sup> Dass Deniau die Frage der französischen Politik gegenüber der DDR auf dem Gebiet der Kulturbeziehungen in der Sitzung vom 2. Juli 1971 erneut zur Sprache brachte, ist wiederum auf einen Brief des EFA-Generalsekretärs zurückzuführen, der ihn kurz zuvor über aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich informiert hatte.<sup>342</sup>

Nachdem Maurice Schumann eine ausführliche Bilanz der französisch-ostdeutschen Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen gezogen hatte, kam er auch auf den Austausch von Personen zu sprechen. Als herausragendes Beispiel erwähnte er den Empfang der ostdeutschen Parlamentarierdelegation einen Monat zuvor durch die Freundschaftsgesellschaft der Nationalversammlung, mit deren Präsidenten er im Umfeld dieses Besuches mehrfach in direktem Kontakt gestanden habe.<sup>343</sup> Dessen ungeachtet übte der Präsident des Auswärtigen Ausschusses, Jean de Broglie (RI, Eure), scharfe Kritik an der Unentschlossenheit der französischen Politik gegenüber der DDR und betonte das große Interesse des Ausschusses für diese Problematik.<sup>344</sup> Seine Kritik bezog sich vor allem auf die Außenhandelsbeziehungen Frankreichs, im Rahmen derer die DDR noch schlechter gestellt sei als Albanien.<sup>345</sup> Zwar forderte er ausdrücklich nicht die Anerkennung der DDR, sah aber aufgrund der intensiven deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen französische Interessen in Gefahr und setzte sich deshalb für die Eröffnung einer offiziellen französischen Handelskammer in Ost-Berlin ein.<sup>346</sup> Pierre Sudreau (PDM, Loir-et-Cher) betonte demgegenüber die Bedeutung Schumanns für die Entwicklung der französischen Beziehungen zur DDR, allerdings nicht ohne die von de Broglie geübte Kritik an der Geschwindigkeit dieser Entwicklung zu bekräftigen.<sup>347</sup> Im Vergleich zur Bundesrepublik und zu den Niederlanden habe Frank-

<sup>340</sup> ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 22. 10. 1970, S. 4.

<sup>341</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 24. 3. 1971 an Deniau.

<sup>342</sup> Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 22. 6. 1971 an Deniau.

<sup>343</sup> ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1971, S. 4 ff.

<sup>344</sup> Ibid., S. 7: „Monsieur le ministre, à mon tour, je voulais vous rappeler combien ce problème de nos relations avec la RDA soucie la commission des Affaires étrangères. [...] Nous ne comprenons pas très bien l'espèce de zone indécise où nous nous situons et l'utilité de cette indécision.“

<sup>345</sup> Diesen Vergleich hatte Gerhard Beil Jean de Broglie unter Verweis auf das JO vom 6. 9. 1970 bereits anlässlich des Gesprächs im Oktober 1970 nahegelegt, cf. ANF, 5 AG 2, 1009: Undatierter Bericht von de Broglie.

<sup>346</sup> ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1971, S. 8: „D'autre part, j'ai l'impression que l'Allemagne fédérale tend à se réserver l'Allemagne de l'Est comme chasse gardée économique. À trop vouloir complaire à la République fédérale, en restant éloignés de ce secteur, il me semble que nous finirons par y perdre des intérêts tout à fait légitimes aussi bien commerciaux qu'idéologiques.“

<sup>347</sup> Ibid., S. 21: „Je tenais à vous rendre hommage, Monsieur le ministre, à votre compréhension et à votre efficacité, car c'est bien grâce à vous que des changements se sont produits depuis l'année dernière, notamment dans le domaine économique. [...] Ce n'est pas l'intérêt de la France de négliger ses possibilités économiques face à la RDA, et

reich, so Sudreau, dank seiner strikten Bündnissolidarität gegenüber der Bundesrepublik das Nachsehen.<sup>348</sup> Bei Pierre Sudreau, einem Mitglied der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung, kann neben seiner Deportation nach Buchenwald ein weiteres Motiv für sein Interesse an Beziehungen mit der DDR ausgemacht werden: Sudreau war Verbandspräsident der französischen Eisenbahnindustrie (*Fédération des industries ferroviaires*), der es 1970 gelungen war, mit dem Verkauf von 10 000 Eisenbahnwaggons den bis dahin umfangreichsten Vertrag im Rahmen der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen abzuschließen.

Dass die Diskussion ganz entscheidend von de Broglie und Sudreau geprägt wurde, war aber allein schon deshalb kein Zufall, weil sie kurz zuvor eine Reise nach Ost-Berlin absolviert hatten. Die beiden ehemaligen Minister von Georges Pompidou hatten sich dort zu Gesprächen mit Volkskammerabgeordneten, dem Minister für Außenhandel sowie mit Hermann Axen getroffen. Der von de Broglie verfasste Reisebericht hatte wenige Tage nach dieser Sitzung auch als Grundlage für ein Gespräch mit dem Präsidenten Pompidou gedient.<sup>349</sup> Wichtigstes Anliegen sowohl des Berichts als auch des Gesprächs war es, die DDR als einen vielversprechenden Wirtschafts- und Handelspartner darzustellen, um die in viele Schmeicheleien verpackte Forderung der DDR nach Eröffnung einer offiziellen französischen Handelskammer in Ost-Berlin zu rechtfertigen.<sup>350</sup>

De Broglie zeigte sich nach seiner Reise vor allem von zwei in der DDR gemachten Beobachtungen sehr überrascht: zum einen von der Effizienz der ostdeutschen Planwirtschaft und zum anderen von der Akzeptanz des wirtschaftlichen und politischen Systems durch die Bevölkerung. Davon ausgehend versuchte er ein Bild der Situation in der DDR zu zeichnen: Im Laufe der Reise habe er sich davon überzeugt, dass der einst künstliche Staat sich als Wiedergänger eines älteren Staatsgebildes erweise. Der preußische Geist verleihe der DDR in Verbindung mit der kommunistischen Ideologie, so de Broglie vor dem Auswärtigen Ausschuss, eine nationale Eigenständigkeit („densité nationale“). Für den Nachfahren

je trouve que notre président a raison quand il dit que notre pays ne va pas assez vite. En fait ce qui est en jeu, c'est une certaine suprématie économique en Europe. Nous devons faire des gestes; nous devrions témoigner d'une certaine liberté d'allure et d'une certaine volonté d'action. C'est l'intérêt de notre pays sans parler d'autre chose.“

<sup>348</sup> Ibid., S. 23: „Finalement nous sommes les dindons de cette évolution.“

<sup>349</sup> ANF, 5 AG 2, 87: Brief von de Broglie vom 15. 7. 1971 an Pompidou; Übermittlung des Berichtes in Vorbereitung eines Treffens am 16. 7. 1971. Es ist anzunehmen, dass die Unterredung mit Pompidou von de Broglie beantragt wurde, nachdem Schumann die Forderung nach einer offiziellen französischen Handelskammer mit einem Verweis auf deren politische Implikationen vor dem Auswärtigen Ausschuss abgelehnt hatte. Der im Nationalarchiv aufbewahrte Bericht genießt noch heute eine derart hohe Geheimhaltungsstufe, dass er erst über den Umweg einer Anfrage bei der CADA eingesehen werden konnte.

<sup>350</sup> Ibid.: Note sur un déplacement en RDA accompli par MM. Sudreau et de Broglie, unterzeichnet von de Broglie: „En bref, il s'agit d'un partenaire à économie développée, demandant des échanges de produits manufacturés et comportant un grande marge de valeur ajoutée. [...] En un mot, ce que l'on souhaite est la création à Berlin-Est d'une mission économique officielle, dans un délai rapide. Et l'on serait sans doute disposé à se contenter de cela.“

von Mme de Staël existierten zwei deutsche Staaten, er unterschied zwischen Deutschland auf der einen und Preußen auf der anderen Seite.<sup>351</sup> In seinem Bericht für den französischen Präsidenten sprach er vom Einfluss Bismarcks auf den Kommunismus ostdeutscher Prägung, dessen Realisierung Zustimmung in der Bevölkerung finde; mit dem Ergebnis, dass aus einem artifiziellen Gebilde schließlich ein realer Staat entstanden sei.<sup>352</sup>

Das Interesse der DDR an Beziehungen mit Frankreich erklärte de Broglie mit einem „Rapallo-Komplex“, der wesentlich stärker ausgeprägt sei als in Frankreich, sowie mit dem Bedürfnis, dem Einfluss der Bundesrepublik entgegenzuwirken.<sup>353</sup> Das Interesse Frankreichs an Beziehungen mit der DDR begründete er umgekehrt mit einem neuen europäischen Gleichgewicht, welches die ältere Form einer Koexistenz der Blöcke ablösen werde, und mit der zentralen Rolle, die die DDR innerhalb dieses neuen Europas spielen werde. Seine Vorstellung von einem europäischen Gleichgewicht basierte jedoch ganz offensichtlich auf einer dem 19. Jahrhundert entlehnten Europakonzeption. Der während dieser kurzen Reise gewonnene Eindruck großer Leistungsfähigkeit brachte Jean de Broglie zu einem Vergleich der DDR mit dem friderizianischen Preußen und zu der Überzeugung, dass Europa mit dem neuen „alten Preußen“ rechnen müsse.<sup>354</sup>

<sup>351</sup> ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2.7.1971, S.7f.: „Il ne nous faut pas vivre sur des idées reçues. Bien sûr, pendant longtemps la RDA a formé un État artificiel, puis un État branlant, avant de retrouver en quelque sorte sa densité nationale. [...] il me semble bien que l'on peut observer dans ce pays une sorte de mariage de l'idéologie communiste avec l'esprit prussien – je dis bien prussien, pas allemand – cet État a retrouvé un vieux berceau national. Le mélange a renouvelé certaines disciplines nationales dont une énergie latente, qualité maîtresse de ce peuple. Nous avons assisté à la renaissance d'un ancien État qui tourne maintenant son supplément d'énergie vers une activité économique ouverte sur de nouvelles structures sociales.“

<sup>352</sup> ANF, 5 AG 2, 87: Note sur un déplacement en RDA accompli par MM. Sudreau et de Broglie: „Une dose bismarckienne semble avoir été subtilement mêlée à l'idéologie régnante. Et ce mélange a dégelé, puis attiré l'opinion, puis enfin parait avoir créé l'élan. [...] La fierté des réalisations a pris le pas sur les incertitudes. [...] En définitive il nous est apparu de façon claire et abrupte que la République démocratique allemande, création artificielle, puis sorte de gouvernement soviétique, avait atteint aujourd'hui sa réalité d'État, et retrouvé une identité prussienne, qui l'éloigne d'ailleurs pour l'instant du reste de l'Allemagne.“

<sup>353</sup> Ibid.: „À l'égard de la RDA [sic] le sentiment antinazi est beaucoup plus net que le sentiment anticapitaliste. C'est vraiment à cause des anciens hitlériens vivant à l'Ouest que l'on ne veut pas l'unification. [...] C'est en RDA qu'il faut venir pour connaître ceux qui ont vraiment peur d'un nouveau Rapallo, qui pourrait limiter leur indépendance, et les obliger à une double dépendance économique. Ceci explique leur désir de se tourner vers la France, tant pour y trouver un point d'appui dans le jeu d'équilibre européen que pour assurer à leur économie et à leurs échanges la diversité nécessaire.“

<sup>354</sup> Ibid.: „L'impression de densité, d'efficacité, de sûreté que l'on éprouve convainc le visiteur qu'une page est en train de tourner, que la vieille Prusse de Frédéric revit sous le manteau d'une démocratie populaire, d'âme aussi obstinée, aussi disciplinée, et aussi militaire dans ses entreprises économiques que fut toujours ce Pays. L'Europe qui vient comptera avec la RDA. Il serait bon de ne pas être les derniers, mais si possible les premiers, à tirer les conclusions et les avantages qui peuvent découler pour nous d'un prévision aussi certaine.“ Cf. auch ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 21.7.1971, S.8: „Pour aller au fond de mon sentiment, j'ajouterai que l'Allemagne de l'Est va faire parler d'elle non

Im Anschluss an die Diskussion, die de Broglie und Sudreau mit Maurice Schumann in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 2. Juli 1971 führten, erkundigte sich Raymond Bousquet (UDR, Paris), in welchem Rahmen eine Reise des Ausschusses in die DDR durchführbar sei. Der Minister wies dieses Ansinnen entschieden zurück. Seine Ablehnung begründete er jedoch nicht mit dem üblichen Argument, man dürfe der Bundesrepublik in ihren Verhandlungen mit Moskau und Ost-Berlin nicht in die Quere kommen, sondern mit einem möglichen Schaden für die französische Ostpolitik und die französisch-sowjetischen Beziehungen.<sup>355</sup> Dennoch reiste Ende September, nicht einmal drei Monate später, eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses unter Leitung ihres Präsidenten, Jean de Broglie, in die DDR.<sup>356</sup> Unter den Delegationsteilnehmern befand sich auch ein Mitglied der Freundschaftsgesellschaft. Es handelte sich um Jean Coumaros (UDR, Moselle), der bereits im Januar desselben Jahres an einer DDR-Reise dieser Gesellschaft teilgenommen hatte.

Der Präsident der Freundschaftsgesellschaft, Roger Fossé, hatte Jacques Chaban-Delmas nach der Rückkehr von seiner Reise im Januar 1971 bereits den ostdeutschen Vorschlag unterbreitet, dass künftig auch Delegationen zwischen den Fachausschüssen von Nationalversammlung und Volkskammer ausgetauscht werden könnten.<sup>357</sup> Die Reise einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses war die erste Reise eines Fachausschusses der französischen Nationalversammlung beziehungsweise des Senats in die DDR. Empfangen wurde sie von Willi Stoph, dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, mit dem de Broglie auch ein Gespräch unter vier Augen führte. Die Delegation nutzte die Gelegenheit zu Treffen mit dem Außenminister, dem Präsidenten der Volkskammer, dem Minister für Außenhandel und seinem für Westeuropa zuständigen Staatssekretär und besichtigte anschließend Dresden und Potsdam.<sup>358</sup>

Im Gegensatz zur ersten Reise von de Broglie wenige Monate zuvor erregte diese Reise im September 1971 einiges Aufsehen. Das dürfte unter anderem an einem Interview gelegen haben, das de Broglie für das ostdeutsche Fernsehen gab, und daran, dass die *Prawda* ihn obendrein mit den Worten zitierte, diese Reise habe zum Ziel, offizielle Kontakte herzustellen und die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu verbessern.<sup>359</sup> Auch *Le Monde* berichtete mehrfach über

seulement sur le plan européen, mais encore dans le monde de l'Est. Ses habitants, très organisés et dynamiques, joueront un rôle très important.“

<sup>355</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1971, S. 44f.

<sup>356</sup> Teilnehmer: Jean de Broglie (RI, Eure), Jean Coumaros (UDR, Moselle), Léon Feix (PCE, Val-d'Oise), Raymond Réthoré (UDR, Charente) und Bernard Tremeau (UDR, Saône-et-Loire); cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Pressecommuniqué des Auswärtigen Ausschusses vom 27. 9. 1971.

<sup>357</sup> Ibid.: Schreiben von Fossé vom 3. 3. 1971 an den Premier ministre, Chaban-Delmas: „Ceci [Gegenbesuch der Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich der Volkskammer – Ch. W.] pourrait incontestablement constituer un geste amical auquel nos hôtes éventuels seraient hautement sensibles, en même temps qu'un pas vers la solution du problème général de la reconnaissance des passeports.“

<sup>358</sup> Ibid.: Note der DEU vom 5. 10. 1971.

<sup>359</sup> Ibid.: Telegramm aus Moskau, Seydoux, vom 1. 10. 1971.

die Reise.<sup>360</sup> Und die britische Botschaft in Paris sah sich wiederholt genötigt, dem *Foreign Office* zu versichern, dass diese Reise von de Broglie keinerlei Änderung der offiziellen Haltung Frankreichs impliziere; Hintergrund war ein Telegramm, in dem man die Haltung Frankreichs gegenüber der DDR infolge einer Pressekonferenz von Pompidou eine Woche zuvor als ambivalent beschrieben hatte.<sup>361</sup> Das größte Problem für die französische Außenpolitik bestand freilich auch weiterhin in der Interpretation solcher Reisen durch die Bundesrepublik. Um entsprechende Reaktionen aus Bonn zu vermeiden, wurde im Dezember 1971 eine Anfrage des Präsidenten des handelspolitischen Ausschusses der Nationalversammlung (*Commission de la production et des échanges*), Maurice Lemaire (UDR, Vosges), eine Delegation des von ihm geleiteten Ausschusses in die DDR zu entsenden, von der Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay* abgelehnt.<sup>362</sup> In seiner Antwort an Lemaire bezeichnete Maurice Schumann den Austausch mit der DDR zwar als wünschenswert, bat ihn aber, die Reise aufgrund der zeitlichen Nähe zum Aufenthalt einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses in Ost-Berlin und der noch ausstehenden Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau zu verschieben.<sup>363</sup> Einer erneuten Anfrage von Lemaire nach Ratifizierung der beiden Verträge stimmte Schumann, obgleich zögerlich, zu.<sup>364</sup>

Während die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR im Laufe des Jahres 1972 allmählich in greifbare Nähe rückte, gingen die Aktivitäten der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung zurück. Dies ist vor allem auf das absehbare Ende der Legislaturperiode und auf die im März 1973 stattfindenden Parlamentswahlen zurückzuführen. Hinzu kamen strukturelle Probleme, die sich aus dem Verhältnis zu den EFA ergaben, und das Abflauen eines von Georges Gorse noch im Herbst des vorangegangenen Jahres als „Modeerscheinung“ beschriebenen Interesses französischer Parlamentarier für die DDR.<sup>365</sup>

<sup>360</sup> Le Monde vom 29. 9., 30. 9., 1. 10. und 7. 10. 1971; außerdem erschien in der Ausgabe vom 2. 7. 1971 ein Artikel von Louis Périllier, dem ersten Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung und zu diesem Zeitpunkt EFA-Präsident, in der Rubrik „Libres opinions“ unter dem Titel „Reconnaitre la RDA“.

<sup>361</sup> NAUK, FCO 33/1345: Telegramme der brit. Botschaft, Paris, vom 24. 9. 1971 über die Pressekonferenz von Pompidou sowie vom 29. 9., 3. 10. und 8. 10. 1971 über die Reise des Auswärtigen Ausschusses an das FCO.

<sup>362</sup> AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Note der DEU vom 8. 12. 1971 an das Kabinett des Ministers: „Il paraît d'autant moins opportun de le renouveler que le Parlement français pourrait alors sembler désireux d'entretenir avec les instances représentatives de la RDA des rapports plus réguliers et plus suivis qu'avec aucun autre pays.“

<sup>363</sup> Ibid.: Brief von Schumann vom 24. 12. 1971 an Lemaire: „[...] je ne vois que des avantages à ce que les contacts et les échanges avec la RDA se développent – et ils ont progressé de façon sensible ces dernières années – dans la mesure où ils n'impliquent pas de notre part un engagement politique qui serait de nature à susciter au gouvernement de la République fédérale des difficultés dans la politique qu'il a engagée à l'égard de l'Europe de l'Est.“

<sup>364</sup> Ibid.: Brief von Lemaire vom 26. 5. 1972 an Schumann; Randglosse von Schumann: „Répondre oralement que nous ne pouvons pas nous opposer à ce projet.“

<sup>365</sup> SAPMO, DY 30/IV 2/2.035/095, f. 63: Brief von Gorse vom 24. 9. 1971 an Axen: „La question de la RDA est désormais, à la mode, dans tous les milieux.“

Der fünfte Nationalkongress der EFA im Mai 1972 bot für den im Oktober 1970 neu gegründeten *Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands* nicht nur Gelegenheit, Bilanz seiner Aktivitäten zu ziehen. Aus dem Briefwechsel zwischen seinem Präsidenten Roger Fossé und dem EFA-Generalsekretär Roland Lenoir in Vorbereitung dieses Kongresses wurde auch das problematische Verhältnis zwischen den beiden Organisationen deutlich. Das EFA-Präsidium hatte in seiner Sitzung vom 1. Februar 1972 beschlossen, die Mitglieder der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft im Namen der EFA einzuladen und sie zu schriftlichen Stellungnahmen über den Stand der französisch-ostdeutschen Beziehungen aufzufordern. Lenoir bat Fossé dafür um sein Einverständnis und schlug vor, dass die Briefe durch den Präsidenten der EFA unterzeichnet werden könnten. Gleichzeitig übermittelte Lenoir die Kritik des Präsidiums an der fehlenden Verbindung zwischen EFA und parlamentarischer Freundschaftsgesellschaft: Fossé nehme als Verbindungsperson zwischen beiden Institutionen zu selten an den Sitzungen des EFA-Präsidiums teil, weshalb man ihn bitte, einen Vertreter zu benennen.<sup>366</sup> Fossé ließ es sich jedoch nicht nehmen, den Brief an die Abgeordneten selbst zu unterzeichnen, auch wenn die Vorlage dafür von Lenoir stammte.<sup>367</sup> Am Kongress nahm Fossé nicht teil, sondern übermittelte eine schriftliche Bilanz sowie ein Grußschreiben.<sup>368</sup> Neben einem kleinen Abriss über die Aktivitäten der Gesellschaft benannte er hier die besonders an den französisch-ostdeutschen Beziehungen interessierten Abgeordneten<sup>369</sup> und erklärte, dass hinter seinem eigenen Engagement für die Anerkennung der DDR vor allem wirtschaftspolitische Motive stünden.<sup>370</sup>

Für den von Lenoir vorgeschlagenen Vertreter, Paul Cormier (PDM, Loir-et-Cher), musste bereits kurze Zeit später – Cormier war inzwischen verstorben – ein Ersatz gefunden werden. Lenoir wandte sich zu diesem Zweck jedoch nicht an

<sup>366</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 25. 2. 1975 an Fossé: „La présidence comprend parfaitement que vous soyez souvent empêchés de venir à ses réunions, mais, en même temps, elle constate que le manque de liaison avec nos groupes parlementaires de l'Assemblée nationale et du Sénat constitue un manque à gagner du point de vue de l'information et de la richesse de nos discussions.“

<sup>367</sup> Ibid.: Rundschreiben von Fossé vom 5. 4. 1972.

<sup>368</sup> *Rencontres* 72 (Sept.–Okt. 1972), S. 18 und 23–25; als Begründung für sein Fehlen gab er gesundheitliche Gründe an.

<sup>369</sup> Paul Barberot (PDM), Virgile Barrel (PCF), Daniel Benoist (FGDS), André Brugerolle (PDM), Jean Desanlis (UC), Robert Fabre (FGDS), Pierre Godefroy (UDR), Jean Lainé (RI), Marcel Massot (FGDS), Louis Odru (PCF), Édouard Schloesing (FGDS), Jacqueline Thome-Patenôtre (FGDS), Antonin Ver (FGDS) und Pierre Villon-Ginsburger (PCF), cf. *Rencontres* 72 (Sept.–Okt. 1972), S. 23.

<sup>370</sup> Ibid., S. 24: „Le but à atteindre, c'est la reconnaissance diplomatique de la RDA par le gouvernement français et le développement des relations économiques entre nos deux pays. Les motifs qui me poussent à souhaiter et à aider à cette reconnaissance ne sont peut-être pas les mêmes que ceux de certains de mes collègues, mais le but à atteindre, lui, est le même. J'estime, pour ma part, que, sur le plan économique, sur le plan industriel, faisant abstraction de toute idéologie politique parce que j'estime que chaque pays a le droit de se gouverner comme il l'entend, et sur le plan de la sécurité mondiale, il est absolument nécessaire que le gouvernement français reconnaisse le plus rapidement possible la République démocratique allemande.“

Fossé, sondern an den Generalsekretär der Fraktion der Unabhängigen, Michel Poniatowski, mit der Bitte um einen Vorschlag.<sup>371</sup> Der empfohlene Bernard Destremau (RI, Yvelines) nahm die Einladung zwar an, nur war er kein Mitglied der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung.<sup>372</sup> Auch eine an sämtliche Fraktionsvorsitzenden der Nationalversammlung und an Jean de Broglie (RI, Eure) als Präsident des Auswärtigen Ausschusses gerichtete Anfrage der EFA vom Oktober 1972, zwecks Unterredung mit dem EFA-Präsidium, wurde von Louis Périllier gestellt, der Anfang der 1970er Jahre weder dem Parlament noch der Freundschaftsgesellschaft angehörte. Es wäre jedoch vielmehr an Fossé als Präsident des für parlamentarische Belange zuständigen Gremiums gewesen, eine solche Anfrage zu stellen.<sup>373</sup> Bei dem Gespräch des EFA-Präsidiums mit Jean de Broglie waren dementsprechend weder Fossé noch ein anderes Mitglied der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft vertreten.<sup>374</sup> Eine für September 1972 geplante Delegationsreise unter Leitung von Édouard Charret (UDR, Rhône) fand, soweit aus den Archiven ersichtlich, gar nicht mehr statt.<sup>375</sup>

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch die Französische Republik am 9. Februar 1973 fiel aufgrund der im März anstehenden Wahlen in ein parlamentarisches Vakuum. Erst im Juni konnte Fossé die Genehmigung für die Freundschaftsgesellschaft erneuern lassen, dieses Mal unter dem eigentlich für sie vorgesehenen Namen *Groupe d'amitié France-RDA*.<sup>376</sup> Mit der Legitimierung ihrer Existenz als auch dem Namen nach anerkannter Freundschaftsgesellschaft der Nationalversammlung setzte sich die Abnabelung von den EFA als Dachorganisation fort.<sup>377</sup> Zwar nahm sich der EFA-Generalsekretär anlässlich der Rekonstituierung im Juni 1973 erneut des Verhältnisses zwischen den beiden Gesellschaften an, adressierte seine Kritik jedoch nicht mehr an Fossé, sondern an einen der neuen kommunistischen Vizepräsidenten.<sup>378</sup>

<sup>371</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 12. 5. 1972 an Poniatowski.

<sup>372</sup> Ibid.: Brief von Destremau vom 14. 6. 1972 an die EFA, Lenoir.

<sup>373</sup> Ibid.: Briefe von EFA, Périllier, vom 16. 10. 1972 an Aimé Paquet (RI), Gaston Defferre (FGDS), Robert Ballanger (PCF), Eugène Claudius-Petit (PDM), Marc Jacquet (UDR) und Jean de Broglie (RI).

<sup>374</sup> Ibid.: Bericht über das Treffen des EFA-Präsidiums (anwesend: Louis Périllier, Georges Castellan und Roland Lenoir) mit Jean de Broglie am 29. 11. 1972.

<sup>375</sup> Ein Telegramm der Europa-Abteilung vom August 1972 unterrichtete die französische Botschaft in Bonn über die Absicht von Édouard Charret, als Vizepräsident der Freundschaftsgesellschaft mit insgesamt zehn Abgeordneten Ende September 1972 in die DDR reisen zu wollen, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm der DEU, Arnaud, vom 3. 8. 1972 nach Bonn; über die Reise selbst findet sich weder in den Archiven des französischen Außenministeriums oder der Nationalversammlung noch im Archiv der EFA eine Spur.

<sup>376</sup> AP, Assemblée, 2004-019/38: Antrag auf Genehmigung der Freundschaftsgesellschaft von Fossé vom 5. 6. 1973.

<sup>377</sup> Es ist zum Beispiel auffällig, dass die Archive der EFA im Wesentlichen nur bis 1973 reichen, während der größte Teil der in der Nationalversammlung aufbewahrten Archive zur Freundschaftsgesellschaft die Zeit nach 1973 abdecken.

<sup>378</sup> AEFA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 21. 6. 1973 an Lucas.

*Übersicht über die Zusammensetzung des Groupe d'amitié France-RDA in der französischen Nationalversammlung 1967–1990<sup>379</sup>*

	1970		1973		1978		1981		1986	
	4. Legislaturperiode		5. Legislaturperiode		6. Legislaturperiode		7. Legislaturperiode		8. Legislaturperiode	
	France-RDA	Sitze insges.								
PCF	11 (3)	34	14 (5)	73	9 (3)	86	10 (2)	44	7 (2)	35
FGDS/PSRG/PS	7 (3)	57	14 (2)	105	3 (1)	113	8 (2)	285	7 (1)	212
n. i.	1	9	1	13	0	15	0	12	0	9
PDM/UC/UDF	11	33	4 (1)	30	13 (2)	123	2	62	0	131
RDS			4 (1)	34						
RI	9 (1)	61	4	55						
UDR/RPR	40 (7)	293	18 (7)	180	17 (6)	154	6 (2)	88	2 (1)	155
Gesamt	79 (14)	487	59 (16)	490	42 (12)	491	26 (6)	491	16 (4)	542

Im Vergleich zur vorangegangenen Legislaturperiode hatte sich 1973 nicht nur die Zusammensetzung der Gesellschaft stark verändert, auch die Zahl der Mitglieder war auf 59 zurückgegangen. Dieser Rückgang ist vor allem mit einem gesunkenen Interesse bei den Abgeordneten der UDR zu erklären: gegenüber 40 UDR-Politikern bei der Gründung 1970 waren es im Mai 1973, also nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR, nur noch 18 UDR-Politiker, die Mitglied der weiterhin von Roger Fossé (UDR) geleiteten Freundschaftsgesellschaft wurden. Zumindest teilweise lässt sich dies mit den starken Verlusten der UDR bei den Wahlen im März 1973 begründen: 17 UDR-Abgeordnete, die seit 1970 Mitglied der Freundschaftsgesellschaft gewesen waren, konnten ihr Mandat nicht behaupten. Gleichzeitig nahm die Zahl der kommunistischen Abgeordneten leicht zu. Vor allem aber verdoppelte sich die Anzahl jener Mitglieder, die der vom PS angeführten Fraktion angehörten, im erweiterten Präsidium der Freundschaftsgesellschaft war die Fraktion dennoch nur mit 2 Abgeordneten vertreten, während die Kommunisten 5 Mitglieder stellten, die im Übrigen allesamt neu ins Präsidium gewählt wurden.<sup>380</sup> Die UDR blieb mit 7 Abgeordneten die am stärksten im Präsidium der Freundschaftsgesellschaft vertretene Fraktion; RDS und UC, nun der Regierungsmehrheit zugehörig, waren mit je einem Vizepräsidenten vertreten.<sup>381</sup> Unter den diesen Fraktionen angehörenden Mitgliedern befanden sich

<sup>379</sup> Das Parteienschema wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit vereinfacht; die Angaben in den Klammern beziehen sich auf die Zusammensetzung des Präsidiums von France-RDA; der Strich bezeichnet die Trennung zwischen parlamentarischer Mehrheit und Opposition; siehe dazu auch die ausführliche Zusammensetzung von France-RDA im Anhang (CD-ROM).

<sup>380</sup> Mitglieder der Opposition während der 5. Legislaturperiode: als Vizepräsidenten Georges Gosnat (PCF), Henri Lucas (PCF) und Jacqueline Thome-Patenôtre (PSRG) sowie im erweiterten Präsidium César Depietri (PCF), Didier Eloy (PCF), Antonin Ver (PSRG) und Pierre Villon-Ginsburger (PCF).

<sup>381</sup> Mitglieder der Regierungsmehrheit während der 5. Legislaturperiode: als Präsident Roger Fossé (UDR), als Vizepräsidenten Marcel Cernau (UC), André Martin (RDS) und Lucien Neuwirth (UDR), als Generalsekretär Louis Sallé (UDR) sowie im erweiterten

auch Pierre Sudreau (UC) und Gabriel Péronnet (RDS). Ein weiteres prominentes Mitglied der Gesellschaft war seit 1973 Jean de Broglie (RI).

Der für die 5. Legislaturperiode konstatierte Mitgliederrückgang setzte sich in den folgenden Legislaturperioden kontinuierlich fort. Dennoch spielten die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene bis zum Ende des Bestehens der DDR eine unvermindert wichtige Rolle für die politischen Kontakte zwischen den beiden Staaten. Zwar blieb Roger Fossé (UDR/RPR) bis 1986 Präsident und bis 1988 Vizepräsident, gleichzeitig ging das Gewicht seiner Fraktion innerhalb der Gesellschaft seit 1981 stark zurück. 1978 war der RPR noch die am stärksten vertretene Fraktion.<sup>382</sup> Nach dem Sieg François Mitterrands bei den Präsidentschaftswahlen 1981 und den sich daraus ergebenden starken Stimmenverlusten für den RPR im Parlament waren neben Fossé und René La Combe als Vizepräsidenten nur noch vier weitere RPR-Abgeordnete Mitglieder der Gesellschaft.<sup>383</sup> Und obwohl der RPR bei den Wahlen 1986 wieder Stimmen zurückgewinnen konnte, sank die Beteiligung von RPR-Abgeordneten im *Groupe d'amitié* weiterhin.<sup>384</sup> Das Amt des Präsidenten wurde 1986 von den Kommunisten übernommen: bis 1988 von Jean-Jacques Barthes und nach dessen Abwahl von Georges Hage. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Beteiligung der kommunistischen Partei in der Freundschaftsgesellschaft relativ konstant blieb, während sie im selben Zeitraum in der Nationalversammlung stetig an Terrain verlor. So gehörten 1986 beispielsweise je 7 Mitglieder dem PCF und dem PS an, obwohl der PS 212 Sitze in der Nationalversammlung innehatte, während auf den PCF nur 35 entfielen. Die Beteiligung des PS ging 1978 stark zurück<sup>385</sup>, nahm aber nach den Wahlerfolgen des Jahres 1981 wieder zu und blieb dann in den 1980er Jahren auf einem gleichbleibenden Niveau. Einziger PS-Vizepräsident der Freundschaftsgesellschaft zwischen 1981 und 1990 war André Delehedde. Daneben war der radikalsozialistische Olivier Stirn zwischen 1981 und 1986 als fraktionsloser Abgeordneter ebenfalls Vizepräsident. Die UDF war während der 6. Legislaturperiode noch zweitstärkste Fraktion innerhalb der Gesellschaft<sup>386</sup>; in den 1980er Jahren war sie dann kaum noch vertreten.<sup>387</sup>

Präsidium Albert Ehm (UDR), Antoine Gissingier (UDR), René La Combe (UDR) und Germain Sprauer (UDR).

<sup>382</sup> RPR-Mitglieder während der 6. Legislaturperiode: als Präsident Roger Fossé, als Vizepräsident Antoine Gissingier, als Generalsekretär Louis Sallé sowie als Mitglieder im erweiterten Präsidium Joseph Comiti, Arnaud Lepercq und André-Georges Voisin.

<sup>383</sup> RPR-Mitglieder während der 7. Legislaturperiode: als Präsident Roger Fossé, als Vizepräsident René La Combe sowie als Mitglieder Émile Bizet (bis 1982), Michel Cointat, Pierre-Bernard Cousté (seit 1982), Antoine Gissingier und Charles Miossec.

<sup>384</sup> RPR-Mitglieder während der 8. Legislaturperiode: als Vizepräsident Roger Fossé und Michel Hannoun; RPR-Mitglieder während der 9. Legislaturperiode: Christiane Papon als Vizepräsidentin sowie René Couveinhes und Jean-Pierre Delalande.

<sup>385</sup> PS-Mitglieder während der 6. Legislaturperiode: als Vizepräsident Louis Mexandeau sowie als Mitglieder Alain Bonnet und Albert Denvers.

<sup>386</sup> Darunter Charles Deprez als Vizepräsident sowie René Feit als Mitglied des erweiterten Präsidiums.

<sup>387</sup> UDF-Mitglieder während der 7. Legislaturperiode: Henri Bayard und Emmanuel Hamel; UDF-Mitglied während der 9. Legislaturperiode: Jean Briane; in der 8. Legislaturperiode gab es keine UDF-Mitglieder mehr.

Betrachtet man die regionale Verteilung der Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft über den gesamten Zeitraum ihrer Existenz, also zwischen 1967 und 1990, so ist eine gewisse regionale Konzentration festzustellen: Der Großraum Paris (*Ile-de-France* mit insgesamt 19 Abgeordneten) war am stärksten vertreten, gefolgt vom französisch-deutschen Grenzgebiet (*Lorraine* mit 10 und *Alsace* mit 6 Abgeordneten) sowie vom Norden Frankreichs (*Nord-Pas-de-Calais* mit 15 Abgeordneten). An vierter Stelle waren die Regionen *Aquitaine*, *Centre* und *Rhône-Alpes* mit je 13 Abgeordneten ebenfalls relativ häufig vertreten. Anhand einer Auflistung nach Départements lassen sich noch deutlicher regionale Schwerpunkte aufzeigen. Die Rangliste wurde angeführt vom Département *Nord* mit 10 Abgeordneten, gefolgt von den Départements *Moselle* und *Seine-Saint-Denis* (mit je 6 Abgeordneten) sowie den Départements *Gironde*, *Hérault*, *Loire* und *Pas-de-Calais* (mit je 5 Abgeordneten).

### Die DDR-Reise von Edgar Faure 1974

Dass die Reise der Parlamentarierdelegation um Jacqueline Thome-Patenôtre im Januar 1964 zu einem Höhepunkt des politischen DDR-Tourismus vor der diplomatischen Anerkennung wurde, lag nicht zuletzt an der Koinzidenz mit der durch Edgar Faure vorbereiteten Anerkennung Chinas. Ziemlich genau zehn Jahre später, im Januar 1974, stellte die Reise von Edgar Faure (inzwischen Präsident der Nationalversammlung) in die DDR den nächsten Höhepunkt dieses parlamentarischen Tourismus dar. Die Reise war keineswegs ein isoliertes Ereignis, sondern aus verschiedenen Gründen ein konsequenter Abschluss der bisherigen Entwicklung in den Beziehungen auf parlamentarischer Ebene. Auch markiert sie den mit der Gründung der Freundschaftsgesellschaften in Nationalversammlung und Senat eingeleiteten Übergang zur parlamentarischen Diplomatie.

Von Haus aus Geschäftsanwalt und Spezialist für Wirtschaftsfragen, geriet Faure durch den Zweiten Weltkrieg in die Politik, wo er seine Heimat im Radikalsozialismus fand.<sup>388</sup> 1945 vertrat er Frankreich bei den Nürnberger Prozessen. Im selben Jahr entschied er sich für eine politische Karriere, die ihn innerhalb weniger Jahre bis hinauf in das Amt des Regierungschefs führte. In dieser Funktion spielte er eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen der Alliierten in Genf 1955, wobei er sich selbst als „rapprochiste“ bezeichnete, als Brückenbauer zwischen West und Ost.<sup>389</sup> Wenige Monate später, unmittelbar nach der Genfer Gipfelkon-

<sup>388</sup> Berstein, *Le radicalisme d'Edgar Faure*, S. 10f.

<sup>389</sup> AP, Sénat, 19 S 9: Protokoll der Sitzung vom 15. 3. 1955, S. 13f.: „C'est un problème [Verhältnis zwischen den Pariser Verträgen und den Ost-West-Verhandlungen – Ch. W.] très important car vous n'ignorez pas que je suis personnellement très favorable – et je l'ai toujours été – à tout ce qui comporte une négociation avec l'Est, un rapprochement avec l'Est. Je le dis sans aucune gêne. Je ne suis pas de sentiment communiste ou crypto-communiste sur le plan intérieur, mais je suis ‚rapprochiste‘, si je puis employer ce terme, (sourires) c'est-à-dire que nonobstant notre politique intérieure, nonobstant la différence de régime, nonobstant l'histoire de la dernière décade, nous devons tout faire pour maintenir le contact avec l'Est, pour engager des conversations, pour assurer une paix qui ne soit pas simplement la guerre froide.“

ferenz, sprach Faure sich vor dem Auswärtigen Ausschuss im Senat nicht nur für eine Besuchsdiplomatie auf höchster Ebene aus, sondern auch für den Ausbau der Kontakte auf parlamentarischer Ebene zwischen Ost und West.<sup>390</sup> Seine Vorstellung von einem Frankreich, das unabhängig von der binären Logik des Kalten Krieges seine internationale Position als Vermittler zwischen den Blöcken behaupten könne, entsprach auch seinem Naturell, dem Naturell eines kompromissbereiten Realpolitikers. Seine außenpolitische Konzeption, die auch sein Handeln in Genf bestimmte, ermöglichte ihm in den 1960er Jahren – trotz fortbestehender Bindung zum Radikalsozialismus – die Annäherung an Charles de Gaulle, in dessen Diensten er den Weg zur Anerkennung Chinas durch Frankreich ebnete.<sup>391</sup> Zwar hatten beide Politiker eine ähnliche außenpolitische Konzeption, eine ähnliche Auffassung von der internationalen Rolle Frankreichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Der entscheidende Unterschied bestand indes darin, dass Faure seit 1955 nicht mehr durch eine außenpolitische Funktion innerhalb der französischen Regierung gehalten war, seine Vorstellungen von Koexistenz mit den Imperativen einer an Verträge und Allianzen gebundenen Außenpolitik zu vereinbaren.

Ohne kommunistischen Ideen nahezustehen, hatte Faure im Laufe der Jahrzehnte ein großes Interesse für China und die Sowjetunion entwickelt. Das belegen nicht zuletzt seine zahlreichen Reisen. Seinem Engagement für Beziehungen und Kontakte mit den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs war er in jeder Situation seiner politischen Karriere treu geblieben. So hatte er sich beispielsweise als Senator (GD, Doubs) während der zweiten Berlin-Krise für die Entstehung von Städtepartnerschaften über den Eisernen Vorhang hinweg eingesetzt. Hintergrund dafür war die für 1960 vorgesehene Streichung von Subventionen im Budget des französischen Außenministeriums für die *Association du monde bilingue*, die spätere FMVJ – jene Gesellschaft also, die seit 1959/60 auch einen ganz entscheidenden Anteil an der Entstehung der französisch-ostdeutschen Städtepartnerschaften hatte. Faure kritisierte den Einfluss der Bürokratie im Außenministerium in diesen Fragen und sprach sich dafür aus, dieses Feld nicht allein den Kommunisten zu überlassen. Er konnte sich allerdings mit seinen Ansichten im außen- und verteidigungspolitischen Ausschuss des Senats nicht durchsetzen.<sup>392</sup> Zur selben Zeit unterstützte er eine von den EFA organisierte Konferenz zum „Problème de Berlin“. 1963 wurde er schließlich auch Mitglied im Nationalkomitee der Gesellschaft, dem er, unterbrochen nur durch die Tätigkeit als Mitglied der

<sup>390</sup> AP, Sénat 19 S 10: Protokoll der Sitzung vom 4. 8. 1955, S. 24.

<sup>391</sup> Colard, Edgar Faure et la politique internationale, passim.

<sup>392</sup> AP, Sénat, 48 S 2: Protokoll der Sitzung vom 26. 11. 1959, S. 7f.: „Je demande à la commission de proposer le rétablissement de la subvention en entier. Les jumelages accomplis par l'association ont été faits judicieusement en général. Je ne vois pas d'ailleurs pourquoi lui reprocher des jumelages avec des villes soviétiques. C'est à l'échelon municipal que nous pouvons apporter beaucoup aux Soviétiques, car c'est véritablement un échelon commun. D'autre part, je ne crois pas bon que la haute main en la matière soit laissée à la bureaucratie du Quai d'Orsay. [...] En matière de politique d'association, je ne suis pas d'accord; je maintiens qu'il n'est pas mauvais qu'une association de ce genre ne laisse pas à ‚France-URSS‘, par exemple, le monopole des relations avec les pays derrière le rideau de fer.“

Regierung Pompidou (1966–1968), bis zu seinem Tode angehörte. Faures Engagement im Bereich der französisch-ostdeutschen Beziehungen gründete nicht zuletzt auf der Annahme, dass nur eine Verkettung wirtschaftlicher und nationaler Interessen auf Dauer Frieden gewährleisten könne.<sup>393</sup> Sein auf Wirtschaftsbeziehungen fokussiertes Interesse an der DDR war auch Thema einer Rede, mit der er einen außerordentlichen Kongress der EFA im Herbst 1973 eröffnete. Während dieses Kongress, an dem eine ganze Reihe von Abgeordneten teilnahm, ganz allgemein dem Ausbau der französisch-ostdeutschen Beziehungen infolge der diplomatischen Anerkennung gewidmet war, beschränkte sich Faure in seiner Rede ausschließlich auf die Wirtschaftsbeziehungen als Mittel zur Gewährleistung friedlicher Koexistenz.<sup>394</sup> Bereits zu Beginn der 1970er Jahre war er zudem in die Aktivitäten der entsprechenden Freundschaftsgesellschaft der Nationalversammlung mit einbezogen worden: So hatte er im Oktober 1972 zusammen mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, Achille Peretti, und zahlreichen Vertretern dieser Gesellschaft eine bedeutende SED-Delegation in der Nationalversammlung empfangen. Außenminister Maurice Schumann hätte diesen öffentlich erbrachten Beweis für die Existenz parlamentarischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR vor der Aufnahme offizieller Beziehungen gerne verhindert. Allein, Georges Pompidou ließ Faure gewähren.<sup>395</sup>

Unter de Gaulle 1966 in die Regierung zurückgekehrt, ermöglichte ihm Pompidou 1972 zunächst, seine radikalsozialistisch inspirierte, links-gaullistische Sozialpolitik als Staatsminister der Regierung Messmer umzusetzen. Mit Pompidous Unterstützung gelangte Faure 1973 auch in das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung, nach der Verfassung das dritthöchste Amt des französischen Staates. De facto wird diesem Amt in der französischen Politik ein wesentlich geringerer Stellenwert beigemessen. Dennoch hatte Faure die Absicht, von hier aus in naher Zukunft das Erbe Pompidous anzutreten.<sup>396</sup> Mit diesen Ambitionen im Gepäck reiste er am 10. Januar 1974 als erster französischer Staatsmann in die DDR.

Geplant war die Reise ursprünglich für September 1973. Vonseiten der DDR-Regierung hatte man sich gewünscht, sie möge die Aufnahme der DDR in die

<sup>393</sup> Eine entsprechende handschriftliche Notiz findet sich in dem der DDR und den EFA gewidmeten Dossier in seinem Privatarchiv: „L'élimination de la guerre par son impossibilité grâce à l'imbrication des intérêts économiques et des intérêts nationaux.“ In: ANF, 505 AP, II/287.

<sup>394</sup> „Les relations économiques actuelles sont donc complexes. Nous sommes passés de la phase de la parataxe à celle de la syntaxe et ces relations économiques peuvent être un moyen d'assurer davantage la paix, c'est-à-dire la paix par l'impossibilité de faire la guerre étant donné qu'elle se heurterait à la fois aux intérêts matériels et également aux intérêts de l'intelligence, aux intérêts mentaux.“ In: Rencontres 78 (nov.-déc. 1973), S. 11f.

<sup>395</sup> ANF, 5 AG 2, 1009: Note von Raimond vom 17. 10. 1972 für Pompidou: „Il [Maurice Schumann – Ch. W.] souhaiterait vivement obtenir de vous l'autorisation de dire, en tant que ministre des Affaires étrangères, à M. Edgar Faure qu'il ne peut recevoir la délégation de la RDA. M. Schumann estime que l'accueil par un ministre d'État de cette délégation, invitée par le Parti communiste français, aurait un retentissement international regrettable.“ Cf. *ibid.* auch die Randglosse von Pompidou: „Je n'étais pas au courant mais d'après deux phrases d'Abrassimov à Rambouillet je comprends que M. Faure a accepté. (J'avais cru qu'il s'agissait de fonctionnaires).“

<sup>396</sup> Krakovitch, Edgar Faure, S. 186–190.

UNO im selben Monat befördern.<sup>397</sup> Faure hatte die Einladung Ende Juli 1973 angenommen, bereits zwei Wochen später unter Verweis auf die anstehenden Kantonalwahlen jedoch um eine Verschiebung der Reise gebeten.<sup>398</sup>

Das zentrale Problem bei ihrer Organisation, die über die Botschaften in Berlin und Paris abgewickelt wurde<sup>399</sup>, bestand in der Absicht von Faure, für diese Reise ein Flugzeug der staatlichen Flugbereitschaft (GLAM) zu nutzen und damit in Schönefeld zu landen.<sup>400</sup> Es sollte das erste Militärflugzeug der Westalliierten sein, welches auf dem Gebiet der DDR landete; problematisch vor allem deshalb, weil zu befürchten war, dass man von ostdeutscher Seite versuchen würde, sich in eine Angelegenheit einzumischen, die nach bestehendem Recht den vier in Berlin stationierten Alliierten vorbehalten war.<sup>401</sup> Außenminister Michel Jobert persönlich unterrichtete Faure über die mit diesem Flug verbundenen Probleme und die diesbezüglich durch das Außenministerium unternommenen Anstrengungen. Vor dem Hintergrund des tatsächlich betriebenen Aufwands lässt das Schreiben Joberts den Eindruck entstehen, dass die Reise von Faure beziehungsweise die Entwicklung offizieller Beziehungen auf parlamentarischer Ebene vor allem deshalb die volle Zustimmung des Ministers genoss, weil auf diese Weise ein gewisses Interesse an den Beziehungen mit der DDR bekundet werden konnte, ohne dass eine direkte Einbeziehung der Regierungsebene notwendig geworden wäre.<sup>402</sup> Das mit dem Flug verbundene Problem wurde erst einen Tag vor Reisebeginn gelöst, indem man sich darauf einigte, nicht einen der üblichen Flugkorridore der Alliierten nach Berlin, sondern einen Nord-Süd-Korridor von Dänemark aus zu nutzen.<sup>403</sup> Weder bei der An- noch bei der Abreise kam es zu dem bis zuletzt gefürchteten Zwischenfall, der eine Landung beziehungsweise einen Start auf dem West-

<sup>397</sup> ANF, 505 AP, II/287: Handschriftl. Notiz von Gadot (Sekretär von Faure), die der offiziellen Einladung durch Götting beigefügt ist: „G. Gosnat m’a téléphoné pour m’indiquer que le gouvernement de la RDA souhaiterait vivement que ce voyage (3 ou 4 jours) puisse avoir lieu avant la session de l’ONU de la mi-septembre. Ses amis vous en seraient, paraît-il, très reconnaissants. Ils obtiendraient ainsi avant leur entrée aux Nations unies la reconnaissance d’une haute personnalité internationale.“

<sup>398</sup> AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Brief von Faure vom 30. 7. 1973 an Götting (Präsident der Volkskammer): „C’est avec un très vif plaisir que j’ai pris connaissance de votre invitation à me rendre, en compagnie de mon épouse, en République démocratique allemande.“ Cf. ANF, 505 AP, II/287: Telegramm von Faure vom 16. 8. 1973 an Schramm (Geschäftsträger der DDR-Botschaft in Paris).

<sup>399</sup> AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Brief von Faure vom 18. 12. 1973 an Götting.

<sup>400</sup> Faure hatte daraus sogar eine Bedingung gemacht, um die Reise überhaupt anzutreten, cf. *ibid.*: Telegramm der DEU, Courcel, vom 4. 1. 1974.

<sup>401</sup> *Ibid.*: Note der DEU vom 26. 12. 1973; diese Note ist ein ausführliches Exposé der mit diesem Flug verbundenen politischen Probleme. Daneben ist die ungeheure Anzahl an Telegrammen und Noten im entsprechenden Dossier des MAE zu erwähnen, die in dieser Angelegenheit innerhalb weniger Wochen ausgetauscht wurden.

<sup>402</sup> ANF, 505 AP, II/287: Brief von Jobert vom 3. 1. 1974 an Faure: „Je me félicite du voyage officiel que vous allez entreprendre à Berlin-Est et en République démocratique allemande à l’invitation du président de la Chambre populaire. Je suis persuadé que cette visite, faite quelques mois après l’établissement de relations diplomatiques entre la France et la République démocratique allemande, contribuera à l’amélioration de nos relations avec cet État.“

<sup>403</sup> AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 9. 1. 1974.

Berliner Flughafen Tegel notwendig gemacht hätte. Der einzige diplomatische Zwischenfall, der sich während der Reise ereignete, war das unangekündigte Erscheinen des Ost-Berliner Stadtkommandanten der Nationalen Volksarmee während einer Zeremonie am Ehrenmal Unter den Linden.<sup>404</sup> Der *Quai d'Orsay* verzichtete jedoch auf eine offizielle Beschwerde gegenüber den ostdeutschen Behörden.

Die gewählte Maschine ermöglichte Faure, neben seiner Frau und zwei Beamten der Nationalversammlung, darunter der für die Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* in der Nationalversammlung zuständige Sekretär, auch zwei Journalisten mitzunehmen. Zentraler Bestandteil seines Aufenthaltes waren Gespräche, die er mit dem Präsidenten der Volkskammer (Gerald Götting), dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR (Horst Sindermann) sowie mit dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED (Erich Honecker) führte. Außerdem hatte Faure bei einem Essen Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem im Zentralkomitee der SED für die DDR-Außenpolitik zuständigen Hermann Axen. Der Geschäftsträger der französischen Botschaft, Jacques Jessel, der an den Gesprächen mit den Regierungsvertretern teilnehmen durfte, berichtete anschließend nach Paris, dass die ostdeutschen Gesprächspartner allesamt ihr Interesse an Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit Frankreich bekräftigt hätten. Von den Beziehungen auf politischer Ebene war, mit Ausnahme des mehrfach thematisierten Austausches der Botschafter, soweit aus den Quellen ersichtlich, nicht die Rede.<sup>405</sup>

Ein Jahr später lud Edgar Faure den Präsidenten der Volkskammer der DDR, Gerald Götting, zu einem viertägigen Aufenthalt nach Frankreich ein.<sup>406</sup> Überzeugt von der Bedeutung persönlicher Treffen, organisierte Faure für seinen Gast Gespräche mit Außenminister Jean Sauvagnargues und Premierminister Jacques Chirac. Die parlamentarische Ebene diente mithin der Initiierung erster Treffen zwischen Vertretern beider Regierungen.

## Die Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat

Parallel zur Neugründung der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung entstand 1970 auch im Senat eine vergleichbare Freundschaftsgesellschaft. Soweit aus den Archiven ersichtlich, waren deren Aktivitäten jedoch weit weniger

<sup>404</sup> Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 14. 1. 1974: „Le seul élément déplaisant qui ait marqué ce voyage a été l'apparition non annoncée du commandant militaire est-allemand de la ville, lors de la cérémonie au mémorial des Victimes du fascisme. [...] De toute façon il n'y a rien là qui soit de nature à modifier notre position sur le statut démilitarisé de Berlin.“ Siehe dazu auch das Titelbild des 2012 erschienenen Themenheftes von Wenkel/Robin-Hivert (Hrsg.), „La diplomatie parlementaire en France après 1945“ der Zeitschrift *Parlement[s]*; und die dazugehörige Beschreibung, S. 129–131.

<sup>405</sup> Cf. dazu das entsprechende Dossier im Archiv des französischen Außenministeriums, AMAE, RDA 1971–1976, 3104.

<sup>406</sup> AP, Assemblée, 2004-019/43: Brief von Faure vom 20. 11. 1974 an Götting: „Lors du séjour que j'ai effectué sur votre invitation dans votre pays en janvier dernier, nous avons pu constater ensemble le rôle bénéfique important que jouent, dans le développement des relations internationales, les contacts directs et personnels entre hommes politiques.“

umfangreich.<sup>407</sup> Dies kann unter anderem auf strukturelle Ursachen zurückgeführt werden. Ungeachtet der systembedingten Unterschiede verfügten die Nationalversammlung und die unter ihrem Dach entstandene Freundschaftsgesellschaft gewissermaßen über natürliche Ansprechpartner in der DDR: die Volkskammer und die Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich der Volkskammer. Dem Senat indessen und der dort ansässigen Freundschaftsgesellschaft fehlten eigene Ansprechpartner in der DDR. Hinzu kam, dass man sich von ostdeutscher Seite offensichtlich bewusst auf die Beziehungen mit der Nationalversammlung konzentrierte.<sup>408</sup> Als sich die Freundschaftsgesellschaft des Senats zu Beginn der 1980er Jahre an einem toten Punkt befand, wandte sich der EFA-Generalsekretär an die Deufra in Ost-Berlin mit der Aufforderung, die Volkskammer möge mit dem Senat ebensolche Beziehungen unterhalten wie mit der französischen Nationalversammlung.<sup>409</sup> Für die Vorrangstellung des *Groupe parlementaire d'étude des échanges franco-allemands* ist es bezeichnend, dass sie dem *Groupe sénatorial* in verschiedener Hinsicht als Modell diente und selbst der Name in Analogie zu dem in der Nationalversammlung gefundenen Kompromiss gebildet wurde.<sup>410</sup> Auch ist auffällig, dass bei gemeinsamen Veranstaltungen beider Freundschaftsgesellschaften die der Nationalversammlung federführend war.<sup>411</sup> Die beteiligten Senatoren wirkten, soweit aus den vorhandenen Archiven ersichtlich, sehr viel reservierter als ihre Kollegen aus der Nationalversammlung und waren stärker auf ihre Unabhängigkeit bedacht.

Um die Gründung einer Freundschaftsgesellschaft im Senat zu initiieren, hatte André Hauriou, EFA-Präsident und ehemaliger Senator, im März 1970 eine Reihe von Senatoren zu einem Essen eingeladen. Hauriou verlieh seinem Anliegen Nachdruck, indem er sich auf ältere Traditionen bezog – gemeint waren Reisen in

<sup>407</sup> Die Rekonstruktion dieser Aktivitäten wird durch eine unbefriedigende Quellensituation erschwert. Trotz umfangreicher Recherchen der zuständigen Archivare konnte im Archiv des Senats kein entsprechendes Dossier ausfindig gemacht werden. Die folgenden Ausführungen basieren ausschließlich auf einem Dossier aus dem Archiv der EFA.

<sup>408</sup> Bei der von französischer Seite geplanten Einladung einer Volkskammerdelegation durch den Senat sah sich der EFA-Generalsekretär genötigt, seine ostdeutschen Ansprechpartner davor zu warnen, eine solche Einladung zu unterschätzen, cf. AEFA, *Groupe sénatorial*: Brief von EFA, Lenoir, vom 30. 6. 1972 an die Deufra: „À mon avis, toute sous-estimation d'une telle invitation, puisqu'elle émane du Sénat, serait nuisible.“

<sup>409</sup> *Ibid.*: Brief von EFA, Duc, vom 10. 12. 1980 an die Deufra, Scholz: „Notre Comité national [EFA-Nationalkomitee, dem auch Vertreter der Freundschaftsgesellschaft im Senat angehörten – Ch. W.] du 15 novembre dernier souhaite voir s'établir des relations entre la Chambre du peuple et le Sénat comme il en existe avec l'Assemblée nationale.“

<sup>410</sup> *Ibid.*: Brief von EFA, Lenoir, vom 11. 5. 1970 an Restat.

<sup>411</sup> Als Beispiel ließe sich der Frankreich-Aufenthalt einer SED-Delegation im Oktober 1972 anführen, an deren Empfang im Wesentlichen Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft der Nationalversammlung beteiligt waren. Erst wenige Tage vor einem aus diesem Anlass organisierten Essen wurde der Präsident der Freundschaftsgesellschaft im Senat angefragt, ob er an diesem Essen ebenfalls teilnehmen wolle, cf. *ibid.*: Brief von EFA, Lenoir, vom 17. 10. 1972 an Péridier; cf. auch *ibid.*: Brief von EFA, Lenoir, vom 29. 4. 1971 an das Präsidium der Freundschaftsgesellschaft im Senat bezüglich einer in der Nationalversammlung veranstalteten Diskussionsrunde über die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR.

die DDR, an denen die eingeladenen Senatoren im vorangegangenen Jahrzehnt teilgenommen hatten.<sup>412</sup> Tatsächlich gehörten die Mitglieder der kurz darauf gegründeten Gesellschaft in den ersten Jahren ihres Bestehens mehrheitlich (zu über 50%) zu jenem Personenkreis, der seit 1959 die DDR bereist hatte – fast alle ehemaligen Delegationsteilnehmer wurden zwischen 1970 und 1974 Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft, soweit sie zu diesem Zeitpunkt noch über ein Mandat verfügten. Darunter auch ihr erster Präsident, Étienne Restat (GD, Lot-et-Garonne), der die DDR 1960 als Vorsitzender des landwirtschaftspolitischen Ausschusses bereist hatte. Die weiteren Mitglieder des Präsidiums waren vornehmlich an Delegationen vom September 1959 und vom Januar 1964 beteiligt gewesen.<sup>413</sup> Insbesondere die von Marcel Pellenc (GD, Vaucluse) im Januar 1964 geleitete Senatorendelegation scheint den EFA als Ausgangspunkt gedient zu haben, um interessierte Personen zu kontaktieren.<sup>414</sup> Pellenc, der als Leiter mehrerer Delegationsreisen in die DDR bereits seit dem Ende der 1950er Jahre in den parlamentarischen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR eine Schlüsselrolle innehatte, wurde zwar nicht Präsident der Freundschaftsgesellschaft, nahm aber auf ihre Gründung trotzdem entscheidenden Einfluss. Es war Pellenc, der den Präsidenten auswählte.<sup>415</sup> Und er war es auch, der nach dem von den EFA organisierten Essen Ende April 1970 eine Sitzung im Senat einberief, um die Gründung vorzubereiten.

In seinem Einladungsschreiben verwies der Wirtschaftsexperte Pellenc auf das Interesse Frankreichs an der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten, insbesondere auf wirtschaftlicher Ebene. Seine mit der Gründung einer solchen Gesellschaft verbundenen Ambitionen gingen deutlich über die im Namen (*Groupe sénatorial d'étude*) suggerierte Untersuchung der mit diesen Beziehungen verbundenen Probleme hinaus. Angestrebt wurde vielmehr der Ausbau der Beziehungen selbst. Das Schreiben zeugt somit in gewisser Hinsicht vom Bewusstsein um die Bedeutung der parlamentarischen Ebene in den französisch-ostdeutschen Beziehungen.<sup>416</sup>

<sup>412</sup> Ibid.: Rundschreiben der EFA, Hauriou, vom 26. 3. 1970: „Il nous serait agréable de pouvoir nous entretenir avec vous de prochains voyages et de la constitution éventuelle d'un groupe parlementaire des EFA au Sénat.“ Unter den Adressaten waren laut einer handschriftlichen, dem Brief beigefügten Notiz: Georges Dardel (n.i.), Marcel Pellenc (GD), Louis Namy (PCF), Jean Bardol (PCF), Léon David (PCF), Serge Boucheny (PCF), Marcel Boulangé (PS), Auguste Billiemaz (GD), Étienne Restat (GD), Jean Noury (UCDP) und René Tinant (UCDP).

<sup>413</sup> Einzige Ausnahme war Maurice Lalloy (UDR).

<sup>414</sup> Im Dossier „Groupe sénatorial“ der AEFA finden sich mehrere Listen dieser Delegationsreise, wobei nicht alle dort genannten Senatoren die Reise tatsächlich angetreten hatten. Dennoch wurden alle dort aufgeführten Senatoren, die 1970 noch über ein Mandat verfügten, unter ihnen auch Étienne Restat, Mitglied in der Freundschaftsgesellschaft.

<sup>415</sup> Ibid.: Brief von Pellenc vom 13. 5. 1970 an die EFA, Lenoir.

<sup>416</sup> Ibid.: Rundschreiben von Pellenc vom 20. 4. 1970: „[...] il m'a paru qu'au moment où semble s'effectuer la recherche d'une formule d'accord entre la République fédérale allemande [sic] et la République démocratique allemande, comme en témoignent les conversations entre M. Willy Brandt et M. Stoph, la France n'aurait qu'à gagner à suivre de très près ces discussions et aurait intérêt à grouper ceux de nos collègues qui s'inté-

Die Einladung erging auch im Namen von fünf weiteren Senatoren, die zusammen mit Pellenc das künftige Präsidium der Gesellschaft bilden sollten, und richtete sich ausdrücklich an die Mitglieder der Senatsausschüsse für Wirtschaft, Kultur und Soziales, nicht jedoch an die Mitglieder des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses. Nicht ganz zufällig wurde die Gründung der Freundschaftsgesellschaft dennoch zu einem Thema in diesem Ausschuss. Auslöser war eine Diskussion über künftige Delegationsreisen, unter anderem auch über den Vorschlag von Serge Boucheny (PCF, Paris), im Zuge der deutsch-deutschen Verhandlungen eine Delegation in die DDR zu entsenden. Der Präsident des Ausschusses, André Monteil (UCDP, Finistère), hatte seinerseits eine offizielle Einladung seines Amtskollegen der Volkskammer erhalten. Monteil, der sich zunächst mit Maurice Schumann beraten hatte, bezeichnete den Zeitpunkt dafür als ungeeignet, da man keinen Einfluss auf den Gang der Entwicklung in Deutschland nehmen solle.<sup>417</sup> Gleichzeitig verwies er auf das Schreiben von Pellenc und auf die Möglichkeit inoffizieller Reisen interessierter Ausschussmitglieder in die DDR. Im weiteren Verlauf der Diskussion ging es vor allem um die Frage, unter welchen Bedingungen eine Reise von Senatoren in die DDR legitim sei. Boucheny verteidigte sein Anliegen mit dem Mangel an Informationen aus erster Hand über den Stand der deutsch-deutschen Verhandlungen. Unterstützung erhielt er von Louis Martin (RI, Loire), der die deutsche Teilung als größtmögliche Sicherheitsgarantie für Frankreich und in einem drastischen Vergleich darüber hinaus als ideale „Magenot-Linie“ bezeichnete.<sup>418</sup>

André Monteil forderte die interessierten Ausschussmitglieder schließlich dazu auf, an der von Pellenc organisierten Sitzung teilzunehmen, und kündigte an, mit dem Senatspräsidenten die Modalitäten für die Reise einiger Senatoren in die DDR zu klären.<sup>419</sup> Zwar lässt sich nicht ermitteln, wer dieser Aufforderung tatsächlich nachgekommen ist. Es ist aber festzuhalten, dass der Freundschaftsgesell-

ressent au problème des relations normales entre la France et la République démocratique allemande, dont ne peuvent que bénéficier à l'heure actuelle nos échanges économiques entre [sic] les deux pays, sans aller dès maintenant jusqu'à la formation d'un groupe, d'amitié analogue à ceux qui existent entre la France et les pays situés derrière le rideau de fer [...], nous pourrions envisager la constitution d'un groupe de parlementaires s'intéressant à l'étude des problèmes qui se posent pour la meilleure compréhension des positions respectives de la France et la République démocratique allemande et aider éventuellement au développement, sur tous les plans, des relations avec ce pays.“

<sup>417</sup> AP, Sénat, 48 S 12: Protokoll der Sitzung vom 22. 4. 1970, S. 7f.: „Il s'agit là d'une question importante et délicate dont j'ai cru devoir m'entretenir avec le ministre, M. Maurice Schumann. Pour ma part, j'estime que, compte tenu de nos liens avec la République fédérale, nous ne pouvons aller plus vite que les événements. Des négociations entre les deux Allemagnes sont en cours, laissons-les se dérouler. Ne donnons pas l'impression de vouloir accélérer le cours des choses et exercer ce qui pourrait apparaître comme une pression indirecte.“

<sup>418</sup> Ibid., S. 8: „Pour ma part je ne verrais pas d'inconvénient à ce que quelques collègues aillent sur place s'informer de la situation exacte. Je m'y suis moi-même rendu et je ne crois pas que l'on ait cherché à faire pression sur moi. Cela dit, je me réjouis de l'existence de deux Allemagnes. C'est la meilleure ligne Maginot qui soit!“

<sup>419</sup> Ibid., S. 9.

schaft des Senats zwischen 1970 und 1973 insgesamt zehn Mitglieder des Ausschusses angehörten.<sup>420</sup> Unter ihnen befand sich mit Jean Périquier (PS, Hérault) nicht nur einer seiner Vizepräsidenten, sondern auch Gaston Monnerville (GD, Lot), der als ehemaliger Senatspräsident häufig Adressat von Glückwunschtelegrammen der DDR-Regierung gewesen war und in dessen Amtszeit (1959–1968) sich wiederholt das Problem der Reisen von Senatoren in die DDR, nicht selten aus seiner eigenen Fraktion, gestellt hatte.

Eine Reise des Auswärtigen Ausschusses des Senats in die DDR war vor allem deshalb mit besonderen Komplikationen verbunden, weil dieser Ausschuss seit 1958 – im Gegensatz zu seinem Pendant in der Nationalversammlung – gleichzeitig für verteidigungspolitische Angelegenheiten zuständig war. Die Anwesenheit von Parlamentariern in Ost-Berlin mit besonderen Kompetenzen in Fragen der Verteidigung und der französischen Armee war jedoch aus Sicht des *Quai d'Orsay* nicht mit der französischen Haltung in der Berlin-Frage zu vereinbaren. Dieses Prinzip blieb auch nach der diplomatischen Anerkennung gültig. Dennoch stand in den folgenden Jahren die Frage einer Reise des Ausschusses wiederholt im Raum. Jean Lecanuet (UCDP, Seine-Maritime) nahm als dessen Präsident beim Empfang einer Volkskammerdelegation im November 1972 im Senat eine entsprechende Einladung offiziell entgegen.<sup>421</sup> Und auch sein Nachfolger, André Colin (UCDP, Finistère), schien an dieser Einladung festhalten zu wollen.<sup>422</sup> Im Herbst 1974 plante der Ausschuss im Kontext der KSZE-Verhandlungen schließlich eine Reise durch Osteuropa mit einem Aufenthalt in der DDR.<sup>423</sup> Dass der DDR innerhalb dieses Projekts ein besonderer Stellenwert zukam, zeigt sich daran, dass die Delegation von Jean Périquier, Ausschussvizepräsident und seit 1971 auch Präsident der Freundschaftsgesellschaft im Senat, geleitet werden sollte.<sup>424</sup> Das Ansinnen wurde vom Außenministerium jedoch erneut mit einem Hinweis auf die französische Haltung in der Berlin-Frage zurückgewiesen. Dass man dabei auf ein Schreiben des früheren Außenministers Schumann zurückgriff, verdeutlicht, dass sich die französische Haltung gegenüber der DDR in einem ganz zentralen Punkt trotz diplomatischer Anerkennung nicht gewandelt hatte.<sup>425</sup>

<sup>420</sup> Serge Boucheny (PCF), Marcel Boulangé (PS), Roger Carcassonne (PS), Jean-Baptiste Dufeu (GD), Jean Gravier (UCDP), Michel Kauffmann (UCDP), Gaston Monnerville (GD), Jean Périquier (PS), Abel Sempé (GD) und Édouard Soldani (PS), cf. genaue Auflistung der Zusammensetzung im Anhang (CD-ROM); Louis Martin (RI) wurde erst 1974 Mitglied der Freundschaftsgesellschaft.

<sup>421</sup> AEFA, Groupe sénatorial: Undatiertes Communiqué, das anschließend auch in *Rencontres* abgedruckt wurde.

<sup>422</sup> *Ibid.*: Brief vom Sénat, GA France-RDA, Laporte (administrateur du Sénat), vom 25. 1. 1974 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

<sup>423</sup> AP, Sénat, 48 S 17: Protokoll der Sitzung vom 18. 12. 1974.

<sup>424</sup> AP, Sénat, 48 S 18: Protokoll der Sitzung vom 20. 3. 1975.

<sup>425</sup> AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Undatierter Brief von Maurice Schumann an den Präsidenten des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses des Senats: „Je me félicite du désir de la commission d'élargir et de mettre à jour son information sur des pays avec lesquels la France entretient des rapports qui sont déjà souvent fructueux et qui sont appelés à se développer encore. [...] Comme vous le savez la France, en reconnaissant cet État, a maintenu sa position juridique selon laquelle le statut de Berlin reste valable pour la ville tout entière y compris le secteur oriental où se trouve le siège du

Nachdem bei der von Pellenc Ende April 1970 organisierten Informationssitzung die Formierung einer Freundschaftsgesellschaft im Senat beschlossen worden war, lud Étienne Restat als designierter Präsident wenig später zur eigentlichen Gründung der Gesellschaft am 13. Mai 1970.<sup>426</sup> Umgehend, und damit sogar noch vor Erhalt einer offiziellen Genehmigung, plante die neu gegründete Gesellschaft mit Unterstützung der EFA für Anfang Juni desselben Jahres eine erste DDR-Reise unter Leitung von Restat.<sup>427</sup> Über die Wünsche und Interessen der Reisetilnehmer wurde der Generalsekretär der Interparlamentarischen Gruppe der Volkskammer durch den EFA-Generalsekretär Roland Lenoir informiert. So wurde ausdrücklich darum gebeten, längere Diskussionen und Empfänge auf ein Minimum zu reduzieren. Als unverzichtbare Gesprächspartner wurden je ein Vertreter des MfAA und des Ministeriums für Außenhandel genannt, da die Mehrheit der Reisenden Mitglieder des wirtschaftspolitischen Ausschusses im Senat waren (*Commission des Affaires économiques et du Plan*). Ansonsten sollte das Programm im Wesentlichen Besichtigungen von Universitäten sowie landwirtschaftlichen und industriellen Einrichtungen enthalten.<sup>428</sup> Das Interesse an der ostdeutschen Planwirtschaft und der Verstaatlichung der Industrie dominierte offensichtlich auch weiterhin das Interesse an der DDR, soweit im Senat vorhanden. Der Briefwechsel zwischen EFA und Interparlamentarischer Gruppe in Vorbereitung dieser Reise enthält auch einen Hinweis auf den Zeitpunkt der Genehmigung der Freundschaftsgesellschaft durch das Präsidium des Senats: In einem Brief Ende Mai war von ihrer offiziellen Konstituierung „in den nächsten Tagen“ die Rede.<sup>429</sup> Nachdem die Reise auf September verschoben worden war, wurde nun an deren Vorbereitung auch ein Beamter des Senats als zuständiger Sekretär der Freundschaftsgesellschaft beteiligt.<sup>430</sup> Das Programm der Reise sah entsprechend der von französischer Seite geäußerten Wünsche die Besichtigung mehrerer Betriebe vor.

gouvernement de la RDA.“ Es ist unklar, wann dieses Schreiben entstanden ist. Übermittelt wurde es durch die Europa-Abteilung des MAE am 6. 2. 1975 an das Kabinett des neuen Außenministers, Jean Sauvagnargues. Sollte Schumann es noch als Außenminister unterzeichnet haben, so müsste es dem Wortlaut zufolge zwischen der Anerkennung der DDR im Februar 1973 und seiner Abdankung als Minister im März desselben Jahres entstanden sein. Adressat wäre in diesem Fall Jean Lecanuet. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass Schumann dieses Schreiben später, d. h. als Senator und Mitglied der Freundschaftsgesellschaft France-RDA im Senat verfasst hat, da sich der Brief ausdrücklich auf ein Reiseprojekt bezog, welches eine Reise in die DDR, nach Ungarn und nach Polen vorsah. Ein solches Projekt wurde jedoch erstmalig in der Sitzung des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses vom 18. 12. 1974 erwähnt. In diesem Fall wäre André Colin der Adressat.

<sup>426</sup> AEFA, Groupe sénatorial: Rundschreiben von Restat vom 6. 5. 1970.

<sup>427</sup> Teilnehmer (laut Planung): Étienne Restat (GD), Marcel Boulangé (PS), Jean Périquier (PS), George Dardel (n.i.), Marcel Gargar (PCF) und Léon David (PCF), cf. *ibid.*: Brief von EFA, Lenoir, vom 13. 5. 1970 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

<sup>428</sup> *Ibid.*

<sup>429</sup> AEFA, Groupe sénatorial: Brief von EFA, Lenoir, vom 21. 5. 1970 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

<sup>430</sup> *Ibid.*: Brief vom Sénat, GA France-RDA, Chevallier (administrateur au service), vom 3. 8. 1970 an die EFA, Lenoir.

Auffallend sind der im Gegensatz zu früheren Reisen besonders hohe Anteil rein touristischer Programmpunkte und das weitgehende Fehlen von Treffen mit hochrangigen DDR-Politikern. Auch fehlte der Besuch einer KZ-Gedenkstätte, stattdessen stand der Besuch in Potsdam-Cäcilienhof auf dem Programm.<sup>431</sup> Die Zusammensetzung der in die DDR reisenden Delegation und damit auch deren Qualität hatten sich hingegen nach dem im Mai ausgearbeiteten Projekt fast vollständig gewandelt: Weder Étienne Restat noch Jean Péridier gehörten ihr an, und auch Marcel Pellenc konnte nicht, wie vorgesehen, teilnehmen.<sup>432</sup>

Nur wenige Tage nach Rückkehr der Delegation entschloss sich Restat, das Amt des Präsidenten krankheitsbedingt abzugeben.<sup>433</sup> Zwar übernahm Marcel Pellenc die Funktion bei entsprechenden Anlässen kommissarisch. Dennoch fehlte es der Gesellschaft über ein Jahr lang an einem geeigneten Nachfolger, der sich zu der Aufgabe bereitfand. Diese Situation erklärt auch das Ausbleiben regelmäßiger Aktivitäten. Mehrere Mitglieder lehnten die Präsidenschaft der Freundschaftsgesellschaft ab, was in den meisten Fällen mit Arbeitsüberlastung begründet wurde, so zum Beispiel von Marcel Pellenc oder von Raymond Brun (UDR).<sup>434</sup> Auguste Pinton (GD) stellt in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar: Er begründete seine Ablehnung mit einer persönlichen Abneigung gegenüber der zu engen Zusammenarbeit mit DDR-Vertretern.<sup>435</sup>

Erst im Oktober 1971 fand sich Jean Péridier (PS, Hérault) bereit, das Amt des Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft zu übernehmen.<sup>436</sup> Péridier war zu dieser Zeit einer der führenden sozialistischen Politiker im Senat. Als SFIO-Mitglied seit Ende der 1920er Jahre gehörte er jenem Flügel der Partei an, der den Radikalsozialisten besonders nahestand. Während der Zeit der Besatzung hatte er sich im Widerstand als Anwalt von Christian Pineau, dem späteren Außenminister, einen Namen gemacht. Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Senats galt sein politisches Interesse insbesondere der französischen Außenpolitik. Bezeichnend für das Engagement zahlreicher französischer Politiker für die DDR war das Engagement Péridiers als Präsident zweier Freundschaftsgesellschaften im Senat (*France-Pologne* und *France-RDA*) zugunsten der Oder-Neiße-Grenze.

Zwischen 1970 und 1974 wurde mit Ausnahme des Radikalsozialisten Auguste Billiemaz (GD, Ain) auch das übrige Präsidium der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* ausgewechselt. Damit wandelte sich nicht nur ihre parteipolitische Zusammensetzung, sondern auch ihre Altersstruktur: Gegenüber dem 1970 for-

<sup>431</sup> Ibid.: Undatierter Programmvorschlag (in französischer Sprache) für die Reise einer Senatorendelegation vom 21. bis zum 30. 9. 1970.

<sup>432</sup> Teilnehmer: Auguste Billiemaz (GD), Jean Aubin (UCDP), Léon David (PCF), Marcel Gargar (PCF) und Louis Namy (PCF), cf. *ibid.*: Briefe von EFA, Lenoir, vom 24. und 26. 8. 1970 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

<sup>433</sup> Ibid.: Brief von Restat vom 3. 10. 1970 an die EFA, Lenoir.

<sup>434</sup> Ibid.: Brief von Brun vom 21. 7. 1971 an die EFA, Lenoir.

<sup>435</sup> Ibid.: Brief von Pinton vom 14. 6. 1971 an die EFA, Périllier: „Je ne ressens de mes contacts avec la RDA aucune envie particulière de collaborer étroitement avec ses représentants.“

<sup>436</sup> Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 8. 10. 1971 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Sieber.

mierten Präsidium, dessen Mitglieder mit Ausnahme des Kommunisten Jean Bardol einer um die Jahrhundertwende geborenen Generation angehörten<sup>437</sup>, bestimmten in dem bis 1974 neu formierten Präsidium jene Senatoren das Bild, die nach dem Ersten Weltkrieg geboren worden waren.<sup>438</sup> In parteipolitischer Hinsicht verringerte die radikalsozialistische GD-Fraktion zugunsten einer größeren Repräsentanz der im Senat vertretenen politischen Kräfte ihren Einfluss im Präsidium der Freundschaftsgesellschaft.

Als neu gewählter Präsident leitete Périquier im Februar 1972 eine Delegation der Freundschaftsgesellschaft auf ihrer DDR-Reise, an der sich mit Serge Boucheny (PCF, Paris) und Louis Martin (RI, Loire) genau jene Mitglieder des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses beteiligten, die sich bereits zwei Jahre zuvor für einen Besuch des Ausschusses in der DDR eingesetzt hatten.<sup>439</sup> In seinem Schreiben an den Oberbürgermeister von Weimar, einer Station während dieser Reise, bedankte sich Périquier für Einblicke in die lokale Verwaltungsarbeit sowie für die Besichtigung einer LPG und unterstrich das gemeinsame Interesse, ein „neues Buchenwald“ zu verhindern.<sup>440</sup>

Im Gegenzug lud Périquier für November 1972 eine Delegation ostdeutscher Parlamentarier ein.<sup>441</sup> Unklar ist jedoch, von wem die Initiative dafür ausging. In einem Schreiben an Périquier vom Juni 1972 hatte Boucheny ihn über ein Treffen mit einem Volkskammerabgeordneten informiert, der ihm den Wunsch der Volkskammer nach einer Einladung durch den Senat übermittelt habe, ergänzt um die Bemerkung, dass jetzt wohl der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, um eine offizielle Einladung auszusprechen.<sup>442</sup> Périquier hatte sich einverstanden erklärt, aber zur Bedingung gemacht, dass die nötigen finanziellen Mittel durch den Senat genehmigt werden würden.<sup>443</sup> Da die bewilligten Mittel jedoch nicht aus-

<sup>437</sup> Präsidium 1970: Étienne Restat (GD), Jean Bardol (PCF), Auguste Billiemaz (GD), Marcel Boulangé (PS), Maurice Lalloy (UDR), Jean Noury (UCDP) und Marcel Pellenc (GD).

<sup>438</sup> Präsidium 1974 unter der Leitung von Jean Périquier (PS): Auguste Billiemaz (GD), Serge Boucheny (PCF), Louis Martin (RI) und Francis Palmero (UCDP) als Vizepräsidenten; René Chazelle (PS) als Schatzmeister; Charles Ferrant (UCDP), René Monory (UDR) und Hector Viron (PCF) als Sekretäre.

<sup>439</sup> Teilnehmer: Marcel Pellenc (GD), André Aubry (PCF), Serge Boucheny (PCF), Charles Ferrant (UCDP), Pierre Maille (UCDP; kein Mitglied der Freundschaftsgesellschaft), Louis Martin (RI), Fernand Poignant (PS), Jean Périquier und die für die Freundschaftsgesellschaft zuständige Senatssekretärin, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Brief von Périquier vom 22. 1. 1972 an das MAE, Schumann.

<sup>440</sup> AEFA, Groupe sénatorial: Abschrift der Übersetzung eines Briefes von Périquier vom 21. 2. 1972 an den Oberbürgermeister von Weimar: „Ihre und unsere Gedanken über die Erziehung einer neuen heranwachsenden Generation sind die gleichen – wir wollen wie Sie ein neues Buchenwald verhindern, wir wollen mit Ihnen gemeinsam für die Freiheit und für den Frieden kämpfen.“

<sup>441</sup> Ibid.: Brief von Périquier vom 29. 8. 1972 an Seigewasser: „Nous pourrions ainsi poursuivre nos discussions sur les divers problèmes intéressant nos deux pays et sur les meilleurs moyens d'intensifier dans tous les domaines les relations qui doivent exister entre eux.“

<sup>442</sup> Ibid.: Brief von Boucheny vom 9. 6. 1972 an Périquier.

<sup>443</sup> Ibid.: Brief von Périquier vom 10. 6. 1972 an Boucheny: „Il ne s'agit pas, en effet, d'envoyer une invitation à la légère, sans savoir si ensuite nous pourrions payer les frais de déplacement et de séjour.“

reichten, wandte er sich auch an das Außenministerium.<sup>444</sup> Schumann habe sich, so Périquier, zwar der Einladung gegenüber aufgeschlossen gezeigt, eine Finanzierung durch das Außenministerium allerdings ausgeschlossen.<sup>445</sup> Während Périquier sich um die Finanzierung kümmerte, überließ er seinem Kollegen und Vizepräsidenten Boucheny die weitere Organisation sowie die Erstellung eines Programms. Dies war vor allem von touristischen Terminen geprägt, darunter ein Besuch im Heimatbezirk von Périquier. Erst gegen Ende des Aufenthaltes war eine Sitzung im Senat vorgesehen, verbunden mit dem Ziel, ein gemeinsames Arbeitsprogramm auszuarbeiten.<sup>446</sup>

Empfangen wurde die Delegation im Senat durch den Präsidenten des außen- und verteidigungspolitischen Ausschusses, Jean Lecanuet (UCDP, Seine-Maritime). Bei einem weiteren Empfang im *Palais du Luxembourg* war auch der Senatspräsident, Alain Poher (UCDP, Val-de-Marne), zugegen. Poher lobte bei dieser Gelegenheit die Pioniertätigkeit der EFA in den französisch-ostdeutschen Beziehungen und zeigte sich von der baldigen Anerkennung der DDR überzeugt.<sup>447</sup>

Wie im Fall der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung waren die EFA zu Beginn der 1970er Jahre auch an der Organisation der Aktivitäten der Freundschaftsgesellschaft des Senats beteiligt. Sowohl Restat als auch Périquier kamen der Aufforderung nach, dem Präsidium der EFA beizutreten, um die Verbindung zwischen beiden Organisationen zu gewährleisten.<sup>448</sup> Auch ihre Nachfolger, Philippe Machefer (PS, Yvelines) und Pierre Matraja (PS, Bouches-du-Rhône), setzten diese Tradition in den 1980er Jahren fort. Eine Anfrage von Lenoir, derzufolge sich die Senatoren (ähnlich wie die Abgeordneten der Nationalversammlung) schriftlich zum Thema Anerkennung der DDR und Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR äußern sollten, wurde von Périquier jedoch abgelehnt. Gegenüber dem EFA-Generalsekretär bestand er auf einem vorsichtigeren Verhalten und hielt es in Abstimmung mit dem Außenminister Schumann für unangebracht, die Ostpolitik der Bundesrepublik durch öffentliche Erklärungen seitens französischer Parlamentarier zu behindern.<sup>449</sup>

Weil Périquier eine Vernachlässigung des „deutschen Problems“ befürchtete, dessen Lösung vor allem im französischen Interesse liege, hatte er Schumann bei gleicher Gelegenheit drei miteinander verschränkte Fragen zur deutschen Einheit,

<sup>444</sup> Ibid.: Brief von Périquier vom 23. 6. 1972 an die EFA, Lenoir.

<sup>445</sup> Ibid.: Brief von Périquier vom 29. 8. [1972] an Boucheny: „Il [Maurice Schumann – Ch. W.] comprend très bien notre souci d’inviter une délégation [...]“

<sup>446</sup> Ibid.: Programm für den Frankreichbesuch einer Volkskammerdelegation vom 21. bis zum 28. 11. 1972.

<sup>447</sup> Ibid.: Undatiertes Communiqué, das anschließend auch in *Rencontres* abgedruckt wurde.

<sup>448</sup> Ibid.: Briefe von EFA, Lenoir, vom 11. 5. 1970 an Restat und vom 22. 2. 1972 an Périquier.

<sup>449</sup> Ibid.: Brief von Périquier vom 1. 3. 1972 an die EFA, Lenoir: „Pour moi, il faut éviter tout acte ou toute déclaration qui pourrait ensuite être exploité en RFA par les adversaires de l’Ostpolitik. J’estime, par conséquent, qu’il vaut mieux pour l’instant éviter ces déclarations écrites de la part de nombreux parlementaires sur la reconnaissance éventuelle de la RDA.“ Périquier bezog sich dabei auf eine Diskussion mit dem Minister während einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nur wenige Tage nach seiner Rückkehr aus der DDR.

zur Anerkennung der DDR und zur europäischen Sicherheit gestellt.<sup>450</sup> In seiner Antwort verwies Schumann auf die mit den Pariser Verträgen eingegangenen Verpflichtungen und erklärte dem Auswärtigen Ausschuss, warum eine Behinderung der westdeutschen Ostpolitik und das Handeln gegen eine spätere deutsche Einheit nicht im französischen Interesse liegen könne.<sup>451</sup> Die Normalisierung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit der DDR knüpfte er an die Entwicklung der Ostpolitik und die Wahrung eines europäischen Gleichgewichts.<sup>452</sup> Von Beziehungen auf politischer beziehungsweise parlamentarischer Ebene zwischen Frankreich und der DDR war hingegen nicht die Rede. Aufgrund der Schwierigkeiten bei der Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag sprach Schumann sich zudem für eine Verlangsamung der Normalisierung kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen aus. Périquier äußerte zwar Verständnis für die von Schumann angemahnte Vorsicht. Seine dennoch aufrechterhaltene Forderung nach Anerkennung der DDR ist als Forderung nach einer für ihn überfälligen Lösung des „deutschen Problems“ zu verstehen, dessen Fortbestehen nicht im Interesse Frankreichs liegen könne.<sup>453</sup> In der sich anschließenden Diskussion äußerten Jean Lecanuet (UCDP, Seine-Maritime) und Jacques Duclos (PCF, Seine-Saint-Denis) ihre sehr unterschiedlichen Bedenken gegenüber der Entwicklung in Deutschland: Während Lecanuet den bei einer Deutschlandreise von ihm konstatierten zunehmenden Wunsch der Deutschen nach Neutralisierung fürchtete, fragte sich Duclos, ob ein geeintes, scheinbar übermächtiges Deutschland tatsächlich im französischen Interesse liege, und das obwohl sich beide im Prinzip darüber einig waren, dass man den Deutschen ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht verwehren könne. Schumann, der diese Befürchtungen mit einem Hinweis auf die Aktivitäten beider Politiker im Widerstand legitimierte, unterstrich in seiner Antwort, dass hierin kein grundsätzlicher Widerspruch bestehe, und verwies auf die

<sup>450</sup> AP, Sénat, 48 S 15: Protokoll der Sitzung vom 24. 2. 1972, S. 28 und 65: „Si j’ai posé cette question, c’est parce qu’on a tendance à oublier le problème allemand. Pourtant, si un pays est intéressé par son règlement, c’est bien le nôtre. Il convient de trouver une solution à ce problème qui existe depuis près de 28 ans.“

<sup>451</sup> Ibid., S. 29f.: „La première condition de cette détente est la ratification des traités de Moscou et de Varsovie, c’est-à-dire cette victoire de l’Allemagne sur elle-même qui consiste pour elle à reconnaître les frontières des deux dernières guerres, à s’engager [...] à bâtir un ordre européen qui en tient compte. [...] Il ne faut donc rien faire qui puisse rendre son succès [der Ostpolitik – Ch. W.] plus difficile. [...] Tout ce qui pourrait nuire à leur réunification éventuelle serait mal venu et interprété à bon droit pas l’Histoire comme un sabotage, conscient ou non, des traités de Moscou et de Varsovie et par conséquent de la détente.“

<sup>452</sup> Ibid., S. 30f.: „Cela [multilaterale Konzertierung mit den europäischen Partnern – Ch. W.] ne nous empêchera pas de multiplier les mesures de rapprochement et de normalisation, car le but de nos efforts reste la signature des traités de Moscou et de Varsovie, la négociation et la signature du traité de circulation entre les deux Allemagnes, leur admission aux Nations unies et la reconnaissance de la RFA et de la RDA. Nous cherchons tous les jours davantage à normaliser nos relations avec la RDA, mais il faut être prudents faute de quoi l’équilibre de notre politique européenne et occidentale se trouverait compromis.“

<sup>453</sup> Ibid., S. 65: „Certes, j’admets qu’il faille être prudent [...] mais ce que nous voudrions, c’est que le problème allemand ne s’éternise pas.“

durch den alliierten Status in Berlin und in Deutschland gewährleistete Sicherheit.<sup>454</sup> Außerdem bekundete der Außenminister seine vollständige Übereinstimmung mit Périquier hinsichtlich der Anerkennung der DDR durch Frankreich und der künftigen Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Zwei Jahre später, 1974, wurden sowohl Jacques Duclos als auch Maurice Schumann – inzwischen selbst Senator – Mitglieder der von Périquier geleiteten Freundschaftsgesellschaft im Senat. Schumann blieb dieser Freundschaftsgesellschaft zeit ihres Bestehens verbunden und war seit 1981 auch Mitglied im Präsidium von *France-RDA*. Zunächst wurde Schumann im Laufe des Jahres 1972 als Minister jedoch noch zwei weitere Male bei seinen Anhörungen im außen- und verteidigungspolitischen Ausschuss des Senats zu dieser Thematik befragt und von Serge Bouchehy (PCF, Paris), einem Mitglied der Freundschaftsgesellschaft, auch heftig kritisiert.<sup>455</sup>

Neben Périquier sollte 1972 noch ein weiterer Vertreter der Freundschaftsgesellschaft Mitglied im EFA-Präsidium werden. Der vorgeschlagene Louis Martin (RI, Loire), der sich im Auswärtigen Ausschuss für ein Fortbestehen der deutschen Teilung im französischen Interesse ausgesprochen hatte, lehnte das Angebot jedoch ab: Er habe zwar Sympathien für die EFA und die ostdeutsche Bevölkerung, wolle sich aber seine Unabhängigkeit bewahren.<sup>456</sup> Übernommen wurde diese Aufgabe schließlich von Raymond Brun (GD, später RPR, Gironde), der bereits seit 1963 dem Nationalkomitee und seit 1966 auch dem Präsidium der EFA angehörte. Brun, der die DDR erstmalig 1964 bereist hatte, bezeichnete die bevorstehende Anerkennung der DDR in einem Brief an den EFA-Generalsekretär als einen großen Sieg und als die Erfüllung alter Überzeugungen.<sup>457</sup> Seine politische Grundeinstellung als Radikalsozialist und seine Vergangenheit als Widerstandskämpfer erklären, weshalb er trotz Fraktionswechsel zu den sehr wenigen Mitgliedern der Freundschaftsgesellschaft im Senat zu rechnen ist, die ihr während der längsten

<sup>454</sup> Ibid., S. 85f.: „Il y a un moyen de concilier les choses et de laisser les Allemands eux-mêmes régler le problème, c'est de nous rappeler qu'il y a un droit des quatre puissances, que ce droit, c'est leur responsabilité commune et indivisible pour l'avenir de Berlin et de l'Allemagne. [...] c'est grâce à ces droits des Quatre [...] que les traités de Varsovie et de Moscou ne sont pas traités de paix et que par conséquent les droits des Allemands à l'autodétermination demeurent ouverts. Mais en même temps la préservation des droits des Quatre nous garantit que ce rétablissement de l'unité allemande, si jamais il doit se faire, ne se produira pas dans des conditions qui comportent pour les victimes du pangermanisme et de l'hitlérisme le risque de les voir revenir. Voilà ce qui constitue une synthèse des deux préoccupations par lesquelles se sont exprimées des positions qui sont nationales et conciliables dans les circonstances puisqu'elles sont moins celles du président du Centre démocrate et du leader du parti communiste que celles de deux Français qui ont tous les deux un passé de combattant et de résistant.“

<sup>455</sup> AP, Sénat, 48 S 15: Protokolle der Sitzungen vom 21. 6. und 13. 12. 1972.

<sup>456</sup> AEFA, Groupe sénatorial: Brief von Martin vom 16. 3. 1972 an die EFA, Lenoir: „Croyez bien que je garde néanmoins toute ma sympathie à l'organisme précité [EFA – Ch. W.] et aux populations de la RDA que j'ai eu le plaisir de visiter encore tout récemment.“

<sup>457</sup> Ibid.: Brief von Brun vom 29. 11. 1972 an die EFA, Lenoir: „Je pense que le bilan qui sera exposé sera très favorable et que les événements qui suivront en 1973 concrétiseront nos orientations vieilles de plus de douze ans qui d'ailleurs ne concordaient pas à l'époque avec ce que l'on prétendait souhaiter en RDA ... Mais qu'importe en définitive puisque tout le monde est bien d'accord désormais sur la reconnaissance prochaine de ce pays. C'est la plus grande victoire qu'il pouvait espérer; la logique triomphe.“

Zeit ihres Bestehens angehörten.<sup>458</sup> Zu diesem Personenkreis sind neben Raymond Brun und Maurice Schumann (RPR) auch Serge Boucheny (PCF), Charles de Cuttoli (RPR), Marcel Gargar (PCF) und Hector Viron (PCF) zu zählen.

*Übersicht über die Zusammensetzung des Groupe d'amitié France-RDA im französischen Senat 1970–1987<sup>459</sup>*

	1970	1974	1981	1984	1985	(1987)
PCF	11	12	3	11	20	10
PS	14	13	12	23	18	11
GD/RDE/RDSE	12	11	4	5	3	1
UCDP/UC	8	8	5	1	1	1
RI	1	10	6	3	2	3
UDR/RPR	4	4	4	5	5	5
n. i.	1	2	0	0	0	0
Gesamt	51	60	34	48	49	31

Die Zahl der Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft schwankte zwischen 1970 und 1987 erheblich und überstieg 1981 und 1987 nur knapp das vom Reglement des Senats vorgesehene Minimum von 30 Mitgliedern. Im Unterschied zu ihrem Pendant in der Nationalversammlung lässt sich infolge der Anerkennung der DDR jedoch kein Rückgang der Mitglieder, sondern sogar ein Zuwachs konstatieren. Mit 60 Mitgliedern hatte die Gesellschaft 1974 ihren Höchststand erreicht. An der parteipolitischen Zusammensetzung änderte sich zwischen 1970 und 1974 nur der sprunghafte Zuwachs an Vertretern der RI-Fraktion. Dennoch fand ein personeller Wechsel statt, der nicht nur das Präsidium, sondern auch mehr als die Hälfte der Mitglieder von 1970 umfasste. Nach dem Mitgliederrückgang zu Beginn der 1980er Jahre fanden sich unter dem neuen Präsidenten Pierre Matraja (PS) 1984 wieder knapp 50 Mitglieder zusammen. Trotz des damit verbundenen großen personellen Wechsels gehörten dem nun erheblich verkleinerten Präsidium vor allem langjährige Mitglieder an.<sup>460</sup> Unter Matraja empfing die Freundschaftsgesellschaft im Mai 1985 auch wieder eine Volkskammerdelegation im Senat.<sup>461</sup> Weitere Aktivitäten sind für die 1980er Jahre nicht belegt. Obwohl das neue Präsidium noch eine gewisse Repräsentanz gegenüber der Zusammensetzung des

<sup>458</sup> Cf. Zusammensetzung der Freundschaftsgesellschaft im Anhang (CD-ROM); unklar ist, warum sein Name nicht auf der Mitgliederliste von 1981 erscheint.

<sup>459</sup> Siehe auch die ausführliche Auflistung der Zusammensetzung der Freundschaftsgesellschaft im Anhang (CD-ROM).

<sup>460</sup> Vizepräsidenten: Jean Béranger (GD), Serge Boucheny (PCF), Charles de Cuttoli (RPR) und Albert Voilquin (RI) sowie Hubert Martin (RI) als Schatzmeister.

<sup>461</sup> AEFA, Groupe sénatorial: Rundschreiben von Matraja vom 3. 6. 1985 an die Mitglieder der von ihm geleiteten Gesellschaft: „Je tiens d'ailleurs à souligner que la participation de nombre de nos collègues aux diverses activités organisées a été l'un des éléments essentiels de cette réussite. Trois aspects de la visite permettent, me semble-t-il, d'en dégager le sens, et peut-être d'en dresser le bilan. Il s'agit d'abord du resserrement des liens entre les deux groupes d'amitié ‚France-RDA‘ et ‚RDA-France‘, et par-delà, de la confirmation des *rappports* entre les deux assemblées parlementaires.“

Senats beanspruchen konnte – die sich in den 1980er Jahren verändernde Zusammensetzung der Freundschaftsgesellschaft bildete es nicht ab. Der Anteil an Vertretern der demokratischen Linken (GD, RDE und RDSE), der zentristischen Fraktion (UCDP und UC) sowie der Fraktion der Republikaner und Unabhängigen ging seit 1974 kontinuierlich zurück. Die Zahl der UDR/RPR-Senatoren blieb hingegen stabil. Die kommunistische Partei, in den 1970er Jahren etwa genauso stark wie die GD-Fraktion vertreten, schaffte es bis Mitte der 1980er Jahre, die sozialistische Partei als stärkste Kraft innerhalb der Freundschaftsgesellschaft zu verdrängen. Wie sich die Gesellschaft nach 1985 weiterentwickelte, lässt sich nicht mit Sicherheit ermitteln.<sup>462</sup> Es ist sogar möglich, dass sie nach dem Ausscheiden von zwei Präsidiumsmitgliedern (Jean Béranger wurde bei den Senatswahlen 1986 nicht wiedergewählt und Serge Boucheny trat bei dieser Wahl nicht mehr an) sowie der Abdankung von Pierre Matraja als Präsident der Freundschaftsgesellschaft überhaupt nicht weiterbestanden hat. Sicher ist, dass man im *Élysée* bei den Vorbereitungen der Reise Mitterrands im Dezember 1989 in die DDR feststellte, dass eine Freundschaftsgesellschaft im Senat nicht mehr existiere, während die Freundschaftsgesellschaft der Nationalversammlung in der offiziellen Delegation vertreten war, ja sogar die DDR um wenige Wochen überlebt hat.<sup>463</sup> Obwohl ein Wechsel zwischen den beiden Kammern für französische Abgeordnete nichts Ungewöhnliches ist, hat es im Übrigen nur zwei Abgeordnete gegeben, die im Laufe ihrer parlamentarischen Tätigkeit beiden Freundschaftsgesellschaften angehört haben.<sup>464</sup>

Betrachtet man die regionale Verteilung aller Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft im Senat über den gesamten Zeitraum ihres Bestehens, so fällt die im Unterschied zu ihrem Pendant in der Nationalversammlung stärkere geografische Konzentration auf. Wie in der Nationalversammlung stand der Großraum Paris (mit 29 Senatoren) an der Spitze des Klassements, gefolgt jedoch nicht vom Norden und der deutsch-französischen Grenzregion, sondern von den südlichen Regionen Frankreichs: *Provence-Alpes-Côtes d'Azur* an zweiter, *Midi-Pyrénées* an dritter und *Rhône-Alpes* an vierter Stelle (mit 19, 14 beziehungsweise 13 Senatoren). Bei der Verteilung nach Départements zeigt sich der Stellenwert des französischen Südens noch deutlicher: An erster Stelle stand ein Bezirk aus dem Süden Frankreichs (*Bouches-du-Rhône* mit 9 Senatoren), gefolgt vom Bezirk *Nord* (mit 7 Senatoren). Erst an dritter Position fanden sich drei Bezirke aus dem Raum Paris (*Paris*, *Hauts-de-Seine* und *Seine-Saint-Denis* mit je 5 Senatoren).

Was die politischen Interessen ihrer Mitglieder angeht, so ist festzuhalten, dass neben dem außen- und verteidigungspolitischen sowie den wirtschaftspolitischen Ausschüssen insbesondere der kulturpolitische Ausschuss stark vertreten war. Unter den Mitgliedern der Freundschaftsgesellschaft befanden sich 1974

<sup>462</sup> Bei der letzten Mitgliedererhebung handelt es sich um eine Mitgliederliste vom Januar 1985, die die EFA erst im November 1987 erhielt und auf der ausgeschiedene Mitglieder durchgestrichen wurden. Hinzugefügt wurde lediglich ein neues Mitglied, Jean-Paul Chambriard (RI), cf. AEFA, Groupe sénatorial.

<sup>463</sup> ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von Hennekinne vom 5. 12. 1989 für Mitterrand.

<sup>464</sup> Jean Boyer (RI) und Marie-Thérèse Goutmann (PCF).

nicht nur der seit den 1960er Jahren an der DDR interessierte Henri Caillavet (GD, Lot-et-Garonne), Vizepräsident des kulturpolitischen Ausschusses, sondern auch der Präsident des kulturpolitischen Ausschusses, Louis Gros (RI, Français établis hors de France). Dies ist kein Zufall, sondern steht im Zusammenhang mit einer offiziellen Delegation, die dieser Ausschuss im selben Jahr in die DDR entsandte. Die Reise ging auf einen Vorschlag von Catherine Lagatu (PCF, Paris) zurück, die pädagogischen Methoden des polytechnischen Unterrichts in der DDR vor Ort zu studieren.<sup>465</sup> Kurz darauf wurde innerhalb des kulturpolitischen Ausschusses eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit einer Reform der Sekundarstufe („enseignement secondaire“) befasste. Die sechs Mitglieder dieser Arbeitsgruppe waren beziehungsweise wurden 1974 auch Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat.<sup>466</sup> Die Idee einer Studienreise der Arbeitsgruppe durch verschiedene osteuropäische Länder, insbesondere durch die DDR, zwecks Erleichterung ihrer Arbeit, wurde vom Ausschusspräsidenten begrüßt<sup>467</sup> und umgehend drei Mitglieder der Arbeitsgruppe für eine entsprechende Delegation des Ausschusses im März 1974 bestimmt.<sup>468</sup> Da keine Einladungen vorlagen, wurden die französischen Botschaften in den vom Ausschuss ins Programm aufgenommenen Ländern aufgefordert, die Organisation dieser Reise zu übernehmen. Auch wurden die zuständigen Kulturattachés vom Ministerium gebeten, sich am Programm der Delegation im jeweiligen Land zu beteiligen.<sup>469</sup>

In Ost-Berlin nahm der Kulturattaché der Botschaft, Thierry Burkard, Anfang Februar Kontakt mit dem ostdeutschen Außenministerium auf, um den Aufenthalt der Delegation vorzubereiten und deren Wünsche zu übermitteln.<sup>470</sup> Jedoch

<sup>465</sup> AP, Sénat, 47 S 17: Protokoll der Sitzung vom 21. 11. 1973, S. 4: „Lorsque nous avons examiné le projet de loi d'orientation du commerce et de l'artisanat, le ministre a parlé des expériences qui étaient faites en Europe de l'Est. Je proposerai donc à la commission de se rendre en République démocratique allemande (RDA) pour y étudier les méthodes pédagogiques qu'ils emploient.“

<sup>466</sup> Es handelt sich um Adolphe Chauvin (UCDP), Léon Eeckhoutte (PS), Marie-Thérèse Goutmann (PCF), Catherine Lagatu (PCF), Michel Miroudot (RI) und René Tinant (UCDP). Es lässt sich jedoch mit Ausnahme von Marie-Thérèse Goutmann, die der Freundschaftsgesellschaft seit 1970 angehörte, nicht ermitteln, ob die genannten Senatoren vor oder nach ihrer Reise Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft wurden.

<sup>467</sup> Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 12. 12. 1973, S. 7: „Mme Lagatu a demandé à la commission d'organiser une mission dans les pays de l'Est pour examiner les problèmes d'enseignement secondaire. Ce désir paraît s'ordonner parfaitement au prochain projet de loi sur l'enseignement secondaire. Il est clair que des visites effectuées dans des pays étrangers et ayant pour thème les problèmes d'enseignement spécialisé et des enseignements du second degré ne peuvent que faciliter le travail de la commission et le rendre plus intéressant.“

<sup>468</sup> Delegationsteilnehmer: Catherine Lagatu (PCF), Léon Eeckhoutte (PS) und Michel Miroudot (RI), cf. *ibid.*, Protokoll der Sitzung vom 19. 12. 1973.

<sup>469</sup> AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm der DEU, de Margerie, vom 30. 1. 1974 an die Botschaften in Berlin, Bukarest, Budapest, Moskau, Prag und Warschau.

<sup>470</sup> AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 45: Brief von franz. Botschaft in Berlin, Burkard, vom 7. 2. 1974 an Sénat, Commission des Affaires culturelles, Baërd: „Je lui [MfAA – Ch. W.] ai transmis fidèlement vos desiderata et compte lui remettre prochainement une liste des questions qui, à mon sens, devraient intéresser en premier lieu la délégation française.“

bestand nicht nur aufseiten der im Aufbau befindlichen französischen Botschaft großes Interesse an der Delegation. Auch auf ostdeutscher Seite entwickelte man ein spürbares Interesse an der ersten offiziellen französischen Parlamentarierdelegation seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Anfang März – die Delegation war bereits unterwegs – reichte die Volkskammer eine Einladung nach und übernahm damit auch die weitere Organisation ihres DDR-Aufenthaltes.<sup>471</sup> Gemessen an dem hierfür betriebenen Aufwand, wurden die Senatoren jedoch weniger wie Mitglieder eines parlamentarischen Fachausschusses während eines Arbeitsbesuches empfangen, sondern vielmehr wie eine quasioffizielle Delegation der französischen Regierung.<sup>472</sup>

Der Aufenthalt in Ost-Berlin stand nicht nur am Ende einer einmonatigen Reise durch fast alle osteuropäischen Staaten, es war auch der längste, wodurch der besondere Stellenwert verdeutlicht wurde, den die DDR für die Senatoren innerhalb ihres Arbeitsprogramms einnahm. Ziel des Besuches war es, sich ein möglichst umfassendes Bild vom DDR-Schulsystem zu verschaffen.<sup>473</sup> Vor dem Hintergrund geplanter struktureller Reformen im französischen Schulsystem war die Delegation auf der Suche nach alternativen Modellen und in dieser Hinsicht schien die DDR für die beteiligten Senatoren die interessanteste Alternative zu bieten. Die Reise verdeutlicht insofern auch ein originär französisches Interesse für den zweiten deutschen Staat. Worauf gründeten jedoch dieses Interesse und die Annahme, in der DDR ein untersuchenswertes Alternativmodell zu finden? Einen entscheidenden Hinweis dafür bietet die Zusammensetzung der innerhalb des Ausschusses gegründeten Arbeitsgruppe: Mit René Tinant (UCDP, Ardennes) gehörte ihr ein Senator an, der die DDR bereits im Januar 1964 bereist hatte; Catherine Lagatu (PCF, Paris) war ihrerseits aktives Mitglied der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat seit 1970 und dürfte auf die Gestaltung der Reiseroute Einfluss genommen haben. Es kann ebenfalls angenommen werden, dass der Besuch einer Aufführung der Dreigroschenoper des Berliner Ensembles die Mitglieder der Delegation in ihrer Sicht auf die DDR noch bestärkte.<sup>474</sup>

In Gesprächen mit Abgeordneten der Volkskammer betonte der Leiter der Delegation, Léon Eeckhoutte (PS, Haute-Garonne), das besondere Interesse an der

<sup>471</sup> AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 5. 3. 1974.

<sup>472</sup> Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Jessel, vom 21. 3. 1974 an das MAE, DGRCS: „L'accueil fut exceptionnel. [...] Reçus en grande cérémonie à l'aéroport, hébergés dans un hôtel du gouvernement, pourvus de trois voitures avec chauffeur [...] les sénateurs ont connu pendant quatre jours les fastes réservés aux hôtes de marque et s'y sont montrés très sensibles.“

<sup>473</sup> AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 45: Brief von Sénat, Commission des Affaires culturelles, Baërd, vom 7. 2. 1974 an franz. Botschaft in Berlin, Burkard: „[...] nous vous prions de bien vouloir prévoir [...] quel pourra être le programme de notre séjour dont l'objectif est de connaître et de voir l'organisation, le fonctionnement et les problèmes de l'enseignement du second degré en République démocratique allemande, dans la perspective de la réforme qui doit intervenir prochainement en France à ce niveau d'enseignement.“

<sup>474</sup> Ibid.: Brief von franz. Botschaft in Berlin, Burkard, vom 7. 3. 1974 an das MfAA, Schulze.

Situation in der DDR.<sup>475</sup> Die hier noch als Vermutung ausgesprochene These, dass die DDR das am weitesten entwickelte Schulsystem habe, wurde wenige Tage später gegenüber Kurt Hager bereits als Gewissheit präsentiert. Weitere Anknüpfungspunkte werden deutlich, wenn Eeckhoutte von einer laizistischen Schulbildung sprach, von der Einbindung des Individuums in die „Produktionsgesellschaft“ oder von einer wenn schon nicht klassenlosen, so doch zumindest „befreiten“ Gesellschaft („société libérée“). Im Zentrum der Gespräche standen die Umsetzung der Schulreform von 1965 in der DDR, die Verbindungen zwischen Schule und Arbeitswelt sowie die Auswahl der Schüler für das Abitur.<sup>476</sup>

Nach zahlreichen Besuchen schulischer Einrichtungen und einem Treffen mit dem stellvertretenden Minister für Volksbildung, in dem es vorrangig um den Fremdsprachenunterricht und um den Platz des Französischen ging, war die Unterredung mit Kurt Hager, Präsident des kulturpolitischen Ausschusses der Volkskammer, Höhepunkt der Reise. Eeckhoutte betonte bei dieser Gelegenheit das französische Interesse an kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Beziehungen mit der DDR, nicht ohne auf die besondere Position Frankreichs als Mittler zwischen Ost und West hinzuweisen.<sup>477</sup> Die Senatoren sahen sich selbst ebenfalls als Mittler in den schwierigen Verhandlungen um das Kulturabkommen und zeigten sich von ihrem Einfluss in dieser Angelegenheit überzeugt.<sup>478</sup> Eine Diskussion über die während der Reise gewonnenen Erkenntnisse vor dem kulturpolitischen Ausschuss des Senats blieb aus, da der Gesetzentwurf, auf den hin diese Reise unternommen worden war, in der folgenden Sitzungsperiode nicht mehr zur Debatte stand.

Die parlamentarische Ebene blieb in den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR hingegen von zentraler Bedeutung. Während sich ein amtierender französischer Außenminister erstmalig 1979 in die DDR begab, reiste der Auswärtige Ausschuss der Nationalversammlung 1976 zum wiederholten Male in die DDR. Angeführt wurde diese Delegation von ihrem Präsidenten, dem ehemaligen Außenminister Maurice Couve de Murville – jenem Minister also, der während seiner Amtszeit im *Quai d'Orsay* mehrfach versucht hatte, den parlamentarischen Tourismus in die DDR einzudämmen.

<sup>475</sup> Ibid.: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Burkard, vom 28. 3. 1974 (Protokoll eines Gesprächs der Delegation mit Abgeordneten der Volkskammer am 13. 5. 1974): „La RDA donne l'impression d'être quelques années en avance par rapport aux autres pays socialistes, même si le système polytechnique à 10 classes n'est pas encore entièrement réalisé.“

<sup>476</sup> Ibid.

<sup>477</sup> AMAE, Berlin-Est, Service culturel, 45: Schreiben der franz. Botschaft in Berlin, Burkard, vom 29. 3. 1974 (Protokoll eines Gesprächs der Delegation mit Kurt Hager, Präsident des kulturpolitischen Ausschusses der Volkskammer am 15. 3. 1974).

<sup>478</sup> Ibid.: Brief von Eeckhoutte, Lagatu und Miroudot vom 29. 3. 1974 an franz. Botschaft, Jessel: „Nous avons éprouvé avec une grande satisfaction le sentiment de contribuer au développement et au renforcement des liens qui viennent d'être noués, et l'ouverture, la disponibilité de nos interlocuteurs allemands, à travers le chaleureux accueil que nous avons reçu, devraient largement favoriser, dans tous les domaines, l'élargissement des rapports déjà existants.“